

DAS ARGUMENT 152

Editorial	485
Günther Anders: Only for Defense	487
Dorothee Sölle: Export/Import	488
Die neuen Konservativen	
D. Bosshart, M. Campiche und H. Kleger Neokonservatismus und Neue Rechte in USA und Frankreich	490
Heinz Kleger Was ist Neokonservatismus?	511
B. Jessop, K. Bonnett, S. Bromley und T. Ling Anatomie des Thatcherismus	521
Stuart Hall Autoritärer Populismus	533

Achille Occhetto: Projekt der KPI für die europäische Linke Krisen des Sozialismus in der sowjetischen Diskussion (Ambarzumow)	543
Alex Demirović: Philosophie und Staat	547
Michael Jäger: Diskurstaktiken	552
Volker Schurig: Feministische Mythen von Überfluß und Wohlwollen	563
<u>Kongreßberichte:</u> Volksuni Berlin; Gentechnologie; Alternativer Weltwirtschaftsgipfel; Diskursanalyse; Bloch/Lukács	572
<u>Besprechungen:</u> Vernunft und Vernunftkritik; Sprachen lernen; Literaturtheorie; Brecht/Fleisser; Ethnologie und Alltagskultur; Frauen — Kunst und Ideologie; Ideologische Erziehung; Nachkriegsalltag; Neokonservatismus und Neue Rechte	577
Verfasser/innen; Zeitschriftenschau; Summaries	585
	635

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgegeben von Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter: Wolfgang Abendroth (Frankfurt/M.), Heinz-Harald Abholz (Berlin/W), Detlev Albers (Bremen), Günther Anders (Wien), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/M.), Bruno Frei (Wien), Klaus Fritzsche (Gießen), Kuno Füssel (Münster), Werner Goldschmidt (Hamburg), Helmut Gollwitzer (Berlin/W), Heiko Haumann (Freiburg), Jutta Held (Osnabrück), Dieter Herms (Bremen), Klaus Holzkamp (Berlin/W), Urs Jaeggi (Berlin/W), Baber Johansen (Berlin/W), Arno Klönne (Paderborn), Thomas Metscher (Bremen), Reinhard Opitz (Köln), Wolfgang Pfaffenberger (Oldenburg), Helmut Ridder (Gießen), Dorothee Sölle (Hamburg), Karl Hermann Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Redaktion: Dr. Dieter Borgers, Wieland Elfferding, Dr. Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberdtz, Dr. Frigga Haug, Prof. Dr. W.F. Haug, Thomas Laugstien, Rolf Nemitz, Jo Rodejohann, Prof. Dr. Werner van Treeck

Autonome Frauenredaktion: Sünne Andresen, Prof. Dr. Jutta Brückner, Anke Bünz-Elfferding, Dr. Dagmar Burgdorf, Ursula Czock, Claudia Gdaniec, Dr. Frigga Haug, Kornelia Hauser, Gisela Heinrich, Birgit Jansen, Marlies Koschinek, Hannelore May, Dr. Barbara Nemitz, Dr. Sigrid Pohl, Nora Räthzel, Dr. Brita Rang, Petra Sauerwald, Heike Vetterlein

Geschäftsführung: Helga Karl

Argument-Verlag GmbH, Tegeler Straße 6, D-1000 Berlin 65,
Tel. 030/4618049 (Verlag und Redaktion); 030/4619061 (Vertrieb)

Anzeigen (o. Tausch): Runze/Casper, Jungfernstieg 20, 1 Berlin 45, Tel. 030/7722443

Besprechungen

Philosophie

<i>Heinrichs, Hans-Jürgen: Die katastrophale Moderne (S. Lanwerd)</i>	585
<i>Holzhey, Helmut, und Jean-Pierre Leyvraz (Hrsg.): Rationalitätskritik und neue Mythologien (A. Kolberg)</i>	586
<i>Schnädelbach, Herbert (Hrsg.): Rationalität. Philosophische Beiträge (F. Konersmann)</i> ..	588
<i>Schmidt, Alfred: Goethes herrlich leuchtende Natur. Philosophische Studie zur deutschen Spätaufklärung (G. Schweppenhäuser)</i>	589
<i>Darnton, Robert: Der Mesmerismus und das Ende der Aufklärung in Frankreich (L. Florke)</i>	591

(Fortsetzung auf S.VIII)

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1985 in 6 Hefen (alle 2 Monate). Jahresumfang 924 Seiten. — Einzelheft 12,80 DM; Stud., Schüler, Erwerblose 9,80 DM. Jahresabo inkl. Versand 69,60 DM; Stud. etc. 55,80 DM. — Kündigung des Abos nur zum Jahresende bei Einhaltung einer Dreimonatsfrist. — Die Redaktion bittet um Mitarbeit, haftet aber nicht für unverlangt eingesandte Texte und Rezensionsexemplare. Aufsätze sollen höchstens 20, Rezensionen 2 MS-Seiten (1 1/2zeilig m. Rand) haben. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. Das Argument wird regelmäßig von den folgenden sozialwissenschaftlichen Dokumentationsdiensten und Informationsbanken ausgewertet: Bulletin Signalétique 521, Literaturdokumentation zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Politische Dokumentation, Social Science Citation Index, Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem. — Copyright © Argument-Verlag GmbH. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten: Postcheck Berlin West 5745-108, BfG 11 14 40 13 00, BLZ 100 101 11. — Satz: Barbara Steinhardt, Druck: Fuldaer Verlagsanstalt. — 1.-7. Tausend Juli/August 1985. — Es gilt Anzeigenpreislite Nr. 3.

Beilagenhinweis: Dieses Heft enthält in Teilaufgabe einen Prospekt der Zeitschrift *Kommune*.

Zum vorliegenden Heft

»Neokonservatismus« ist ein Projekt zur Erneuerung der politischen Rechten angesichts rasanter gesellschaftlicher Veränderungen. Zur Lösung der Krise setzen die Konservativen auf die neuen Technologien. Mit neuer Technik und durch die Entfesselung der »Marktkräfte« soll eine weitere Runde weltweiter Kapitalakkumulation und verschärften Konkurrenzkampfes in Gang gebracht werden. Wer sich davon Gewinn versprechen kann, ist mögliches Mitglied eines neuen »historischen Blocks« unter neokonservativer Hegemonie: nicht nur große und kleine Unternehmer, auch die Schichten der abhängig Arbeitenden, die mit den neuen Technologien aufwachsen und zu den »Rationalisierungsgewinnern« gehören.

Kleger u.a. fassen den neuen Konservatismus als »repolitisierten Liberalismus«. Politik und Moral sollen die unvermeidlichen Widersprüche einer konservativen Modernisierung verarbeiten und den Widerstand gegen Marginalisierung abfedern helfen. Ein wichtiges Widerstandszentrum bildet der wohlfahrtsstaatliche Block von Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Die Neokonservativen in der Bundesrepublik versuchen, durch gezielte Förderung bestimmter Gruppen und deren Einbindung in den Staat (»selektiver Korporatismus«), die Spaltungslinien des sozialdemokratischen Blocks zu vertiefen. Die Gewährung von Erziehungsgeld insbesondere an Frauen in einer Zeit, wo die Arbeiterklasse sich durch Massenarbeitslosigkeit zu entsolidarisieren droht, ist hierfür ein Beispiel.

Das Beispiel »neue Partnerschaft« verdeutlicht auch, weshalb, wie Kleger meint, die neuen Konservativen nicht vorschnell als »rechts« oder gar »reaktionär« eingeordnet werden dürfen. Sie versuchen, Themen und Begriffe zu »besetzen« — z.B. Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit —, die noch vor kurzem als »links« galten. Solche Vorstöße auf »linkes« Gebiet werden die inneren Gegensätze des Neokonservatismus verschärfen. Zugleich erleben die sozialen Bewegungen Zerreißproben zwischen Links und Rechts. Verschiedene Versuche, die Linke neu zu denken, reagieren auf den neuen Konservatismus. Das gilt für den Entwurf von Peter Glotz innerhalb der Sozialdemokratie ebenso wie für die »Ökolibertären« bei den Grün-Alternativen. Auch die spirituellistische Welle wirkt mit an der Reorganisation des traditionellen Verhältnisses von Rechts und Links.

Die deutschen Konservativen haben aus dem Scheitern der Kanzlerkandidatur von Strauß 1980 gelernt, daß ein Frontalangriff auf Gewerkschaften und Sozialstaat — wie in Großbritannien und in den USA — hierzulande nicht zum Erfolg führt. Das Schwergewicht des wohlfahrtsstaatlichen Blocks brems die gegenwärtige Regierungspolitik, zwingt sie zu Zugeständnissen und führt zu national-spezifischer Ausprägung des neuen Konservatismus. In den Auseinandersetzungen um Tempo und Radikalität der Veränderungen kann sich jedoch eine zweite, härtere Linie formieren, die in einer zugespitzten Krisensituation plötzlich nach vorn tritt. Hier könnten sich, wie damals im Strauß-Diskurs vom »kleinen Mann« und vom »starken Staat«, Populismus und Autoritarismus ergänzen.

Stuart Hall sieht die Stärke des Thatcherismus in der Fähigkeit, Elemente des *common sense*, des Alltagsverstands und der alltäglichen Moral, aufzunehmen und zur Vereinheitlichung der beiden Pole »Autoritarismus« und »Populismus« zu nutzen. Eine solche Politik stellt die progressiven Kräfte vor die Alternative: »Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus« (Hall in AS 78). *Jessop u.a.* sehen bei Hall eine

Überschätzung des ideologischen Aspekts des Thatcherismus. Sie stellen die Rolle des Finanzkapitals, den Umbau der Staatsapparate und die Strategie der Gesellschaftsspaltung («Zwei Nationen») in den Mittelpunkt ihrer Analyse.

Achille Occhetto, Mitglied des Sekretariats des ZK der KPI, skizziert den Gedanken eines »neuen Liberalismus«, der — gepaart mit »industrieller Demokratie« in europäischem Maßstab — die neokonservative Herausforderung annimmt. Der sowjetische Historiker *Ambarzumow* entwickelt einen Begriff von hausgemachten Krisen des Sozialismus. Mit diesen beiden Beiträgen führen wir — nach Sève und Su Shaozhi in Heft 143 und Grličkov in Heft 145 — die Reihe fort, in der wir unterschiedliche marxistische Formationen dokumentieren.

Michael Jäger kritisiert das Konzept der »Diskurstaktiken«, das Jürgen Link, Herausgeber der »kultuRRRevolution«, entwickelt hat. Jäger sieht in Links Analysen von politischem Alltagsbewußtsein den Mangel, daß nur die Inhalte ins Blickfeld geraten, daß Link sich nicht frage, wie die Bewußtseinsstruktur geändert werden könnte. Als Alternative entwickelt Jäger sein Konzept der »widersprechenden Antwort«, ein zentraler Begriff seiner »Methode der wissenschaftlichen Revolution« (AS 137).

Alex Demirović untersucht die Stellung der Philosophie in der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit und ihre Funktion für die Reproduktion bürgerlicher Hegemonie. Er knüpft an Althusser's Theorie der Philosophie an, besonders an seine Schrift über die »spontane Philosophie der Wissenschaftler« (ab Herbst im Argument-Verlag).

Einen Beitrag von W.F. Haug, der anlässlich des 100. Geburtstags von Ernst Bloch erscheinen sollte, mußten wir aus Platzgründen auf das nächste Heft verschieben.

Verlagsmitteilungen

Neue Adresse der Redaktion: Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65, Tel. 030/461 8049.

Neuerscheinungen: Literatur der siebziger Jahre, hrsg. von G. Mattenklott und G. Pickerodt (LHP 8, AS 108) u.a. über Volker Braun, Degenhardt, Michael Ende, Janosch, Alexander Kluge, Martin Walser und Christa Wolf. Die Herausgeber sehen in den Tendenzen der siebziger Jahre nicht eine subjektivistische Reaktion auf die mehr politischen sechziger Jahre, sondern die Rückgewinnung von Erfahrungsbereichen, die seit dem Faschismus ästhetisch tabuisiert sind. Dabei gibt es einen Bruch im Verständnis von Literatur: den »Anschlag auf die Berufsschriftsteller« durch Selberschreiber, Formverächter und Alltagsästhetiker (G. Mattenklott)

Umweltmedizin (AS 125) enthält Beiträge zur Gesundheitslage der Weltbevölkerung, zum Konzept der Kanzerogenität, zur Verlagerung von Gesundheitsrisiken in die Dritte Welt. Ein eigener Abschnitt ist dem neuen Spiritualismus gewidmet, speziell Capras »Wendezeit« und Helmut Milz' »Ganzheitlicher Medizin«.

In *Forum Kritische Psychologie* 16 (AS 126) bildet die Analyse der Berufspraxis von Psychologen einen Schwerpunkt (Projekt »Theorie-Praxis-Konferenz«). *Paul Drechsel* erweitert den historischen Ansatz der Kritischen Psychologie um die Untersuchung der Verwandtschaftsverhältnisse und der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung. *Kornelia Hauser* entwickelt in einer Antwort auf Ute Holzkamp-Osterkamp ein eigenes Verständnis von Frauenunterdrückung. Sie versteht darunter die Überlagerung zweier Arbeitsteilungen — Mann/Frau und geistige/körperliche Arbeit —, die ihre Fortsetzung finden in der geschlechtsspezifischen Funktion von Öffentlichkeit und Privatheit. W.E.

Günther Anders

Only for Defense

I (entering the armament shop): Hi!

Salesgirl: May I help you?

I: Shure. I need some defensive pistols. Show me some of them.

Salesgirl: Some sounds good. Our pistol collection is over there. Hall 13. It's the best collection in the country. We have more than 700 models in stock.

I: Great. Under these circumstances, I'm sure that you have some which are meant *exclusively for defense*.

Salesgirl (hesitatingly): To be frank, I never heard of defensive pistols before.

I: You should have.

Salesgirl: How should I know wether our customers use them for attack or defense? It's up to them, it's non of our business. After all, it's a free country, we can't tell them what to do with anything they buy from us.

I: I guess so. But what I need is *something which unequivocally shows everyone*, even those who are attacked *that it is meant only for defense*.

Salesgirl: Sorry, we never sold such special pistols. Frankly I don't think they would sell very well, either.

I: Strange.

Salesgirl: What's strange?

I: Your customers.

Salesgirl: I don't see anything strange about them. They are all disgustingly normal, they like to shoot. And thank heavens for that, otherwise we would all go broke.

I: I guess so. By the way, do you have any machine guns in stock?

Salesgirl: Sure, all kinds, even Russian ones.

I: That's great. Do you have defensive machine guns? I'll buy them whole-sale.

Salesgirl: There you go again. Say listen. I'm in sort of a hurry. Why don't you ask for a couple of defensive rockets, too?

I: Because you would probably tell me again that I'd have to make the decision myself.

Salesgirl: Probably. Sorry I can't really help you. What you want is so extraordinary. However ...

I: Now you want to ask something.

Salesgirl: Right. *Could you tell me why you need so many arms, even these terribly dangerous ones?*

I: *Sure, that's easy. In order never to use them.*

Pause.

Salesgirl: If you actually mean that, you're an idiot, if you don't, you're a criminal.

Dorothee Sölle

Export/Import — eine Meditation über Handelsbeziehungen

Nicaragua

ein zentralamerikanischer kleinstaat
der vor allem baumwolle kaffee zucker bananen ausführt
die meisten dieser güter wachsen nicht in europa
wir führen sie aus fernen ländern ein

Aber zum leben

brauchen wir noch eine andere sache
exportartikel nummer eins
aus nicaragua

Das zeug wächst hier schlecht
unser boden ist vor allem aus beton
wir haben schon öfter versucht
es hier anzupflanzen
das klima zwischen den menschen hier
hält sich gerade über dem gefrierpunkt
hin und wieder ist eine pflanze durchgekommen
doch der regen ist sauer

Wir importieren jetzt kontinuierlich
andere güter die unsere herren für wertvoll halten
lassen ins land schaffen
wo die stille heide und der freundliche mischwald wächst
— den unsere dichter nicht müde wurden zu besingen —
das deutscheste was es in diesem jahrhundert gab
technologisch verbessert

Nur zum leben

brauchen wir noch eine andere sache
exportartikel nummer eins
aus nicaragua

Weil wir dieses zeug hier nicht haben
lohnt es sich nicht etwas anzufangen
mit dem eigenen leben wie der siebzehnjährige schrieb
ehe er schlaftabletten nahm
und der innenminister bejammert
das geburtenschwächste volk der erde
die lösung ist einfach herr minister
wir importieren nicht genug
aus nicaragua daran liegt das

während unsere ausweise fälschungssicher werden
 fälschen wir jetzt unser wissen
 über die neuen verbrennungsanlagen
 technologisch verbessert
 nennen die vorbereitung des mords unsere sicherheit
 und importieren als schutz der freiheit
 den selbstmord

Aber zum leben
 brauchen wir noch eine andere sache
 exportartikel nummer eins
 aus nicaragua

Und so führen wir ein
 die tränen in den augen eines bauern
 der vorsichtig den eigenen namen entziffert
 seinen namen lesen ist
 wie einen namen bekommen
 wenn man ein leben lang eine nummer war
 wir die wir lesen und schreiben beherrschen
 aber keinen nennenswerten gebrauch davon machen
 hören mit staunen die nachricht
 von der zärtlichkeit der bleistifte

denn zum leben
 brauchen wir noch eine andere sache
 exportartikel nummer eins
 aus nicaragua

viele so hören wir arbeiten dort
 ohne lohn
 könnten wir nicht gesundheitsarbeiter importieren
 auch bei uns ist viel zu tun
 nur die lohnarbeit ist knapp
 wir denken es gibt keine arbeit
 als sagte einer die liebe sei knapp
 wo doch die liebe von gott kommt
 wie die arbeit
 und nicht von den lohnbuchhaltern des todes verwaltet wird

Aber wie wollen wir das je glauben
 ohne die andere sache
 die wir zum leben brauchen
 exportartikel nummer eins
 aus nicaragua

David Bosshart, Martin Campiche, Heinz Kleger

Neokonservatismus in verschiedenen politischen Kulturen

USA, Frankreich und die Verbindungsfäden zur BRD

1. Neokonservatismus, Neoliberalismus, Konservatismus und Neue Rechte

Der Konservatismus — schon gar nicht der Neokonservatismus — läßt sich nicht einfachhin als rechte Bewegung rubrizieren. Damit würde er zu schnell und zu leicht erledigt, was sich durch die Realität rächen würde. Die aktuelle politische Polemik verleitet dazu, den Neokonservatismus zu weit nach rechts zu schieben und dabei zu übersehen, daß die vormoderne illiberale Rechte, obwohl auch sie verstärkt von sich reden macht, der weltweiten (weltgesellschaftlichen) Aktualität des Neokonservatismus gegenüber, die sich aus allgemeinen Problemen moderner Gesellschaften erklärt, nur eine Randerscheinung ist, die es allerdings durchaus auch zu Einfluß gebracht hat, den wir nicht herunterspielen wollen. Obwohl es also die Stimmen der Rechten innerhalb dessen, was man den Neokonservatismus der politischen Wendungen nennen könnte, gibt, sind sie doch strikt vom überaus modernitätsbewußten Neokonservatismus, der im Kern Repolitisierung des Liberalismus ist, zu unterscheiden. Die Repolitisierung des Liberalismus tritt als der eigentlich politische Aspekt des intellektuell kulturphilosophischen Neokonservatismus hervor, der in eine umfassendere politische Philosophie und Gesellschaftslehre, die sich aus unterschiedlichen Quellen speisen können, eingebettet bleibt, und die sich beide — normativ und analytisch — gegen die Eintragung ins überkommene Links-Rechts-Kontinuum sträuben. In diesem Denkraum wird die Vernunft selbst zur konservativen Instanz. Dieser intellektuell (als Projekt der Moderne) und politisch (als Liberalismus) ernstzunehmende Neokonservatismus interveniert zur Zeit in das größere Feld der Liberalismus- und Modernisierungsdiskussion, was sich politisch bis hinein in die traditionellen reformerischen Arbeiterparteien auswirkt.

Würde man nun, statt sich auf diese Diskussionen normativ und analytisch einzulassen, auf eine überdimensionierte Rechte als Gegner fixieren oder dem Neokonservatismus zu viele rechte Splitter unterstellen, hätte man diesen politischen Streit um die Modernisierung schon verloren, bevor er zu Ende gefochten wäre. Da wir uns inmitten dieses Streits befinden, ist es nicht überflüssig zu sehen, daß es innerhalb des Neokonservatismus solche und solche gibt und überdies Widersprüche, die nicht unerheblich sind; zumindest aber sollte zwischen den sachlichen Problemanalysen und den Therapievorstellungen unterschieden werden. Eine genauere analytisch-kritische Auseinandersetzung mit dem Neokonservatismus hätte daher in vier verschiedenen Dimensionen zu erfolgen:

1. *Gesellschaftslehre*, die aus heterogenen Bestandteilen besteht und sich sowohl in der Beschreibung der Phänomene als auch im analytischen Zugriff als geschmeidig erweist.¹ Sie konstatiert Steuerungsprobleme, aber keine Krise. Mit flexibler Offenheit begleitet sie selbstbewußt die technische und organisa-

torische Rationalisierung. Probleme der Informationsverarbeitung, Organisation und Applikation der Steuerung liegen im Brennpunkt ihres Interesses und weniger die Fortschrittsfatalität als solche.

2. *Zeitdiagnose*, die in der Beschreibung mancherlei modernitätsspezifische »Entfremdungsphänomene« und Schwierigkeiten aufspießt, sich indes weniger um deren theoretische Erklärung kümmert (vgl. Lübke 1983).

3. »Harte«, sich selbst behauptende *politische Theorie*, deren Stoßrichtung dem bekannten Credo entspricht, das mit einer Geschichtserfahrung belegt und begründet wird, die sich im besonderen auf den Nationalsozialismus, den Kommunismus, die Studentenbewegung Ende der 60er Jahre und den Terrorismus bezieht.

4. *Therapievorschläge*, die im common sense oder in Alltagstheorien wurzeln. Die Plausibilität dieser Vorschläge verdankt sich dem Verfall umfassender Gesellschaftsentwurfe und der Notwendigkeit, sich in schnell wechselnden Lagen, im ganz und gar nicht strukturkonservativ »Bestehenden«, zurechtzufinden. Im Unterschied zu kritischen Theorien bietet auf dieser Ebene des Orientierungswissens der Neokonservatismus tatsächlich etwas an, was mit den Dimensionen »Gesellschaftslehre«, »Zeitdiagnose« und »politische Theorie« verknüpft bleibt. Er *ist* insofern eine praktische Philosophie, die nicht nur *uber* praktische Philosophie spricht. In diesem Brückenschlag zum common sense liegt der Erfolg des neokonservativen Diskurses begründet, der immer wieder in das Vakuum der Kritik einströmt und sowohl beim »fragmentierten Alltagsbewutsein« als auch bei Entscheidungsträgern, die handeln müssen, auf fruchtbaren Boden fällt.

Im folgenden wird diese Auseinandersetzung nicht systematisch ausgeführt, sondern nur angeschnitten. Wir wollen zunächst einen mehr informativ-deskriptiven als analytisch-kritischen Schritt tun und uns auf die Ausprägungen und internen Differenzierungen des Neokonservatismus in den politischen Kulturen der USA und Frankreichs konzentrieren; Gemeinsamkeiten mit und Differenzen zur Situation in der BRD werden sich dabei von selbst herauschälen. Unserer Sichtung liegt vorgängig die Unterscheidung in folgende Formen des »Liberalismus« und »Konservatismus« zugrunde:

I. Der »*Liberalismus*« der *Wirtschaftsliberalen*. Diese Form des Liberalismus geht über Adam Smith sozialphilosophisch nicht hinaus; die Erkenntnisse der Sozialwissenschaften seither werden ebenso negiert wie der Bedarf für ein reflektiertes Sozialstaatsprojekt: es wird nicht in Kategorien der Gesellschaft, sondern ökonomisch gedacht. Die Erfolge einer »vernunftigen Ökonomie« werden vom Eigentum, dem in dieser Sicht kontingenten und historisch bewährten spontanen Selektionsmechanismus, und von einer Moral (Rekurs auf Hume) abhängig gemacht, die die moralischen Voraussetzungen des freien Marktes garantiert, was dem Markt-Mechanismus aus eigener Kraft nicht gelingt (von Hayek 1983 und 1984). Vom geistesgeschichtlichen Hintergrund her spielt überdies eine grundsätzliche Kritik am Vermögen der konstruktiv-rationalistischen Vernunft hinein, welche sich in prinzipiellen Vorbehalten gegenüber jedweder Planung und prozepolitischen Intervention äußert (hierin treffen sie sich mit den wirklich Konservativen, die indes den »Sozialdarwinis-

mus« sozial einengen, weswegen von Sozialkonservatismus gesprochen wird). Diese Auffassungen haben politisch zur Konsequenz, daß die Idee der Demokratie zurückgedrängt wird und zur (sozialdarwinistischen) »Befreiung des Marktes« auch ein autoritäres Regime mit dieser Form des Liberalismus vereinbar² und sogar angestrebt wird (Beispiel Chile).

II. Der »*Liberalismus*« und »*Konservatismus*« der sogenannten *Neokonservativen*. Der Neokonservatismus ist weder eine Partei noch verfügt er über ein explizites Programm, es handelt sich vielmehr um eine Ideenströmung, die ein bestimmtes Verständnis von Liberalismus mit einem bestimmten Verständnis von Konservatismus verknüpft und insofern auch eine umfassende praktische Philosophie darstellt. Wir unterscheiden einen *kulturphilosophischen Neokonservatismus* von Intellektuellen-Zirkeln (A-Typus) von einem *Neokonservatismus der politischen Wenden* (B-Typus), der in sich allerdings noch einmal erheblich differenziert werden müßte, wollte man sich dabei sowohl auf den »Thatcherismus« und »Reaganismus« als auch auf die Neuauflage der alten Diskussion über den »CDU-Staat« als schließlich auch auf den Weg »von Mauroy zu Fabius« beziehen.³ Auf den B-Typus zugeschnitten ist das, was die Sozialdemokratie als Neokonservatismus bezeichnet.⁴ Im Diskurs der praktischen Alltags- und parlamentarischen Politik in der BRD dominiert zur Zeit diese binäre Opposition: Sozialdemokratie/»Neokonservatismus«. Auf dieser Ebene der politischen Sprache wird der Begriff »Neokonservatismus« auch mit umfassenderen Bedeutungen versehen und verliert seine spezifischen Konturen, wenn etwa gar der Zeitgeist als neokonservativ etikettiert wird. Aus sozialen Gründen wie aus Gründen der umfassenden Philosophie des politischen Gemeinwesens gibt der Neokonservatismus im Unterschied zu den Wirtschaftsliberalen den unbedingten Primat des ökonomischen Liberalismus auf und akzeptiert, ja betont die Notwendigkeit und den Wert des demokratischen Rechtsstaats wie die Notwendigkeit und den Wert sozialstaatlicher Gesetzgebung. Rechts- und Sozialstaat und die Bestimmung ihres Verhältnisses zueinander unterliegen selbstverständlich spezifischer Auslegung, die aber im Grundsätzlichen einen weiten Bogen spannt. Besonders unterstrichen wird durch die neokonservative Akzentuierung die Staatsethik des demokratischen Rechtsstaates, dessen »Spielregeln« gleichzeitig Liberalität und Frieden gewährleisten (das staatsethische Minimum). Ebenso gilt die Einsicht, daß der Sozialstaat auf einem historischen Kompromiß beruht, der irreversibel ist (die Irreversibilität des Sozialstaates). Auf diesem Feld der Diskussion dient dem Neokonservatismus neuerdings die Unterscheidung zwischen Sozialstaat und expansiver wohlfahrtsstaatlicher Politik (Luhmann 1981) dazu, die Krise des hypertrophierten Sozialstaates, so wie sie von ihm wahrgenommen wird, begrifflich im Sinne einer normativen Philosophie des politischen Gemeinwesens zu überwinden.

III. Der »*Konservatismus*« der *wirklich Konservativen*, die gegenüber dem Prozeß der gesellschaftlichen Rationalisierung eine jeweils spezifische (kleinbürgerliche) Opferperspektive einnehmen: sie opponieren gegen den Einbruch in die unverbrüchliche Autorität tradierter Lebenswelten im Sinne von Familie, Patriarchat, Arbeit und Kirche. Politisch fällt unter diese Kategorie des

Konservatismus auch, was wir im folgenden als »Neue Rechte« in den USA (»new right«, »moral majority«) bezeichnen, und ebenso der »Lepenismus« in Frankreich, der eine Fortsetzung des »Poujadismus« ist. Dieser wilde Konservatismus von unten weist eine christlich-populistische Tendenz auf, weswegen wir ihn von der »Neuen Rechten« im europäischen Verständnis unterscheiden. Innerhalb des Konservatismus gibt es ferner noch feinere, ältere Varianten, die sich vom Populismus betont abheben.

4. Die »*Neue Rechte*«, die nicht nur eine konsequent anti-liberale, sondern auch eine konsequent anti-christliche Stoßrichtung verfolgt; das ist der Neopaganismus der »*Nouvelle Droite*«, der ebenso zuerst und vor allem ein Phänomen des intellektuellen Diskurses selbst darstellt wie der Neokonservatismus des A-Typus, der ansonsten mit der Neuen Rechten nichts zu tun hat.

2. Der amerikanische Neokonservatismus: Alter Liberalismus und traditionelle Wertvorstellungen

2.1 *Die politische Kultur des amerikanischen Liberalismus*

Das Liberalismusverständnis der »Founding Fathers«, das sich in der Unabhängigkeitserklärung und der ersten Verfassung, aber auch in zeitgenössischen Zeitungsartikeln wie den »Federalist Papers«⁵ zum Ausdruck brachte, hat sich in den letzten 200 Jahren unter dem Eindruck sozialer, wirtschaftlicher und politischer Umwälzungen verändert. In diesen Prozessen entstanden neue Dimensionen liberalen Denkens. In der Sicht neokonservativer politischer Philosophie geht es dabei um den Konflikt zweier grundsätzlich verschiedener Arten des Verständnisses von politischer Progressivität. Einerseits dasjenige, das in der französisch-kontinentalen Aufklärung entstand und durch die Französische Revolution an politischer Wirksamkeit gewann, und andererseits jenes Verständnis, das in der angelsächsisch-schottischen Aufklärung wurzelt. Der entscheidende Unterschied zwischen den beiden Aufklärungsverständnissen zeigt sich in der Reichweite der Idee der Machbarkeit, die der Politik in den beiden Verhältnissen zur Ökonomie und zur Moral zuerkannt wird. Die angelsächsisch-schottische Aufklärung ist diesbezüglich skeptischer, sie steht den Möglichkeiten der Politik bescheidener gegenüber: »Sie muß sich der Gestaltung der Zukunft mit mindestens so viel Energie widmen, wie der Erhaltung einer traditionellen Orientierung an der Vergangenheit.« (Kristol 1983, X) Die neokonservative politische Philosophie sieht sich als Fortsetzung dieses Stranges der Aufklärung und verankert demzufolge die Idee der Freiheit in den Spielräumen, die die bürgerlichen Traditionen selbst eröffnen.⁶ Im 20. Jahrhundert bestimmte jedoch auch das Gedankengut der französischen Aufklärung die amerikanische politische Kultur. Nachhaltig und umfassend gelang dies in den 30er Jahren, was sich in den sozialstaatlichen »New Deal«-Programmen der Regierung Roosevelt niederschlug. Diese für amerikanische Verhältnisse linksorientierte Politik fand nunmehr einen Platz innerhalb der politischen Kultur des amerikanischen »Liberalismus«.

Die historische Differenzierung des amerikanischen Liberalismus durch eine solche sozialstaatliche Politik provozierte im Gegenzug die Rückbesinnung an-

derer gesellschaftlicher Kreise, die sich wieder dem ökonomischen Liberalismus des 19. Jahrhunderts zuwandten. In dieser Reaktion auf den »New Deal« sahen sie sich mit Burke und seinem Widerstand gegenüber der politischen Aufklärung der Französischen Revolution verbunden. So entstand in Amerika eine erste konservative Stimmung; konservativ hieß für diese Exponenten, daß sie den »wahren« Liberalismus der amerikanischen Gründerzeit verteidigten. Um sich auch formal von den sozialdemokratisch gesinnten »liberals« — den »New-Deal-Liberalen« — abheben zu können, nannten sie sich fortan »libertarians«⁷ oder auch »new-conservatives«, zu denen zusätzlich die sogenannten Traditionalisten wie z.B. Russell Kirk (1953 und 1973) und die in den 50er Jahren außenpolitisch interessierten Antikommunisten wie z.B. William Buckley Jr.⁸ zu zählen sind. Dieser erste lose Zusammenschluß zur Erhaltung des *wirklichen* amerikanischen Liberalismus, wie behauptet wurde, gipfelte 1964 in der Nomination des Republikaners Barry Goldwater für die Präsidentschaft; Ronald Reagan hielt übrigens die Nominationsrede, die ihn bekannt machte.

Der »new-conservatism« ging in den 60er Jahren, die der Soziologe Robert Nisbet »America's approximation of the French Revolution«⁹ nennt, in den Neokonservatismus über, der sich kulturphilosophisch als Antwort auf die Kulturrevolution der Neuen Linken und der Studentenbewegung verstand und politisch, in einem engeren Sinne, auf die Schwierigkeiten der umfangreichen wohlfahrtsstaatlichen Sozialprogramme (»Great Society«) der Regierung Johnson reagierte: »Eine der größten Explosionen der Zentralisierung und Bürokratisierung der Regierungsmacht in der amerikanischen Geschichte fand in den 60er Jahren statt.« (Nisbet 1982, 58)

Der »neo-conservatism« ist also eine Antwort auf die sogenannte Kulturrevolution der 60er Jahre und eine Kritik am expansiven Politikverständnis des Wohlfahrtsstaates.¹⁰ Damit differenziert sich das liberale Spektrum um eine weitere Dimension aus, nämlich das Liberalismusverständnis des Neokonservatismus, das nun neben dasjenige der »libertarians« und der »liberals« tritt. Über die erste konservative Sammlungsbewegung des Jahres 1964 hinaus entstand nun eine breitere Strömung, die als *Allianz* aller aufgeführten konservativer Ideenströmungen (ökonomisch ausgerichteter Libertarianism, traditioneller Wertkonservatismus, außenpolitisch interessierter Antikommunismus, ideologiepolitischer Neokonservatismus, populistische New Right¹¹) immer mehr Bürger zu überzeugen vermochte, so daß der Wahlsieg Ronald Reagans als eigentliche »Konservative Revolution«¹² oder »Reagan-Revolution«¹³ — Revolution im klassischen Sinne als Rückkehr zum Ursprung des amerikanischen Liberalismus — verstanden werden konnte. Die historische Differenzierung des Liberalismusverständnisses manifestiert sich heute in einer inhaltlichen *Mehrdimensionalität*, die es zu beachten gilt. »Liberalism« bedeutet heute primär ein sozialdemokratisch-sozialstaatliches Politikkonzept. Den klassischen Liberalismus hingegen, der bei der Gründung Pate stand, meinen die »libertarians« oder »neo-conservatives«¹⁴, die aus *allen* Parteien stammen, zu verteidigen.

2.2 Zur Definition des Neokonservatismus

Der ideologiepolitische Charakter politischer Auseinandersetzungen bringt es mit sich, daß im Streit um Worte politische Bezeichnungen häufig zuerst in diskreditierender Absicht als Fremdbezeichnung durch den politischen Gegner eingebracht werden (Kristol 1983, IX; 74). So war es der sozialistische Kritiker Michael Harrington, der den Begriff »neo-conservatism« als erster in dieser Absicht gebrauchte. In der Folge hat sich der »neo-conservatism« jedoch auch mit Bedeutungen, die zu positiven Identifikationen einladen sollen, angefüllt. Auch wenn sich die einzelnen Standpunkte treffen mögen, so ist es noch nicht jedermanns Sache, den neuen Mantel ohne Umschweife auch umzulegen; die Selbstbezeichnungen bleiben entsprechend zurückhaltender. In diesem Sinne ist »der wahre, selbsternannte, aber vielleicht auch einzige Neokonservative«¹⁵ Irving Kristol. Was die Formulierungen anbetrifft, so repräsentiert er die spezifisch neokonservative Ideenströmung. Aber was ist »neo-conservatism«, wenn er keine Partei bildet und es von ihm weder ein Programm noch ein Manifest gibt? Kein Neokonservativer, den wir von außen so bezeichnen, ist *der* Neokonservative. Einige sträuben sich gegen diese Bezeichnung wie z.B. Daniel Bell oder George Gilder¹⁶, wieder andere lassen sich gern so nennen und viele reden vom Konservatismus im allgemeinen als neuer Orientierung. Es ist indessen möglich, Gemeinsamkeiten herauszustellen.

Zunächst seien aber noch zwei verschiedene Bedeutungsdimensionen des Begriffs »neo-conservatism« festgehalten. Erstens die alltagsprachliche, mehr journalistische Bedeutung, die die politische Wende durch einen Regierungswechsel bezeichnet und ansonsten keine weiteren Unterscheidungen mehr trifft. Im Vordergrund steht hier der temporale Aspekt, indem global von der Feststellung eines Wiedererstarkens konservativer Ideen und politischer Parteien beziehungsweise Allianzen ausgegangen wird. In der zweiten, historisch-gesellschaftstheoretischen Bedeutung von »neo-conservatism« wird differenzierter auch der biografische, strategische und inhaltliche Aspekt in die Betrachtung einbezogen. Für eine möglichst eng umschriebene Definition, die sich auf dieser Ebene bewegt, sei zunächst das Selbstverständnis Irving Kristols angeführt: »Der Liberalismus wurde links — das ganze politische Spektrum hatte sich nach links verschoben. Um ein Neokonservativer zu werden, mußte man lediglich dieselbe Position behalten.«¹⁷ »Der Neokonservative ist ein Liberaler, den die Realität belehrt hat.«¹⁸

2.3 Die begrifflichen Grundlagen neokonservativer Politik

Im Kern dreht sich neokonservative Politik um das richtig abgestimmte Verhältnis der Vergesellschaftung kapitalistischer Ökonomie zu deren historisch-kulturellen Grundlagen, denen in der »Philosophie der Kapitalisten« zu wenig Beachtung geschenkt wird. Insofern versucht diese Politik, die vor allem auch als politische Philosophie auftritt und als solche überzeugen will¹⁹, den Vergesellschaftungsfolgen des Kapitalismus durch kulturelles Management zu begegnen, ohne den Kapitalismus als Prinzip anzugreifen. Über die »Philosophie der Kapitalisten« hinaus geht es Bell, Nisbet und Kristol um das Problem, daß »der Kapitalismus somit seine transzendente Rechtfertigung verloren hat«, während für die »libertarians« Friedman und Gilder die »laws of mind« (Lindberg 1985, 64) mit den Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus von vornherein übereinstimmen. Das Problem, daß eine in sich locker gefügte politische Philosophie Kompatibilitäten zwischen den verschiedenen Funktionserfordernissen und kulturellen Kompensationen plausibel zu machen hat, entsteht hier gar nicht.

Im Sog dieser neokonservativen Wende in der Politik werden sogar wieder wirtschaftstheologische Rechtfertigungen virulent: »The Spirit of Democratic Capitalism« (Novak 1982) und »The Ethic of Democratic Capitalism« (Benne 1981).²⁰

Wir sehen drei spezifisch neokonservative Ansatzpunkte: *erstens* »probusiness thrust«, *zweitens* »mediating structures« und *drittens* »the link between capitalism and democracy«.

Beim ersten Ansatzpunkt handelt es sich darum, der Wirtschaft eine kulturell fundierte Philosophie zu geben, die in der Funktionslogik des wirtschaftlichen Teilsystems selbst nicht aufgeht. Die Neokonservativen betreiben zwar funktionsbewußte Reflexion, aber nicht nur; sie koalieren in einem gewissen übergreifenden Sinne Systemtheorie und normative politische Philosophie (Bell 1976).

Beim zweiten Ansatzpunkt wird das Augenmerk auf das gesellschaftliche System im ganzen gerichtet und den vermittelnden sozialen Strukturen im »Haushalt« des Gesamtsystems eine entscheidende Rolle zgedacht, die darin besteht, den Subjekten die gesellschaftliche Modernisierung erträglich zu machen. Die »mediating structures« sollen das Bedürfnis nach Gemeinschaft mit dem Wunsch nach Freiheit versöhnen; sie bilden eine Art Schonräume von und in der Gesellschaft: in ihnen erlebt das Individuum bürgerliches Glück durch Privatheit. Zugleich sind sie der Ort der Freiheit, d.h. der Freiheit in der Erziehung, in der Wahl des Berufs, des Geschäfts, der Religion, der kulturellen Betätigung und Vereinigung. Der Gemeinschaftssinn erstreckt sich auf die Verwirklichung dieser Freiheiten; er ist individualistisch eingefärbt. Dadurch entsteht ein sozialer Raum von Gemeinschaften über die Familie hinaus: »mediating structures — the family, the church, the neighborhood, voluntary associations«. Insgesamt sind das die Strukturen, die Glück und Freiheit gestatten und auf deren Politisierung die Neokonservativen besonders empfindlich reagieren.²¹

In der Abwehr einer bestimmten Art der Politisierung (d.h. Demokratisierung) spielt schließlich drittens die Behauptung einer Ursache-Wirkung-Beziehung zwischen Kapitalismus und Demokratie eine grundlegende Rolle. Neokonservative wollen plausibel machen, daß die Freie Marktwirtschaft eine nötige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für ein liberales politisches System darstellt. Neben dieses Freiheitsargument tritt das ökonomische und sozialpolitisch gewendete Effizienzargument: Hoffnungen in das ökonomische Wachstum als Garanten des sozialen Friedens. Der Erfolg der Demokratie wird in engen Zusammenhang mit dem ökonomischen Erfolg gebracht, nicht aus Begeisterung für materielle Güter und Konsum, »sondern weil sie Wirtschaftswachstum für soziale und politische Stabilität für unverzichtbar halten. Nur die Aussicht auf Wirtschaftswachstum hat es — gegen den Strich des vor-modernen politischen Denkens — möglich gemacht, die Demokratie für ein gangbares und dauerhaftes gesellschaftspolitisches System zu halten« (Kristol 1983, 76). Der dritte Punkt, daß allein durch die freie Marktwirtschaft Errungenschaften der liberalen Demokratie verteidigt werden können, bekommt in dem vom Neokonservatismus angestrebten »Wertewandel« schließlich weltanschauliche Bedeutung im buchstäblichen Sinne — als vor- und andemonstrierte Anschauung für die Welt.

Außenpolitisch schlägt diese »innere Aufrüstung« in einer Politik der Stärke durch. Im Selbstbewußtsein, daß die historische Erfahrung des amerikani-

schen Liberalismus der ganzen Menschheit zugute kommt, zeigt sich der »neo-conservatism« als spezifischer »neo-nationalism«²², der sich verpflichtet sieht, nationale Werte in globaler Verantwortung zu verteidigen.

Dieser »neo-nationalism« läßt sich nicht mehr ohne weiteres im üblichen Spannungsfeld zwischen Isolationismus und Internationalismus festsetzen. Geprägt durch die Handlungsunfähigkeit der Regierung am Ende des Vietnamkrieges, den auch Neokonservative als Krieg ablehnten, weisen sie auf die prinzipielle Notwendigkeit hin, sich im Namen ihrer Ideale auch militärisch weltweit verteidigen zu können. Dabei ist das höchste Gut ihrer Wertvorstellungen die Sicherung der Freiheit für möglichst viele (Woyke 1984). Der »Handlungsunfähigkeit« der Regierungen Nixon/Kissinger, Ford und Carter bezüglich der Sowjetunion setzen die Neokonservativen einen außenpolitischen Aktivismus entgegen, der sich ohne Kompromisse in einer Politik der Stärke ausdrückt. Das Konzept dieses spezifischen »neo-nationalism« verknüpft »eine eindeutig moralische Komponente und ein durch sie gesteuerter Aktivismus« (Dippel 1980), der global wirksam werden soll, weil es, im Verständnis von Daniel Moynihan, einer multi-ethnischen Nation wie den USA nie gleichgültig sein darf, wenn irgendwo auf der Welt die Freiheit der Menschen mit Füßen getreten werde: »Wir treten für die Freiheit und die Ausdehnung der Freiheit ein. Alles andere würde die Freiheit gefährden, unsere eigene eingeschlossen.« (Moynihan 1974, 31) Das diplomatische Taktieren um nationale Interessen in der Weltpolitik oder im Rahmen internationaler Organisationen ist für diesen »neo-nationalism« nicht typisch. Vielmehr wird die aktiv konzipierte Globalpolitik der Neokonservativen vom tiefen »Bewußtsein moralischer und materieller Überlegenheit« (Hoffmann 1984, 12f.) getragen. Eindrücklichstes Zeichen dieser neu gewonnenen amerikanischen Entschlossenheit ist die kurze Aktion im Oktober 1983 auf Grenada. Dieser Entschlossenheit liegen neokonservative Konzepte zugrunde, nämlich zum einen ein moralisch fundierter *Bipolarismus*, der in seinen Auswirkungen nicht nur das Ost-West-Verhältnis und damit insbesondere die Beziehungen zur Sowjetunion prägt, sondern auch das transatlantische Bündnis bewertet: »Außenpolitik ist mit dem politischen Ethos einer Nation verbunden.« (Kristol 1985, 9) Mangelnder europäischer »spirit of nationalism« und der Einfluß sozialistischer Ideen in Europa verdeutlichen die Diagnose: »Westeuropa ist verschieden von den USA geworden — und von dem, was es einst war.« (ebd.) Regionale Konflikte (Zentralamerika, Naher Osten), aber auch das transatlantische Bündnis und die internationalen Organisationen werden aus tiefster Überzeugung moralisch bewertet: Dienen sie dem Guten oder führen sie die Menschheit ins »Reich des Bösen«?

Zum anderen wird im Bewußtsein, daß es sich um einen weltweiten ideologischen Konflikt handelt, strategisch versucht, alle Kräfte zu sammeln. Zögernde Verbündete rufen unter Neokonservativen schnell Desillusionierungen hervor. Dabei gehen die Neokonservativen in ihren konzeptuellen Überlegungen häufig konsequenter vor, als dies der politischen Administration selbst möglich wäre.

Drittens vollziehen Neokonservative eine analytische Aufteilung zwischen

Autoritarismus und Totalitarismus. Angesichts des weltweiten Konflikts wird strategisch jedes diktatorische System totalitären Charakters pragmatisch abgegrenzt: »Dictatorship and double Standards« (Kirkpatrick 1982). Nach diesem Konzept werden solche Diktaturen, die innere Wandlungen möglich erscheinen lassen, wie z.B. jene in Südamerika, von anderen, kaum wandelbaren totalitär organisierten Systemen unterschieden. Historische Diktaturen mit traditionellen gesellschaftlichen Strukturen und autoritäre Regimes, die ökonomisch und kulturell mit dem Westen verbunden sind, sollen unterstützt werden. Dabei stehen genau festgelegte Kriterien zur Beurteilung einer Demokratie (Berger 1983) und einer totalitären Diktatur, die von der herkömmlichen Totalitarismustheorie umschrieben werden, zur Verfügung. Das außenpolitische Konzept gegen den totalitären Weltkommunismus sieht Kirkpatrick tatsächlich in der Verbindung von »Freier Welt« und »Autoritarismus«. Dieser durch neokonservative Konzepte angereicherten Totalitarismustheorie zufolge unterscheiden sich autoritäre Diktaturen vom bekämpften Totalitarismus durch die Möglichkeit, daß sie im amerikanischen Sinne demokratisiert werden können; ihre Legitimation beruht nicht auf der Wahrheit einer alles umfassenden Ideologie, und sie kontrollieren wichtige »mediating structures« wie Familie, Religion und lokale Gemeinschaften nicht vollständig (Berger 1983, 35). Auf diesen Grundlagen beruht die gegenwärtige »global campaign for democracy« (Berger 1983, 31).

2.4 Neokonservative Strategien

Charakteristisch für die meisten »neo-conservatives« sind ihre engen Beziehungen zum akademisch-intellektuellen und publizistischen Bereich. Sie sind intellektuelle Professionals, die soziologisch als eine Elite unter anderen oder als eine bestimmte Fraktion innerhalb »der Intelligenz als Neuer Klasse«²³ zu sehen sind. In ihren Berufen als Professoren²⁴, Schriftsteller, Herausgeber von intellektuellen Zeitschriften²⁵, Politiker und Diplomaten²⁶ verbindet sie ein philosophisch-soziologisches Interesse und eine rege publizistische Aktivität, vor allem aber die Ablehnung eines jeglichen politischen Romantizismus, die den Einfluß einer anderen Fraktion innerhalb der Intelligenz als Neuer Klasse treffen soll. In ihrer Jugend waren heutige Neokonservative häufig Mitglieder radikallinker Gruppierungen. Da sie in der Zeit des New Deal politisch sozialisiert worden sind, sind ihnen die sozialen Belange nicht fremd. Beides, der Marxismus der Studentenjahre und die Versuche einer Politik mit dem Wohlfahrtsstaat, betrachten sie als nunmehr abgelegte Irrtümer, mit denen man bekanntlich nicht besonders rücksichtsvoll umzugehen pflegt. Als politische Elite mit einem allgemeinen politischen Anspruch ist ihnen ebenso wie anderen intellektuellen Eliten ein »Missionscharakter« eigen, der zur planvollen Organisation ihres Versuchs der Einflußnahme führt. Als das spezifisch Neue am Neokonservatismus innerhalb der Tradition des Konservatismus sticht daher die theoretische Aufbereitung der Argumentationsmuster in der Gesellschaftstheorie und politischen Philosophie sowie die gezielte Erkenntnispolitik durch arbeitsteilige Forschung und Politikberatung heraus. Die Aufmerksamkeit, die die Neokonservativen in den letzten zehn Jahren erreichen konnten, verdankt

sich nicht zuletzt dieser Art von eleganter Institutionalisierung: »Periodicals«, Medien, Universität, Beratung in der Administration, »Think Tank«.

Mit der Gründung eines eigenen Periodical, »Public Interest«, im Jahre 1965 durch Irving Kristol und Daniel Bell, und der Einflußnahme auf schon bestehende wie »Commentary« in den 60er Jahren entfalteten sie ihre Wirkung auf die Meinungsbildung. Häufig vertauschen Neokonservative überdies sei es ihren Redaktionstisch, sei es ihren Lehrstuhl mit einer Beraterstelle in der politischen Administration oder sie werden Mitglied eines »Think Tank«²⁷, der auf diese konzeptuell Einfluß zu nehmen versucht.²⁸ Einige dieser »Think Tanks« wuchsen zusammen mit dem Neokonservatismus unter besonderer Förderung und Berücksichtigung durch die Regierung Reagans zu dem, was sie heute eigentlich sind: »Ideas factories« bzw. »a knowledge industry« für die Innen- und Außenpolitik einer neuen konservativen Koalition. Das in den letzten Jahrzehnten bekannteste »liberale« Institut, »Brooking Institution«, hat damit eine ernsthafte Konkurrenz erhalten. Mit großem Selbstbewußtsein werden nun auch von konservativer Seite »Theorien« vertreten; dieses Feld überlassen sie nicht mehr einfach den »liberals«. Auf der Ebene der politischen Semantik heißt die Strategie »positive phrasing«, d.h., im Streit um die politischen Inhalte werden kritischen Argumenten positive Ausdrücke entgegengesetzt. So wird z.B. das Abtreibungsverbot wirkungsvoll — politisch semantisch — als »Recht auf Leben« deklariert.²⁹ Der politische Streit um die Worte (Demokratie, Emanzipation usw.) steht für den intellektuellen Neokonservativen im Zentrum des theoretischen wie des praktisch politischen Interesses. Die theoretisch spezifizierbaren Eigenheiten der politischen Sprache³⁰ werden zur Grundlage einer theoretischen Praxis mit politischer Ausrichtung. Der interreligiöse Gegner auf diesem Feld der politischen Semantik ist die sogenannte New Class, ein soziologisches Konstrukt des Neokonservatismus, mit dem sowohl eine neue soziale Schicht als auch eine »cultural attitude« gemeint ist. Daniel Bell sieht die Signifikanz der Idee einer New Class vor allem in der spezifisch modernen kulturellen Lebenshaltung einer institutionalisierten Avantgarde. »Das Überschwappen der modernen Kultur in den Lebensstil der gebildeten Klasse« (Bell 1984, 74), wo ein Hedonismus zum Prinzip wird und etablierte Autoritäten schwinden, fordert die Neokonservativen als »counterintellectual« (Steinfels 1979, 189) heraus: »Die große Tugend des Neokonservatismus besteht darin, daß er großes Gewicht auf die moralische Kultur, die unserem politischen und ökonomischen Leben vorausgeht, legt.« (Steinfels 1979, 292) Vor allem Daniel Bell möchte das Konzept der New Class so verstanden wissen: »Sie ist eine Mentalität, keine Klasse.« (Bell 1980, 144f.) Näherhin meinen Neokonservative mit dem Etikett »New Class« die gebildete Schicht des öffentlichen Sektors — Lehrer, Journalisten, Beamte, Wissenschaftler und Ärzte.

Eine andere konservative Gruppierung, die häufig mit dem Neokonservatismus in einem Atemzug genannt wird, aber deutlich von den »neo-conservatives« unterschieden werden muß, ist die »New Right«.³¹ Die »New Right« ist religiös-fundamentalistisch ausgerichtet und agiert populistisch. Mit direkten Aktionen an der Basis der Bevölkerung versucht sie, diese zu einer Änderung der Politik zu mobilisieren. Mit zahlreichen Aktionskomitees, Briefversandak-

tionen³² sowie mit Fernsehkirchen³³ — Aktionen, die allesamt die neuen Technologien geschickt einzusetzen wissen — schürt sie eine weltanschaulich getragene moralisch-politische Empörung. Zwischen der »New Right« und dem »neo-conservatism« gibt es in der Stoßrichtung aber auch wichtige Überschneidungsbereiche, so außenpolitisch im missionarischen, zivilreligiös begründeten Antikommunismus und innenpolitisch einerseits im Zurückdrängen des Staates und andererseits darin, daß sie gewisse traditionelle Wertvorstellungen teilen. Die breite politische Mobilisierung durch die »New Right« spielte beim Erfolg Ronald Reagans eine erhebliche Rolle.³⁴

Die neokonservativen Strategien sind wohl vor allem wegen ihres ideologisch-konzeptuellen Beitrages zu den Wahlsiegen Ronald Reagans 1980 und 1984 von entscheidender Bedeutung. Reagans Erfolg ist das Ergebnis einer breiten konservativen *Allianz* aller aufgeführten konservativen Strömungen der letzten vierzig Jahre, welche als »Reaganismus« eine spezifische Ausprägung und Mischung erfahren hat. Fällt es auch schwer, das Gewicht der einzelnen konservativen Fraktionen innerhalb dieser konservativen Koalition genau zu wägen, so lassen sich doch drei Ereignisse in den letzten zwanzig Jahren herausheben, die Ausgangspunkte des Erfolges wurden: Die erste konservative Koalition mit Goldwater (1964), die expansiven, wohlfahrtsstaatlichen Programme der »Great Society«, die die kritische Reaktion der Neokonservativen herausforderten, und die linksliberale Präsidentschaftsnomination McGovern (1972) innerhalb der Demokratischen Partei, welche zur Polarisierung führte und viele Mitglieder in die politische Heimatlosigkeit trieb. In der konservativen Richtung, die Ronald Reagan zutiefst überzeugt (und nicht als Schauspieler) verkörpert, sind sowohl Neokonservative als auch ehemalige enttäuschte Demokraten und Vertreter der populistischen »New Right« integriert. Es hat den Anschein, daß sich ihre gegensätzlichen Strategien bestens ergänzen.

3. Frankreichs Neokonservatismus: der permanente Konservatismus und der neue Liberalismus

3.1 *Liberalismus en vogue: mehr als nur eine andere Ideologie?*

Bislang ist der Liberalismus in Frankreich weder als Partei noch als Denkschule repräsentiert worden. Es gab nur einzelne hervorragende Theoretiker wie Tocqueville oder Benjamin Constant.³⁵ Heute ist der Liberalismus das omnipräsente Schlagwort einer jeden ideenpolitischen Diskussion. Die Debatte um den Liberalismus hat den Stellenwert, den die Debatte um den Marxismus von 1944 bis in die 70er Jahre innehatte (Valadier 1985). Das Überbauvakuum ist nun wieder verschwunden. Wollte damals kaum ein Intellektueller oder ein Politiker ein Rechter sein, so will heute fast jeder ein Liberaler sein: Es gibt folglich liberale Sozialisten, liberale Gaullisten, liberale Nationalisten und liberale Katholiken, vielleicht gibt es bald auch liberale Kommunisten.³⁶ Historisch evident ist, daß sich der Stellenwert des Liberalismuskurses zum guten Teil den Sozialisten und den Kommunisten verdankt; ohne sie würde der Liberalismus nicht in diesem Maße thematisiert. Die aktuelle Liberalismusdebatte scheint in der Tat dort, wo es um die unmittelbare Ausübung politischer Macht

geht, in erster Linie ein Kampf um Begriffsbesetzungen zu sein mit der Absicht, alle Formen von Sozialismus zu diskreditieren. Der politische Feind soll über ein Bündel ideologischer und politikhistorisch schwergewichtiger Begriffe radikal markiert und identifiziert werden können. Man gefällt sich deshalb in der Selbststilisierung als Neothermidorianer und versteht sich *exklusiv* erstens als Verteidiger des *Antitotalitarismus*, indem der klassische Antikommunismus³⁷ revitalisiert und für die eigenen konjunkturabhängigen ideologischen Bedürfnisse instrumentalisiert wird; zweitens als Hüter des *Antifaschismus*: Jeder Sozialismus, auch die Sozialdemokratie, hat dieselbe Logik und führt unvermeidlich zum Kommunismus bzw. Faschismus oder Nationalsozialismus³⁸; drittens als Verteidiger der *republikanischen Tradition*³⁹: Die Linke insgesamt hat kein Recht, sich auf die republikanische Tradition zu berufen, und die marxistische Geschichtsschreibung legitimiert mit ihrer Parallelisierung der Französischen Revolution mit der Oktoberrevolution den Terror, also die totalitäre Gewalt⁴⁰; viertens als kompetenter Repräsentant der *ökonomischen Modernisierung*: Ökonomie, Freiheit und Verantwortung sind der linken Weltanschauung fremde Begriffe, ihr geht es nur um Verstaatlichung der Produktionsmittel, was die Rückkehr zur allgemeinen Armut impliziert; fünftens als Verteidiger des *kulturellen Erbes* wie das der nationalen Größe, der Kirche und der freien Schule: Die Linke dagegen ist nirgendwo verwurzelt, »enraciné«, sie kann gar keine Identität haben, da sie keine »Heimat« hat; wer aber nirgendwo verwurzelt ist und keine positive Vergangenheit hat, kann auch keine Zukunft haben; sechstens als Interpret dessen, was ist: die Aneignung des *Realitätsverständnisses* in ökonomischer, sozialer und militärischer Hinsicht; siebtens als Verteidiger der *Freiheiten*: Dem Egalitarismusbegriff der Linken wohnt dagegen eine totalitäre Logik inne, er nivelliert gegen unten, disqualifiziert und entmutigt die Leistungsfähigeren, womit er neue Ungleichheiten schafft. Nicht jede neokonservative Opposition gegen die Linke benützt alle diese Punkte gleichermaßen, und nicht alle Opponenten benützen sie mit gleicher Intensität.

3.2 Formen von Liberalismus und Rechten

Die folgende Einteilung ist idealtypisch und versucht, die verschiedenen Strömungen auf einige sie charakterisierende Grundmuster zu reduzieren.

1. *Wirtschaftsliberalismus*. Er ist ein neues, der französischen Tradition eher fremdes Phänomen⁴¹, das deutlich erst in den 80er Jahren hervortritt. Protagonist der Wirtschaftsliberalen ist F.A. Hayek. Mit ihm bekämpfen sie ihre eigene Tradition der »cartesisch-konstruktivistischen Rationalität«, die zur Planung der Gesellschaft führe (wobei immer auf deren »totalitäre« Momente hingewiesen wird). Bislang lassen sich zwei Stränge unterscheiden: a) einer, der versucht, Elemente der US-Wende zu kopieren und rigide für die Aufblähung der zivilen Gesellschaft zuungunsten des Staates argumentiert (Cohen-Tanugi 1985, Sorman 1983 und 1984). In einer liberalen Ordnung folgt der Bürger nur dem Privat- und Strafrecht; das öffentliche Recht, Quelle totalitärer Herrschaft, hat sich demgegenüber zurückziehen. Die Ordnung der Gesellschaft soll wieder Resultat der frei spielenden »Gesetze« des Marktes werden. Die spezifisch politischen Probleme der Innen- und Außenpolitik werden naiv als durch die vermeintlichen Potentialitäten des (Welt-)Marktes aufhebbar deklariert. Und b) läßt sich ein Strang unterscheiden, der den anderen noch elitistischer und autoritär überhöht.⁴² Die Funktionen des Staates

werden hier allein auf den harten Kern des Gewaltmonopols und des Schutzes (Affirmation des Frankreich-Bildes als »pays des flics«) reduziert, womit der ökonomische Liberalismus zuungunsten des politischen Liberalismus ausgespielt wird. Den polemisch affirmierten Hintergrund bilden die traditionellen Werte der Familie, der autoritären Erziehung sowie die Verwurzelung in einer spezifischen Kultur (Le Club de l'Horloge 1982 und 1984).

2. *Liberalkonservatismus*. Er präsentiert bislang allein ein umfassendes philosophisches Gebäude⁴³, das sich zum Konservatismus, Liberalismus und Sozialismus eklektisch verhält. Zwar wird eine scharfe Aufgabenteilung zwischen ziviler Gesellschaft und Staat als notwendig erachtet, doch wird der Keynesianismus nicht einfach negiert wie im Wirtschaftsliberalismus. Nebst dem Staat übernehmen auch Wissenschaft und Technik Kompensations- und Versöhnungsfunktionen: sie sollen den rechtlich kontrollierten Fortschritt mittragen. Politisch ist der Liberalkonservatismus entschieden für Repräsentativsysteme⁴⁴ und antijakobinisch. Eine umfassende Demokratisierung aller Lebensbereiche wird vor allem wegen ihrer kulturrevolutionären Konsequenzen und nicht allein wegen ihres Angriffs auf die Dispositionsfreiheiten des Eigentums wie im Wirtschaftsliberalismus verurteilt. Ähnlich wie im deutschen Neokonservatismus wird auch hier auf die Notwendigkeit der Existenz kultureller Ressourcen hingewiesen (Aron 1969, 98-128), ohne aber, wie jene, einem allzu moralistischen Pathos zu verfallen.

3. *Linkoliberalismus*. Er versucht, die Linke mit der Idee des Marktes zu verbinden: die Linke könne nur linksliberal überleben (Minc 1984 und 1984a). Die Linke hat bislang die (sozial-)revolutionären Kräfte des Marktes, seine Dynamik zugunsten der individuellen und kollektiven Bedürfnisbefriedigung nicht genügend anerkannt. »Auch wenn der Markt nicht ein Mittel zur Veränderung der Gesellschaft ist, so ist er dennoch ein unersetzliches Instrument für gesellschaftlichen Wandel.« (Minc 1984, 210) Demgegenüber ist die sozialistische Produktionsweise inflexibel und konservativ — sie schließt den sozialen Wandel und den Fortschritt aus bzw. sie ist geradezu das Mittel, um ihn zu verlangsamen. Das Verhältnis von Ökonomie und Gesellschaft soll daher neu bestimmt werden, weil wir uns an der Schwelle zum postindustriellen Zeitalter befinden (statt von Krise spricht Touraine von Übergang; vgl. 1984a und 1984b). Die Linke hat dieses Verhältnis immer zu langfristig gesehen, was in Zeiten beschleunigten sozialen und ökonomischen Wandels zu perspektivischen Verzerrungen führen muß. Kurzfristigeres Denken erlaubt eher eine für die kritische Analyse fruchtbare Adaptation und einen differenzierteren Zugriff auf die jeweiligen gesellschaftlichen Gegebenheiten; so werden moderne Technologien und Wissenschaft als grundsätzlich positive Faktoren des sozialen Rationalisierungsprozesses identifiziert. Die gegenwärtig ablaufende technologische Revolution favorisiert strukturell die Dezentralisierung von politischer und ökonomischer Macht⁴⁵ und ist zugleich ein antitotalitäres Instrument. Im Unterschied zu Habermas' Kritischer Theorie werden die Konsequenzen für die Lebenswelt und die Öffentlichkeit weit weniger pessimistisch bewertet (Touraine 1983, 188ff.); das Individuum bzw. der soziale Akteur kann seine Dignität wiedererlangen im postindustriellen, nicht mehr an Großtechnologien, Massenparteien, Großorganisationen und -ideologien orientierten Zeitalter (Touraine 1983, 35-100 und 1984c, 221-270). Politisch akzeptiert wird der politisch-ethische Liberalismus, nicht aber der bloß ökonomische wie im Wirtschaftsliberalismus (Touraine 1984c, 11), was den Einsatz für Menschenrechte, Minderheitsrechte und politisch Verfolgte hervorruft und trägt. Der Linkoliberalismus setzt sich aus vielen ehemaligen 68ern zusammen, die gegen die damals vollzogene pessimistische Wende und die Ausflüchte in die Kulturrevolution für den Wiedergewinn einer optimistischen Perspektive sich einsetzten. Gesellschaft und Ökonomie zu thematisieren scheint der französischen Linken allemal besser anzustehen als der Exodus in die kulturelle Poesie, der nur zu rasch in Konformismus und Konservatismus umschlägt (Crozier 1979).

Zu den »Rechten«: Wer sich primär als »rechts« bezeichnet, fällt aus der politischen Moderne heraus.

1. *Der Rechtspopulismus*. Er versucht, die Bezeichnung »rechts« politisch zu rehabilitieren. Seit der Vichy-Zeit, an die er ideologisch anknüpft, scheint er auf die ewige Wiederkehr programmiert zu sein (Duhamel 1985, 71-75).⁴⁶ Er lebt in erster Linie von der moralischen Empörung über die kulturelle und ökonomische Moderne. Durch den umfassenden Rationalisierungsprozeß glaubt er sich in die Defensive gedrängt und generiert aus der Opferperspektive spezifische Feindbilder, die in das Fremde, Andere, Unbekannte projiziert werden. Gegen das Großkapital (»Toute la bourgeoisie est de gauche ...«; Le Pen 1979, 175), gegen den »intellektualistischen Linkskonformismus« (Le Pen 1979, 176), humanitaristisches, utopistisches und mondialistisches Denken (Le Pen 1979, 175) werden die wirklichen rechten »Ideen« geltend gemacht: a) der unverbrüchliche Wert der Autorität der tradierten Lebenswelten, denn der Mensch ist doch, was er ist, zu »99,999 pour cent« (Le Pen 1979, 175) das, was frühere Generationen ihm überliefern: Patriarchat, Kirche (Affinität zum katholischen Integritismus), Familie und harte Arbeit werden demzufolge zu unantastbaren Werten stilisiert⁴⁷; b) ökonomisch soll das Kleinbürgertum (Handwerker, kleine Kaufleute) gegen die Aggressivitäten der expandierenden Großorganisationen verteidigt werden und c) politisch wird an den Mythos des Volkes (»le bon peuple«) appelliert. Das Volk soll dem plebiszitär erkorenen charismatischen Führer applaudieren, denn er schafft die Wirtschaftskorruption und deren Inkarnation, das Parlament, ab.

2. *Die Neue Rechte*. Sie ist primär illiberal und antichristlich, nicht eigentlich oder zumindest nicht primär konservativ. Das gesamte christliche Erbe wird negiert und wieder ein Brückenschlag zu den heidnischen Ursprüngen der europäischen Kultur versucht. Der andere Anfang, der nicht mehr die »Dekadenz« der Fortschrittsphilosophie impliziert, muß gedacht und vollzogen werden.⁴⁸ Dabei zielen die Neuen Rechten eine prekäre Synthese mit den »Erkenntnissen« der modernen Biologie an, die zwischen einem biologischen Materialismus, einem Sozialdarwinismus und dem Eugenismus oszilliert. Diese Synthese soll eine Biopolitik begründen, nach der jede Kultur das Recht hat, im glorifizierten und als unausweichlich deklarierten Kampf ums Dasein sich selbst zu verteidigen, ohne daß störende Maßnahmen (des liberalen Marktes, des Social Engineering, der UNO, der Kirche) dieses »Spiel« beeinflussen. Die Strategie geht dahin, daß alle kulturpolitisch relevanten Begriffe pervertiert und dadurch ihre Verteidiger in die Defensive gedrängt werden: den Ethnopluralismus, die kulturelle Toleranz, das Recht auf Differenz und die kulturelle Selbstbestimmung, all das zu verteidigen, nimmt die Neue Rechte für sich in Anspruch. Wer dafür den Begriff des Rassismus einbringen will, muß bedenken, daß hier im Gegensatz zum klassischen Rassismus des Eurozentrismus der Kolonialzeit ein »selbstreferentieller« (Taguieff 1984, 37) Identitätsrassismus vorgezogen wird, der jegliche rassische Hierarchie vermeidet und auf die originäre Reinheit, auf dem Egoismus der eigenen Identität als differentiellem Prinzip konzentriert ist. Aus diesen Prämissen läßt sich die ganze Weltanschauung der Neuen Rechten deduzieren: der Hauptfeind sind die Vereinigten Staaten, da dort ein ethnisches und kulturelles Chaos herrscht; dann das Christentum, das die Gleichheitsidee generiert, die in der Marktwirtschaft als Gleichheit aller vor den abstrakten Tauschgesetzen fortgeführt wird, die sodann in einer weiteren Etappe in der Großen Revolution zur Deklaration der Menschenrechte führte (man erkennt: der Marxismus ist nur ein sekundärer Feind). Es scheint, daß ein Ende dieses durch den falschen Anfang bedingten Prozesses nur gewaltsam erreichbar ist (de Benoist 1982). Man kann die Neue Rechte in folgende Formeln pressen, die ihre Geneigtheit zu Elementen deutscher Kultur überwältigend bestätigen: Die Vertreter der Neuen Rechten sind »Spenglerianer« bezüglich des Kultur- und Schicksalsbegriffs«. Die verschiedenen

Kulturen sind unvergleichbar und gleich-wertig (also, nota bene, kann man sich ihnen gegenüber auch gleich-gültig verhalten; die stärkere Kultur hat dann einfach das bessere Schicksal). Das kausale Denken wird zugunsten des irrationalen Verstehens von Geschichte verabschiedet. Dann sind sie »Nietzscheaner« bezüglich des Lebens- und Zeitbegriffs. Gegenüber dem rationalen und universalistisch-abstrakten Denken wird der Primat der Seele, des Instinkts und der Ehre geltend gemacht. Der Haß auf alle linearen Geschichtsphilosophien wird durch die Affirmation des zyklisch-zynischen Geschichtsbildes kompensiert. Ferner sind sie »Schmittianer« bezüglich des Politikbegriffs. Durch Entpolitisierung der Gesellschaft soll die Politik von moralischen Zwängen befreit werden und endlich »sie selbst« sein können. Der Feind soll bestimmt werden, denn »die Bestimmung des Feindes (ist) ein Ausdruck von Mut und klarem Verstand« (de Benoist 1982, 19). Dann sind sie »Heideggerianer« bezüglich des Seinsverständnisses (Kritik der Metaphysik, des Positivismus und der Wertephilosophie). Und schließlich wird auch Gramsci vereinnahmt, dessen Hegemonie-Konzept die Neue Rechte geschickt mit umgekehrten Vorzeichen versieht (de Benoist 1979, 250-62).

3.3 Der permanente Konservatismus in Frankreich

Der neue utopische Diskurs um den Liberalismus wie auch solche Phänomene wie die Neue Rechte sind möglich, weil der Grundkonsens fragloser denn je — so scheint es jedenfalls — geteilt wird. Als stabilitätsgarantierende superstrukturelle Elemente haben sich herauskristallisiert:

1. Die *kulturellen Institutionen*, die von einem scheinbar unverbrüchlichen Autoritäts- und Hierarchiebewußtsein getragen werden (Mme Chirac ist mit ihrem Mann per Sie; Genosse Mitterrand liebt es nicht, wenn er von seinen Parteikollegen — distanzlos — geduzt wird). Der Kult des Erworbenen, die hartnäckige Verteidigung von gruppenspezifischen Privilegien, die vor allem bei Funktionären verbreitet ist, haben zu einer Kristallisation von reformunfähigen Rollen, Regeln und Strukturen geführt. Sie ermöglicht sogar den Luxus von zeitweiligen (Pseudo-)Revolutionen, um nachher um so selbstverständlicher an der Verdinglichung des Tradierten teilzuhaben.

2. Das *Prestige der »Grandes Ecoles«* (Ecole Nationale d'Administration, Ecole Normale Supérieure, Ecole Polytechnique). Der Staat kontrolliert dank strenger Selektionsmechanismen die Bildung von Eliten, die das professionelle Establishment verkörpern. Superfunktionäre wie Rocard, Fabius, Giscard, Chirac oder Chevènement, alle Absolventen solcher Schulen, sind »Staatsmissionare«, die Terrains besetzen, ohne einem Kompetenzdruck ausgesetzt zu sein (man wird bezahlt für das, was man ist, nicht für das, was man tut).

3. Die *Risikoarmut* und das *Sicherheitsbedürfnis*. Der Staat ist in den Nischen des alltäglichen Lebens präsent. Der »naturwüchsige« französische Individualismus findet seine Kompensation im Bedürfnis nach staatlicher Geborgenheit — »L'Etat-papa« (Peyrefitte 1976). Das hohe soziale Prestige, das der lebenslängliche Beamte im Gegensatz zum dynamischen Unternehmer genießt, verstärkt diesen Hang zum Konservatismus eher als daß er ihn abschwächt.

4. Die *»monarchische Versuchung«*. Es gibt die Versailles-Nostalgie des Poms, des Prestiges, der absoluten Autorität. Dieser Anachronismus findet seinen Ausdruck in der *Personalisierung der Macht*⁴⁹ (der Gaullismus: das ist einzig De Gaulle; der Lepenismus: das ist nur Le Pen; der französische Sozialismus oder der Mitterrandismus: das ist Mitterrands Werk; Konzessionen werden keine gemacht). In dieser Sichtweise sind offenbar allein starke Persönlichkeiten fähig, die individualistischen und selbstreferentiellen Inter-

essenartikulationen zu durchbrechen; sie treffen die einschneidenden politischen Dezierungen und drücken schließlich der Systemrationalität ihren Stempel auf. René Rêmond hat den synthetischen Charakter der Fünften Republik mit der treffenden Formel der »elektiven Monarchie« erfaßt. — Die französische Gesellschaft bleibt eine »société bloquée« (Hoffmann 1976). Daran scheint sich gerade heute — auf dem Hintergrund sozialistischer Versuche gesehen — wenig zu ändern. Die integrative Kraft kultureller Institutionen, das Prestige der großen Eliteschulen, die Risikoarmut und das Sicherheitsbedürfnis sowie die »monarchische Versuchung« bilden eine eiserne Klammer, die nur schwer aufzubrechen ist.

4. Verbindungsfäden zur BRD

Frankreich und BRD. In dieser Beziehung muß in erster Linie die Neue Rechte interessieren. Frankreich beerbt in Gestalt der Neuen Rechten den deutschen Geist, der in Deutschland selbst philosophisch und politisch diskreditiert ist — außer bei einigen Randfiguren im politischen Spektrum wie etwa Armin Mohler.⁵⁰ Mohler, selbst ein ausgewiesener Frankreich-Kenner, war von 1949 bis 1953 bei Ernst Jünger Sekretär, arbeitete für Franz-Josef Strauss (den er nicht als Rechten bezeichnet) und ist seit 1961 für die Siemens-Stiftung in München tätig. Für solche politische Randständigkeit muß es dann allerdings befreiend wirken, wenn sich in Frankreich eine Nachhut der Konservativen Revolution formiert.⁵¹ Während diesbezüglich die deutschen Gesinnungsgenossen in stiller Zurückgezogenheit ihre Ahnen zelebrieren müssen, kann die französische Neue Rechte fast mühelos Medienerfolge feiern (Alain de Benoist bekommt sogar den »Grand prix de l'Essai« der Académie Française). Die eklatante Differenz der beiden politischen Kulturen läßt sich gerade am Beispiel der Neuen Rechten demonstrieren. Was in Deutschland in der Tat gefährlich ist und nach faschistischen Reminiszenzen riecht, können sich die Franzosen leisten, ohne Identitätskrisen zu erleiden.⁵²

Man könnte die Neue Rechte auch psychologisch als *nervöse* Rechte charakterisieren. Obwohl auch sie sich technokratisch versteht, ähnlich wie der Neokonservatismus, verspürt sie doch ein eigentümliches, besonders heftig empfundenes existentielles Defizit. Die zwar notwendige, aber doch »unendlich langweilige« Technokratie reizt durch ihre Souveränität zur Überkompensation im und durchs Irrationale. Ohne heroische und elitäre Momente, die Differenzen schaffen und durch nichts außer durch den Willen zur Affirmation eines außergewöhnlichen Stils legitimiert werden, scheint das Leben nicht zu leben (de Benoist 1979, 29-56). Die Masse, die das Gewöhnliche tut, bei der es keine Einbrüche in den normalen Ablauf der Dinge gibt, repräsentiert dagegen den verachtenswürdigen, dekadenten Menschentypus (gerne wird Flaubert zitiert: »Wer immer niederträchtig denkt, nenne ich einen Bourgeois.«; de Benoist 1979, 54) Unter diesen Voraussetzungen werden ideologische Differenzen unbedeutend oder zumindest undeutlich; die verrücktesten Koalitionen und Sympathiebekundungen werden möglich, denn es gilt: »Alle Menschen mit Qualität sind Brüder, ungeachtet ihrer Rasse, ihres Landes und der Zeit.« (de

Benoist 1979, 29) Pierre Vial, wie Alain de Benoist Philosoph der Neuen Rechten, rehabilitiert *alle* revolutionären Positionen: »Vor zwanzig Jahren spottete ich über meine Studienkollegen, die Che Guevara verehrten. Ich hatte unrecht. Che Guevara repräsentierte symbolisch für sie — und er repräsentiert es heute auch für mich — die einzige Hoffnung, die noch bleibt. Es ist die Hoffnung, gegen eine unerträgliche Welt zu kämpfen. Es ist die Welt der mediokren Freuden, der billigen Masche und des Gesetzes des Geldes. Man sagt mir, die Revolution sei ein Mythos. Und wenn schon? Glaubt ihr, es lohne sich für etwas anderes zu sterben und zu leben als für einen Mythos?«⁵³ Und gegenüber dem Terrorismus der RAF und der Roten Brigaden wird festgehalten: »Ich fühle mich diesen Männern und Frauen, die, die Waffen in der Hand, für ihre Ideen gestorben sind, näher als diesen Liberalen, die vor Reagan und Johannes Paul II in Ekstase geraten ...« (ebd.).

USA und BRD. Die internationale Dimension des Neokonservatismus, das ist der Austausch neokonservativer Gedanken und Konzepte zwischen der BRD und Amerika, zeigt sich einerseits in gemeinsamen Ausgangspunkten und äquivalenten Positionen ihrer politischen Philosophie, andererseits im deutsch-amerikanischen Kontakt und der bereits fortgeschrittenen Institutionalisierung dieser Beziehungen in Form gemeinsamer Seminare zur Innen- und Außenpolitik wie z.B. dasjenige der Konrad-Adenauer-Stiftung »Neokonservatismus in den Vereinigten Staaten und seine Auswirkungen auf die Atlantische Allianz« und in den atlantisch ausgerichteten Zeitschriften »Encounter«, »Der Monat, Neue Folge« und »Express« (in kritischer Distanz), in denen häufig amerikanische Neokonservative publizieren.

Sowohl in der BRD als auch in Amerika hat sich die Fremdkennzeichnungsfunktion des Wortes »neokonservativ« zur Selbstkennzeichnungsfunktion gewandelt. Wie weit sich diese Selbstkennzeichnungen, die nur in wenigen Fällen selbstbewußter Positionsdefinitionen dargestellt und behauptet werden⁵⁴, im einzelnen über den Atlantik hinweg entsprechen, erweist der Vergleich: 1) Neokonservative gehören oft zum akademisch-intellektuellen Bereich und sind als solche vor allem mit ihrer Kritik an der intellektuellen Kulturrevolution der 60er Jahre bekannt geworden. 2) Neokonservative haben erkannt, »daß liberale politische Ordnung von Voraussetzungen lebt, die durch diese Ordnung selbst nicht garantiert werden können. Dazu gehören Bürgertugend und Moral.« »They have a special fondness for all of those intermediate institutions (family, religion) of a liberal society which reconcile the need for community with the desire for liberty.« 3) Neokonservative sind skeptisch gegenüber »political romanticism« und »political utopianism«, die einen umfassenden Wohlfahrtsstaat verlangen, ohne dessen Kostenseite zu reflektieren. Sie sind ohne jegliches Verständnis für intellektuelle Marxismus-Sympathie, auch und gerade auf ihrem sozialdemokratischen Flügel.⁵⁵ 4) Außenpolitisch begegnen Neokonservative diesen Aktivitäten von Brückenschlägern (positiv: des dritten Weges) mit einem moralisch, d.h. bürgerlich fundierten Antikommunismus. 5) In der Verteidigung liberaler Demokratie unterstreichen sie die Notwendigkeit des Zusammenhangs von Demokratie und Kapitalismus. »Neoconservatives do not think that liberal-democratic capitalism is the best of all imaginable

worlds — only the best, under the circumstances, of all possible worlds.« Mit dem Verlust der Freiheit des Marktes — so meinen sie — würden auch entscheidende Bürgerfreiheiten in Verfall geraten.

Abschließend betrachtet, erscheinen den Neokonservativen aus der BRD und den USA ihre Bemühungen, die moralische Beurteilung gesellschaftspolitischer Veränderungen innenpolitisch wie dann auch außenpolitisch zum Maßstab der Analyse zu machen, als gerechtfertigt, um von einer internationalen Dimension des Neokonservatismus zu sprechen.

Anmerkungen

- 1 Siehe hierzu die Arbeiten von Raymond Aron, Daniel Bell, Seymour Martin Lipset, Robert Nisbet, Eduard Shils, Peter Berger u.a..
- 2 Der Gegensatz eines liberalen Regimes ist ein totalitäres Regime, der Gegensatz eines autoritären Regimes ist ein demokratisches, folglich ist ein autoritäres Regime mit einem liberalen System (in diesem Verständnis) kombinierbar. Vgl. Friedrich von Hayek: Die Verfassung der Freiheit, Tübingen 1971.
- 3 Dann votieren wir allerdings für ein explizites Konzept von »Thatcherismus«, zu dem gute britische Analysen vorliegen, und für ein explizites Konzept von »Reaganismus«, von dem u.E. gute Analysen noch ausstehen. Zur Charakterisierung der französischen Situation versuchen wir, in diesem Aufsatz selbst eine kurze Skizze zu geben.
- 4 Vgl. dazu: Die Neue Gesellschaft, H.11., 29.Jg., November 1982.
- 5 Federalist. The federalist papers: a collection of essays written in support of the constitution of the United States: from original text of Alexander Hamilton, James Madison, John Jay. Ed. R. Fairfield, Baltimore 1981.
- 6 Irving Kristol: On Conservatism and Capitalism, in: Kristol 1978, 128f.
- 7 Zu den Exponenten dieser Gruppe zählen George Gilder (Reichtum und Armut, Berlin/W. 1981), Milton Friedman (Kapitalismus und Freiheit, Chicago 1962), Friedrich von Hayek (The Constitution of Liberty, Chicago 1960).
- 8 William Buckley Jr. ist Gründer der ersten konservativen Zeitschrift »National Review«, die seit 1956 für die konservative Meinungsbildung von großer Bedeutung ist.
- 9 Nisbet 1982, 57. Nisbet unterscheidet den »new-conservatism« der Jahre 1950-70 von der ersten historischen konservativen Welle in den Jahren 1790-1810. Der »neo-conservatism« ist seit der Mitte der 60er Jahre aus dem »new-conservatism« hervorgegangen. Dasselbe meint Peter Lösche: Thesen zum amerikanischen Konservatismus, in: Hennig/Saage 1983, 165f., wenn er chronologisch und systematisch zwei Hauptströmungen — den älteren und den jüngeren Konservatismus — auseinanderhält.
- 10 Vgl. Glazer 1975, 335-351, und Irving Kristol, Reforming the Welfare State, in: ders. 1978, 228-233.
- 11 Vgl. auch Kurt Shell und Klaus Frankenberger: Die konservative Stimmenvielfalt, in: FAZ, 8.12.1984, 9, die fünf politische Dimensionen (ökonomischer, außenpolitischer, Wert-, Verfassungs- und den ökologischen Konservatismus) und vier spezifische Gruppierungen (Alt-, ethnische, neokonservative und die protestantischen Fundamentalisten) des Konservatismus auseinanderhalten.
- 12 Vgl. Margo Carlisle: Politische und demoskopische Trends, 1. aus amerikanischer Sicht, in: Rühle/Veen/Hahn (Hrsg.) 1982, 107.
- 13 Vgl. Ernst-Otto Czempiel: Reagens Revolution, in: Merkur, März 1985, Nr.3, 193-203. George Nash: Historische, philosophische und soziologische Wurzeln des Konservatismus. 1. Aus amerikanischer Sicht, in: Rühle / Veen / Hahn (Hrsg.) 1982, 42.
- 14 »Libertarians« und »neo-conservatives« graduell in der Zuneigung und dem Vertrauen, das sie der freien Marktwirtschaft entgegenbringen. Bestens ausgedrückt wird dieser Unterschied in Titeln wie »Two Cheers For Capitalism« (Irving Kristol, 1978) und »Four Cheers For Capitalism« (Tod Lindberg, in: Commentary, April 1985, 63-68).
- 15 Irving Kristol: Confessions of a True, Self-Confessed — Perhaps the Only — »Neoconservative«, in: Kristol 1983, 73-77.
- 16 George Gilder macht dies explizit in seinem Artikel »Why I am not a Neoconservative« (National Review 1982), indem er sich als »libertarian« sowohl von der Staatsinterventionen vertrauenden Linken wie von den immerhin noch gewisse sozialstaatliche Eingriffe tolerierenden »neo-conservatives« kulturell abgrenzt. Daniel Bell nennt sich mit Vorzug »ökonomisch Sozialist, politisch Liberaler und kulturell Konservativer«, zitiert nach: Neoconservatism — a idea whose time is now, in: Esquire, 13.2.1979, 27.
- 17 Zitiert nach: Walter Goodman, »Irving Kristol: Patron Saint of the New Right«, in: New York Times Magazine, 6.12.1981. Goodman versteht »New Right« im weitesten Sinne als die ganze konservative Bewegung. In einem engeren Verständnis faßt man darunter jedoch die protestantischen Fundamentalisten.

- 18 Diese Definition Kristols ist die am meisten zitierte, so u.a. von Robert Nisbet 1982, 58.
- 19 Das wird am deutlichsten bei Irving Kristol (1983), wenn er einen Teil seines Buches der politischen Philosophie des Neokonservatismus widmet (73-138).
- 20 Novak und Benne werden von der »Theologie der Befreiung« angegriffen, siehe z.B.: Enrique Dussel: Herrschaft und Befreiung, Freiburg/Schweiz 1985.
- 21 Beispiele zeigt Jakob Schissler 1983, u.a. die Projekte »busing«, »quotas«, die in die Privatsphäre der Erziehung und des Unternehmers eingreifen.
- 22 Norman Podhoretz: Historische, philosophische und soziologische Wurzeln des Konservatismus. I. Aus amerikanischer Sicht, in: Rühle/Veen/Hahn (Hrsg.) 1982.
- 23 Alvin W. Gouldner: Die Intelligenz als Neue Klasse, Frankfurt/M. 1980. Aufschlußreich dazu: Daniel Bell: The »Intelligentsia« in American Society, in: Bell 1980, 119-137.
- 24 Daniel Bell, Peter L. Berger, Nathan Glazer, Irving Kristol, S. Lipset, J. Wilson.
- 25 Bell, Glazer und Kristol sind Herausgeber von »Public Interest«; Norman Podhoretz ist Herausgeber von »Commentary«. Andere konservative Zeitschriften sind: »Policy Review«, »Regulation«, »Public Opinion«.
- 26 Prof. Z. Brzezinski, ehemaliger Sicherheitsberater Carters; Prof. Daniel Moynihan, Botschafter und Senator; Prof. Jeane Kirkpatrick, ehemalige UN-Botschafterin und Kabinettsmitglied.
- 27 American Enterprise Institute, Center for Strategic and International Studies, The Heritage Foundation (alle in Washington); Hoover Institution on War, Revolution and Peace in Stanford, Palo Alto.
- 28 The Heritage Foundation ist dabei besonders aktiv. Mit »Mandate For Leadership I and II« legte dieses Institut ein konservatives Regierungsprogramm mit dem sprechenden Untertitel »Continuing the Conservative Revolution« vor.
- 29 Weitere Beispiele: Jacquelin Kasun: Turning Children in to Sex Experts, in: Public Interest, No.55, Spring 1979, 3-14; Samuel Mc Cracken: Are Homosexuals Gay?, in: Commentary, January 1979, 19-29.
- 30 Hans Maier: Aktuelle Tendenzen der politischen Sprache. München 1973; Hermann Lübke: Sein und Heißen, in: ders., Fortschritt als Orientierungsproblem, Freiburg 1975, 134-153.
- 31 Wichtigste Exponenten sind: Jack Kemp (The American Idea), Paul Weyrich (Future 21), Richard Viguerie (The Establishment vs. the People), Jerry Falwell. Die »New Right« unterhält sehr gute Beziehungen zur Heritage Foundation.
- 32 Insbesondere organisiert von Richard Viguerie.
- 33 Einer der bekanntesten Fernsehpfarrer ist Jerry Falwell.
- 34 Dabei hat das religiös-fundamentalistische Kartell der »Moral Majority« von Jerry Falwell als landesweite Organisation eine zentrale Funktion. Vgl. Joachim Riedl: Sister Boom Boom und die Retter Amerikas, in: Die Zeit, Nr.19, 3.5.1985, 33-36.
- 35 Sie werden heute mit Akribie seziert. Was die beiden genannten liberalen Theoretiker verbindet, ist die Kritik des traditionellen staatlichen Autoritarismus und die Verteidigung des repräsentativen Systems (antijakobinische Elemente); das Mißtrauen gegenüber den Potentialitäten einer absoluten Demokratie als Basis einer Beschränkung der Souveränität; Sorge um Gewaltenteilung; Sorge um Bewahrung individueller Freiheiten. — Will man die Unterscheidung von politischem und ökonomischem Liberalismus einführen, so neigt der so bestimmte französische Liberalismus ersterem zu. Cf. Philippe Raynaud 1984, 73ff. Die Unterscheidung zwischen politischem und ökonomischem Liberalismus wird nicht immer anerkannt, obschon sie nützlich ist. Cf. Bernard Manin 1984, 10-24.
- 36 So die spitze Behauptung von Jacques Julliard 1984, 2.
- 37 In Wahrheit partizipiert auch ein großer Teil der Linken daran (cf. etwa Socialisme ou Barbarie, Reconstruction, Esprit, sog. Deuxième Gauche).
- 38 Das wird am hartnäckigsten vom Club de l'Horloge behauptet. Cf. Club de l'Horloge 1984.
- 39 Luc Ferry und Alain Renaut 1985 haben versucht, in der republikanischen Idee die Synthese von Sozialismus und Liberalismus als geglückte darzustellen. Dahinter muß man ein Fragezeichen setzen.
- 40 Dazu die Arbeiten von François Furet 1978 und das aufschlußreiche Dokument des *Nouvel Observateur*, No.732, 110-156 vom 20.11.1978 mit dem Titel »La Révolution et ses fantômes«.
- 41 Außer man rechnet die Zeit von 1830 bis 1845 zur wirtschaftsliberalen. Unter der orleanistischen Herrschaft konnte in der Tat der Kapitalismus aufblühen. Cf. René Rémond 1982, 84-99.
- 42 Vgl. die Bücher des Club de l'Horloge, dessen Mitglieder Absolventen der Elitehochschulen sind. — Damit nicht der Eindruck entstehe, sie seien zu reinen Wirtschaftsliberalen wie die Neuen Ökonomen geworden, versehen sie ihren Liberalismus mit einem Supplement an Seele: mit dem Nationalismus.
- 43 Vgl. die Arbeiten von Raymond Aron und der Zeitschrift »Commentaire«, darin v.a. die Aufsätze von Pierre Manent und Jean Claude Casanova.
- 44 Diese Position ist in Frankreich nicht leicht zu verteidigen. Der Antirepräsentativismus bzw. der Antiparlamentarismus ist seit jeher stark.
- 45 Nicht zufällig sind einige Vertreter des Linkliberalismus Mitglied des Denkclubs der »Saint-Simoniens« (Serge July, Alain Minc, François Furet als bekannteste Vertreter).
- 46 Vgl. zur neueren Diskussion um die extreme Rechte in Frankreich Jean-Marie Vincent 1985, 1773-1779, der den Front National als zukunftsfrüchtiger einstuft als Alain Duhamel 1985. Vgl. auch Jean-Paul Honore 1985, 1843-1871.

- 47 Der Slogan Pétains »*Travail, Patrie, Famille*« wird gegenüber dem Slogan der französischen Revolution »*Liberté, Egalité, Fraternité*« rehabilitiert.
- 48 Das Standardwerk der Neuen Rechten ist de Benoist 1977 (dt. 1983/84, vgl. die Besprechung in diesem Heft). Die beste knappe Übersicht über die Themen der Neuen Rechten findet man in der Aufsatzsammlung de Benoist 1979.
- 49 Die Personalisierung der Macht und die Tendenz zur Machtakkumulation gibt es nicht nur in der französischen Politik, sondern auch in der Wirtschaft. Dort gibt es den P.-D.G., den *président-directeur général*, der in sich die Macht der Dezision, der Exekution und der Kontrolle versammelt.
- 50 Zu seinen wichtigsten Büchern gehören: *Die konservative Revolution in Deutschland (1950, 2¹⁹⁷²)*, *Die französische Rechte (1958)*, *Von rechts gesehen (1974)*, *Die Fünfte Republik (1963)*. Vgl. auch seine Beiträge in der Münchner Zeitschrift »*Criticon*«, in der er die neurechte Linie vertritt.
- 51 So gibt es denn auch schon deutsche Interessenten wie das Thule-Seminar in Kassel und Tübingen, das die Bücher der Neuen Rechten übersetzt und herausgibt. Es ist wohl die Synthese von französischem Politikverständnis und deutscher Kultur, die die Neue Rechte so fasziniert.
- 52 Weshalb liebt Ernst Jünger Frankreich so sehr und Frankreich ihn, so daß Mitterrand ihn sogar vom Flugzeug abholt?
- 53 Zit. nach Alain Rolat: *Où est donc passé la nouvelle droite?*, in: *Le Monde*, 17.11.1984, 11.
- 54 So Hermann Lübke: *Historische, philosophische und soziologische Wurzeln des Konservatismus*. 2. Aus deutscher Sicht, in: Rühle/Veen/Hahn (Hrsg.) 1982, 102-104, und Irving Kristol 1983, 75-77. Die folgenden Zitate stammen aus diesen beiden Publikationen von Lübke und Kristol.
- 55 Kristol bezeichnet Daniel Bell, »as the theoretician for what may be called our 'social-democratic wing'«. Vgl. ebd., 7.

Literaturverzeichnis

- Aron, Raymond, 1969: *Les désillusions du progrès. Essai sur la dialectique de la modernité*. Paris
- Ashford, Nigel, 1983: *Das Versagen des Staates. Der amerikanische Neokonservatismus*. In: I. Fetscher (Hrsg.): *Neokonservatismus und »Neue Rechte«*. München, 35-55
- Bell, Daniel, 1984: *Gegen etablierte Autoritäten*. In: *Der Monat, Neue Folge*, Nr.290
- Bell, Daniel, 1976: *The Cultural Contradictions of Capitalism*. London
- Bell, Daniel, 1980: *The Winding Passage. Essays and Sociological Journeys 1960-1980*. New York
- Benne, R., 1981: *The Ethic of Democratic Capitalism*. Philadelphia
- de Benoist, Alain, 1977, 1979: *Vu de droite. Anthologie critique des idées contemporaines*. Paris
- de Benoist, Alain, 1979: *Les idées à l'endroit*. Paris
- de Benoist, Alain, 1981: *Comment peut-on être païen?* Paris
- de Benoist, Alain, 1982: *Orientations pour les années décisives*. Paris
- Berger, Peter L., 1983: *Democracy for Everyone*. In: *Commentary* 9
- Berger, Brigitte, und L. Peter, 1983: *In Verteidigung der bürgerlichen Familie*. Frankfurt/M.
- Cohen-Tanugi, Laurent, 1985: *Le Droit sans l'Etat. Sur la démocratie en France et en Amérique*. Paris
- Club de l'Horloge, Le, 1982: *Un nouveau printemps pour l'éducation*. Paris
- Club de l'Horloge, Le, 1984: *Socialisme et Fascisme: une même famille?* Paris
- Club de l'Horloge, Le, 1984a: *L'école en accusation*. Paris
- Crozier, Michel, 1979: *Les angoisses existentielles des intellectuels français. Réflexions sur vingt années de révolution culturelle*. In: *Commentaire*, no.6, vol. 2, Eté 1979, 169-180
- Debray, Régis, 1984: *La puissance des rêves*. Paris
- Defarges, Philippe Moreau, 1985: *Les trois cercles de la construction européenne. A la recherche de la légitimité européenne*. In: *Revue française de science politique*, vol. 35, no. 1, févr., 5-25
- Dietze, Gottfried, 1984: *Facetten-Vielfalt des amerikanischen Liberalismus*. In: *NZZ*, 24./25. November
- Dippel, Horst, 1980: *Die außenpolitischen Vorstellungen der amerikanischen Neokonservativen*. In: *Europa-Archiv* 17, 529-538
- Duhamel, Alain, 1985: *Le complexe d'Astérix. Essai sur le caractère politique des Français*. Paris
- Duverger, Maurice, 1982: *La République des Citoyens*. Paris
- Ferry, Luc et Alain Renault, 1985: *Des droits de l'homme à l'idée républicaine. Philosophie politique, tome III*. Paris
- Frankenberger, Klaus, und Kurt Shell, 1984: *Die konservative Stimmenvielfalt*. In: *FAZ*, 8.12.
- Furet, François, 1978: *Penser la Révolution française*. Paris
- Furet, François, 1978a: *La Révolution et ses fantômes*. In: *Le Nouvel Observateur*, no. 732, 20.11., 110-156
- Glazer, Nathan, 1975: *Die Grenzen der Sozialpolitik*. In: W.-D. Narr, C. Offe (Hrsg.): *Wohlfahrtsstaat und Massenloyalität*. Köln, 335-351
- Guha, Anton Andreas, und Sven Papecke (Hrsg.), *Amerika der riskante Partner*. Königstein, 102-116
- Hamon, Hervé, und Patrick Rotman, 1984: *La deuxième gauche. Histoire intellectuelle et politique de la CFDT*. Paris
- Hayek, Friedrich von, 1983: *Evolution und spontane Ordnung*. Sonderdruck der Bank Hofmann AG Zürich
- Hayek, Friedrich von, 1984: *Die Ursprünge und Wirkungen unserer Moral*. In: *NZZ*, 12./13. Mai

- Hennig, Eike, und Richard Saage (Hrsg.), 1983: *Konservatismus: eine Gefahr für die Freiheit?* (Festschrift Fetscher). München
- Henry, André, 1985: *Réhabiliter le civisme? Une exigence de notre temps qui passe par la prise de conscience des responsabilités.* In: *Le Monde*, 3.5., 2
- Hoffmann, Stanley, 1976: *Sur la France.* Paris
- Hoffmann, Stanley, 1984: *Wie neu ist der alte Reagan?* In: *Die Zeit*, Nr.47, 16.11., 12-13
- Honore, Jean-Paul, 1985: *Jean-Marie Le Pen et le Front national.* In: *Les Temps Modernes*, avril, no. 465, 1843-1871
- Horowitz, Irving, L., 1982: *The New Fundamentalism.* In: *Society*, Vol.20, No.1, 40-47
- Juillard, Jacques, 1984: *Libéralisme de droite, libéralisme de gauche.* In: *Intervention*, no.9. mai, juin, juillet, 2-6
- Kirk, Russell, 1953: *The Conservative Mind, from Bruke to Santayana* (dt.: *Lebendiges politisches Erbe*, Erlenbach 1959)
- Kirk, Russell, 1973: *Konservative Elemente im gesellschaftlichen Denken Amerikas.* In: G.-K. Kaltenbrunner (Hrsg.): *Konservatismus international.* Stuttgart, 80-93
- Kirkpatrick, Jeane J., 1982: *Dictatorship and double Standards — Rationalism & Reason in Politics.* New York
- Kristol, Irving, 1978: *Two Cheers for Capitalism.* New York
- Kristol, Irving, 1983: *Reflections of a Neoconservative. Looking Back, Looking Ahead.* New York
- Kristol, Irving, 1985: *A Transatlantic »Misunderstanding«, The Case of Central America.* In: *Encounter*, March, 8-21
- Le Pen, Jean-Marie, 1979: *Le Front National.* In: *Apparu*, Jean-Pierre: *La droite aujourd'hui.* Paris, 173-181
- Lindberg, Tod, 1985: *Four Cheers for Capitalism.* In: *Commentary*, April
- Lipset, Seymour M., 1982: *Failures of Extremism.* In: *Society*, Vol.20, No.1, 48-58
- Lübbe, Hermann, 1983: *Zeit-Verhältnisse.* Graz/Wien/Köln
- Luhmann, Niklas, 1981: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat.* München/Wien
- Luke, Tim, 1983/84: *From Fundamentalism to Televangelism.* In: *Telos*, Nr.58, 204-210
- Main, Bernard, 1984: *Les deux libéralismes: marché ou contre-pouvoirs.* In: *Intervention*, no.9, mai, juin, juillet, 10-24
- Mauroy, Pierre, 1985: *A gauche.* Paris
- Minc, Alain, 1984: *L'avenir en face.* Paris
- Minc, Alain, 1984a: *L'enfant de la crise et de la puce.* In: *Le Nouvel Observateur*, no.1039, 5.-11.10.
- Mohler, Armin, 1974: *Von rechts gesehen.* Stuttgart
- Moynihan, Daniel P., 1974: *Was Woodrow Wilson Right? Morality and American Foreign Policy.* In: *Commentary*, Mai
- Neue Gesellschaft, *Die*, 1982, Nr.11, 29.Jg.
- Nisbet, Robert, 1982: *Prejudices. A Philosophical Dictionary.* Cambridge/Mass.
- Nouvel Observateur, *Le*, 1984: *Faut-il avoir peur des Allemands?* No.1005, 10.2.
- Novak, Michael, 1982: *The Spirit of Democratic Capitalism.* New York
- Peyrefitte, Alain, 1976: *Le Mal Français.* Paris
- Raynaud, Philippe, 1984: *Les deux libéralismes.* In: *Esprit*, no.12, 73ff.
- Rémond, René, 1982: *Les droites en France.* Paris
- Rollat, Alain, 1984: *Où est donc passé la nouvelle droite?* In: *Le Monde*, 17.11., 11
- Rollat, Alain, 1985: *Les hommes de l'extrême droite.* Paris
- Rühle, Hans, Hans-Joachim Veen und Walter Hahn, 1982: *Der Neo-Konservatismus in den Vereinigten Staaten und seine Auswirkungen auf die Atlantische Allianz.* Melle (Forschungsbericht 16)
- Saage, Richard, 1983: *Rückkehr zum starken Staat?* Frankfurt/M.
- Schissler, Jakob (Hrsg.), 1983: *Neokonservatismus in den USA.* Opladen
- Sorman, Guy, 1983: *La Révolution Conservatrice Américaine.* Paris
- Sorman, Guy, 1984: *La Solution Libérale.* Paris
- Steinfels, Peter, 1979: *The Neoconservatives, The men who are changing America's politics.* New York
- Sternhell, Zeev, 1983: *Ni droite ni gauche. L'idéologie fasciste en France.* Paris
- Stone, Peter H., 1981: *Conservative Brain Trust.* In: *The New York Times Magazine*, May 10
- Taguieff, Pierre-André, 1984: *La »nouvelle droite« conte le libéralisme.* In: *Intervention*, no.9, mai, juin, juillet, 31-43
- Taguieff, Pierre-André, 1985: *Les droites radicales en France: nationalisme révolutionnaire et national-libéralisme.* In: *Les Temps Modernes*, avril, no.465, 1780-1843
- Touraine, Alain, 1983: *L'après-socialisme.* Edition revue et augmentée. Paris
- Touraine, Alain, 1984a: *Interview.* In: *Basler Magazin* Nr.8, 24.2., 6-15
- Touraine, Alain, 1984b: *Nous sommes tous des libéraux.* In: *Express*, no.1720, 29.6., 66-73
- Touraine, Alain, 1984c: *Le retour de l'acteur. Essai de sociologie.* Paris
- Valadier, Paul, 1985: *Libéralisme, notre avenir radieux.* In: *Etudes*, février, 159-173
- Vincent, Jean-Marie, 1985: *Pourquoi l'extrême droite.* In: *Les Temps Modernes*, avril, no.465, 1773-1779
- Widerspruch, 1984: *Dezember.* Nr.8. Zürich
- Woyke, Wichard, 1984: *Der Neokonservatismus in der Außenpolitik der USA und seine Folgen.* In: Anton Andreas Guha/Sven Papcke (Hrsg.), *Amerika der riskante Partner.* Königstein, 102-116

Heinz Kleger

Was ist Neokonservatismus?

Thesen für die Diskussion

1. Der intellektuelle, kulturphilosophische Neokonservatismus ist von drei anderen Strömungen sorgfältig zu unterscheiden:

- vom *Neoliberalismus* der Wirtschaftsliberalen,
- vom *Konservativismus* der wirklich Konservativen und
- von der anti-liberalen und anti-christlichen *Neuen Rechten*.

2. Die Analysen des Neokonservatismus sind nicht einfach »falsch« und schon gar nicht »reaktionär« — eine Vokabel, die in der Fortschrittskrise ohnehin an polemischer Stoßkraft verlieren muß. Sie beruhen auf seriösen Untersuchungen zum Wertwandel, zur Finanzkrise des Staates, zum Scheitern großer sozialreformerischer Vorhaben. Eine lediglich denunziatorische Polemik gegen den Neokonservatismus greift zu kurz, weil der Neokonservatismus gerade das Thema der verwalteten Lebenswelt erfolgreich aufgreift und grundsätzlich die Ergebnisse der historischen politischen Aufklärung ebenso anerkennt wie die Notwendigkeit der Transformation des liberalen Staates in den Sozialstaat. Marktschwächen und Marktversagen werden im Unterschied zur Marktideologie der Wirtschaftsliberalen durchaus eingestanden, und sozialstaatliche Vorsorgepolitiken werden nicht prinzipiell verworfen.

3. Neokonservative Kritik am Wohlfahrtsstaat bezieht sich auf die schädlichen Folgen der Dynamik des Machtmediums, das keine immanente Stopregel kennt und traditionale, gewachsene Lebensformen erodiert. Den Eigeninteressen von Wohlfahrtsbürokraten und professionellen Sozialreformern, der Dynamik der Parteienkonkurrenz und der Anspruchsinflation müßten demzufolge exogen Grenzen gesetzt werden.

4. Ideenpolitisch erfolgt dies durch die Repolitisierung des Liberalismus in einem bestimmten Wortsinn. Im Unterschied zum traditionellen Konservativismus dominiert nicht ein Primat der Werte im Rahmen eines kompakten Weltbildes, sondern die aufklärerische Tugend des Eklektizismus. Dieser »Konservativismus«, der semantisch fast nur falsche Vorstellungen zu wecken vermag, setzt sich zusammen aus einem *Neo-Pragmatismus* aufgrund von praktischen politischen Erfahrungen, aus einem *Konservativismus* in Bezug auf die Erhaltungswürdigkeit der grundlegenden Strukturen der industriegesellschaftlichen Zivilisation und aus einem *Skeptizismus* in Grundsatzfragen — philosophische Elemente, die durchaus auf Aufnahmebereitschaft in heutigen Subjektstrukturen stoßen.

5. Die (deutsche) politische Theorie des Neokonservatismus liest Hobbes als Toleranztheoretiker, der die strikte Trennung von Wahrheit und Geltung als vernünftige Substanz des Deziisionismus auch noch im Liberalismus verteidigt. Politik ist politisches System, das als bestmögliche, intelligenteste Form des Machterwerbs und der Machtausübung gedacht wird. Die »Überbieter« dieses Politik- bzw. Demokratiebegriffs werden häufig pauschal des Totalitarismus verdächtigt. Die übertvereinfachende Konstrastierung von liberaler Demokratie

und Totalitarismus spielt sodann innenpolitisch die Rolle, wichtige Differenzen der Kritik zu verwischen, und tendiert — weltinnenpolitisch gesehen — dazu, das System wechselseitiger autistischer Feindschaft — zivilreligiös untermauert — zu befestigen. Selbst liberale Vertreter warnen vor Mißverständnissen der Entspannungspolitik und vollziehen darüber signifikante *Akzentverschiebungen* in ihrem Diskurs (z.B. Martin Kriele), während einflußreiche Kreise innerhalb des internationalen außenpolitisch motivierten Neokonservatismus die an dieses Konzept gebundenen Vorstellungen überhaupt aufgeben.

6. In der Wirtschaft bezieht der Neokonservatismus Position zugunsten der privaten Produktionsfreiheit. Die im globalen Vergleich zustimmungsfähige Evidenz der Lebensvorteile der kapitalistischen Wirtschaft (trotz steigender Arbeitslosigkeit) begründet das optimistische Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit des liberal-demokratischen Kapitalismus. Der technologische Fortschritt ist Antrieb und Voraussetzung für den Wohlstand aller. Diese Stellungnahme gerinnt dann allerdings zur Fortschrittsfatalität der Sachzwänge. Für die Mittel- und Oberklasse wird die »Individualisierung der Schuldzuweisung« rhetorisch zur grenzenlosen Möglichkeit der Selbstverwirklichung aufbereitet. Der Fortschritt hat kurzfristig seinen Preis, den eine Gesellschaft zu zahlen bereit sein muß; die Probleme, die sich daraus ergeben, werden mit der verbreiteten Gelassenheitsressource überstanden.

7. Die Kultur übernimmt dabei eine doppelte Funktion: Die technisch-wissenschaftliche Kultur ist Ressource für die Ökonomie und wird unbegrenzt akzeptiert und bildungspolitisch gefördert. Der pflegliche Umgang mit den traditionellen Beständen federt hingegen die Folgen der kapitalistischen Modernisierung kompensatorisch ab. Aus der anthropologischen Annahme heraus, daß die Fähigkeiten des Menschen, sozialen Wandel zu verarbeiten, begrenzt sind, wendet sich der Neokonservatismus gegen jegliche sogenannte kulturrevolutionäre Bestrebungen. Dem unerhörten Tempo der akzeptierten technologischen Entwicklung wohnt ohnehin schon eine traditionsauflösende Dynamik inne. Die Erodierung der Alltagsethik der Industriegesellschaft, der Zerfall intermediärer Strukturen darf deshalb kultur-politisch keineswegs noch beschleunigt werden. Die Funktionstüchtigkeit von fortschrittsfatalistisch akzeptierten Systemen muß vor bewußtseinerhellender Reflexion abgeschattet werden. Sozialwissenschaft ist deshalb in erster Linie Daten-Lieferant für das Machbare und die Kunst dient der genußreichen Erholung; sie hat Kanalisierung von Phantasie zur Aufgabe und stellt Auffangnetze für soziale Kreativität zur Verfügung.

8. Der Neokonservatismus der politischen Wenden ist deswegen so erfolgreich, weil sich der intellektuelle Neokonservatismus als ideenpolitischer Wegbereiter eine breite Koalitionsfähigkeit geschaffen hat. Die grundsätzliche Akzeptanz des Sozialstaats, die Kritik an den verwalteten Lebenswelten, das Motiv des sich selbstverwirklichenden Individuums, der Neopragmatismus und der Skeptizismus, der Bezug auf »Heimat«, »Nachbarschaft« etc. und der in die Köpfe der Menschen eingelassene Antikommunismus bilden ein viele überzeugendes Amalgam interpenetrierender Sphären des Eigensinnigen. Gepaart mit dem optimistischen Vertrauen in die Zukunft kann er beim katastrophen-

gesättigten Subjekt Hoffnungen mobilisieren, die »der« Linken momentan fehlen.

9. Jürgen Habermas hat bei seinem Vergleich zwischen dem us-amerikanischen und deutschen Neokonservatismus vor allem das Unterschiedliche betont. Und tatsächlich spielen im amerikanischen Neokonservatismus weder die Motive von Joachim Ritters anregender Hegel-Interpretation, die in Deutschland eine liberal-konservativ gesonnene Hegelsche Mitte philosophisch-politisch weiterverfolgt (Odo Marquard, Hermann Lübke, Reinhart Maurer, Günter Rohrmoser u.a.), noch eine nicht reduzierte Staatstheorie auf der Linie von Carl Schmitt, die Links-Schmittianer in der politischen Theorie wie Böckenförde, Spaemann und Lübke in einer kritisch anti-radikalen Form nach wie vor inspiriert, noch die Institutionentheorie von Arnold Gehlen, der grundsätzlich modernitätskritische Obertöne beigemischt sind, keine oder dann nur eine marginale Rolle.

Zu diesen Unterschieden in philosophischer Hinsicht wäre hinzuzufügen, daß der angelsächsische im Unterschied zum kontinentalen Konservatismus generell eine eher induktive Methode verfolgt, die auf einer Grundsatzkritik an Rationalismus und Nominalismus beruht. Im Bereich des Staatsdenkens kommt es deshalb auch weniger schnell und häufig zu den strammen und ausgrenzenden Deduktionen, wie sie selbst bei liberalen Neokonservativen in der Diskussion über den aktuellen zivilen Ungehorsam in der BRD zu beobachten waren.

Bei Habermas' entweder kulturphilosophisch gefärbtem Begriff von Neokonservatismus, den er als direkten Herausforderer seines Projekts der Moderne betrachten muß oder seinem fast ununterscheidbar in die Nähe des Neoliberalismus gerückten politischen Begriff des Neokonservatismus in der »Neuen Unübersichtlichkeit«, fällt das eigentlich Herausfordernde am Neokonservatismus, nämlich seine sozialdemokratische Komponente, aus dem Analyseraster heraus. Nun sind aber Richard Löwenthal und Hermann Lübke (ebenso Martin Kriele und Ernst-Wolfgang Böckenförde) auch und nicht zuletzt sozialdemokratische Denker (was auf Robert Spaemann und Odo Marquard nicht zutrifft, während Günter Rohrmoser und Nikolaus Lobkowitz auch (partei-)politisch-programmatisch in eine andere Richtung arbeiten, was wiederum mit einer spezifisch anderen Zusammensetzung ihrer Philosophie, der grundsätzlichere Vorbehalte gegenüber Traditionen der Aufklärung und Moderne inne- wohnen, korreliert). Zieht man nun die philosophisch-politischen Texte dieser »sozialdemokratischen Denker« in Betracht, so stößt man — jedenfalls mehr als in irgendeinem Text eines kritischen Theoretikers — auf typisch sozialdemokratische common sense- und Politikelemente. In bezeichnenden Einsprengeln werden in diesen Texten (und Äußerungen) praktischer Philosophie Willy Brandt ausdrücklich erwähnt oder Helmut Schmidt gegenüber innerphilosophischen Diskussionen (Macher-Vorwurf) offen verteidigt.

Dasselbe trifft im kleineren schweizerischen Rahmen auf die Philosophin und Sozialdemokratin Jeanne Hersch zu. Es ist bezeichnend, daß sich die Bezugnahme auf popular-sozialdemokratischen common sense häufig in Fragen der Philosophie der Erziehung und in der Intellektuellenkritik findet (Beispiele

le: Die Unordnung, welche antiautoritär erzogene Schüler hinterlassen, haben die Putzfrauen und Hauswarte wegzuräumen; Akademiker verdienen das Zwei- bis Fünffache von gewöhnlichen Angestellten aufgrund einer Ausbildung, die ihnen von den Steuerzahlern finanziert worden ist; es ist ein Leichtes, in privilegierten Positionen kritischer Theoretiker zu sein! Was wollen die eigentlich noch?).

10. Kann man heute konservativ-liberaler Sozialist sein, wie der sozialdemokratische Neokonservatismus von sich behauptet? Eine Kritik am Neokonservatismus müßte im einzelnen erweisen, daß unter den heutigen, zum Teil neu aufbrechenden Konflikten gerade dies nicht möglich ist, es sei denn, man operiert mit äußerst wagen, fast selbstevidenten Umschreibungen von Liberalismus, Konservatismus und Sozialismus. Eine Präzisierung und teilweise Neubesezung dieser Begriffe (etwa neuer statt Neo-Liberalismus) könnte allerdings der erfolgreichen neokonservativen Rhetorik einigen Wind aus den Segeln des modernitätsbewußten *posthistoire* nehmen (persönlich ist für sie die Geschichte in »unserer« Industriegesellschaft an ihr Ende gekommen).

Der Schwerpunkt aufgeklärter Moral liegt in der Autonomie des Individuums begründet, das sich gemäß der sozialistischen Präferenzregel »Gleichheit als Bedingung der Freiheit«, welche die universale Identifikation mit den ungerechten gesellschaftlichen Umständen anderer voraussetzt, so lange nicht beruhigen kann, als es anderen nicht besser geht. Gegenüber dieser Präferenzregel kombiniert der Neokonservatismus unter unseren Bedingungen liberaler Demokratie und materiellen Wohlstands erfolgreich zwei andere Präferenzregeln, die er beide gegenüber der Gleichheit favorisiert: die konservative Präferenzregel »im Zweifel für den status quo« und die liberale Präferenzregel »im Zweifel für die Freiheit«. Auf der Basis dieser Moraltheorie der Politik kann Politik sodann als eine Angelegenheit von Eliten, die Übersicht und Sachverstand beanspruchen, und Verteilungs-Gerechtigkeit als eine Sache des leistungsbezogenen Marktes ohne überzogenes Anspruchsverhalten der Bürger an den Staat aufgefaßt werden. Auf »Elite«, »Markt« und »common sense«, auf den wir noch zu sprechen kommen, stützt sich denn auch vor allem das therapeutische Angebot des neokonservativen Krisenmanagements.

Wer mit seinen Forderungen darüber hinausgeht und etwa auf dem Wege von mehr sozialer Wohlfahrt und weniger Rüstung mehr soziale Gerechtigkeit institutionalisieren will, verfällt dem Vorwurf illegitimer Moralisierung der Politik und/oder der unheilvollen Störung von Funktionslogiken der ausdifferenzierten Systeme von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. In einer dem Neokonservatismus gesellschaftstheoretisch angemessenen Kritik ist es tatsächlich schwieriger, »Nicht-Luhmannianer« zu bleiben als »Luhmannianer« zu werden. Am wenigsten stellt sich indessen dieses Problem für eine Kritik, die von der Peripherie der Weltgesellschaft aus formuliert wird, denn dort sind die »Komplexitätskosten« in Gestalt des Welthungers und der Reproduktion der Abhängigkeit handgreiflich.

11. Die Gemeinsamkeit zwischen dem sozialdemokratischen Flügel des amerikanischen Neokonservatismus und den genannten deutschen Sozialdemokraten liegt zunächst einmal auf der praktisch-philosophischen Ebene oder

bei der »sozialdemokratischen Philosophie«, die sie vertreten. Richard Löwenthal schreibt:

»Bell hat zweifellos Recht, daß zwischen der ungehemmten Verfolgung materieller Gruppeninteressen in einer modernen, pluralistischen Demokratie und den funktionellen Erfordernissen wirksamer Leitung eines zunehmend gemeinwirtschaftlichen Systems ein innerer 'Widerspruch' besteht. Da ich gleich ihm eine autoritäre Lösung des Dilemmas durch Abschaffung der demokratischen Gruppenrechte ablehne, bleibt auch mir nur eine Alternative — die freiwillige Begrenzung der Gruppenansprüche durch einen breiten Konsens über eine gemeinsame Auffassung vom öffentlichen Interesse. Die Herstellung eines solchen Konsensus ist in der Tat die Grundaufgabe demokratischer Führerschaft unter modernen Bedingungen« (Löwenthal 1979, 98 f.).

»Die gemeinschaftsfeindliche Einseitigkeit in der Gewichtung der kulturellen Werte des Westens« ist deshalb zu überwinden; und mit Bezug auf »die Wiederherstellung des Primats des Gemeinwohls in einer auf individuelle Freiheit gegründeten Gesellschaft« spricht Löwenthal auch von »Sozialismus« (99). Bell ist wegen seiner Deutung der Krise als Kulturkrise aufgrund eines »hedonistischen Einbruchs« als konservativ bezeichnet worden. »Doch die Richtung, in der er eine Lösung sucht, ist keineswegs konservativ«, schreibt Löwenthal weiter — »es ist die gleiche Richtung, in die alle demokratischen Sozialisten blicken« (100). Wird nun auch dieser innersozialdemokratisch zweifellos engagiertere Begriff von demokratischem Sozialismus neben Kolakowskis Beantwortung der Frage »Kann man konservativ-liberaler Sozialist sein?« noch von sozialdemokratischem Neokonservatismus geprägt und mitumfaßt? Und wenn ja, unter welchen näher zu spezifizierenden Bedingungen wäre eine solche Etikettierung erlaubt und aussagekräftig?

12. Forciert eine neue Identitäts- und Zukunftsbestimmung der Sozialdemokratie nur noch die Spaltung der Gesellschaft in eine Mehrheit auf der einen Seite, die aus Angst auf Wachstum statt auf solidarische Entwicklung und auf Sicherheit statt auf Glück setzt, und eine ausgegrenzte Minderheit auf der anderen Seite, so ist sie dem sozialdemokratischen Neokonservatismus insofern zuzurechnen, als sie damit politisch-kulturell eine große Koalition vorbereitet oder möglicherweise sogar eine Minderheitsregierung des unmittelbaren politischen Gegners in Kauf nimmt. Tatsächlich gingen die Löwenthal-Thesen (1981) in diese Richtung: die Ausgrenzung grün-alternativer Bewegungen löste die abbröckelnden sozialliberalen Integrationsversuche ab, während der Kurs von Willy Brandt eher dazu bereit war, die Impulse der neuen sozialen Bewegung als Weg zur Reform der Partei wahrzunehmen.

Auch das eindringlichste Plädoyer für »unsere« Industriegesellschaft kann jedoch nicht an der ökologischen Problematik vorbeisehen. Will der sozialdemokratische Neokonservatismus gegenüber seinen politischen Gegnern weiterhin die überlegene Problemlösungsfähigkeit behalten, muß er innersozialdemokratisch zumindest die Position eines ökologisch reformierten Keynesianismus beziehen. Dann bleibt er bis tief in die Gewerkschaften hinein attraktiv. Die innersozialdemokratische Position, die dem entgegenkommt, würde in einem »ökologischen Beschäftigungsprogramm«, welches mit deficit-spending flankiert wird, bestehen. Dazu wäre der Ausbau des Sozialstaates im Sinne einer stärkeren strukturpolitischen Intervention erforderlich, was mitbedeutet, daß Sozialdemokraten innerhalb der aus unterschiedlichen Quellen gespeisten

geistigen Strömung des Neokonservatismus als Sozialdemokraten Farbe, d.h. Solidarität mit der notleidenden Seite, zu bekennen hätten. Angesichts des Abbaus des wohlfahrtsstaatlichen Leistungsniveaus lassen sich eben Liberalismus, Konservatismus und Sozialismus nicht so kombinieren, wie das der anspruchsvolle Neokonservatismus suggeriert. Auch ließe sich dann der vieldiskutierte Wertwandel nicht mehr länger nur als unsolidarischer Hedonismus, der in die Unregierbarkeit der »Revolution der Erwartungen« hineintreibt, interpretieren: Was Daniel Bell mit »hedonistischem Durchbruch« beschreibt, fällt eben mit dem von Herbert Marcuse gegebenen Stichwort der »neuen Sensibilität« nicht zusammen.

13. Der Bezug auf den *common sense* ist für den Neokonservatismus schon auf der philosophischen Ebene ein unterscheidendes Merkmal gegenüber kritischer Theorie; in der politisch-strategischen Dimension wird dieser Bezug erst recht zentral. *Common sense* ist nicht die Instanz der Kritik, auch in der Politik nicht; wohl aber ist *common sense* unumgängliche Instanz für die Aufgabe der sozialen und kulturellen Integration. Kritikhypertrophie, die sich von jedwedem Bezug auf den *common sense* freizuhalten versucht, trägt selbst mit dazu bei, daß sie sich alsbald mit Synthesen einer Kultur bzw. kulturphilosophischen Angeboten konfrontiert sieht, welche die Grenzen der Kritik topisch festzulegen versucht, was dem intellektuellen Neokonservatismus Schritt für Schritt »hegemonial« zu gelingen scheint. Diesbezüglich läßt sich dann von einem »konservativen Neoaristotelismus« (Habermas) oder von einem Aristotelismus in der praktischen Philosophie sprechen, der in der Hinwendung zu praktischer Politik und Lebenswelt dem Neokonservatismus nunmehr Ethik, Institutionenlehre und Sozialphilosophie für die Philosophie disponibel macht, was als Abwendung von kritischer Gesellschaftstheorie bzw. deren »sozialwissenschaftlichem Materialismus« zu verstehen ist.

Praktische Philosophie in konservativer Absicht verbindet das Motiv, den bürgerlichen Tugenden den Rücken zu stärken; im Zuge der rhetorischen Ermunterung gewinnt dabei ein neuer Normativismus die Oberhand über Gesellschaftsanalyse und psychologische Beziehungsaufnahme zu den heute auch politisch wichtiger werdenden subjektiven Problematiken; so wendet man sich vor allem der institutionell verfaßten Realität zu, primär interessiert dann die konsistente Dogmatik der Verfassungsnormen und nicht so sehr die »Verfassung« der Gesellschaft oder der Subjekte.

Eine Philosophie, die man als sozialwissenschaftlichen Materialismus bezeichnen könnte, eröffnet demgegenüber andere Sichtweisen auf Staat und Subjekt, mithin auch darauf, wie Vernunft vernünftig zu realisieren wäre. Sie stößt zu den Problemen in einem erweiterten, realistischer gefaßten Bezugsrahmen vor und kann deswegen möglicherweise auch mehr darüber aussagen, welche Gefahren den geteilten Normen drohen.

Ein weiterer Unterschied tritt in der Ethik zutage. Je nachdem, welches Element im Verhältnis von Person und Institution dem anderen vorgelagert wird, erfährt sie eine unterschiedliche Präfiguration: Habermas z.B. versucht Kants Ethik dialogisch-prozedural auszulegen, die institutionalistische Seite führt dagegen Hegel als Kritiker des moralischen Standpunkts ins Feld. Der springende

Punkt ist natürlich, inwieweit kommunikative Rationalität überhaupt noch Angriffsflächen in einer komplexer werdenden Gesellschaft findet.

14. Der neokonservative Diskurs erschöpft sich nicht in einer (systemfunktionalistischen) Wiederbelebung des traditionsreichen common sense-Philosophems. Vielmehr zielt er auf eine umfassende »psychagogische« Restabilisierung des gesunden Menschenverstandes ab; denn dieser weist unter Bedingungen hochkomplexer Gesellschaften und eines beschleunigten Strukturwandels »Leistungsschwächen« auf. Im Kontext politischen Handelns können diese Leistungsschwächen zwar graduell *kompensiert* werden durch den flankierenden Einsatz sozialtechnologisch umsetzbarer Wissenschaften (Ökonomie, Psychologie, Soziologie). Andererseits aber muß die auch den »Sachverstand« umgreifende, vorwissenschaftliche Elementarorientierung intakt gehalten werden.

15. Common sense bildet hier ein zwar begrifflich komplexes, rhetorisch hingegen äußerst prägnantes Modell eines unversehrt-bürgerlichen Orientierungshorizontes. Der Ausdruck erhält die prominente Funktion eines universalen Kriteriums. In struktureller Hinsicht vermag er zwischen Macht- und Entscheidungssystemen liberalen Typs und jenen totalitären Typs zu unterscheiden. Diese Radikalität im popular-demokratischen Aspekt des common sense wird jedoch durch den undemokratischen Aspekt des technokratischen Modells wieder neutralisiert: Sachentscheidungen fallen hier unter die natürliche Kompetenz des Sachverstandes, gegen dessen Urteil ein Rekurs auf den common sense bzw. die allgemeine Meinung nicht möglich ist. In philosophie- und politik-praktischer Hinsicht vermag der common sense als universales Kriterium weiterhin zwischen orientierten und desorientierten Konzepten zu unterscheiden: An dieser Stelle wären die durchgängig *common sense orientierten* Auseinandersetzungen in moralisch-pädagogischen, fortschritts-, wissenschafts- und technikkritischen Fragen aufzulisten. In all diesen Bereichen kann man common sense als Anti-These zu jener Marcuse'schen »neuen Sensibilität« der neuen Jugend- und Intellektuellenbewegung begreifen.

16. Diese Tendenzen der neuen Sensibilisierung, die bei Marcuse im Rahmen einer optimistischen Anthropologie geschichtsphilosophisch als Befreiung artikuliert werden, begreifen seine Kritiker als »kulturpathologische Protuberanzen« (Lübbe 1982a, 28) einer durch »Komplexitätszuwachs« und »Zuwachs an Evolutionsgeschwindigkeit« *belasteten* Zivilisation. Für die Bestimmung der politischen Kompetenz folgt daraus Kompensation und Konservierung, für die politisch-philosophische Praxis aber Restabilisierung des common sense statt Emanzipation. Politik und Philosophie werden damit von einem direkteren Engagement im menschlichen Fortschritt entlastet. Bedeutet nämlich Fortschritt »Szientifizierung, Technisierung und Ökonomisierung« (Lübbe 1962, 94) und haben die Ziele des Fortschritts ihren altbekannten Ort auf der Gemeinplatzebene, so bleibt für die praktische Philosophie die Kompetenz, »die kategorialen Voraussetzungen intakt und leistungsfähig zu halten, die es uns erlauben, uns relevant zu orientieren« (Lübbe 1976, 78). Zu der in dieser Weise pragmatisierten Philosophie paßt Habermas' Terminus der »common-sensehaltenden Macht« (Habermas 1982, 1031). Und tatsächlich wiegelt der Neoari-

stoteler ab; an einer zusätzlichen Dramatisierung ist ihm nicht gelegen, die wirft er vielmehr der kritischen Theorie vor.

Andererseits bewirkt die philosophische Aufwertung des common sense zur politischen Instanz menschlicher Ratio, die aus dem Apriori des alltäglichen Sichzurechtfindens hervorgeht, eine »Überforderungskrise« der Philosophie (Lübbe 1982b, 166). Die pragmatisierte common-sense-Philosophie selber gründet daher nicht in einem aktuell intakten common sense, sondern in dessen Krise, genauer: in den Kompetenzverlusten des politischen common sense.

17. Angesichts dieser Krise des common sense stellt sich jedoch die Frage nach der Beschaffenheit der kulturellen Repräsentation des common sense, Gemeinnsinns oder gesunden Menschenverstands durch Philosophie. Anders gesagt: Wenn die in der Lebenserfahrung bewährten Topoi des gesunden Menschenverstandes die Spontaneität gewöhnlicher Interessen und Meinungen in dem Maße verlieren, in dem Gegenwart und Zukunft der Vergesellschaftung problematisch werden, erlahmt auch die spontane Reproduktion des moralischen und politischen Gemeinnsinns. Spezialisierte intellektuelle Instanzen übernehmen dann kompensatorisch diese Funktion: sie re-präsentieren nunmehr den common sense. Praktisch *wirksam* werden diese Instanzen infolge der populären Sehnsucht nach unmittelbarer Transparenz der Vergesellschaftung. Die politisch-philosophische Elementar-Figur des Bürgers, auf welche der Gemeinnsinn als Bürgersinn abhebt, artikuliert sich sodann schon deswegen auf der Ebene der Ideologie, weil sich der Mensch nicht schon auf der unmittelbareren Ebene der arbeitsteiligen praktisch-geistigen Aneignung dieser Welt als Bürger konstituieren kann. Common sense, Gemeinnsinn und — deutlicher — Bürgersinn sind durchaus auch diskursive Platzhalter des Terminus »Ideologie«, nur ist das nicht leicht zu erweisen. Denn: Was dem Ideologischen in seinem Machtzusammenhang den Charakter des »Nicht-Ideologischen« oder gar schlechthin »Anti-Ideologischen« verleiht, ist sein hoher Grad an spontaner Evidenz, das Maß, in dem sie den Ton der Selbstverständigung im Alltag bestimmt. Es ist letztlich diese Alltagsförmigkeit, die den »neokonservativ« besetzten common sense privilegiert, periphere Diskurse als Ideologien abzulehnen. Aber die Krise dieses Alltags manifestierte sich auch an den Orten ideeller Produktion und Reproduktion. Teile der Jugend und der Intelligenz weigerten und weigern sich, den Orientierungshorizont des bürgerlichen Gemeinnsinns zu leben: Sie machen das Selbstverständliche unselbstverständlich. Nun darf man freilich nicht davon ausgehen, diese kulturevolutionären Bewegungen hätten vor dem Hintergrund eines politisierten Bürgersinns stattgefunden. Im Gegenteil: Man befand sich in einer Zeit der Wissenschaftseuphorie, die Rationalität des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sollte als Sozialtechnologie auch das Terrain der Politik übernehmen. Die politisch-philosophische Formierung eines intellektuellen Neo-Konservatismus (der auf seine Novitäten *als* Novitäten keinen Wert legt) muß deshalb als umfassende Rekonstruktion des politisierten Bürgersinns in den Kategorien der common-sense-Erfahrung begriffen werden.

18. Innerhalb der common-sense-Artikulation des Neokonservatismus ist der common sense Instanz einer widersprüchlichen Strategie.* Im Vorder-

grund des Diskurses steht gewiß seine politische Reaktivierung. Im Falle der Ungewißheit über das obwaltende Verhältnis von Fortschritt und untragbaren Fortschrittsnebenfolgen wird jedoch auch nicht gezögert, dem common sense ein »Widerstandsrecht« einzuräumen: Darin besteht auch für den »Neo-Konservativen« die vernünftige Substanz der Bürgerinitiativen. Dieser Alltagsverstand bleibt indessen spezifisch eingeschränkt auf einen konservierten Kern der offenbar invariablen Regeln gemeiner Erfahrung. Dieser politische common sense kann sich nicht verändern: weder liegt eine Bereicherung durch fachliche Kompetenz in seiner Reichweite, noch eine Reformulierung des grundlegenden Kompetenzgefüges. Darin besteht die passivierende Kehrseite der konservativen Strategie: Der common sense wird nur als unveränderbare und reaktive Instanz der Legitimation bzw. der punktuellen De-Legitimation gedacht. Dabei steht der politische common sense nicht ein für alle Mal fest, seine Färbung ist nicht a priori, sie wird vielmehr erst durch Beschlagnahme hervorgerufen. Der Neokonservatismus nimmt den politischen common sense dadurch »in Beschlag«, daß er ihn mit dem institutionellen Elementarkonsens der Mehrheitskultur verknüpft und darin fixieren will. Und dieser Konsens wird so sehr als ein zivilisatorische und anthropologische Notwendigkeit ausgegeben, daß seine Krise nicht etwa auf eine Rekomposition des politischen common sense und der politischen Identitätsverhältnisse verweist, sondern auf »kulturpathologische Protuberanzen« und »offene Zivilisationsdesertation«.

19. Das ideologische Quid-pro-quo, worin der normal-bürgerliche common sense nicht nur eine bestimmte Form, sondern *der* common sense schlechthin sei, läßt diesem keinen Spielraum: »Bürgersinn« oder »Pathologie«, das sind die Pole dieses common sense. Es ist, als habe sich der sensus communis unter der Hand in sein Gegenteil verwandelt: in einen sensus immunis. In der Tat finden wir z.B. in Hermann Lübbes politischer common-sense-Philosophie die Vision des Gemeinsinns als »eine notwendige Bedingung für die Immunität einer politischen Kultur gegen die totalisierende Machtergreifung ideologischer Heilsgläubigkeit« (Lübbe 1983, 9). Dieser Anti-Totalitarismus wird indes selbst visionär, wenn er der ideologischen Heilsgläubigkeit nur die common-sense-Heilsgläubigkeit entgegensetzt.

* Für Mit-Arbeit an ersten Bemerkungen zum Zusammenhang von Neokonservatismus und common sense danke ich Sebastian Hefti.

Literaturverzeichnis

- Altmann, Rüdiger, 1985: Das Recht auf Abhängigkeit, in: FAZ, Nr. 98 vom 27. April
 Böckenförde, Ernst-Wolfgang, 1983: Demokratie und Repräsentation. Zur Kritik der heutigen Demokratie-diskussion. Niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung
 Bossle, Lothar, 1984: Geistige und wissenschaftliche Voraussetzungen zu einer politischen Wende, in: Neue Deutsche Hefte, Nr. 3, 754-767
 Chancen und Grenzen des Sozialstaats (Hrsg. v. P. Koslowski, Ph. Kreuzer, R. Löw). Tübingen 1983
 Crozier, M.J., Huntington, S.P., Watanuki, J. 1975: The Crisis of Democracy. New York
 Der Ernstfall. Schriften der Carl Friedrich von Siemens Stiftung (Hrsg. v. A. Peisl und A. Mohler) Bd. 2. Frankfurt/M., Berlin, Wien 1979
 Die geistige Wende in der Bundesrepublik Deutschland. In: Die neue Ordnung, 37. Jg., Nr. 1/1983 (darin Beiträge von Helmut Kohl: Herausforderung der Krise, 4-13; Hans-Jochen Vogel: Die geistige Wende — ein semantischer Kampfbegriff, 14-24; Heinrich Basilius Streithofen: Endzeit der Aufklärung, 25-33)
 Dworkin, Ronald, 1984: Bürgerrechte ernstgenommen. Frankfurt/M.

- Dworkin, Ronald, 1984: Reagan's Justice, in: *The New York Review*, November 8th, 27-31
- Ein neuer Anfang. Wegweiser für eine künftige deutsche Politik. Sonderdruck aus *Rheinischer Merkur/Christ und Welt* vom 1. Okt. 1982
- Ezcurra, Ana Maria, 1983: Neoconservative and Ideological Struggle Toward Central-America in the U.S.A., in: *Social Compass*, XXX/2-3, 349-362
- Franz, Gerhard, 1984: Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage und ökonomisches Verhalten in Zeiten öffentlicher Verschuldung. *Speyerer Forschungsberichte* 35
- Frieden im Lande. Vom Recht auf Widerstand (Hrsg. v. B. Streithofen). Bergisch Gladbach 1983
- Gehlen, Arnold, 1977: *Urmensch und Spätkultur*. Frankfurt/M. (4. verb. Auflage)
- Gehlen, Arnold, 1978: Gesamtausgabe Band 7, *Intellektuellenkritik*: pp. 237 ff.. Frankfurt/M.
- Habermaas, Jürgen, 1982: Die Kulturkritik der Neokonservativen in den USA und in der Bundesrepublik, in: *Die Neue Gesellschaft*, Nr. 11, 1024-1040 (mit Diskussion)
- Heck, Bruno, 1983: Autorität der Freiheit wegen, in: *RM/CW* v. 26.8.
- Hersch, Jeanne, 1982: Antithesen zu den Thesen über die Jugendunruhen. Schaffhausen
- Klages, Helmut, 1981: Überlasteter Staat — verdrossene Bürger? Frankfurt/New York
- Klages, Helmut, 1984: Wertorientierungen im Wandel. Frankfurt/New York
- Kleger, Heinz, 1983: Unregierbarkeit. Leistungs- versus Legitimationskrise des Staates, in: *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft*. Bern, 175-205
- Kolakowski, Leszek, 1984: Kann man ein konservativ-liberaler Sozialist sein? In: *Der Monat*, neue Folge 291, 188-191
- Kriele, Martin, 1980: *Befreiung und politische Aufklärung*. Freiburg, Basel, Wien
- L'état protecteur en crise. Paris 1981 (OECD-Studie)
- Lobkowicz, Nikolaus, 1985: Pragmatismus und Programm. Die CDU und der kritische Rationalismus, in: *Die neue Ordnung*, April Nr. 2, 104-117
- Löwenthal, Richard, 1979: Kapitalistische Dynamik und westliche Werte. Zu Daniel Bells »Die Zukunft der westlichen Welt«, in: ders.: *Gesellschaftswandel und Kulturkrise*, Frankfurt/M., 85-100
- Löwenthal, Richard, 1981: Identität und Zukunft der Sozialdemokratie, in: *Die Neue Gesellschaft* Nr. 12
- Löwenthal, Richard, 1982: Das Doppelgesicht des Wertwandels, in: *EK* 15. Jg., Dez., S. 58
- Löwenthal, Richard, 1982: Die Zukunft der Sozialdemokratie, in: »Die Zeit« vom 26.11.
- Löwenthal, Richard, 1983: Interview: Der Mythos von der Selbstbestimmung. Richard Löwenthal über den demokratischen Grundkonsens, in: *RM/CW* vom 18.3.
- Lübbe, Hermann, 1962: Typologie der politischen Theorie, in: *Das Problem der Ordnung* (Hrsg. v. H. Kuhn u. F. Wiedmann).
- Lübbe, Hermann, 1974: *Hessische Gesellschaftslehre oder Die Grenzen des pädagogisch Erlaubten*, in: *Giessener Universitätsblätter*, H.2, 46-55
- Lübbe, Hermann, 1976: *Unsere stille Kulturrevolution*. Zürich
- Lübbe, Hermann, 1978: *Endstation Terror, Rückblick auf lange Märsche*. Stuttgart
- Lübbe, Hermann, 1982: Interview: Mut zur Erziehung — Was ist damit gemeint? In: *Primarschule/Magazin* Nr. 3, 4-7
- Lübbe, Hermann, 1982a: »Orientierung«. Zur Karriere eines Themas, in: *Der Mensch als Orientierungsweise?* Freiburg i.Br., München
- Lübbe, Hermann, 1982b: *Erfahrungsverluste und Kompensationen*, in: *Der Mensch als Orientierungsweise?* Freiburg i.Br., München
- Lübbe, Hermann, 1983: Es ist nichts vergessen, aber einiges ausgeheilt, in: *FAZ* vom 24. Januar, S. 9
- Marquard, Odo, 1981: *Abschied vom Prinzipiellen*. Stuttgart
- Maurer, Reinhart K., 1976: *Emanzipation. Zur Philosophie eines Leitbegriffs*, in: *Zeitschrift für Politik*, Jg. 23, H. 4, 328-347
- Mut zur Erziehung. Stuttgart 1979
- Offe, Claus, 1982: *Ingovernabilità e mutamento delle democrazie*. Bologna
- Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung (Hrsg. v. W. Hennis, P. Graf Kielmansegg u. U. Matz), 2 Bde. 1977 und 1979. Stuttgart
- Rohrmoser, Günter, 1982: Eine neue Ära hat begonnen, in: *RM/CW* Nr. 47, 19. November, 2
- Rohrmoser, Günter, 1982: *Regierungs- oder Epochenwechsel?* In: *Criticón* 74, Nov./Dez., 229
- Rohrmoser, Günter, 1984: *Geistige Wende?* In: *Criticón* 86, Nov./Dez., S. 261
- Rose, Richard (Ed.), 1980: *Challenge of Governance*. London
- Schelsky, Helmut, 1980: *Die Soziologen und das Recht*. Opladen
- Spaemann, Robert, 1977: *Zur Kritik der politischen Utopie*. Stuttgart
- Spaemann, Robert, 1983: *Philosophische Essays*. Stuttgart
- Tendenzwende? Zur geistigen Situation der Bundesrepublik. Stuttgart 1975 (darin Beiträge von R. Spaemann und H. Lübbe)
- Überwindung der Sozialstaatskrise (Hrsg. v. Ph. Herder-Dorneich, H. Klages u. H.-G. Schlotter). Baden-Baden 1984
- Was heißt konservativ heute? *Der Monat*, neue Folge 291. Weinheim, Basel 1984
- Werte. Publikation der JES-Schweiz, 1984/85 (mit Thesen zum Konservatismus von G.-K. Kaltenbrunner)
- Zeitgeist und Freiheit. NZZ-Schriften zur Zeit 46, Zürich 1982 (darin Beiträge von L. Kolakowski, G.-K. Kaltenbrunner, E.-W. Böckenförde u.a.)
- Ziviler Ungehorsam? Vom Widerstandsrecht in der Demokratie (Hrg. W. Böhme). Karlsruhe 1984

Bob Jessop, Kevin Bonnett, Simon Bromley, Tom Ling

Autoritärer Populismus, Zwei Nationen und Thatcherismus*

(...) Die These, daß der Thatcherismus auf »autoritärem Populismus« beruhe, bildet den Leitfaden in Stuart Halls Arbeit zu diesem Gegenstand. Er behauptet, der »autoritäre Populismus« verdichte mit Erfolg eine Vielzahl verbreiteter Unzufriedenheiten mit der wirtschaftlichen und politischen Nachkriegsordnung und mobilisiere sie um eine autoritäre, rechte Lösung der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Krise in Großbritannien. Dieser Erfolg wird mit neidischer Bewunderung beobachtet, weil der Thatcherismus den ideologischen Kampf ernster genommen habe als die Linke und als Belohnung Massenunterstützung ernte. Einige folgern, daß die Linke thatcheristische Themen in ihren eigenen Diskurs eingliedern müsse, andere, wie Hall, behaupten, der Thatcherismus könne am besten dadurch geschlagen werden, daß man eine alternative Zukunftsperspektive, eine sozialistische Moral und einen sozialistischen Alltagsverstand (*common sense*) entwickelt. So wird die offensichtliche ideologische Verklärung des Thatcherismus durch die Linke ergänzt durch eine Betonung des ideologischen Kampfes in der sozialistischen Antwort. (...)

Die ideologische Verklärung des Thatcherismus

Wir kritisieren in diesem Abschnitt einige Implikationen dieses Ansatzes und überlegen dann Alternativen. Erstens meinen wir, daß die genaue Bedeutung von »autoritärem Populismus« unklar ist und daß das zu inkohärenten oder inkonsistenten Erklärungen führen kann. Das wiederum rührt von einem unkritischen Gebrauch von Gramscis ziemlich deskriptiven Darstellungen von Hegemonie her und/oder von einer übermäßigen Ausdehnung des »autoritären Populismus« auf sehr verschiedene Felder und Ebenen gesellschaftlicher, politischer und ideologischer Analyse. Im besonderen verallgemeinern diese Untersuchungen zu eifertig von Veränderungen auf ideologischem Gebiet auf andere Bereiche der britischen Gesellschaft. Das läuft dann darauf hinaus, daß die wirklichen Quellen der Unterstützung für den Thatcherismus mystifiziert werden, weil sie unterschiedslos unter die Rubrik »autoritärer Populismus« subsumiert werden. Dabei wird die Politik der Wählerunterstützung oft mit der Politik der Regierungsmacht zusammengeworfen. Der Ansatz des »autoritären Populismus« ignoriert einige potentielle Quellen von Widersprüchen und Spannungen innerhalb des Thatcherismus und überschätzt seine Stärke und Elastizität. (...)

* »Authoritarian Populism, Two Nations, and Thatcherism«, zuerst erschienen in *New Left Review* 147 (Sept./Oct. 1984, 32-60). Kürzung und Übersetzung von Wieland Elferding, Claudia Gdaniec und Susan Steiner. In den entfallenden Teilen des Aufsatzes untersuchen sie in erster Linie das Verhältnis von Wirtschaftspolitik, Wählerentwicklungen und Umbau des Machtblocks. Auch liefern sie eine Reartikulation des Begriffs »autoritärer Populismus« von ihrem Standpunkt.

Die Mehrdeutigkeiten des »autoritären Populismus«

(...) Hinter der intuitiven Attraktivität des Begriffs lauern einige entscheidende Unstimmigkeiten und Mehrdeutigkeiten. Schon der Ausdruck selbst, »autoritärer Populismus«, zeigt die Schwierigkeiten, indem er die Begriffe »Autorität« und »Volk« miteinander verkoppelt. Manchmal wird sein autoritärer, disziplinärer, gewaltbestimmter Pol betont, manchmal sein populistischer, populärer und konsensbestimmter Pol. Das kann man auf verschiedenen Gebieten beobachten. — Hall bemerkt, daß der »autoritäre Populismus« eine Konvergenz einschließt zwischen den Forderungen der Leute in Amt und Würden und den Rufen im Volk nach einer Lösung für die gegenwärtige Krise. Aber mal hat er dies so interpretiert, als schließe es den Aufstieg einer Ausnahmeform des kapitalistischen Staates ein; dann als Gewöhnung an Gewalt als die Weise, in der Zustimmung gesichert wird, oder einfach als Artikulation eines neuen Typs von politischem Projekt mit Massenunterstützung (vgl. Hall und Jacques 1983, 22f.; Hall u.a. 1978, 278, 304, 320; Hall 1982a).

Hall bezieht den »autoritären Populismus« auch auf die »passive Revolution«. Gramsci hat dieses Konzept eingeführt, um eine gesellschaftliche Veränderung zu beschreiben, die ohne Massenmobilisierung eintritt, weil sie von einer allmählichen Anhäufung von geringfügigen, »molekularen« Veränderungen herrührt und/oder weil sie von oben organisiert wird. Wenn Hall ihre populistischen, massenbestimmten, konsensualen Aspekte hervorhebt, sieht er den »autoritären Populismus« als passive Revolution von unten; bei Betonung seiner autoritären, disziplinären und gewaltbestimmten Aspekte betrachtet er ihn als eine passive Revolution von oben (vgl. Hall 1982a, 109, 123, mit Hall 1982b).

Auch das Verhältnis von Volk und Machtblock ist ziemlich vieldeutig. Manchmal betrachtet Hall es als eine *populistische Einheit* zwischen dem Volk und dem Machtblock, so daß zwischen den herrschenden und den beherrschten Klassen organische Verbindungen hergestellt werden; ein andermal als einen *populistischen Bruch*, in dem das Volk gegen den Machtblock kollektiv mobilisiert wird; dann wiederum als eine Art von *populistischer Bauchredneri*, wobei der Machtblock im Namen des Volkes spricht und seine eigenen Gedanken für die des Volkes ausgibt (vgl. z.B. Hall 1982a, 109, und Hall und Jacques 1983, 30f., 34; Hall 1982c, 15, und Hall und Jacques, 1983, 29, 35, 37). Allgemeiner gesprochen, haben »autoritär« und »Populismus« häufig sehr unterschiedliche Konnotationen. Verschiedentlich ist der »autoritäre Populismus« »autoritär«, weil er nach einem starken Staat und nach gesellschaftlicher Disziplin verlangt; er ist darin transformistisch, daß er eine passive Revolution von oben bewirkt, autoritäre Themen artikuliert oder sich feindlich gegenüber populär-demokratischen Gedanken, Bewegungen und Institutionen verhält. Zugleich ist der autoritäre Populismus »populistisch«, weil er eine Reihe von Problemen der Massen anspricht, nationalistische über Teilinteressen stellt, die Eigenart des britischen Volkes neu bestimmt oder einfach das Volk anspricht. Kurzum, der Ansatz des »autoritären Populismus« scheint der Linken zu gefallen, weil er eine große Zahl von Interpretationsschemata ver-

dichtet und entsprechend den Umständen in verschiedene Richtungen gedehnt werden kann. (...) Aber das bedeutet nicht, daß jeglicher Bezug auf den »autoritären Populismus« getilgt werden muß, sondern nur, daß man den Begriff mit Vorsicht benutzen soll. Das könnte so aufgefaßt werden, als müßten wir nur seine Bedeutung klären und könnten dann mit der Untersuchung des Thatcherismus anfangen. Aber sofern der Ansatz des »autoritären Populismus« sich einseitig mit der ideologischen Dimension des Thatcherismus beschäftigt, würden wir uns doch in theoretische und politische Probleme verwickeln.

Der Ideologismus des »autoritären Populismus«

Diese ideologische Schlagseite hat drei Hauptgründe. Sie ist in den intellektuellen Ursprüngen des Ansatzes begründet, in seiner bevorzugten Methodologie und in seinem Forschungsschwerpunkt. Erstens war durch seine tiefe Verwurzelung in Gramscis Hegemonietheorie und seine anfängliche Verknüpfung mit der althusserianischen Thematik der relativen Autonomie schon die Gefahr gegeben, daß der Ansatz des »autoritären Populismus« in eine politizistische oder ideologistische Richtung gehen würde. Hall bewegte sich anschließend vom althusserianischen Marxismus weg zu einem mehr »diskurstheoretischen« Ansatz. Während ersterer formal auf der ökonomischen Determination in letzter Instanz bestand, neigt der letztere dazu, die Wirkung von Sprache und Diskurs als autonom zu behandeln. Das verstärkt die Gefahr des Ideologismus, besonders wenn er mit einer heftigen Gegnerschaft gegen »Ökonomismus« und »Klassenreduktionismus« gepaart ist.

Zweitens hat sich Hall mit der Entwicklung seiner Theorie des »autoritären Populismus« zunehmend auf die Diskurstheorie gestützt. Er untersucht Hegemonie als Bildung von gesellschaftlichen Subjekten und überlegt, wie der Thatcherismus die Beziehungen zwischen Volk und Staat artikuliert. Der »autoritäre Populismus« wird als ein Versuch gesehen, den sozialdemokratischen Hegemonialrahmen der Nachkriegsordnung radikal zu zersetzen und einen neuen »Gemeinsinn« (*common sense*) sowie ein neues »hegemoniales Projekt« zu schaffen. Hall sieht nun den Thatcherismus als Mobilisierung von Massenunterstützung durch eine Kette von Äquivalenzen wie: Markt = freie Wahl = Recht und Freiheit = Anti-Staatlichkeit = den schleichenden Kollektivismus beenden (Hall 1982c, 13; Hall 1984, 22). Durch die Betonung der spezifischen diskursiven Strategien im Thatcherismus läuft der »autoritäre Populismus« Gefahr, andere Elemente zu ignorieren. Er könnte besonders die strukturellen Untermauerungen des Thatcherismus im ökonomischen und im staatlichen System vernachlässigen sowie seine spezifischen ökonomischen und politischen Stützpunkte im Volk wie im Machtblock.

Drittens behandelt der Ansatz durch die Konzentration auf einen Bereich des gesellschaftlichen Lebens (Medien und Politik als Zentren des ideologischen Kampfes) diesen als ein Paradigma für andere Bereiche der Gesellschaft. Das führt zu einer übermäßigen Beschäftigung mit den Massenmedien und der Ideologieproduktion auf Kosten der politischen und ökonomischen Organisation und der konkreten Rezeption von politischen Ideologien unter bestimmten Bedingungen. Es gibt kaum einen Bezug auf die materiellen Vergünstigun-

gen, die — innerhalb und außerhalb des Machtblocks — denjenigen Teilen der Gesellschaft zufließen, die das thatcheristische Lager unterstützen.

Der Thatcherismus als ungeheurer Monolith

Ogleich Hall und andere die Frage der Rezeption von Ideologien durch das Publikum aufgeworfen haben, bleibt die Gefahr zu unterstellen, daß die »Botschaft«, wie sie ausgesendet wird, mit der Botschaft identisch ist, wie sie empfangen und verstanden wird. Der Ansatz des »autoritären Populismus« bemerkt richtig, daß die Tories ansprechende Erklärungen für das Scheitern des Keynesianismus lieferten, eine Ausdrucksform für Widerstand gegen die Mängel des bürokratischen Wohlfahrtsstaats anboten und die Erfahrung der Verinselung bei der Arbeit im modernen Kapitalismus legitimierten. Er stellt aber nicht fest, welche dieser Botschaften — wenn überhaupt — angenommen wurden und von wem.

Der Ansatz des »autoritären Populismus« konzentriert sich auf die ideologische Botschaft des Thatcherismus und versieht ihn dabei mit einem übertrieben einheitlichen Aussehen. Er unterstellt manchmal, daß alle Teile der Gesellschaft den Thatcherismus aus denselben (ideologisch motivierten) Gründen unterstützen. Dies läßt mögliche innere Brüche in der sozialen Basis des Thatcherismus außer acht. (...)

Für eine solche Untersuchung müssen wir zunächst Thatchers Anziehungskraft auf die Einzelnen über ein breites Spektrum von sozialen Lagen bedenken. Welche Aspekte des thatcheristischen Projekts sprechen kleine Geschäftsleute an, welche Arbeiter/innen in den mittleren Jahren, Schwarze, Langzeit-Arbeitslose und welche Nur-Hausfrauen? Wirkt der Einfluß des »autoritären Populismus«, wie er über landesweite Presse, Radio und Fernsehen vermittelt wird, gleichmäßig über das Land? Oder gibt es da deutliche regionale Unterschiede zwischen Nord und Süd, zwischen England und den keltischen Randgebieten? Wenn der Einfluß nicht einheitlich ist, woran liegt das? Wie erklären wir die auffällige Unbeständigkeit der Unterstützung für Konservative, Labour und die Allianz [von SDP und Liberalen, W.E.] zwischen 1979 und 1983?

Warum liefen im Gefolge des Falklandkriegs viele Facharbeiter von den Konservativen zu Labour über, dann von Labour zur SDP, dann von der SDP zurück zu den Konservativen und schließlich — in geringerem Maße —, seit der Wahl Kinnocks zum Parteiführer, zurück zu Labour? Was bedeutet es für die Anhängerschaft der Konservativen, daß die Steuerlast für alle außer für die Spitzengruppe gewachsen, daß die Arbeitslosigkeit gestiegen ist, und daß es immer noch weitverbreitete Zustimmung zum System sozialer Sicherheit von Beveridge¹ und zum staatlichen Gesundheitswesen gibt? Finden antistaatliche Parolen im konservativen Sturm auf das Gesundheitswesen im gleichen Maße Wiederhall wie im Angriff auf die verstaatlichten Industrien? Was folgt also für den Masseneinfluß des Thatcherismus, wenn wir ihn in seine Bestandteile zerlegen? Und was ergibt sich entsprechend für sozialistische Strategien? (...)

Zur politischen Ökonomie des Thatcherismus

Der Ansatz des »autoritären Populismus« neigt dazu, Mrs. Thatchers Neufassung der Nachkriegsgeschichte zu akzeptieren, worin das Jahr 1979 einen entscheidenden Bruch markiert. Das liegt an seiner verworrenen Darstellung des historischen Hintergrunds für den Thatcherismus als Krise der sozialdemokratischen Nachkriegsordnung; und an seinen Uneindeutigkeiten bezüglich der Frage, ob es einen neuen Massenkonsens um den autoritären Populismus herum gibt. Beides muß kritisiert werden.

Die Nachkriegsordnung

Erstens übertreibt der Ansatz die Einheit des Keynesianischen Wohlfahrtsstaats und seinen sozialdemokratischen Charakter. Er neigt dazu, das Scheitern des Wohlfahrtsstaats, das Abdriften in eine »Recht-und-Ordnung-Gesellschaft« und den schließlichen Aufstieg des »autoritären Populismus« mit dem in sich widersprüchlichen Charakter der Labour Party als dem hauptsächlichsten Träger des Keynesianischen Wohlfahrtsstaats zu erklären. Er konzentriert sich hauptsächlich auf die organisatorischen und ideologischen Rückwirkungen des Widerspruchs zwischen Labours Rolle als *Partei* der Arbeiterklasse und ihrer Rolle als *Regierung* der Nation. Nur in diesem Zusammenhang kommt die »Great Moving Right Show« [*große Rechtswende-Show*, ein Aufsatztitel von Hall; W.E.] in Gang und nutzt die Massenstimmungen gegen das sozialdemokratische und etatistische System des Wohlfahrtsstaats aus (vgl. Hall u.a. 1978, 218f., 227-38, 261, 264-72, 309-17; Hall und Jacques 1983, 24-27, 33f.). Dieses Herangehen verbindet sich nahtlos mit einer Kritik an der Labour Party wegen Labourismus, Parlamentarismus usw., aber es vernachlässigt auch andere Probleme mit dem Wohlfahrtsstaat. Insbesondere ignoriert es das anfängliche Fehlen von sozialistischer Hegemonie im Keynesianischen Wohlfahrtsstaat, seinen in sich widersprüchlichen Charakter in Großbritannien und das Fehlen von günstigen ökonomischen und politischen Bedingungen für einen sozialdemokratischen Weg zum Keynesianischen Wohlfahrtsstaat. Der Ansatz des »autoritären Populismus« konzediert, indem er die sozialdemokratische Verantwortung für die gegenwärtige Krise in den Vordergrund rückt, zu viel an die thatcheristische Kritik der Nachkriegsordnung als Manifestation von »schleichendem Sozialismus« und anmaßender Staatlichkeit.

Man kann sicherlich zustimmen, daß die Entscheidungen für Vollbeschäftigung sowie Aufbau und Ausdehnung des Wohlfahrtsstaats Hauptelemente der Nachkriegsordnung waren. Diese koexistierten aber mit der Förderung der internationalen Reserve- und Austauschrolle des Pfund Sterling und eines militärischen Establishments sowie von Verteidigungsaufgaben, die mit einem wirksamen wohlfahrtsstaatlichen System unvereinbar waren.² Darin zeigen sich zugleich der hybride und widersprüchliche Charakter der Nachkriegsordnung und die Grenzen der sozialdemokratischen Hegemonie. Es liegt ein offensichtlicher genetischer Trugschluß in dem Argument: weil die Einrichtung des Wohlfahrtsstaates und die Hinwendung zur Vollbeschäftigung unter der Ägide der Labour Party vollzogen wurden, müßten diese von ihrem politischen und

ideologischen Charakter her sozialistisch sein. Dieses Argument ignoriert nicht nur die Vorgeschichte des »Weges zum Jahr 1945« (besonders die Rolle von Liberalen und »Eine-Nation-Tories« und den allgemeinen Charakter der Kriegsregierungscoalition), sondern vernachlässigt auch die Bedeutung von »Butskellismus« und »Mac Wilsonismus«³ in den 50er und 60er Jahren. (...)

Der Nachkriegskonsens um den Keynesianischen Wohlfahrtsstaat wurde durch den Konsens über eine atlantische Außenpolitik und über die Finanzpolitik der City⁴ beschränkt. Er wurde nicht unter der *Hegemonie* der Labour Party und/oder der Arbeiterklasse und noch nicht einmal der industriellen Bourgeoisie gebildet, sondern unter der *Dominanz* des Finanzkapitals. Das muß jedes Argument modifizieren, es habe einen radikalen Bruch zwischen einer sozialdemokratischen Ära und der Überlegenheit des Thatcherismus heute gegeben. Das gilt in zweierlei Sinn. Erstens gibt es einige wesentliche Bereiche der Kontinuität wie Außenpolitik und Diplomatie, Unterordnung unter die Politik der USA, Rechtspolitik und innere Sicherheit — allgemeiner »Innenpolitik« —, Übergewicht des Finanzministeriums usw. Und zweitens wurden entscheidende mit dem Thatcherismus assoziierte Brüche in Wirklichkeit während der Periode des sogenannten sozialdemokratischen Konsensus ausgelöst: Absage an die Vollbeschäftigung, Kürzungen öffentlicher Ausgaben und die Bevorzugung der Inflationsbekämpfung.⁵ Da liegt der Gedanke nahe, daß der Thatcherismus diesen Tendenzen nur einen ideologischen Anstrich verpaßt und sie damit verstärkt hat.

Wenn der Ansatz des »autoritären Populismus« darin Recht hat, daß es keine Rückkehr zum Keynesianischen Wohlfahrtsstaat geben kann, dann gilt das nicht einfach deshalb, weil der Thatcherismus das Kampfterrain und die politische Tagesordnung neu bestimmt hat. Sondern das gilt auch, weil der Wohlfahrtsstaat selbst von Anbeginn aus zwei Gründen zum Scheitern verurteilt war. Er wurde in einem konservativen und nicht in einem sozialdemokratischen politischen und ideologischen Konsens artikuliert; und man strebte ihn unter den Beschränkungen an, die die ökonomische Vorherrschaft der City und internationale kapitalistische Interessen aufzwingen. (...)

Die ökonomischen Interessen hinter dem Thatcherismus

Die ökonomischen Interessen hinter dem Thatcherismus können nicht auf diejenigen der City und der Multis reduziert werden. Der Thatcherismus baut eher auf einem schwierigen und potentiell instabilen Interessenbündnis auf. Erstens machte es die Zunahme von Marktanleihen nach Höhe und Mobilität während der 70er Jahre für die Behörden zunehmend schwerer, offene Marktoperationen einzusetzen, um Zins- und Wechselkursraten zu kontrollieren. Die Regierung war daher mit der Alternative konfrontiert: schärfere Kontrollen oder Förderung von Laissez-faire auf den Finanzmärkten, um ihnen bei der Festlegung von Zins- und Wechselkursraten freie Hand zu lassen. Die Vertreter der City waren völlig gegen die erste Alternative, konnten aber die zweite leichten Herzens befürworten, weil die Kontrolle der Geldmenge durch eine deflationistische Finanzpolitik erreicht wurde. Diese Interessen der City erhielten politischen und ideologischen Ausdruck durch Sir Keith Josephs »Konver-

sion« zu Monetarismus und Anti-Etatismus und durch die Rolle von führenden Sprechern der City und Finanzjournalisten als organischen Intellektuellen einer neuen ökonomischen Strategie (vgl. Keegan 1984). Zweitens hat die Hinwendung zu monetaristischen Zielsetzungen in der US-Bundesbank und im Weltwährungsfond (IMF) Veränderungen in den Ansichten der Bank von England (und der City allgemein) angestoßen, und das trug dazu bei, daß die Callaghan-Healey-Regierung dem Druck des IMF nachgab und den »technischen Monetarismus« übernahm. Drittens hieß der Finanzminister, wengleich er bezüglich der Mechanismen und der Kosten des Monetarismus *per se* skeptisch war, diese ideologische Wende willkommen als hilfreich für seine ständige Kampagne für die Begrenzung der öffentlichen Ausgaben und die Dämpfung der Finanzkrise. Viertens konnten nur wenige aus der Industrie antizipieren, wie tief die kommende Rezession sein würde, und dem Verband der Britischen Industrie (CBI) kamen die Versprechungen auf niedrigere Inflation und Steuerersenkungen für Unternehmer gelegen. Es gab auch das weitverbreitete Verlangen, die Rezession dazu zu benutzen, »die Unternehmerrautorität wiederherzustellen«. Darüber hinaus hofften die City und neoliberale Konservative, die Rezession würde den Umbau der Industrie erzwingen, der durch den Korporatismus nicht bewirkt worden war. Schließlich war für die City und für Schlüsselbereiche der Industrie attraktiv, daß die Gewerkschaften aus den politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen werden sollten.

Die doppelte Krise des britischen Staates

Diese Interessenkoalition verschaffte der Regierung Thatcher die anfängliche wirtschaftliche Autorität, radikal neue politische Maßnahmen durchzuführen, genau wie ihr das Wahlmandat politische Autorität verlieh und der autoritäre Populismus ideologische Legitimität. Aber diese relativ situationsgebundenen Faktoren wurden durch die »doppelte Krise« von Parlamentarismus und Korporatismus im britischen Nachkriegsstaat verstärkt. Denn es gibt simultane wiewohl ungleich entwickelte Krisen in den Sphären parlamentarischer Repräsentation und korporatistischer (oder funktionaler) Repräsentation. Die Entwicklung des Wohlfahrtsstaats und anderer Interventionsformen in Nachkriegsengland haben die Rolle des Parlamentarismus untergraben, es wurde aber keine wirksame Alternative (wie der Korporatismus) entwickelt. Ohne passende Formen »demokratischer« Konsultation und/oder Regulierung jedoch, die den unterschiedlichen Bereichen und Formen der Staatsintervention entsprechen, wird die Wirksamkeit staatlicher Politiken untergraben und ihre Legitimität in Frage gestellt. Das galt zunehmend für Großbritannien in den 60er und 70er Jahren.

Die Kombination von parlamentarischen und korporatistischen Formen der Interessenvermittlung und ihre Spezialisierung für verschiedene politische und wirtschaftliche Aufgaben sollen die Anpassungsfähigkeit des politischen Systems erhöhen (vgl. Lehmsbruch 1980). In Großbritannien aber kann keine der beiden Formen politischer Repräsentation auf die erwartete Weise funktionieren. Beide befinden sich in einer komplexen Krise, die ihre institutionellen Formen, die repräsentativen Verbindungen und ihre ökonomische und politische

Rationalität berührt. Diese Krise ist wiederum überdeterminiert durch die Dynamik von Klassen-(und Nicht-Klassen-)Verhältnissen und durch die von verschiedenen gesellschaftlichen Kräften verfolgten ökonomischen und politischen Strategien. Die Kombination dieser Krisen verstärkt die Wirkungen jeder einzelnen. Das verschlimmert die Schwierigkeiten des britischen Staates, die Einheitlichkeit seines Handelns, seine ökonomische und politische Effektivität und allgemeine Legitimität aufrechtzuerhalten. Dies spiegelt sich in der wachsenden *Entscheidungsautonomie* der Staatseélite. Es hängt aber auch zusammen mit der sinkenden wirtschaftlichen und politischen *Wirksamkeit* der Staatsintervention über rational-legale Maßnahmenverwaltung nach materiellen Rechtsnormen *und/oder* durch korporatistische Maßnahmen. Diese Krisen schufen die Öffnung für die gesteigerte Entscheidungsautonomie der Regierung Thatcher, ihr Programm trotz eines krisenanfälligen Parteiensystems und eines instabilen und ineffektiven Korporatismus zu verfolgen (vgl. Jessop 1980). (...).

Die »Zwei Nationen« von Mrs. Thatcher

Regierungsmaßnahmen haben eine komplexe und ungleichmäßige Wirkung auf solche gesellschaftlichen Gegensätze wie produktiv/parasitär, reich/arm, Norden/Süden, beschäftigt/arbeitslos usw. Diese Wirkung ist häufig unbeabsichtigt oder wird zumindest nicht artikuliert. In ihren Beiträgen zur Haushaltsdebatte 1984 z.B. sprachen die Tories selten von — schon gar nicht *zu* — den Arbeitslosen. Die Natur dieser Gegensätze hat sich in dem Maße verändert, wie der Thatcherismus sein Kampffeld von der Opposition gegen den alten Konsens auf die Konstruktion einer neuen Ordnung verlegt hat. Der Tory-Populismus nimmt immer mehr die Gestalt einer privilegierten Nation von »guten Bürgern« und »fleißigen Arbeitern« an, gegenüber einer größeren und untergeordneten Nation, die über die Innenstädte mit ihren ethnischen Minderheiten hinaus auch einen Großteil der unqualifizierten Arbeiterklasse Südostenglands einschließt. In diesem Zusammenhang halten wir es für nützlich, den Thatcherismus als ein »Zwei-Nationen«-Projekt zu betrachten. Wir möchten die folgenden Faktoren herausstellen:

1. Der Thatcherismus hat mit dem konservativen Ansatz der »Einen Nation« gegen den Keynesianischen Wohlfahrtsstaat gebrochen. Sowohl in der sozialdemokratischen wie in der Tory-Version von »Einer Nation« wurde der Wohlfahrtsstaat als ein Versuch dargestellt, die Armen, Ausgeschlossenen und Unterprivilegierten durch Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und wachsende allgemeine Sozialleistungen in die Gemeinschaft zu integrieren. (...) Der Thatcherismus jedoch lehnt diese Bemühungen ausdrücklich ab: er ist mehr damit beschäftigt, mit den politischen Rückwirkungen einer »Unterschicht« fertig zu werden, deren Existenz nicht als Grund für ein schlechtes soziales Gewissen, sondern als eine Selbstverständlichkeit angesehen wird. Für ihn ist es sogar von Vorteil, diese Unterklasse von Arbeitslosen und neuen beschäftigten Armen auszudehnen, um die reinigenden Effekte der Wirtschaftskrise anzustacheln. Er will auch einen angeblich ausgewucherten Wohlfahrtsstaat ab-

bauen, und einen minimalen, selektiven Staat der »sozialen Sicherheit« bauen, ähnlich wie in den Vereinigten Staaten.

2. Der Keynesianische Wohlfahrtsstaat beruhte auf einem Bild von gesellschaftlichen Teilungen im Sinne von *vielfachen, horizontalen* Schichten mit mehr oder weniger Zugang zu den begehrten Werten. Manchmal wurden diese Schichten in Klassenkategorien gefaßt, man unterstellte aber keine grundlegenden Antagonismen zwischen den verschiedenen Klassen. Alle waren tatsächliche oder potentielle Mitglieder der »Einen Nation«. Im Gegensatz dazu zeichnet der Thatcherismus ein Bild von gesellschaftlichen Teilungen, das auf einer *einzig, vertikalen* Spaltung (cleavage) beruht, die die Gesellschaft von oben nach unten durchzieht und die die Produktiven den Parasitären entgegenstellt. Dieser Gegensatz zwischen »zwei Nationen« wird als in sich antagonistisch gesehen und kann nicht durch den Kollektivismus des Wohlfahrtsstaats überwunden werden. Im allgemeinen werden diejenigen als produktiv bezeichnet, die Güter und Dienste produzieren, welche ohne Bedarf nach Staatssubventionen vermarktet werden können. Die parasitäre Seite umfaßt nicht nur die verschiedenen Klassen von Armen (die Arbeitslosen, Rentner, Arbeitsunfähigen usw.), sondern auch diejenigen, deren Beschäftigung im öffentlichen oder privaten Sektor nach kapitalistischer Berechnung unprofitabel ist. Nur diejenigen Staatsangestellten werden ausgenommen, deren Tätigkeiten für die minimale Nachwächterrolle des Staates notwendig sind — Polizei, Streitkräfte, Finanzbeamte usw. Das soll nicht heißen, daß der Thatcherismus alle gesellschaftlichen Antagonismen auf die Spaltung »produktiv/parasitär« reduziert in einer Art von Äquivalenzdiskurs. Auch andere Dichotomien entfalten sich im Thatcherismus, z.B. individuelle Freiheit vs. staatlicher Zwang, Osten vs. Westen usw. Aber die Unterscheidung »produktiv/parasitär« erlaubt einen äußerst nützlichen Einblick in die Dynamik des Thatcherismus.

3. Auf sozialpolitischem Gebiet verlangt der »Zwei-Nationen«-Ansatz, daß die »Produktiven« *über den Markt* für ihre Produktivität (oder mindestens für die Bereitstellung von profitabel vermarkteten Gütern oder Diensten) belohnt werden; umgekehrt müssen die »Parasitären« dafür bestraft werden, daß sie zu wenig (wenn überhaupt) zum Markt beitragen (dabei spielt die Frage der »Schuld« für ihre Lage keine Rolle). Auf diese Weise hofft der Thatcherismus, den konservativen Teil der Arbeiterklasse langfristig in Richtung Instrumentalismus und Privatismus umzuformen, eine stärker produktivistische Orientierung in der Gewerkschaftsbewegung sowie größere Investitions- und Risikobereitschaft zu erwirken. Zugleich werden sinkende Einkommen und sich verschlechternde Lebensbedingungen die »Parasitären« vielleicht auf den Markt zurücktreiben oder zumindest die Last verringern, die sie für den Steuerzahler und die »produktiven Elemente« der Gesellschaft darstellen.

4. Als Machtpolitik verlangt der »Zwei-Nationen«-Ansatz zugleich die Kommerzialisierung staatlicher Verwaltung und weitere Staatsintervention, um günstige Bedingungen für Produktionssteigerungen zu schaffen. Und soweit diese Politik marginale und potentiell marginale Gruppen verletzt, bedarf sie wachsender Repression und verstärkter Polizeimaßnahmen. Es gibt ein autoritäres Element in Thatchers Programm. Es ist aber viel besser erfaßt als ein

Problem ökonomischen und politischen *Krisenmanagements* im Rahmen der Kommerzialisierung und der staatlichen Kürzungen denn in Begriffen eines verallgemeinerten »autoritären Populismus«.

Die Grenzen der »Zwei-Nationen«-Strategie

Die weitere Verfolgung dieser sich herausbildenden »Zwei-Nationen«-Strategie könnte den Thatcherismus wirksam konsolidieren und Labour die Verteidigung der schwachen und marginalen Bereiche der Gesellschaft überlassen. So könnte die grundlegende politische Wahl eine zwischen einem neuen »Zwei-Nationen«-Toryismus und einer rechten »Eine-Nation«-Sozialdemokratie der Allianz [von SDP und Liberalen, W.E.] werden. Glücklicherweise gibt es einige starke Gegentendenzen: a) Massenunterstützung für den Wohlfahrtsstaat, insbesondere für das Gesundheitswesen ist während der Wahlperiode stark geblieben und die Tories mußten sich verpflichten, keine Kürzungen vorzunehmen. (...) b) Gegenwärtig ist die »zweite Nation« hochgradig zersplittert, aber es gibt mehrere Zentren des Widerstands, besonders auf lokaler Ebene. Es mehren sich die Anzeichen einer Politisierung und einer Erweiterung der Perspektiven in den neuen sozialen Bewegungen (besonders in der Frauenbewegung und in der CND⁶) sowie auf der Ebene örtlicher Gewerkschaftsräte und kommunaler Verwaltungen. Es könnte sich noch als möglich erweisen, »über die Bruchstücke hinaus«⁷ zu kommen, wenn nur die Labour Party hier und auf nationaler Ebene eine konstruktivere Rolle spielen würde. c) Die Strategie der Regierung gegenüber den Kommunalregierungen und gegenüber den Stadträten der Metropolen insbesondere⁸ hat schon beträchtliche Opposition hervorgerufen, die weit über Kreise der Labour Party hinausgeht. Sie hat sogar größere Konflikte in der Konservativen Partei im Parlament und im Land insgesamt heraufbeschworen. d) Die doppelte Wirkung der Gewerkschaftsgesetze der Konservativen und der Massenarbeitslosigkeit haben die Gewerkschaften noch nicht gefügig gemacht. (...) e) Das Thema »Recht und Ordnung« ist sehr komplex. Die Politik der letzten Zeit hat Widerstand von Bürgerrechtlern und aus »höheren« Berufsgruppen sowie aus der Arbeiterklasse hervorgerufen gegen neue Formen, die Wirtschaftskrise durch Polizeigewalt in den Griff zu bekommen — angefangen mit den Unruhen von 1981 bis hin zum Bergarbeiterstreik.

Aus diesem kurzen Überblick wird deutlich, daß die Hegemonie der Tories in keiner Weise konsolidiert ist. Die Arbeiterbewegung ist in ihrer Reaktion auf den Thatcherismus zwar noch tief gespalten, bleibt aber in der Defensive stark. Darüber hinaus stehen einige Teile der Mittelklassen dem Thatcherismus feindlich gegenüber, auch wenn sie wahrscheinlich nicht den harten Kern einer zukünftigen sozialistischen Bewegung bilden werden, und sie könnten für die Linke vorteilhafte Spaltungen verursachen. Zwei weitere Schwachpunkte sollten festgehalten werden. Erstens, da die wichtigsten Umverteilungseffekte der staatlichen Dienste sich über den Lebenszyklus erstrecken, werden viele der privilegierten »guten Bürger« die unmittelbaren Folgen jeglicher Kürzungen dann spüren, wenn sie Kinder aufziehen oder in den Ruhestand treten — das stellt ein Haupthindernis für die Strategie der »Zwei Nationen« dar. Zweitens,

sofern rasche Inflation die Grundlage für die Schaffung einer noch unfertigen populistischen Kategorie von »Verbrauchern« gewesen ist, deren Interessen an der Dämpfung der Inflation mobilisiert worden sind, um die Kürzung öffentlicher Ausgaben zu rechtfertigen, könnte die Senkung der Inflation die Begründung für weitere Kürzungen untergraben — die meisten Leute ziehen bessere öffentliche Dienste weiteren Steuersenkungen vor. (...)

Strategische Schlußfolgerungen

Die Hauptgefahr des Ansatzes »autoritärer Populismus« liegt darin, daß er unzureichende strategische Schlußfolgerungen zieht. Auf der Ebene linker Strategie führt eine solche Einschätzung zu tiefem Pessimismus (»die Luke dicht machen«) oder sie verlangt nach einer langfristigen »alternativen Perspektive«. Beide Reaktionen begünstigen rein defensiven, kurzfristigen und unkoordinierten Widerstand gegen den Thatcherismus auf Kosten einer kohärenten, positiven, mittelfristigen ökonomischen und politischen Strategie. (...)

Eine Rückkehr zum *status quo ante* des Keynesianischen Wohlfahrtsstaats, wie Hobsbawm vorschlug (vgl. 1983), ist weder wünschenswert noch überhaupt möglich. Denn das würde bedeuten, zu einem inkohärenten und widersprüchlichen Projekt zurückzukehren und die Hegemonie von nicht-sozialistischen Kräften zu befestigen. Es folgt daraus, daß wir eine alternative strategische Sicht entwickeln müssen. Sie erfordert eine Neueinschätzung der unmittelbaren defensiven Prioritäten der Linken und die Formulierung neuer offensiver Ziele. Dabei sollte man auf die folgenden Bereiche achten: 1) Wählerunterstützung — welche Politiken stehen der Linken zur Verfügung, um eine Wählermehrheit zurückzugewinnen? 2) Machtpolitik — welches Regierungsprogramm ist notwendig/erreichbar, um eine solche Politik durchzusetzen? 3) Umbau des Staates — die schon angesprochene doppelte Krise einmal unterstellt, welche Formen der Repräsentation/Intervention können entwickelt werden, um die Bildung einer nach innen orientierten sozialistischen Wachstumspolitik zu fördern?

Ungeachtet der von uns vorgebrachten Kritik an Stuart Hall, muß man seinen Interventionen in der letzten Zeit unbedingt Tribut zollen. Sie haben eine wichtige Rolle gespielt beim Neubedenken herkömmlicher Konzeptionen der Beziehungen zwischen Ökonomie und Politik, Klasse und Partei, Strukturen und Strategien. Er ist auch eine zentrale Figur dabei gewesen, die Aufmerksamkeit der Linken in Großbritannien auf die Bedeutung des ideologischen und politischen Kampfes um Hegemonie zu lenken. Hall wirft das brennende Problem auf, wie man auf die Aushöhlung der traditionellen Arbeiterklassenbasis des britischen Labourismus reagieren soll.

Gleichwohl meinen wir, daß Hall zwar ständig die Notwendigkeit der Entwicklung einer »alternativen Perspektive« und einer neuen hegemonialen Strategie für die Linke proklamiert, trotzdem allein durch seine Betonung der ideologischen und politischen Ebene konstruktives strategisches Denken behindert. Der Ansatz des »autoritären Populismus« konnte bestimmte *notwendige* Bedingungen für ein Überdenken linker Strategie in Großbritannien nennen, er

stellt aber bei weitem nicht die *hinreichenden* Bedingungen für eine erfolgreiche alternative Strategie bereit. Wir hoffen, daß unsere Darstellung der doppelten Krise und der »Zwei-Nationen«-Strategie des Thatcherismus Halls eigene Arbeit über den »autoritären Populismus« ergänzen und dadurch zur weiteren Diskussion über die drängenden strategischen Probleme beitragen wird.

Anmerkungen

- 1 William Henry Lord Beveridge, 1879-1963, englischer Nationalökonom und Wirtschaftspolitiker. Der »Beveridge-Plan« begründete den Ausbau des Wohlfahrtsstaats in Großbritannien nach dem Zweiten Weltkrieg. D.Übers.
- 2 Das wird bei Jacques: *Thatcherism* erkannt (in Hall und Jacques 1983, 41).
- 3 Mixwörter, die sich auf Konservative und Labourführer beziehen: R.A. *Butler* und Hugh *Gaitskell*, Harold *Macmillan* und Harold *Wilson*. D. Übers.
- 4 Die Londoner »City« steht für die großen Banken, die dort ihren Sitz haben. D. Übers.
- 5 Hall bemerkt das auch in: Hall und Jacques 1983, 20.
- 6 CND bedeutet »Campaign for Nuclear Disarmament«. D. Übers.
- 7 »Beyond the Fragments«, ein in der britischen Linken vieldiskutiertes Buch der Feministinnen Sheila Rowbotham, Lynne Segal und Hilary Wainwright (London 1979). Deutsche Teilausgabe, S. Rowbotham: Nach dem Scherbengericht. Berlin/W. 1981. D. Übers.
- 8 Hier ist an die Torpedierung progressiver Stadträte, zum Beispiel des GLC (Greater London Council) durch die Regierung Thatcher gedacht. D.Übers.

Literaturverzeichnis

- Hall, Stuart, u.a., 1978: *Policing the Crisis. Mugging, the State and Law and Order*. London
- Hall, Stuart, 1982a: Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus. In: W.F.Haug / W. Elfferding (Hrsg.): *Neue soziale Bewegungen und Marxismus. Argument-Sonderband AS 78*, Berlin/W., 104-124
- Hall, Stuart, 1982b: *The Empire Strikes Back*. In: *New Socialist*, July-August
- Hall, Stuart, 1982c: *The Battle for Socialist Ideas in the 1980s*. In: *Socialist Register*. London
- Hall, Stuart, 1984: *The Culture Gap*. In: *Marxism Today*. January
- Hall, Stuart, und Martin Jacques (Hrsg.), 1983: *The Politics of Thatcherism*. London
- Hobsbawm, Eric, 1983: *Labour's Lost Millions*. In: *Marxism Today*, December
- Jessop, Bob, 1980: *The Transformation of the State in Postwar Britain*. In: Scase, Richard (Hrsg.): *The State in Western Europe*. London
- Keegan, William, 1984: *Mrs. Thatcher's Economic Experiment*. London
- Lehmbruch, Gerhard, 1980: *Liberal Corporatism and Party Government*. In: Schmitter, Philippe C., und Gerhard Lehmbruch (Hrsg.): *Trends Toward Corporatist Intermediation*. London

Stuart Hall

Die Bedeutung des autoritären Populismus für den Thatcherismus*

Jessop, Bonnett, Bromley und Ling haben einen langen und wichtigen Artikel beigetragen, in dem sie sich mit dem »autoritären Populismus« und mit dem Gebrauch dieses Begriffs in meiner Arbeit über den Thatcherismus auseinandersetzen und eine weitreichende alternative These vorgeschlagen. Ich möchte mich mit einigen Aspekten ihrer Argumentation auseinandersetzen, weniger um meine Arbeit zu verteidigen als, wenn auch in der Form von Diskussion und Auseinandersetzung, um unser Verständnis des Phänomens »Thatcherismus« voranzubringen.

Meine Sicht ist, kurz gesagt, daß Jessop u.a. durch ihre eigene Absicht, eine *allgemeine* und abschließende Einschätzung des Thatcherismus als umfassendes Phänomen zu produzieren, dazu verleitet wurden, mein eigenes, begrenzteres Projekt mit ihrem anspruchsvolleren zu verwechseln. Dabei verdunkeln oder mißverstehen sie viele meiner Argumente und produzieren letztendlich ein ziemlich konfuse Gewirr von wichtigen Argumenten und falschen Streitpunkten. Ich möchte an dieser Stelle kategorisch sagen: »autoritärer Populismus« war niemals als eine *allgemeine* Erklärung des Thatcherismus gemeint, ja, konnte gar nicht so gemeint sein, noch ist er in meiner Arbeit je so benutzt worden. Er geht direkt die Frage der sich verändernden Formen hegemonialer Politik an. Dadurch stellt er absichtlich und selbstbewußt die politisch-ideologische Dimension in den Vordergrund. Thatcherismus ist jedoch ein kompliziertes historisches Phänomen, und es wäre lächerlich anzunehmen, es könnte auf nur einer Analyse-Ebene »erklärt« werden. In diesem Sinn, glaube ich, unterliegt der Kritik von Jessop u.a. ein grundlegender Fehler. Der Grund für dieses Mißverständnis liegt, soweit ich feststellen kann, zunächst in der einseitigen und unzureichenden Darstellung der Entstehung des Konzepts.

Die Entstehung des Konzepts

Der »autoritäre Populismus« entstand, wie sie bestätigen, aus der Analyse der politischen Konstellation Mitte der 60er bis Mitte der 70er Jahre, die ich mit anderen zusammen in »Policing The Crisis« vorgestellt habe (Hall u.a. 1978). Diese Untersuchung sagt den Aufstieg des Thatcherismus voraus, obwohl sie schon Mitte der 70er Jahre ausgearbeitet und 1978 veröffentlicht wurde. Sie verwies u.a. auf eine Verschiebung im »Gleichgewicht gesellschaftlicher und politischer Kräfte« (was Gramsci die »Kräfteverhältnisse« nennt), festgemacht an der Zersetzung des sozialdemokratischen Konsenses unter Callaghan und am Aufstieg der radikalen Rechten unter thatcheristischen Vorzeichen. Wir legten dar, wie der korporatistische Konsens — die Form, in der die Labour Party die Krise zu stabilisieren suchte — unter innerem und äußerem Druck zusammenbrach. Das Gleichgewicht der Kräfteverhältnisse bewegte sich je-

* Erscheint in »New Left Review« No. 151, 1985. Nach dem Manuskript übersetzt von Wieland Elfberding und Susan Steiner.

doch — in jenem »instabilen Gleichgewicht« zwischen Zwang und Zustimmung, das *jede* demokratische Klassenpolitik kennzeichnet — entschieden gegen den »autoritären« Pol. Wir näherten uns einem Wendepunkt, in dem der Staat zunehmend eine zentrale »erzieherische« Rolle spielte. Wir bemerkten aber auch das Ausmaß, in dem diese Wende »von oben« von einer populistischen Unterströmung angekündigt, eingespannt und bis zu einem gewissen Grade legitimiert wurde. Die *Form* dieser populistischen Mobilisierung nahm in den 60er und 70er Jahren häufig die Gestalt einer Folge von »moralischen Paniken« (*moral panics*) an, um solche scheinbar nicht-politischen Themen wie Rasse, Gesetz und Ordnung, sexuelle Liberalisierung und gesellschaftliche Anarchie. Diese dienten dazu, der autoritären Wende den Glanz populistischer Zustimmung zu verschaffen (zur begrifflichen Unterscheidung zwischen »populärer« und »populistischer« Mobilisierung, die Jessop u.a. zu ignorieren scheinen, vgl. Hall 1982).

Der Terminus selbst, »autoritärer Populismus«, entstand erst 1978, nachdem ich den Schlußteil von Nicos Poulantzas' mutigem und bahnbrechendem Buch »State, Power, Socialism« (1978)¹ gelesen hatte, zugleich — tragischerweise — seine letzte politische Stellungnahme. Poulantzas versucht darin, ein neues »Moment« in der Konjunktur der Klassendemokratien zu charakterisieren. Es besteht in einem gesteigerten »Eingreifen des Staates in sämtliche Bereiche des sozio-ökonomischen Lebens, das mit dem einschneidenden Verfall der Institutionen der politischen Demokratie sowie drakonischen und vielfältigen Einschränkungen der sogenannten 'formalen' Freiheiten einhergeht, die man erst wirklich schätzen lernt, wenn sie einem genommen werden« (186). (Besonders die letzte Wendung war nach meinem Geschmack, weil sie mich daran erinnerte, wie oft die fundamentalistische Linke die Bürgerfreiheiten verhöhnt, bis sie sich in einer Situation wiederfindet, wo sie selbst dringend welche gebrauchen könnte.) Ich glaubte, in dieser Einschätzung und damals in meinen kurzen Gesprächen mit Poulantzas viele Ähnlichkeiten zu entdecken zwischen seiner Lagebeschreibung und derjenigen, um deren Formulierung ich in »Policing The Crisis« (»Drifting Into a Law-And-Order Society«) gerungen hatte.

Poulantzas nannte dies das Moment des »autoritären Etatismus«. Er fügte u.a. hinzu, daß dieser mit »der Periodisierung des Kapitalismus in Stadien und Phasen« verknüpft sei; daß er »gemäß den eigenen Konjunkturen der je betroffenen Länder in unterschiedlichen Regierungsformen« existiere (ebd.); daß er im besonderen sowohl »auf die *politische* Krise und auf die *Krise des Staats*« verweise; daß er uns helfen sollte, das Verhältnis »zwischen dem Staat und der politischen Krise« zu periodisieren. Er bestand darauf, daß er *weder* die Geburtswehen des Faschismus darstelle noch »die neue Form eines echten Ausnahmestaats« (191) oder gar die »erfolgreiche Realisierung totalitärer Keime, auch wenn sie jeder kapitalistische Staat in sich trägt« (190). Und in der Tat war die Bedeutung des »autoritären Etatismus«, daß er eine neue Verbindung von Zwang/Zustimmung darstellte, die sich zur Zwangsseite des Spektrums neigte, wobei sie die äußeren Formen der demokratischen Klassenherrschaft intakt ließ. Er bezog sich, sagte Poulantzas, auf »beträchtliche Veränderungen

der Klassenverhältnisse« (192f.) (und nicht, Anhänger von *Class Politics* [vgl. Fine u.a. 1984] mögen das bitte zur Kenntnis nehmen, auf das sogenannte »Verschwinden von Klassen oder von Klassenkampf«, was diese ihre völlig fiktive Konstruktion auch immer bedeuten mag). Er geht aber auch mit der Ausbreitung des Klassenkonflikts und anderer sozialer Kämpfe auf »neue Fronten« einher. Er stellte eine grundlegende Wende in der Art und Weise dar, wie ein herrschender Block versucht, Hegemonie in kapitalistischen Klassendemokratien aufzubauen. Weitere Ausführungen über den »autoritären Etatismus« erübrigen sich schon deshalb, weil Bob Jessop sich darin viel besser auskennt, denn er ist einer der gründlichsten und vorzüglichsten Kenner und Kritiker von Poulantzas (vgl. seine Studie über Poulantzas, die demnächst erscheint).

Poulantzas Begriff schien mir äußerst nützlich, aber schwach in zweierlei Hinsicht. Er mißdeutete erstens die gerade entstehende Strategie, denn eine der grundlegenden Veränderungen, wie mir schien, war genau der Abschied von der »korporatistischen« Strategie, die für den Labourismus zentral gewesen war, und ihre Ersetzung durch eine »anti-etatistische« Strategie der »Neuen Rechten« (eine »anti-etatistische« Strategie sperrt sich übrigens nicht dagegen, mit Hilfe des Staates zu handeln; sondern sie sieht eine begrenztere Rolle des Staates vor und versucht, *sich* für die Zwecke populistischer Mobilisierung ideologisch *selbst* als anti-staatlich *darzustellen*). Ich unterstellte, diese äußerst widersprüchliche Strategie — die wir tatsächlich unter dem Thatcherismus am Werk gesehen haben: zugleich, beim Abbau des Wohlfahrtsstaats, »anti-staatlich« in ihrer ideologischen Selbstdarstellung *und* im höchsten Maße staatszentralistisch und dirigistisch in vielen ihrer strategischen Operationen — würde die Politik auf neue Weise verändern.

Zweitens glaubte ich, daß Poulantzas diejenige Dimension vernachlässigt hatte, die in allen entwickelten kapitalistischen Demokratien seit dem Ersten Weltkrieg vor allem die Linke politisch und die marxistische Analyse theoretisch geschlagen hatte: nämlich die Weisen, auf die Massenzustimmung (popular consent) durch einen nach Hegemonie strebenden historischen Block so bewirkt werden kann, daß zu seiner Unterstützung Unzufriedenheiten unter den Massen (popular discontents) nutzbar gemacht, die entgegenwirkenden Kräfte neutralisiert, die Gegner zersetzt und *einige* strategische Elemente der Volksmeinung in das eigene hegemoniale Projekt eingespannt oder »hegemonisiert« werden.

Diese beiden Überlegungen führten mich dazu, zwar auf Poulantzas' Einsichten aufzubauen, die Charakterisierung der Situation aber vom »autoritären Etatismus« zum »autoritären Populismus« zu verschieben. Ich hoffte, durch die Verwendung dieses absichtlich widersprüchlichen Terminus genau die widersprechenden Merkmale der sich herausbildenden Lage aufzunehmen: eine Bewegung in Richtung einer »autoritären« Form demokratischer Klassenpolitik von oben, paradoxerweise offenbar wurzelnd im »Transformismus« (Gramscis Begriff) von Unzufriedenheiten der Massen. Das wurde weiter ausgearbeitet in dem Artikel von 1980 (Hall 1982), wo ich mich auf die fruchtbare Arbeit von Laclau stützte und seinen Begriff des »populistischen Bruchs« benutzte, aber meinen eher begrenzten Gebrauch des Begriffs von seinem weite-

ren abgrenzte. Ich versuchte, dadurch die eigenständige Mobilisierung von Massenbedürfnissen und -unzufriedenheiten von einer »populistischen« Mobilisierung zu unterscheiden, die an einem bestimmten Punkt ihrer Bahn überspringt oder von einer staatsorientierten politischen Führung eingeholt wird.

Ein konkreter Begriff

Ich gebe zu, daß diese Entstehungsgeschichte nirgends vollständig dargelegt ist; ich würde aber behaupten, daß sie vom Kontext und von der Entwicklungsfolge meiner Arbeit her klar genug ist. Ich gebe auch zu, daß es hier zu wenig rigorose oder logische »Begriffsbildung« gab. Die Begriffe wurden, fürchte ich, in der Hitze politischer Analyse hervorgebracht — ich versuchte, den Ruck hin zum Thatcherismus zu begreifen, als er gerade stattfand. Die Theorisierung erfolgte, zugegeben, oft in Rohform und eilig. Ich erforschte z.B. den Gedanken einer »passiven Revolution« und ich glaube immer noch, daß er zu unserem Begreifen von populistischen (im Gegensatz zu popularen) Strategien etwas beitragen kann. Aber ich konnte zu der Zeit die Verbindung nicht herstellen und habe es auch seitdem nicht geschafft. Wie auch viele sehr fruchtbare Begriffe von Gramsci, bleibt der »autoritäre Populismus« »überdeskriptiv«. Vielleicht bin ich angesteckt worden. Ich habe jedoch den Verdacht, daß hier eine tiefergehende Meinungsverschiedenheit meine Position von der von Jessop u.a. trennt. Ich glaube gar nicht, daß alle Begriffe auf demselben Abstraktionsniveau wirksam sind, ja, ich denke, eines der prinzipiellen Dinge, die mich von dem wiederauflebenden fundamentalistischen Marxismus trennt, ist genau, daß sie meinen, alle Begriffe, die Marx auf dem höchsten Abstraktionsniveau hervorgebracht hat (z.B. Produktionsweise, kapitalistische Epoche), könnten direkt auf die Analyse konkreter historischer Konstellationen übertragen werden. Meine eigene Ansicht ist, daß Konzepte wie »Hegemonie« (die Begriffsfamilie oder das Abstraktionsniveau, wozu auch »autoritärer Populismus« gehört) notwendigerweise etwas »deskriptiv« sind, historisch spezifischer, zeitgebunden, konkret in ihrem Bezug — weil sie zu konzeptualisieren suchen, was Marx selbst vom »Konkreten« gesagt hat: daß es das »Resultat vieler Bestimmungen« sei (Marx: *Grundrisse*, Einleitung, 21). Ich muß also bekennen, daß ich den Konkretionsgrad des »autoritären Populismus« nicht irrtümlich oder aus Nachlässigkeit so bestimmt habe. Er war ganz absichtlich und selbstbewußt *nicht* auf jene Ebene »reiner« theoretisch-analytischer Operation gestellt, auf der, wie Jessop u.a. zu unterstellen scheinen, *alle* Konzepte produziert werden müßten. Die Kosten dafür, sich auf diesem Abstraktionsniveau zu bewegen, sind klar. Aber für mich sind auch — im Kielwasser der Akademisierung des Marxismus und der theoretizistischen Welle der 70er Jahre — die Ergebnisse entsprechend.

Hat der Thatcherismus die Hegemonie?

Jessop u.a. brauchen bestimmt von mir keine weitere Belehrung über den Hegemoniebegriff. Ich kann aber nicht widerstehen, auf dieser Stufe des Gedankengangs darauf hinzuweisen, daß ich *niemals* die Aussage gemacht habe, der Thatcherismus habe »die Hegemonie« erreicht. Der Gedanke ist nach meinem

Verständnis unsinnig. Ich habe gesagt, daß die thatcheristische Politik — in scharfem Gegensatz zur politischen Strategie sowohl der labouristischen als auch der fundamentalistischen Linken — nach ihrer Konzeption und nach ihrem Projekt »hegemonial« ist. Sie zielen darauf, an verschiedenen Fronten zugleich zu kämpfen, nicht allein an der ökonomisch-berufsständischen. Sie wissen, daß politische, moralische und intellektuelle Führung mit ökonomischer Herrschaft verkoppelt sein muß, um eine Gesellschaftsformation wirklich zu dominieren und umzubauen. Sie wissen, daß sie sowohl in der Kulturgesellschaft (civil society) als auch im Staat »gewinnen« müssen. Sie begreifen — was die Linke im allgemeinen nicht tut — die Folgen der Ausdehnung des Klassenkampfes auf neue Arenen und sie verstehen, daß man für sie auch eine Strategie braucht. Sie wollen, wenn möglich, das Feld dessen, was im gesellschaftlichen und politischen Denken als selbstverständlich gilt, umbauen und dadurch einen neuen Gemeinsinn (common sense) bilden. Wenn man beobachtet, wie sie — im Angesicht einer zähneknirschenden Opposition — ständig die Unpopularität einiger Aspekte des Umgangs der Gewerkschaften mit ihren eigenen Mitgliedern benutzen, um der ganzen Arbeiterbewegung schwere Wunden zu schlagen, oder wie sie nicht nur ständig die »Privatisierung« des öffentlichen Sektors vorantreiben, sondern auch »des Geldes Wert« ins Zentrum der Überlegungen eines jeden Arbeiterrats und jeder anderen gesellschaftlichen Institution gestellt haben: Gesundheitssystem, Schulspeisung, Universitäten, Straßenreinigung, Arbeitsämter, soziale Dienste — man würde diese politisch-ideologische Ebene des Kampfes etwas ernster nehmen als es die Linke gegenwärtig tut. Das ist das Projekt des Thatcherismus, von dem — da bin ich abtrünnig genug, das zu glauben — die Linke etwas lernen kann, was das Führen des politischen Kampfes angeht. Ich glaube aber nicht, und habe auch nirgends behauptet, daß dieses Projekt schon eingelöst ist.

In Wirklichkeit habe ich einige Male auf die klaffende Diskrepanz zwischen den ideologischen Angeboten des Thatcherismus und seinen ökonomischen Mißerfolgen hingewiesen. Ich habe beständig gegen die Auffassung gesprochen, daß der thatcheristische Neomonetarismus Lösungen für Großbritanniens strukturelle ökonomische Krise bieten könnte. Da das autoritäre Gesicht des Thatcherismus — in der Linie meiner Analyse — immer deutlicher hervorgetreten ist, versteht es sich, scheint mir, von selbst, daß der Thatcherismus dominant bleibt und nicht hegemonial. Er muß Zwang anwenden, weil er nicht die Führung ausüben kann. Aber ich habe auch versucht, ganz sorgfältig zu bestimmen, was wir unter seinem »Erfolg« verstehen könnten (Hall 1980). Ich habe u.a. geschrieben: »Er wird von inneren Gegensätzen zerrissen und ist realen Schranken unterworfen. Er hat ein gewisses Maß an Unterstützung in Wahlen gewonnen ... Er kann nicht alle Versprechungen erfüllen ... Er rührt die strukturellen ökonomischen Probleme im Land nicht an ..., und er ist ohnmächtig, die barbarischen Wirkungen einer weltweiten kapitalistischen Rezession abzuwehren.« Ich gab aber auch zu bedenken, daß der Thatcherismus mit Langzeitwirkung an die Macht gekommen ist und »durch eine plötzliche Krise der Wählerunterstützung« nicht aus der Bahn geworfen werden würde. Ich fügte hinzu, daß es absolut möglich wäre, daß der Thatcherismus bei der Lö-

sung der Wirtschaftskrise »scheitert«, aber doch »in seiner langfristigen Mission, das Gleichgewicht der Klassenkräfte nach rechts zu verschieben«, »erfolgreich« ist. Das große Kapital, stellte ich fest, habe den Thatcherismus unterstützt, weil es in ihm »die einzige politische Kraft« sieht, »die fähig ist, die Kräfteverhältnisse in einer für die Durchsetzung kapitalistischer Lösungen günstigen Weise zu ändern«. In diesem Sinne, argumentierte ich, »könnte die langfristige politische Mission der radikalen Rechten 'Erfolg haben', auch wenn diese bestimmte Regierung der einen oder anderen Veränderung durch Wahlen weichen muß«. Insofern, schloß ich, »hat der Thatcherismus die alten Lösungen und Positionen unwiederbringlich untergraben«. Diese Analyse habe ich 1980 geliefert, aber ich glaube, sie ist grundsätzlich richtig gewesen und durch nachfolgende Entwicklungen bestätigt worden. Angesichts dessen ist es absurd zu unterstellen, ich hätte gemeint, der Thatcherismus habe die Hegemonie bereits gewonnen.

Zum Vorwurf des »Ideologismus«

Das bringt uns zu den von Jessop u.a. vorgebrachten Vorwürfen wegen »Ideologismus«. Sie sind so geballt, daß sie kaum zu entwirren sind. Vor allem, denke ich, liegen sie selbst falsch, wenn sie die Ebenen des politischen und ideologischen Kampfes außer Betracht lassen und — wider besseres Wissen — den Bedarf für Begriffe, die ihre Spezifik bestimmen, verdrängen. Sie mögen recht haben, wenn sie sagen, daß »autoritärer Populismus« zwischen diesen beiden Dimensionen des Kampfes nicht genügend unterscheidet. Ich bleibe jedoch bei der Position, daß ich in meiner eigenen Arbeit beständig *gegen* jegliche Bestimmung von Hegemonie gekämpft habe, die sie als ein ausschließlich ideologisches Phänomen identifiziert. Ich habe im Gegenteil bis zum Erbrechen wiederholt, daß man Gramscis Argumentation zur Hegemonie unmöglich begreifen oder konzeptualisieren kann, ohne »den entscheidenden Kern ökonomischen Handelns«. Es ist deshalb besonders bitter, dessen angeklagt zu werden, eine Erklärung des Thatcherismus als ausschließlich ideologische Erscheinung vorzutragen, nur weil ich auf konkrete, wichtige Züge seiner ideologischen Strategie aufmerksam gemacht habe.

Es scheint in der Linken fast unmöglich zu sein, die Bedeutung und Besonderheit einer bestimmten Ebene der Analyse oder einer Kampfarena zu behaupten, ohne sofort mißverstanden zu werden, als habe man gesagt, das sei — weil wichtig — die *einzig*e. Ich habe in meiner eigenen Arbeit versucht, diesen einfachen Ausrutscher nicht zu machen. Ich arbeite über die politische/ideologische Dimension, a) weil ich auf diesem Gebiet zufällig einige Kompetenz habe und b), weil sie von der Linken allgemein und von einigen Marxisten vernachlässigt oder reduzierend behandelt wird. Die Annahme, daß man, weil man auf dieser Ebene arbeitet, ökonomische Fragen für überflüssig oder unwichtig hält, ist absurd. Ich denke, die ideologische Dimension des Thatcherismus ist entscheidend. Ich bin sicher, die Linke versteht sie weder noch weiß sie, wie auf dieser Ebene der Kampf zu führen ist — und daher wird sie ständig irregeführt. Deswegen habe ich mich entschlossen, diese Ebene der Analyse herauszustellen —, und der »autoritäre Populismus« diene zum Teil genau dazu.

Da aber der »autoritäre Populismus« nie als eine allgemeine oder umfassende Erklärung vorgetragen worden ist, enthielt er auch keinerlei Vorentscheidungen die anderen Analyseebenen betreffend. Tatsächlich bleibt die Analyse des Thatcherismus bruchstückhaft und unvollständig, bis es diese anderen Dimensionen *neben* dem Konzept des »autoritären Populismus« gibt. »Den Bogen spannen« nach der am meisten vernachlässigten Seite, gegen den Strom der laufenden Diskussion, nannte es einmal Althusser. Jessop u.a. haben, denke ich, meine taktische Absicht nicht mitbekommen; sie haben sich selbst dadurch der Einsichten beraubt, von denen ihre eigene Analyse hätte profitieren können.

Wenn sie auf die Frage der Betonung des Ideologischen zu sprechen kommen, stellen sie, meiner Meinung nach, die Arbeit falsch dar, die mit Hilfe des »autoritären Populismus« geleistet worden ist. Sogar an der ideologischen Front hat sich der Thatcherismus auch anderer Strategien bedient, wie die Schaffung einer intellektuellen Führerschaft, die Bildung einer neuen Schicht von »organischen« Intellektuellen, die Ebene des Organisierens theoretischer Gedanken in gewissen strategischen, akademischen, Forschungs- und anderen intellektuellen Institutionen — worauf ich auch aufmerksam gemacht habe —, was aber überhaupt nichts mit der Strategie des autoritären Populismus und mit der Schaffung von Massenzustimmung (*popular consent*) zur Macht zu tun hat. Der Thatcherismus hat auch eine spezifische politische Strategie zur Neuzusammensetzung des Machtblocks und der Staatsmaschine, die nicht »rein« ideologisch ist — was immer das heißt — und was wenig mit dem autoritären Populismus zu tun hat. Es stimmt, daß ich, wenn ich mich der Beschreibung der ideologischen *Mechanismen* zuwende, die Einsichten der »Diskurstheorie« benutze. Und zwar, weil ich glaube, daß uns die Diskurstheorie viel darüber sagen kann, wie der Thatcherismus die Verdichtung verschiedener Diskurse in seiner widersprüchlichen Formation schafft, und wie er »arbeitet«, um Menschen zu ihren verschiedenen, häufig gegensätzlichen Subjektpositionen heranzuziehen — auch wenn er nur teilweise darin Erfolg hatte mit seinem Projekt, eine neue Art von politischem »Subjekt« zu bilden. Aber ich habe mich schon lange getrennt von dem diskurstheoretischen Ansatz zur Analyse ganzer Gesellschaftsformationen oder gar von der Idee, daß die Produktion neuer Subjektivitäten in sich schon eine angemessene Ideologietheorie liefert (vgl. u.a. »Recent developments in language and ideology«, in: Hall u.a. 1980). Ich habe das als eine — in der Tradition des »Westlichen Marxismus« lange beheimateten — Art von Neokantianismus charakterisiert. Dabei habe ich auch versucht, die enorm fruchtbaren Dinge, die ich von Ernesto Laclau früherem Buch (Laclau 1981) gelernt habe, sorgfältig abzugrenzen von der Auflösung von allem und jedem in Diskurs, die, wie ich glaube, das letzte Buch — trotz seiner vielen Einsichten — beeinträchtigt (Laclau und Mouffe 1985). Diese Unterscheidungen wurden in der sogenannten »Hegemony group« 1980-83 breit diskutiert, in der Jessop selbst eine führende Rolle spielte; daher finde ich es schwierig, nun von Jessop u.a. mit der letzteren Position fälschlicherweise identifiziert zu werden.

Die inneren Widersprüche des Thatcherismus

Von dem her, was ich bereits gesagt habe, ist es auch ziemlich schwierig, den Vorwurf aufrechtzuerhalten, daß ich den Thatcherismus als »unwidersprüchlichen Monolith« behandle. Die ganze Anstrengung meiner Arbeit über die Ideologie des Thatcherismus bestand darin, daß ich zu zeigen versuchte, wie es der Thatcherismus fertiggebracht hat, die gegensätzlichen Welten in seinem Diskurs zu vernähen oder zu »vereinigen« — »die widerhallenden Themen des organischen Toryismus — Nation, Familie, Amtsautorität, Maßstäbe, Traditionalismus, Patriarchalismus — mit den aggressiven Themen eines wiederbelebten Neoliberalismus — Eigeninteresse, Konkurrenzindividualismus, Anti-Staatlichkeit —«, wie ich es in der »Great Moving Right Show« formulierte (Hall und Jacques 1983, 29). In demselben Text zeigte ich die hochgradig widersprüchlichen Subjektpositionen auf, die der Thatcherismus zu verdichten versuchte. Ich übernahm bewußt Andrew Gambles kurzes, aber redendes Paradox: »Freier Markt, starker Staat«. Wie all dies so beschrieben werden konnte, ich würde den Thatcherismus als einen unwidersprüchlichen ideologischen Monolith darstellen, da komme ich nicht mehr mit. Jessop u.a. machen auch da keine Pluspunkte, wo sie zeigen, daß viele dieser Elemente im Thatcherismus nicht neu sind. »Einige davon«, sagte ich gleich im nächsten Satz, »wurden früher von den großen Themen des massenwirksamen Eine-Nation-Konservatismus bewahrt: das Mittel, durch das der Toryismus die Demokratie umging ...« Ich hielt das für besonders wichtig, um Gramscis Argument Substanz zu verleihen, daß ideologische Wenden häufig nicht dadurch stattfinden, daß eine ganz neue Weltsicht eine alte ersetzt, sondern dadurch, daß eine neue Zusammensetzung von alten und neuen Elementen geboten wird — »ein Prozeß der Unterscheidung und der Veränderung des relativen Gewichts, das die Elemente der alten Ideologie besitzen«. Ich sehe nicht, wie all das mit Verstand so zusammengebaut werden konnte, als versähe ich den Thatcherismus »mit einem übertrieben einheitlichen Aussehen«.

Der politische Charakter des Wohlfahrtsstaats

Aus den schon genannten Gründen gibt es eine Menge Dinge, die Jessop u.a. in den folgenden Teilen ihres Artikels vortragen, mit denen ich aus vollem Herzen übereinstimme. Ihre Analyse und meine konkurrieren, fürchte ich, miteinander lediglich in der ziemlich künstlichen Atmosphäre polemischen Wettstreits, die sie völlig unnötigerweise geschaffen haben. Dennoch glaube ich, daß die Fehler, die sich in ihrem Verständnis der Funktionsweise des autoritären Populismus zeigen, auf ihre eigene inhaltliche Analyse übergreifen. So wiederholen sie das jetzt gängige Linker-als-du-Argument, das Aufbrechen des Nachkriegskonsensus könne nicht von großer politischer Bedeutung sein, weil der »Keynesianische Wohlfahrtsstaat« niemals »sozialistisch« war. Das soll dem Konzept des »autoritären Populismus« weiteren Schaden zufügen.

Ich weiß aber sehr wohl, daß der Keynesianische Wohlfahrtsstaat nicht sozialistisch war. In »Policing The Crisis« habe ich dem viel Raum gewidmet, die Grenzen des Wohlfahrtsstaats zu analysieren und die Widersprüche von Labour an der Macht aufzudröseln, die ich sehr bestimmt als »sozialdemokra-

tisch« und von ihrem politischen Inhalt her nicht als sozialistisch charakterisierte. Der Gedanke war *niemals*, daß der Wohlfahrtsstaat »sozialistisch« gewesen sei und daß wir nun deshalb zu ihm zurückkehren sollten. Das ist ein Kunstprodukt der fundamentalistisch-linken Einbildung. Was ich dachte und immer noch denke, ist, daß der Keynesianische Wohlfahrtsstaat eine widersprüchliche Struktur war, ein »historischer Kompromiß«, der zugleich in einer reformistischen Richtung etwas für die Arbeiterklasse erreicht hat *und* zu einem Instrument wurde, sie zu disziplinieren. Warum sonst sollte irgendein Linker jetzt Kampagnen führen für die Rücknahme der Kürzungen im Wohlfahrtsstaat, wenn er *nichts* für die Arbeiterklasse genützt hätte? Ich habe auch argumentiert: wenn wir noch nicht einmal eine entwickelte Massenagitation um die beschränkten Forderungen nach Erhaltung und Ausdehnung des »wohlfahrtsstaatlichen Reformismus« mobilisieren können, auf welcher Grundlage könnten wir dann die politische Situation so einschätzen, als ob sie wahrscheinlich zu einer »irreversiblen Machtverschiebung« in Richtung einer unmittelbaren Macht der Arbeiterklasse führt? Ich habe noch nie eine Antwort auf diese Rätselfrage bekommen, und es kommt mir vor, daß die Frage, wer am lautesten auf den Reformismus von Labourregierungen schimpfen kann, in der Linken wichtiger ist als harte Analyse. Es scheint angenehmer, nicht auf die von mir gestellte Frage zu antworten, sondern auf eine andere, fiktive, weil diese günstig dafür ist, den Grad meiner Abtrünnigkeit zu demonstrieren! Ich bin erstaunt, zu sehen, daß Jessop u.a. sich gestatten, auf solche Tricks zu verfallen.

Zur Position von Jessop u.a.

Ich habe andere Probleme mit der von ihnen vorgetragenen Analyse, aber dazu kann ich mich kürzer fassen. Ich finde die »Zwei Nationen«-Hypothese überhaupt nicht überzeugend. »Guter Bürger« und »fleißiger Arbeiter« scheinen mir schwache Kennzeichnungen der entscheidenden Bezugspunkte der thatcheristischen Strategie zu sein. Der Thatcherismus vermeidet bewußt — und von seinem Standpunkt aus richtigerweise — *jeden* Bezug auf das Konzept der *Bürgerschaft*. »Arbeiter« ist für ihn auch ein schwierig zu behandelndes Konzept; er bevorzugt »Schöpfer von Reichtum« (*wealth creator*). Jessop u.a. stellen die »harte« Frage nach dem Verhältnis des Thatcherismus zu bestimmten Klasseninteressen. Doch können sie die von ihnen geforderte nicht-klassenreduktionistische Artikulation von Klassenpositionen selbst nicht vorbringen. »Ein schwieriges und instabiles Interessenbündnis«? Amen — aber so weit waren wir schon lange. Ich denke auch, Jessop u.a. sind noch zu sehr von einem Problem gefesselt, das in der soziologischen Form, in der es in den 70er Jahren sorgfältig gehütet worden ist, längst verschwunden ist. Das ist die Frage des »Korporatismus«. Die Probleme, auf die der »Korporatismus« in den 70er Jahren eine Antwort darstellte, bleiben bestehen. Die korporatistische Strategie ist zurückgestellt worden — eine der Errungenschaften des Thatcherismus: wengleich eine gesunde Dosis Kinnochismus seine zutiefst undemokratischen Züge wiederbeleben und ihm ein Leben-nach-dem-Tode schenken wird.

In vielen anderen Aspekten der Analyse von Jessop u.a. stimmen wir im we-

sentlichen überein. Aber in der grundlegenden Stoßrichtung der Argumentation ist ihr Artikel, denke ich, zwar anspruchsvoll, aber verfehlt. Sie haben ihre eigene Untersuchung und unser allgemeines Verständnis des Thatcherismus-Phänomens dadurch verdreht, daß sie in eine falsch verstandene Konfrontation mit meiner Arbeit und mit dem Begriff des »autoritären Populismus« eingetreten sind. Sie haben das ganze gramscianische Terrain, in dem von Anfang bis Ende die Diskussion über »autoritären Populismus« wurzelte, gründlich fehlinterpretiert. Ich fürchte, sie haben mitunter mehr danach geschickt, Pluspunkte zu sammeln als den Thatcherismus zu zersetzen. Gleichwohl haben sie substantiell zu unserem Verständnis vieler seiner verwirrenden Aspekte beigetragen. Vielleicht sollten wir nun, da der Schall des begrifflichen Gewehrfeuers abgeklungen ist, zur weit wichtigeren Aufgabe zurückkehren, die reale Komplexität des thatcheristischen Phänomens zu begreifen, um es besser zerschlagen zu können.

Anmerkung der Übersetzer

- 1 Deutsche Ausgabe 1978 unter dem Titel: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie.

Literaturverzeichnis

- Fine, Bob, u.a., 1984: *Class Politics*. London
- Gramsci, Antonio, 1967: *Philosophie der Praxis*. Hrsg. von Christian Riechers. Frankfurt/M.
- Gramsci, Antonio, 1971: *Selections from the Prison Notebooks*. Ed. by Quintin Hoare and Geoffrey Nowell Smith. London
- Hall, Stuart, u.a., 1978: *Policing the Crisis. Mugging, the State, and Law and Order*. London
- Hall, Stuart, 1980: *Thatcherism — A New Stage?* In: *Marxism Today*, February
- Hall, Stuart, u.a., 1980: *Culture, Media, Language. Working Papers in Cultural Studies, 1972-79*. London
- Hall, Stuart, 1982: *Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus*. In: W.F. Haug / W. Elfferding (Hrsg.): *Neue soziale Bewegungen und Marxismus. Argument-Sonderband AS 78*. Berlin/W., 104-124
- Hall, Stuart, und Martin Jacques (Hrsg.), 1983: *The Politics of Thatcherism*. London
- Laclau, Ernesto, 1981: *Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus — Faschismus — Populismus*. Berlin/W.
- Laclau, Ernesto, und Chantal Mouffe, 1985: *Socialist Strategy and Hegemony. Towards a Politics of Radical Democracy*. London
- Poulantzas, Nicos, 1978: *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie*. Hamburg.

Achille Occhetto

Zur Formung einer neuen europäischen Linken*

Vorbemerkung

Bei der 6. Berliner Volksuni 1985 kam es zur ersten öffentlichen Diskussion zwischen Führungsgliedern der SPD und der KPI. Beide Parteien haben anscheinend begriffen, daß im nationalstaatlichen Rahmen allein linke Politik nicht durchführbar ist und es deshalb der Konstitution einer westeuropäischen Linken bedarf. Occhetos Thesen zeigen, wie die KPI Positionen der SPD, vor allem in der von Peter Glotz vertretenen Form, aufgreift. Zugleich versucht sie, der Herausforderung der neokonservativen Rechten Rechnung zu tragen, ohne Grundpositionen einer auf dem Standpunkt der Arbeiterklasse gegründeten Linkspolitik preiszugeben. So kommt es zur Verbindung einer gesellschaftlichen Rahmenprogrammierung mit einem »neuen Liberalismus« und industrieller Demokratie. — Die Übersetzung hält sich enger ans italienische Original als üblich. Der Grund ist ein durchaus praktischer: Nicht nur die beiden Sprachen klaffen auseinander, sondern auch die politischen Diskursformationen. Um die Kommunikationsbedingungen der westeuropäischen Linken zu verbessern, ist noch einige Spracharbeit auf beiden Seiten nötig.

W.F.H.

Im vergangenen Jahrzehnt sind wir damit konfrontiert gewesen, daß sich eine gewisse soziale und politische Mäßigungsideologie (*moderatismo*) ausbreiten konnte. Diese Ausdehnungsfähigkeit hat ihren Ort zweifellos in einer Krisensituation, die mit tiefen Strukturveränderungen verbunden ist, welche die alten Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen und den verschiedenen sozialen Schichten umwälzen. Auch die Kommunalwahlen, die kürzlich in Italien stattfanden, beweisen das und verweisen auf die Gesamtschwierigkeiten der europäischen Linken. Die KPI mag weiter um die 30 Prozent schwanken und von Mal zu Mal bestraft oder belohnt werden, auch aufgrund der Vorstellung, die der fluktuierende Teil der öffentlichen Meinung sich jeweils von der Hauptgefahr macht. Aber das Problem, dem wir uns gegenüber sehen, liegt tiefer: es geht um die Fähigkeit des Blocks der von der Linken vertretenen Kräfte und Ideen, sich als glaubwürdige Alternative darzustellen; es ist das Problem des Verhältnisses von Konsens und tatsächlicher Fähigkeit zur Gesellschaftsveränderung. Dies verlangt von seiten aller Komponenten der europäischen Linken einen starken Willen zur Erneuerung.

Dieses Problem des Verhältnisses von Konsens und Veränderung stellt sich heute neu dar in einer sehr veränderten Situation, in der die gesamte europäische Linke ihre eignen programmatischen, politischen und kulturellen Instrumente neu durchdenken muß, um einen wirksamen Kontrast bilden zu können zu einer kulturellen Hegemonie der neokonservativen Rechten. Deren Hegemonie geht auf reale Änderungen zurück, die man nicht allein dadurch bekämpfen kann, daß man die Vorstellungen der Linken vom Fortschritt propagiert.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß wir uns neuen gesellschaftlichen Tendenzen gegenübersehen, tiefen Klassenverschiebungen, einer Art langer Welle der Veränderung der klassenmäßigen Bedingungen in Europa, was ein Manöver der »Mäßigung« (*una manovra moderata*) ins Feld gebracht hat, das die Gesamtheit von Interessen und Verhaltensweisen, wie sie von der Linken vertreten worden sind, zu schlagen sucht.

Doch geht dieser Angriff von objektiven Tatsachen aus, an die neuerdings auch Peter Glotz erinnert hat, etwa daß die Deflationspolitik des Großkapitals und der Zentralbanken sich auf eine interklassische Koalition stützen kann, auch wenn sie eine hohe Arbeitslosenrate schafft; oder der Machtverlust der einzelnen Nationalstaaten, der einen Hauptpfeiler des alten Etatismus zum Einsturz bringt, indem er deren Einfluß aufs wirtschaftliche Geschehen minimal werden läßt; schließlich der Prozeß der Segmentierung, der Zersetzung (*disgregazione*) der alten sozialen Milieus, der Infragestellung der alten

* Übersetzt von Wolfgang Fritz Haug unter Verwendung einer Rohübersetzung von Esther Koppel (Rom).

Formen der Klassensolidarität, der totalen Veränderungen der Informationsstruktur und der Kontrolle der Botschaften, die auf das Bewußtsein der Arbeiter eindringen.

All dem gegenüber hat die Linke in ihrer Gesamtheit zweifellos versäumt, der Krise, die Europa seit einem Jahrzehnt durchmacht, ein erfolgsfähiges Programm entgegenzusetzen. In ganz Europa waren wir Zeugen eines Auf und Ab von Siegen und Niederlagen, ohne daß es möglich gewesen wäre, die kulturelle Hegemonie der Ideen der gemäßigten Stabilisierung zurückzudrängen. Das objektive Problem, vor dem wir stehen, ist genau das der Befähigung der europäischen Linken, den laufenden Innovationsprozeß mit seinen notwendigen Umstrukturierungen zu führen und zu regieren, und zwar auf einem hohen Niveau von Gesellschaftlichkeit.

Die zu lösende Grundfrage scheint mir eben die zu sein, die Peter Glotz in seinem *Manifest für eine neue europäische Linke* aufgeworfen hat¹, wenn er sagt, daß die wahrscheinlichste Entwicklung die zu einer »Zweidrittelgesellschaft« sei, d.h. einer Gesellschaft, in der — kraft der Zersetzung und Segmentierung der Klassen — die führenden Gruppen die soziale Degradierung (nicht die völlige Verelendung) des schwächsten Drittels in Kauf nehmen. So geht es, wenn auch in völlig anderer Weise, um das, was Antonio Gramsci den Bildungsprozeß eines neuen historischen Blocks nannte. Um über die Vertretung des schwächsten Drittels hinauszukommen, muß man sich eben die Tatsache bewußt halten, daß die Einheit aller Kräfte der Arbeit kein gesicherter Ausgangspunkt ist und daß die konservativen Kräfte von den Strukturveränderungen, der wachsenden Verschiedenheit der Arbeiter und einer gewissen Identitätskrise der Linken profitieren. Aus solchen Überlegungen folgt, daß die Linke sich erneuern muß. Aber in welcher Richtung?

Etwa durch wer weiß welche Preisgaben, die nur neue Unordnung in die Vertretungsfähigkeit der Linken tragen, zu neuen Verfallsformen und zur Unfähigkeit der Arbeiterbewegung führen würden, die Erneuerungen zu lenken, auch vermittels bewußter Selbstbeschränkungen? Oder über eine Ausweitung des sozialen Blocks, der grundlegend für die Bildung des neuen historischen Blocks bleiben muß?

Dieser zweite Weg, den wir nach meiner Auffassung einzuschlagen haben, führt uns zurück zur Notwendigkeit jener beschwerlichen Prozesse des Zusammenbringens (aggregazione) und der Verschmelzung (fusione), über welche die neuen Mehrheiten sich bilden, und das bringt uns dazu, den Programmen den Vorrang einzuräumen vor den abstrakten Frontbildungen (schieramenti). Letztlich stehen wir also vor dem strategischen Problem, durch die Klarheit einiger grundlegender programmatischer Entscheidungen neue Mehrheiten zu bilden, die fähig sind, die derzeitigen Frontbildungen zu durchkreuzen über Prozesse des Zusammenbringens, die, um im Bild von Glotz zu bleiben, das schwache Drittel der Gesellschaft mit relevanten Komponenten des stärkeren Teils verbinden und nicht den ändern die ausschließliche Vertretung der neuen Schichten überlassen. Zu ihnen gehört in erster Linie eine beachtliche Komponente der neuen Produktionsintellektuellen, der leitenden und technischen Berufe, aber das im Rahmen einer Beziehung zu den neuen sozialen Bewegungen und zu traditionellen Sektoren der Produktion und der Wirtschaft.

In diesem Zusammenhang kommt unsere Politik der Dekomposition und Rekomposition der alten Fronten auf programmatischen Grundlagen nicht umhin, ihre Aufmerksamkeit auch auf Unternehmer- und Managergruppen zu richten, die an einem Entwicklungspakt interessiert sind, der, vor allem in Italien, der Unproduktivität und den Verschwendungen des alten Machtssystems an die Wurzeln gehen muß.

Aber gleichzeitig haben wir eine solche Phase der Internationalisierung der ökonomischen Prozesse und der Kommando- und Entscheidungszentralen erreicht, daß wir gezwungen werden, die nationalen Grenzen zu verlassen und zu versuchen, eine neue europäische Strategie ins Leben zu rufen. Die Hauptziele sind:

1. Der Aufbau und die Verwirklichung einer kollektiven Sicherheit, die auf neuen Beziehungen zwischen Ost und West sowie zwischen Nord und Süd gründet;
2. die Verbindung von Rationalität und Effizienz mit Gesellschaftlichkeit (socialité), gegen jede Form von stumpfem und aggressivem Individualismus;
3. die Verbindung der Entwicklung mit dem Schutz der Natur und der Umwelt durch eine neue ökologische Ökonomie;
4. der Aufbau einer neuen industriellen Demokratie, die auf übernationalem Gebiet den Verlust demokratischer Kontrolle auf der Ebene der Nationalstaaten wettmacht.

Um diese Strategie zu verwirklichen, darf sich die Linke einerseits nicht damit abfinden, im Rahmen der Konkurrenzbeziehungen zu arbeiten, die sich seit den siebziger Jahren ergeben haben, und andererseits darf sie sich nicht einschließen in eine alte Klassenvision, Mauer gegen Mauer. Es geht letztlich darum, zwei Risiken auszuschalten: 1. daß die Arbeiterbewegung sich korporatistisch zersetzt, sich irrationalisiert und für Abenteuer ansprechbar wird; 2. daß die Arbeiterbewegung sich abschließt (und ihre Führer dazu zwingt, sich für den Schutz ihrer unmittelbaren Klassenforderungen zu schlagen), wodurch sie sich in der Gesellschaft isoliert und einer kräftigen Revanche des Klassengegners aussetzt.

Es wäre ein Fehler, die Krise des keynesianischen Gleichgewichts als einen bloßen Einschub zu betrachten; aber es wäre ebenso falsch, die gesamte keynesianische Erfahrung auszuklammern (in Übereinstimmung mit den Thesen der Monetaristen) und so die entscheidenden Fortschritte unterzubewerten, die zuvor im Rahmen dieser Erfahrung von der Demokratie, der Arbeiterbewegung, ihrer Fähigkeit, für die Zukunft zu kalkulieren und zu arbeiten, erreicht worden waren. Kurz, man darf sich nicht zu sehr von den realen Schwierigkeiten beeindruckt lassen, auf die man beim Versuch der Erarbeitung wirksamer Veränderungsstrategien stößt, auch nicht zwischen einer (optimistischen) Versuchung des Maximalismus und einer (pessimistischen) der klassenmäßigen Verschanzung hin und her schwanken. Wir können deshalb nicht die Augen davor verschließen, daß eine Strategie, die auf der Höhe der Zeit sein soll, sich ernsthaft mit dem Problem der demokratischen Abstimmung der gesellschaftlichen Bedürfnisse auseinandersetzen muß, mit dem Knotenpunkt der Rolle der Löhne und der Verteilung des Einkommens und des Reichtums, mit dem Knotenpunkt des Privateigentums und mit dem der internationalen Zusammenarbeit.

Die Linke muß ausmachen, was für sie vereinbar ist, d.h. die Kompatibilitäten innerhalb ihres Veränderungsprojekts. Zum Beispiel führt die Definition der Vereinbarkeiten in bezug auf die ökologischen Dringlichkeiten zu einer kritischen Lesart der inneren Dynamik des Systems, die Qualität wie Quantität der Entwicklung betrifft, ja den Begriff der Entwicklung als solchen problematisiert. Und wenn wir die Entropie des Systems betrachten, also das Ausmaß seiner möglichen Unordnung im Verhältnis von Entwicklung und Umwelt, dann können wir nicht die Augen davor verschließen, daß diese Überlegung auf den permanenten Stachel in der Entwicklung des Systems selbst stößt, die Rache des Gebrauchswerts. Allgemeiner soll das heißen, daß man nicht die Marktfunktion aufwerten kann — von deren objektiver Bedeutung ich weiterhin überzeugt bin —, ohne sich dabei die eigentliche Frage der Epoche zu stellen, die sich vor unseren politischen (und daher wirtschaftspolitischen) Grundentscheidungen erhebt, nämlich die einer kollektiven Rückgewinnung des Gebrauchswerts, die über jede »neuherrschaftliche« Utopie hinausgehen muß. Dieses Erfordernis mindert keineswegs die Bedeutung eines neuen Verhältnisses von Programmierung und Markt. Im Gegenteil, die Aufwertung des Marktes — dessen Geschichtlichkeit und Reformierbarkeit erfaßt werden muß — ist Voraussetzung für die Überwindung der falschen Alternative von Etatismus und Neoliberalismus und für die Einführung eines neuen Liberalismus in die großen Vergesellschaftungsprozesse der Gegenwart. Es geht nicht darum, die Vergesellschaftung zu

bremsen (reaktionäre Utopie), sondern sie zur kollektiven Grundlage einer höheren Verwirklichung der individuellen Freiheit zu machen.

Ich beziehe mich vor allem auf jene Vergesellschaftungsperspektive, die das öffentliche Eingreifen nicht mit dem Staatseigentum verwechselt. Im Gegenteil, man müßte die gegenwärtige Situation umkehren; sie ist durch den Mangel an Programmierung der zentralen Entscheidungen und die totale staatliche Einmischung an den »Terminals« bestimmt (Erstickung des Unternehmergeistes und der Freiberuflischen); man muß sie durch Bindungen an die zentralen Optionen, innerhalb derer man sich bewegen soll, und eine offene Liberalisierung der Initiative an den »Terminals« ersetzen. Die Annahme in diesem Fall ist, den Markt von schweren bürokratisch-dirigistischen Belastungen zu befreien, um ihn, auch durch das Handeln der öffentlichen Subjekte, auf höhere Ziele der Gesellschaftlichkeit hinzuführen. In diesem Sinn spreche ich von einem neuen Liberalismus, der in die gegenwärtigen Vergesellschaftungsprozesse einzuführen ist, jenseits des Etatismus und der bloßen »Ideologie« des Marktes. Aber je weiter wir voranschreiten, desto mehr kompliziert sich die Erörterung und verweist auf das Eingreifen der arbeitenden Klassen, der Techniker, der Forscher und der gesamten Gesellschaft bei den wirtschaftlichen Grundentscheidungen, im Rahmen gewachsener Verantwortlichkeiten der Leitung und der Verpflichtung zur Aufrechterhaltung und Orientierung des wirtschaftlichen Wachstums im allgemeinen Interesse. Aber sie betrifft auch die Qualität des Wachstums oder das, was Marx die Befriedigung des *entfalteten menschlichen Bedürfnisses* nennt. Und im Rahmen dieses entfalteten menschlichen Bedürfnisses muß auch die Hauptfrage gestellt werden nach der Art, in der die Menschen im Moment der Produktion miteinander in Beziehung treten. Das Ziel des Wirtschaftens und einer Wirtschaft, die Vollbeschäftigung anstrebt, muß auch die Überwindung der Spaltung zwischen der Arbeit und der Bestimmung der Arbeit sein. Zum Thema wird also, durch wen und wie über die Bestimmung der Arbeit entschieden wird. Und weiter: Warum und was produziert werden soll. So begibt man sich mitten in die »Pproduktion« hinein, man bezieht Themen ein, die nicht automatisch von der Seite des Marktes hereinkommen, wie die der Kontrolle und der Demokratie des Unternehmens und die, die auf kollektiver Ebene die Überwindung (ricomposizione) der Trennung von Hand und Kopf betreffen, der Beziehung zwischen Entwurf und Ausführung und daher der zunehmenden Überwindung der Trennung von körperlicher und intellektueller Arbeit.

Aber auch um diese Fragen der Perspektive anzugehen, darf die Arbeiterbewegung und die gesamte europäische Linke keine Angst davor haben, sich ernsthaft auf die Neuartigkeit der Entwicklungen der letzten fünfzehn Jahre einzulassen (die von der Arbeiterbewegung weitgehend mitgeprägt worden sind), mit all den dornigen Problemen, die unter dem Teppich sind; sie muß ohne zu zögern eine eigene Entwicklungsstrategie vorschlagen, die Ausdruck ihrer grundlegenden Forderungen (istanze) ist, jedoch zugleich die Erfordernisse der lebenswichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Realitäten beinhaltet, die innerhalb des Systems wirken. All das im Bewußtsein, daß die Lösung der neuen Probleme alles andere als einfach ist, daß sie nicht in den Texten von Marx und auch nicht in denen von Keynes geschrieben steht; aber zugleich im Bewußtsein, daß, wenn wir nicht von Reagan (und Friedman) geschlagen werden wollen, die Lehren von Marx und von Keynes unumgebar sind.

Anmerkung

- 1 Peter Glotz: Ausbruch nach Europa. Manifest für eine neue europäische Linke (angekündigt für Herbst 1985 im Siedler-Verlag). In Italien ist ein Vorabdruck erschienen.

J.A. Ambarzumow

Gesellschaftlich-politische Krisen im Sozialismus*

(...) In europäischen sozialistischen Ländern gab es mehrere Krisensituationen: 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn und Polen, 1968/69 in der ČSSR, 1970 und Anfang der achtziger Jahre in Polen. Im Verlaufe der gesellschaftlich-politischen Krise und nach ihrer Überwindung analysierte die Partei- und Staatsleitung des jeweiligen Landes für gewöhnlich ihre Ursachen und arbeitete Maßnahmen zu ihrer Beseitigung aus. (...) In der sowjetischen Literatur fehlen bisher verallgemeinernde Arbeiten über die Ursachen von Krisen im Sozialismus und über Auswege. In letzter Zeit allerdings haben sowjetische Gesellschaftswissenschaftler diese Fragen berührt, z.B. bei der Behandlung des Problems der Widersprüche im Sozialismus (vgl. Butenko 1982). Die marxistische These, daß sich auch die sozialistische Gesellschaft durch den Kampf der Gegensätze und deren Überwindung entwickelt, findet immer stärkere Beachtung. (...)

Nach Lenin verdient die »Erfahrung und Lehre von Kronstadt« (diesen Ausdruck verwendet er mehrfach), als »etwas Neues in der politischen Geschichte der Sowjetmacht« speziell untersucht zu werden (LW 32, 335). Tatsächlich haben weder Marx noch Engels eine derartige Situation vorhergesehen, die aber, wie sich später herausstellte, durchaus keine Ausnahme blieb. Angesichts der Krise in Polen und analoger Ereignisse in anderen Ländern klingt Lenins Aufforderung, die politischen und wirtschaftlichen Lehren aus der Krise von 1921 »einer eingehenden Prüfung zu unterziehen« (ebd., 182f.), wie eine aktuelle Aufgabenstellung für unsere Sozialwissenschaftler. Wichtig ist festzuhalten, daß Lenin die Tatsache nicht verschwiegen, daß es eine Krise war, und sich nicht scheute, diesen Terminus zu verwenden. (...)

Der Kronstädter Aufstand war keine isolierte Erscheinung, er ging einher mit Aufständen gegen die Sowjetmacht in einigen ländlichen Gebieten. Allerdings waren das vereinzelte Erhebungen, zum größten Teil übrigens in Randgebieten, und die Unruhen hatten keineswegs gesamt-nationalen Charakter. Trotzdem schlug Lenin sofort Alarm und schloß auf eine Krise, ohne ihre Ausweitung abzuwarten. Er unterschied strikt zwischen dem Bürgerkrieg, in dem die weißgardistische Konterrevolution im Verein mit den Interventen als äußerer Feind des sozialistischen Staates und der sozialistischen Gesellschaft aufgetreten war, und der inneren politischen Krise, d.h. einem Konflikt innerhalb des Systems: zwischen der Macht und einem Teil ihrer sozialen Basis. Daher bestimmte Lenin als Quelle der Krise »unsere innere Lage, unsere eigene Umwelt« (ebd., 290). Hierin ist bereits der Kern seiner Auffassung von einer politischen Krise im Sozialismus enthalten. Er faßt sie als Widerspruch oder gar Konflikt, der zwischen der revolutionären Macht und ihrer Politik auf der einen und den unmittelbaren Interessen eines Teils der werktätigen Massen auf der anderen Seite aufbricht und der sich in scharfen Äußerungen ihrer Unzufriedenheit ausdrückt. Mehrfach hat Lenin auf die Gefahr hingewiesen, daß es zu einer Loslösung der Sowjetmacht von ihrer sozialen Basis kommen könnte (ebd., 183).

* Auszug aus J.A. Ambarzumow: Lenins Analyse der Krise des Jahres 1921, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge 6/1984, 595-609. A. d. Russ. v. Rolf Semmelmann, gekürzt u. nach dem Original überarbeitet von W. Elfferding. — Im zweiten, hier nicht berücksichtigten Teil des Beitrages, untersucht der Autor den Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik als Lösungsweg der Krise. Die Zeitschrift »Voprosy istorii« (Fragen der Geschichte) von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR veröffentlichte Ambarzumows Position in ihrer April-Ausgabe 1984. Der »Kommunist«, wissenschaftliches Organ der Partei, ließ Ambarzumow daraufhin durch J. Bugaev vernichtend kritisieren, vor allem seine These von inneren Krisen des Sozialismus (dt. in »Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge« 2/85). Die Redaktion von »Voprosy istorii« bekam vorgehalten, sie habe »zu geringe Anforderungen« gestellt; eine Selbstkritik der Redaktion dieser Zeitschrift folgte in der Dezember-Ausgabe 1984. W.E.

Es ist daher bezeichnend, daß Lenin die Ereignisse von 1921 nicht als Zufall betrachtete. Der Führer der Partei der Bolschewiki entlarvte schonungslos die Rolle der Konterrevolution bei der Organisation der Kronstädter Rebellion, zugleich jedoch erklärte er die politische Krise insgesamt aus der damaligen Politik, die unter der Bezeichnung »Kriegskommunismus« bekannt geworden ist. Das bedeutet nun allerdings nicht, daß diese Politik grundsätzlich falsch gewesen wäre. Im Gegenteil, diese Politik, den Kapitalismus direkt und kompromißlos zu bekämpfen, war historisch voll und ganz begründet. Der Zusammenschluß des ganzen Landes zu einem einzigen Militärlager, die Unversöhnlichkeit gegenüber den Feinden und die Unterordnung der Schwankenden, die Kompromißlosigkeit und Zielstrebigkeit der Politik der Partei waren die Gewähr dafür, daß die Frage »Wer — wen?« zugunsten des Proletariats entschieden, daß im Bürgerkrieg der Sieg errungen werden konnte. Unter den Bedingungen des Krieges erwies sich diese Politik als die einzig mögliche, in gewissem Sinne als unumgänglich. Lenin schrieb, bereits nach dem Kurswechsel: »Anders konnten wir nicht handeln. Jede andere Handlungsweise hätte die völlige Preisgabe unserer Positionen bedeutet.« (LW 33, 73) Und er betonte: Der »Kriegskommunismus« »muß uns als Verdienst angerechnet werden« (LW 32, 355). Die inneren und äußeren Bedingungen zwangen die Bolschewiki, ihr Ziel auf dem kürzesten Weg anzustreben, und nur die Erfahrung konnte sie dazu bringen, die Kampfmethoden zu ändern.

Das Problem besteht jedoch nicht nur darin, daß die Politik des »Kriegskommunismus« strenge, überwiegend militärische Führungsmethoden vorsah, was dadurch gerechtfertigt war, daß die Situation rasches und entschlossenes Handeln gebot. Eine Rolle spielte hier auch die »Kriegskommunismus«-Konzeption, wie die Revolution sich entwickeln und ihre Ziele erreicht werden sollten. Dazu heißt es bei Lenin: »Wir, die wir von der Welle des Enthusiasmus getragen waren, die wir den Volkseenthusiasmus — zunächst den allgemeinen politischen, sodann den militärischen — geweckt hatten, wir rechneten darauf, daß wir auf Grund dieses Enthusiasmus auch die ebenso großen (wie die allgemeinen politischen und die militärischen) ökonomischen Aufgaben unmittelbar lösen würden.« (LW 33, 38) Das heißt, man glaubte, imstande zu sein, »den unmittelbaren Übergang zur kommunistischen Produktion und Verteilung zu vollziehen« (ebd., 42). Diesen Übergang verband man mit folgenden Maßnahmen: Verstaatlichung möglichst aller Formen wirtschaftlicher Tätigkeit; Zentralisierung der wirtschaftlichen und der politischen Leitung; Enteignung der Bourgeoisie, einschließlich der ländlichen; Zwangseinsatz der Arbeitskräfte, Mobilisierung von Arbeitskräften für die Schlüsselbereiche (Militarisierung der Arbeit), allgemeine Arbeitspflicht und andere Formen unbezahlter Arbeit; Konzentration des gesamten Mehrprodukts in den Händen des Staates; Nivellierung der materiellen Lage und Übergang zu einem gleichmacherischen Naturalsystem der Verteilung durch den Staat; Beschränkung der Rolle ökonomischer Stimuli auf ein Minimum.

Das war, wenn man so will, das sozialökonomische Modell des »Kriegskommunismus«. Dieses Modell und sein Ziel, der direkte Übergang zum Kommunismus, waren keineswegs eine voluntaristische Erfindung, sondern Ausdruck der Bestrebungen breiter revolutionärer Massen des Landes, des städtischen Proletariats und der Dorfarmut. Es war kein Zufall, daß die »Kommunisierung« vor allem von unten betrieben und forciert wurde, während Lenin wiederholt dazu aufrief, auch in dieser Periode das Tempo der Nationalisierung, der Bildung von Kommunen usw. zu verlangsamen (vgl. LW 27, 235f., 325f.; LW 28, 135; LW 31, 331). Er warnte wiederholt vor der Gefahr »linker« Übereilung, vor Versuchen, die Übergangsperiode zu überspringen. Lenin erklärte diese »linken« Tendenzen damit, daß »mancher vor der mitunter allzu bitteren Wirklichkeit unter den Fittichen schöner, hinreißender Phrasen Rettung sucht« (LW 27, 146).

Diesem Modell war ein gewisser Utopismus eigen. Das hat auch Fidel Castro, der in den sechziger Jahren ähnlichen Ansichten anhing, selbstkritisch festgestellt.¹ Das Ziel, der direkte Übergang zum Kommunismus ohne Zwischenetappen, war offenbar zu hoch angesetzt, es entsprach nicht den realen, vor allem nicht den ökonomischen Möglichkeiten des Landes, dem Kulturniveau und der Bereitschaft der Bevölkerungsmehrheit von ihrem Bewußtsein her. Auch in Vietnam behinderte die Beibehaltung von Methoden des »Kriegskommunismus«, wie die vietnamesischen Genossen selbst zugaben, objektiv die ökonomische Entwicklung. Ähnliche Widersprüche bestehen gegenwärtig auch in anderen wirtschaftlich schwach entwickelten Ländern, die den sozialistischen Entwicklungsweg gewählt haben. Übrigens hat Lenin sehr treffend bemerkt, »daß es anscheinend ein Gesetz gibt, das von der Revolution fordert, *über das hinauszugehen, was sie bewältigen kann*« (Lenin, Briefe, Bd. VIII, 215). Dieser Utopismus entsprang hauptsächlich einem revolutionären »Romantizismus« der Massen, der die Kraft der Revolution vervielfachte und zum Sieg über die äußere und innere Konterrevolution beitrug. Doch dieser Faktor »funktionierte« nur unter den extremen Bedingungen des Krieges; als dieser beendet war, verlor er seine Wirksamkeit. (...)

Die hauptsächlich praktische Schwäche des »Kriegskommunismus« sah Lenin darin, daß das System der Ablieferungspflicht den Bauern jeglichen Anreiz zur Produktionssteigerung nahm und Unzufriedenheit auslöste. Solange der Krieg andauerte und die Bauernschaft Schutz vor einer Restauration der Macht der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie brauchte, wurde diese Unzufriedenheit zurückgehalten, doch nach dem Krieg verstärkte sie sich und brach offen aus. So erklärte sich die Teilnahme der Bauern an einigen Aufständen in ländlichen Gebieten gerade aus ihrer Ablehnung der Ablieferungspflicht. Und als diese im Gouvernement Tambov abgeschafft wurde, verloren die Antonov-Banden rasch ihren Rückhalt. Bei der Analyse dieser Seite der gesellschaftlichen und politischen Krise 1921 hielt Lenin folgende Momente fest: das gigantische Übergewicht der Bauernschaft im Lande, die Verschlechterung ihrer Lage (die »Krise der bäuerlichen Wirtschaft« hatte sich »außerordentlich verschärft«), die wachsende Unzufriedenheit der Bauern mit der Form der ökonomischen Beziehungen zur Sowjetmacht (vgl. LW 32, 174, 218). Es ist bezeichnend, daß die einfachen Matrosen in Kronstadt sich dem Aufstand zu einem großen Teil unter dem Eindruck von Nachrichten aus ihren Heimatdörfern anschlossen, wo ihre Angehörigen verstärkt über die Ablieferungspflicht klagten (vgl. Puchov 1930 und 1931).

Aus all diesen Tatsachen zog Lenin den Schluß, daß erstens der Kronstädter Aufstand und die Unruhen in den ländlichen Gebieten ein Ausdruck der kleinbürgerlichen Konterrevolution waren, die — angesichts des Übergewichts des Kleinbürgertums (einschließlich der Bauernschaft) und der zahlenmäßigen Schwäche des Proletariats im Land — »zweifellos gefährlicher ist als Denikin, Judenitsch und Koltschak zusammengekommen« (LW 32, 183), und daß zweitens die Politik gegenüber den Bauern geändert werden mußte. Dem X. Parteitag schlug Lenin vor: »Laßt uns unsere Politik gegenüber der Bauernschaft revidieren.« (Ebd., 218) Außerdem stellte er fest, die innere politische Krise habe dazu geführt, »daß nicht nur ein sehr großer Teil der Bauern unzufrieden war, sondern auch ein großer Teil der Arbeiter« (LW 33, 407).

Tatsächlich waren dem Aufstand in Kronstadt Streiks in einzelnen Betrieben Petrograds und in anderen Städten vorausgegangen. Den Anstoß dazu hatte die Verschlechterung der materiellen Lage der Arbeiter gegeben (Unterbrechungen in der Versorgung mit Lebensmitteln und anderen notwendigen Waren sowie Schwierigkeiten der Brennstoffversorgung, die zur zeitweiligen Schließung von Betrieben führten). Die Arbeiter verlangten einhellig, die Beschränkungen für Kleinhandel und Produktaustausch zu lockern und die Tätigkeit jener Kontrollabteilungen einzustellen oder einzuschränken, die Abgesandte von Betrieben und Privatpersonen daran hinderten, die im Dorf gegen

Industriewaren eingetauschten Lebensmittel in die Städte zu bringen (vgl. Semanov 1973, 39). Die Arbeiter empörten sich auch über Abweichungen vom Gleichheitsprinzip des »Kriegskommunismus«, die von der Partei in der Praxis zugelassen worden waren. »Die Forderung nach Angleichung [im Verbrauch zwischen den einfachen Arbeitern und den verantwortlichen Mitarbeitern, J.A.]« zog sich, wie auf dem X. Parteitag festgestellt wurde, »wie ein roter Faden durch alle Beschlüsse und Resolutionen, die von parteilosen Rednern auf Arbeiterversammlungen vorgeschlagen wurden« (X. Parteitag, 291). (...)

Im Unterschied zur Krise von 1921 in Sowjetrußland gingen die gesellschaftlichen und politischen Krisen der fünfziger und der folgenden Jahre in den sozialistischen Bruderländern, wo natürlich in vielerlei Hinsicht eine andere Situation bestand, von der Stadt aus und griffen selten auf ländliche Gebiete über. 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn und Polen, 1968 in der ČSSR und 1970 in Polen blieb die Bauernschaft neutral und unterstützte nicht die Konterrevolution. Die jüngste polnische Krise begann ebenfalls in der Stadt, genauer gesagt, mit Arbeiterstreiks, und zur Einbeziehung der Bauern kam es erst infolge der unentschlossenen, halbherzigen Maßnahmen der damaligen Führung der PVAP zur Überwindung der Krise. Daher ist es unlogisch, die Ursachen dieser Krise in der kleinbürgerlichen Struktur des polnischen Dorfes zu sehen. Bekanntlich hat auch die vollständige Kollektivierung in der ČSSR die Krise von 1968 nicht zu verhindern vermocht.

Lenin hielt die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Werktätigen insgesamt für den unmittelbaren Anlaß der Krise von 1921. Sie reagierten deshalb so heftig, weil kurz zuvor bereits eine Verbesserung in der Gesamtsituation des Landes zu spüren gewesen war.

»... es ist ganz natürlich, daß wir nicht gleich das richtige Maß festzulegen vermochten, als sich nach Beendigung des Krieges endlich die Möglichkeit bot, der ausgehungerten Bevölkerung mehr zu geben. Es ist klar, bei der Erhöhung der Ration hätten wir maßvoller vorgehen und durch diese Mäßigung einen gewissen Reservefonds für den Notfall schaffen müssen, der im Frühjahr [1921, J.A.] eintreten mußte und eingetreten ist. Das haben wir nicht getan. ... und dadurch kam es zu einer außerordentlichen Steigerung, Verschärfung und Verschlimmerung der Krise.« (LW 32, 172f.)

Lenin hebt also folgenden Zusammenhang hervor: zunächst eine Verbesserung der Lage, die Hoffnungen nährt, dann eine unerwartete Verschlechterung und daraufhin ein Anwachsen der Unzufriedenheit und schließlich die Krise. (...) Für ihn war der Kronstädter Aufstand der politische Ausdruck ökonomischer Mißstände und Disproportionen. (...) So wurden auf Initiative des damaligen Führers der Petrograder Parteiorganisation G. Sinowjew nicht geringe Mittel in den Bau eines Kraftwerks investiert, obwohl es zu jener Zeit zweckmäßiger gewesen wäre, sie für die Steigerung des Lebensstandards der Werktätigen zu verwenden (vgl. Semanov, 39). Und in Polen wurden bekanntlich in den siebziger Jahren gewaltige Summen für den Kauf von Lizenzen und Ausrüstungen sowie für den Bau zahlreicher neuer Betriebe verausgabt, die zum Teil die Produktion gar nicht aufnehmen konnten, da sie weder ausreichend mit Rohstoffen versorgt waren noch über Absatzmärkte und qualifizierte Arbeitskräfte verfügten. Diese Investitionen brachten also nicht den erwarteten Nutzen, so daß dem Land schwere Auslandsschulden aufgebürdet wurden und das Lebensniveau der Bevölkerung zunächst stagnierte und dann sogar sank.

»Ökonomik im Frühjahr 1921 hat sich in Politik verwandelt: 'Kronstadt'«, so lautet Lenins lakonische Verallgemeinerung (LW 32, 339). Doch er führte nicht alle Deformationen dieser Periode lediglich auf Fehlkalkulationen in der Wirtschaft zurück. Er spricht direkt von »einer ganzen Reihe von Krisen: sowohl der wirtschaftlichen als auch der sozialen und der politischen« (ebd., 170). Folglich verstand er unter der Krise einen

Prozeß der Ansammlung und Verschärfung von Widersprüchen in allen wichtigen Funktionsbereichen der Gesellschaft. Im Lichte dieser Bemerkungen Lenins erscheint die Verwendung des Terminus »gesellschaftlich-politische Krise« in den entsprechenden Dokumenten der Bruderparteien und auch in unserer Presse (z.B. Prawda v. 13.3.1984) völlig gerechtfertigt. — Ein weiterer wesentlicher Faktor der Krise von 1921 waren die Veränderungen in der Sozialstruktur Sowjetrußlands. Infolge des Bürgerkrieges und der imperialistischen Intervention war es zu einer »Aushöhlung« der Arbeiterklasse gekommen: Viele revolutionäre Arbeiter in Führungsfunktionen waren im Krieg gefallen, manche gingen, um sich vor dem Hunger zu retten, aufs Land, während kleinbürgerliche Elemente die Arbeiterklasse auffüllten, beispielsweise in Petrograd, wo höhere Lebensmittelrationen und die Möglichkeit lockten, sich der Einberufung zu entziehen. Es vollzog sich, nach Lenins Worten, eine Deklassierung des Proletariats. Die Folge davon war, daß sich das kleinbürgerliche, anarchistische Element ausbreitete. »Und diese Stimmung wirkte sich sehr stark auf das Proletariat aus.« (LW 32, 193, vgl. auch 200)

(...) Zu den sozialen Momenten, die zur Krise beitrugen, rechnete Lenin auch die »bürokratischen Mißstände in unserem Apparat«, die bei Arbeitern und Bauern Entrüstung hervorriefen. In diesem Zusammenhang rief Lenin polemisch aus: »unser Staat ist ein Staat mit bürokratischen Auswüchsen« (ebd., 213). Erwähnt sei, daß alle Dokumente der Bruderparteien, in denen die Ursachen der Krisen in den einzelnen Ländern analysiert werden, ebenfalls auf bürokratische Entstellungen, auf eine Loslösung eines Teils des Apparats und der Führung von den Massen sowie auf eine Vernachlässigung der Interessen der Werktätigen verweisen.

Schließlich brachte Lenin die Krise im Land in einen Zusammenhang mit der Krise innerhalb der bolschewistischen Partei: mehr noch, er meinte, letztere habe einige Monate vor der ersteren begonnen (vgl. ebd., 337). In einem kurz vor dem Kronstädter Aufstand geschriebenen Artikel »Die Krise der Partei« stellte er warnend fest: »Die Partei ist krank. Die Partei wird vom Fieber geschüttelt.« (Ebd., 27) Symptome dieser Krankheit waren für Lenin die sich hinziehende Gewerkschaftsdiskussion, die er für einen unerlaubten, übermäßigen Luxus hielt (vgl. ebd., 175), vor allem aber die heftigen Meinungsverschiedenheiten in der Partei, die sich in zwei gefährlichen Abweichungen zeigten — in der bürokratisch-zentralistischen (Trotzki) und der anarcho-syndikalistischen (»Arbeiteropposition«). Lenin verurteilte entschieden die letztere Strömung, in der er eine indirekte Erscheinungsform der kleinbürgerlichen anarchistischen Konterrevolution erblickte. Dabei hielt er den Aufruf der »Arbeiteropposition«, die Leitung der Volkswirtschaft einem »Gesamtrussischen Kongreß der Produzenten« zu übertragen (vgl. ebd., 199, 194), für besonders gefährlich (die Analogie zu den Losungen der polnischen »Solidarność« im Herbst 1981 springt ins Auge). Den Hauptstoß aber richtete Lenin gegen die »unnötigen und schädlichen Auswüchse des Bürokratismus« und er stellte fest, daß die Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit Recht gegen diese Auswüchse und ihre Träger protestierten (ebd., 62). (...)

Anmerkung

- 1 »Als es den Anschein hatte, wir würden uns kommunistischen Formen der Produktion und Verteilung nähern, entfernen wir uns in Wirklichkeit von den richtigen Methoden des sozialistischen Aufbaus.« (Castro 1976, 125)

Literaturverzeichnis

- Butenko, B.a., 1982: Sozialismus: Formen und Deformationen. Novoe Vremja. H.6. M. (russ.)
 Castro, Fidel, 1976: Rechenschaftsbericht des ZK. In: Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas. 17. und 18. Dezember 1975. Berlin/DDR
 LW = Lenin, W.I. 1961ff.: Werke in 40 Bänden. Berlin/DDR
 X. Parteitag der RKP(b), März 1921. Stenographischer Bericht Moskau 1963 (russ.)
 Puchov, A.S., 1930: Kronstadt und die Baltische Flotte vor dem Aufstand 1921. In: Krasnaja letopis' No. 6/39 (russ.)
 Puchov, A.S., 1931: Der Kronstädter Aufstand 1921. Der Bürgerkrieg in Abrissen. L. (russ.)
 Semanov, S.N., 1973: Die Niederschlagung des antisowjetischen Kronstädter Aufstandes im Jahr 1921. M.(russ.)

Alex Demirović

Philosophie und Staat

Althusser's philosophische Strategie und der hegemoniale Status der Philosophie*

I

Die Tradition des westlichen Marxismus lehrt großen Respekt vor der Philosophie. Dieser Respekt selbst ist kein Problem, aber er schafft eines: das Problem des Status der Philosophie im Marxismus und im Verhältnis zum Marxismus.

Die theoretische Formation des westlichen Marxismus ist vielleicht dadurch charakterisierbar, daß sie glaubt, den Marxismus philosophisch, erkenntnistheoretisch und praxologisch zusammenfassen zu können. Perry Anderson hat dieses Phänomen der Wiederkehr der Philosophie im und durch den westlichen Marxismus ausführlich beschrieben:

»So legte der westliche Marxismus als ganzer paradoxerweise den Weg von Marx' eigener Entwicklung in umgekehrter Richtung zurück. Wo der Begründer des Historischen Materialismus sich von der Philosophie immer weiter weg und auf Politik und Ökonomie als die zentralen Gebiete seines Denkens zubewegt hatte, kamen die Nachfolger der nach 1920 entstandenen Tradition von der Ökonomie und Politik immer stärker auf die Philosophie zurück und kehrten sich von den großen Fragen und Interessen des reifen Marx beinahe ebenso vollständig ab, wie dieser die Verfolgung der Fragestellungen seiner Jugend aufgegeben hatte.« (Anderson 1978, 81)

Dabei, so könnte man fast sagen, fing alles mit einem Mißverständnis an. Auch wenn Korsch sein Buch »Marxismus und Philosophie« nannte, so war mit Philosophie doch auch ganz allgemein Ideologie gemeint (Korsch 1972, 111). Ihm, wie den meisten nach ihm, ging es darum zu zeigen, daß der Marxismus nicht eine ökonomische und Evolutionstheorie sei, auch keine mechanistische Theorie des Verhältnisses von Basis und Überbau, da die Klassen aktiv in den Verlauf der Geschichte eingriffen. Zwei Probleme verschränkten sich ineinander (vgl. Rancière 1975, 17f.): Einmal mußte der Begriff der Dialektik entwickelt werden, der den eigentlichen Unterschied des Marxismus zu allen ökonomischen und soziologischen Theorien markierte: Geschichte, Kampf der Klassen. Zum anderen jedoch wurde der Klassenkampf als eine Subjekt-Objekt-Dialektik konzipiert und deswegen das Subjekt *erkenntnistheoretisch* als Bewußtseinsinstanz verstanden: Entstehung falschen und richtigen Bewußtseins war für eine ganze Tradition das Hauptproblem.

Sehr allgemein läßt sich sagen, daß eine solche »methodische«, philosophische Selbstvergewisserung dem Marxismus drei Vorteile verschafft: Er läßt sich selber historisch verstehen und in Beziehung zu der Entwicklung der Klassenkämpfe setzen — durch das selbstreflexive Prinzip der (idealistischen) Dialektik holt er sich in der Entäußerung selbst ein; die philosophische Selbstvergewisserung sichert damit einen festen Bezugspunkt gegenüber den historischen Veränderungen; vor den Prinzipien der Philosophie werden »Abweichungen«

* zuerst erschienen in: Shiso, Heft 4/84, Tokio; gekürzte und überarbeitete Fassung

als solche deutlich, da jene eine präzise normative Richtschnur für die Beurteilung aller falschen Marxismen sind. Deren spezifische historische Funktion allerdings wird nicht mehr untersucht.

Damit, daß der Begriff der marxistischen Dialektik entwickelt werden sollte, aus dessen Fehlen alle möglichen Fehler erklärt wurden, wurde eine Auseinandersetzung mit der philosophischen Tradition notwendig, von der Marx sich kritisch abgesetzt hatte. Obwohl es also um die Rekonstruktion der Marxschen Kritik der Philosophie ging, fand unter der Hand eine positive Bewertung der Philosophie statt, insofern diese die Kriterien für eine Standortbestimmung der Marxschen Theorie, insbesondere der Dialektik lieferte (vgl. Anderson 1978, 90ff.).

Im großen und ganzen schien sich aus dieser Perspektive mit Marx als dem Theoretiker der emanzipatorischen Bewegung der Arbeiterklasse die Tradition der Philosophie zu *vollenden* und ihr Versprechen einer vom Menschen gestalteten und mit der Natur versöhnten Welt zu *erfüllen*. Den bei aller Kritik dennoch praktizierten neuartigen Respekt vor der Philosophie bringt Adorno auf den Begriff, wenn er ausführt, daß, nachdem die prognostizierte Verwirklichung der Philosophie nicht eintrat, das Unabgeholte der Philosophie philosophisches Denken weiterhin erforderlich mache (Adorno 1973, 15).

In der Geschichte des westlichen Marxismus ist die Position Althusers interessant, weil sie, genau am inneren Rand dieser theoretischen Formation liegend, eine neue theoretische Perspektive auf den Status der Philosophie im Marxismus eröffnet und damit auch ein gewisses Ende der theoretischen Formation des »westlichen Marxismus« markiert hat.

II

Althusser hat, um die Marxsche Theorie von einer humanistischen Ideologie zu befreien, die ins Zentrum des Marxismus eine Subjekt-Objekt-Dialektik stellt, immer wieder Marxens Bruch mit der Philosophie und der Hegelschen Dialektik betont. Seine Hauptaufgabe sah Althusser in seinen früheren Arbeiten entsprechend darin, die ganz anders geartete Dialektik, die im Werke Marx' implizit tätig sei, auszuarbeiten. Doch obwohl Althusser davon spricht, daß der Marxismus eine Revolution der Philosophie darstellt, ist merkwürdigerweise vor und nach dieser Revolution Philosophie. Selbst, um diese Revolution zu denken und den Marxschen Bruch zu konzeptualisieren, bewegt sich Althusser im Feld der Philosophie und läßt sich von ihr (teilweise) seine Kriterien vorgeben — die Hegelsche Dialektik wird mit Spinozas Hilfe kritisiert —, anstatt mit Hilfe der Marxschen Theorie die Philosophie zum Objekt der Analyse zu machen (wie es gerade Marx in den von Althusser als vorwissenschaftlich zurückgewiesenen frühen Schriften bis zur »Deutschen Ideologie« mehrfach versucht hat).

Althusser hat diesen Widerspruch in seinen Arbeiten nach 1967 aufzulösen versucht, indem er ihn systematisiert und zu einem Begriff der Philosophie ausgearbeitet hat. Konstitutiv für Philosophie ist ihre Beziehung zu den Wissenschaften. »Das ist ein Gesetz: die Philosophie ist immer mit den Wissenschaften verbunden.« (Althusser 1968, 207) »Außerhalb ihres Verhältnisses zu

den Wissenschaften existierte keine Philosophie.« (Althusser 1974, 66; vgl. 81) Diese Beziehung determiniert ihre Funktion, die Wissenschaftlichkeit der Wissenschaften vom Ideologischen der praktischen Ideologien abzugrenzen: »Die hauptsächliche Funktion der Philosophie ist, eine Demarkationslinie zwischen dem Ideologischen der Ideologien auf der einen und dem Wissenschaftlichen der Wissenschaften auf der anderen Seite zu ziehen« (ebd., 26). Doch zieht sie die Demarkation nicht äußerlich als eine dritte und richterliche Instanz — sie ist selbst die Demarkation, indem sie sich nach außen stülpt und das Wissenschaftliche und Ideologische produziert: »Die Unterscheidung zwischen dem Wissenschaftlichen und dem Ideologischen findet im Innern der Philosophie statt. Sie ist das Resultat der philosophischen Intervention. Die Philosophie ist eins mit ihrem Resultat, das den Philosophie-Effekt konstituiert. Der Philosophie-Effekt unterscheidet sich vom Erkenntnis-Effekt (der von den Wissenschaften produziert wird).« (ebd., 64) Dieser Funktion legt Althusser die Analogie nahe, die philosophische Praxis mit der politischen Praxis Lenins zu vergleichen (vgl. ebd., 61).

Die philosophische Praxis interveniert in der Theorie zugunsten der Theorie; sie ist eine Funktion der Theorie zur Erhaltung ihres Eigenwerts gegenüber den Usurpationen von außen herangetragenener Werte des Ideologischen. So stellt die Philosophie einen Kampfplatz dar (vgl. ebd., 77), auf dem materialistische und idealistische philosophische Strömungen miteinander kämpfen, indem sie Position ergreifen und Thesen formulieren. Der Materialismus — immer schon auf seiten der Theorie, da diese selbst materialistisch ist — kämpft um ihre Reinheit (ebd., 96), indem er die Ausbeutung der Wissenschaften durch den Idealismus bekämpft. Ausbeutung findet eben in der Weise statt, daß wissenschaftliche Erkenntnisse außerwissenschaftliche Werte stützen, die für die ideologische Anrufung der Individuen als *Subjekte* von praktischer Bedeutung sind, da sie deren Verhalten bestimmen.

Die Wissenschaften sind per se materialistisch — auch das Volk ist materialistisch und revolutionär. Der Materialismus bekämpft die idealistische Ausbeutung, die die Wissenschaften vom Volk durch den Spiegelmechanismus der ideologischen Anrufung und des Empirismus — die Wiedererkennung des Subjekts im Objekt — trennen. Wissenschaften, Materialismus und Volk bilden also eine revolutionäre Einheit, die von den falschen Ideen des Idealismus bedroht ist.

Diese Position Althussters ist rationalistisch. Da die Philosophie den Wissenschaften zugeordnet wird, kann von ihren Ergebnissen her eine Philosophie in richtige und falsche Ideen, nützliche oder schädliche, zerlegt werden. Doch in der Einheit einer Philosophie können auch idealistische Elemente eine rationale Bedeutung annehmen. Zudem ist die Zuordnung falscher Ideen zu den Feinden des Volkes problematisch, weil auch das Volk sich irren kann. Das Ideologische ist auch nicht per se einer Klasse zugeordnet, weil populär (vgl. Laclau 1981, 86f.). Das Volk kann seine Kämpfe durchaus idealistisch »denken« (wie die Arbeiterbewegung in Polen gezeigt hat); in einem Idealismus sich bewußt werden, der, in sich selbst sehr widersprüchlich, fortschrittlich sein kann. Es gibt noch einen weiteren Grund, den Formalismus von »falschen und richti-

gen« Ideen abzulehnen. Buci-Glucksmann weist im Anschluß an Gramsci immer wieder darauf hin, daß die Bourgeoisie als hegemoniale Klasse im Bündnis mit dem Volk alle seine Energien zur Lösung der historisch anstehenden Probleme mobilisiert und organisiert (Beispiel: Französische Revolution) und auf ein höheres Niveau hebt, seine Lebensgewohnheiten umwälzt, um es der Entwicklung des Produktionsapparates anzupassen (vgl. Buci-Glucksmann 1975, 105ff.; 115).

Was sich angedeutet hat, wird von Althusser explizit gesagt: Philosophie ist Klassenkampf in der Theorie (Althusser 1973, 37; 57). Für die Bestimmung der Philosophie taucht damit ein Problem auf. Indem Althusser die Philosophie als Funktion der Wissenschaft bestimmt hat, universalisiert er sie: solange es Wissenschaften gibt — und es gibt sie seiner Meinung nach immer, da sich das Wesen nie mit der Erscheinung deckt —, gibt es also Philosophie. Ist die Philosophie jedoch Klassenkampf, gibt es in einer klassenlosen Gesellschaft natürlich auch keine Philosophie mehr, denn — wer sollte hier die Wissenschaften ausbeuten wollen? Doch gibt es im Kommunismus nach wie vor Ideologie, da die Menschen immer in einer imaginären Beziehung zu ihren wirklichen Verhältnissen stehen. Gegen diese Ideologie müßte Philosophie weiterhin kämpfen (Althusser 1974, 114), wäre allerdings kein Klassenkampf mehr. Die Bestimmung von Philosophie liegt irgendwie quer.

Um dieses Problem weiter zu diskutieren, sollen die Begriffe des Klassenkampfes und des Kampfplatzes behandelt werden. Ausdrücklich sagt Althusser, die philosophische Praxis Lenins rekonstruierend, daß eine philosophische Problematik gegenüber den philosophischen Stellungnahmen »relativ gleichgültig« sei (Althusser 1974b, 30). Eine unscharfe Formulierung. Die Geschichte der Philosophie läßt sich auf das Spiel des einen Konflikts Materialismus/Idealismus reduzieren: Die Philosophie ist ein »theoretisches Gebiet, auf dem sich nichts ereignet, es sei denn eben diese Wiederholung von nichts« (ebd., 33) der jeweiligen Positionen — es ist ein Wiederkauen des Gegensatzes Materie/Geist. Das Nichts der Philosophie ist »nichts anderes als die nichtige Umkehrung der Terminologie zweier unveränderlicher Kategorien, die in der philosophischen Theorie das Spiel zweier antagonistischer, einander in diesen Kategorien bekämpfender Richtungen darstellen. Die Geschichte der Philosophie ist also nur das Nichts dieser ständig wiederholten Umkehrungen« (ebd., 34). Warum aber diese ganze Nichtigkeit eines Kampfes von Nichts um Nichts? Es geht um die Dominanz einer der beiden Kategorien Materie/Geist, die Priorität (vgl. ebd., 36), die, wie wir wissen, entscheidend ist für eine Politik, die um die Wissenschaftlichkeit der Wissenschaft kämpft (ebd., 39f.).

Diese Position Althussters ist reduktionistisch, weil er glaubt, etwas ausschließlich durch den Hinweis darauf zu erklären, daß es Klassenkampf sei, nicht aber zu erklären, was dieser Klassenkampf ist. Es ist eine besondere Form des Klassenkampfes, sicher; aber das Entscheidende ist, daß diese Form *artikuliert* ist, sich ausbildet. Obwohl die Philosophie »aus Wörtern besteht, die in 'Thesen' genannten Lehrsätzen angeordnet sind« (Althusser 1974a, 18), ist doch entscheidend, daß sie ein spezifisches Ensemble konstituiert, wie Althusser selbst sagt (ebd., 24). Engels' Position, daß die Philosophie durch die

Wissenschaften abgelöst wird, lehnt Althusser ab (vgl. Althusser 1974b, 36f.), Lenin wird für etwas in Anspruch genommen, um was es ihm nicht ging. Denn auch wenn die Philosophie für ihn nicht »Nichts« und »Nichtigkeit« war, so hat und braucht der Marxismus seiner Meinung nach doch keine eigene Philosophie.

Für Althusser geht es weiterhin darum, Philosophie zu betreiben, wenn auch auf neue Weise, nämlich im *Bewußtsein* dessen, daß sie Politik ist. Ihrem »Wesen« entsprechend handeln — war und ist das aber nicht zutiefst philosophisch? Heißt das nicht, die von Hegel ausgearbeitete Struktur der Bewußtseinsreflexion fortzusetzen? Ist das nicht die von Marx bekämpfte philosophische Ideologie, durch Bewußtsein alles zu verändern?

In einer späteren Selbsteinschätzung seiner Arbeiten behält Althusser die Bestimmung der Philosophie als Kampf und als Kampf in der Theorie bei, ja radikalisiert sie, verzichtet aber auf seine Binarisierung (Materialismus/Idealismus), möglicherweise, um das Dilemma einer Letztbegründung der Entscheidung für den Materialismus, die nicht möglich ist, aber auch nicht dezisionistisch sein darf, zu vermeiden.

Die Philosophie ist ein Kampfplatz. Diesen betreten die Gegner aber nicht, wie zwei Boxer den Ring, vorher schon fix und fertig als Gegner bestimmt. Eine Philosophie

»existiert nur durch die Position, die sie einnimmt, und sie nimmt diese Position nur ein, indem sie sie gegenüber der Fülle einer bereits eingenommenen Welt erobert. Sie existiert also nur durch ihre konfliktuelle Differenz, und sie kann diese Differenz nur erobern und durchsetzen über den Umweg einer rastlosen Arbeit in bezug auf die anderen existierenden Positionen. Dieser Umweg ist die Form des Konflikts, der jede Philosophie zu einer unmittelbar an der Schlacht beteiligten und auf jenem 'Kampfplatz' (Kant), den die Philosophie darstellt, direkt vertretenen Partei konstituiert.« (Althusser 1977, 52)

Es sind »Gedankensysteme«, die sich einander gegenüberstehen und wechselseitig, multilateral, durch Differenz positionell bestimmen, die sich in ein spezifisches Licht setzen und dadurch erobern, daß sie den Gegner einverleiben, d.i. ins eigene System eingliedern und ihm seine diskursive Autonomie nehmen (vgl. ebd.) — die Vernunft ist immer schon da. Das Verhältnis der Ideen — besteht die Philosophie aus Ideen, müßte man Althusser fragen — wird als Kräfteverhältnis betrachtet. Um diesen Kräften gerecht zu werden, muß eine philosophische These mit einem Überschuß auftreten, um sich ihren Platz zu erobern. Über den Umweg einer anderen Position muß man deren Thesen, wie Althusser am Beispiel des Leninschen Stabes deutlich macht, ganz stark in eine andere Richtung biegen: »Da es gilt, die Ideen zu einer Veränderung zu zwingen, ist man wohl gezwungen, die Kraft anzuerkennen, die sie gebogen hält, indem man ihnen durch eine Gegen-Kraft, welche die erste aufhebt, diejenige Gegen-Biegung aufzwingt, die sie aufrichten kann.« (ebd., 57)

Die respektvolle Behandlung der Philosophie durch Althusser, unsere Frage, hat also taktische Gründe. Er ergreift Position, um andere Positionen zu bekämpfen. Allein, damit hat er sich, seiner These nach, schon zum Philosophen gemacht. Gerade das ist das Problem. Kann der Marxismus seine Autonomie als Wissenschaft tatsächlich nur verteidigen, indem er auf Philosophie zurückgreift und damit philosophisch wird? Hat er nicht, nachdem er die Phi-

osophie kritisiert und überwunden hat, eigene, ihm spezifische theoretische, wissenschaftliche Mittel, deren Möglichkeit Althusser selbst andeutet, wenn er von der Notwendigkeit einer »nichtphilosophischen Theorie der Philosophie« spricht (1974b, 10)?

Der »Kampfplatz« wirkt zurück auf die Thesen, mittels derer Positionen ergriffen werden: Thesen werden entsprechend der Dynamik des Kampfes zu Gedankensystemen, zu philosophischen Systemen konstruiert; es gibt offensichtlich einen Zwang zur Kohärenz, zur Schließung. Wenn Althusser eigene, quasi außerphilosophisch eingesetzte, taktische Position durch das philosophische Feld zum System strukturiert wird, muß man dann nicht sagen, daß die Bestimmung der Philosophie als ein Feld von differentiellen Positionen aus der Not eine Tugend macht und Althusser sich in die Ewigkeit der philosophischen Systembildung verliert? Er macht aus seiner unmittelbaren Praxis eine theoretische These, unterläßt aber das Entscheidende, die Untersuchung des materialen Kräfteverhältnisses.

Die Philosophie interveniert zugunsten entweder der idealistischen Ausbeutung der Wissenschaften oder zugunsten ihres Materialismus; im letzteren Fall steht sie auf seiten des Volkes. Damit ist die Philosophie als ein positionelles Feld bestimmt. Die Erkenntnis dieser Praxis ist nach Althusser möglich und erforderlich. Diese »objektive Erkenntnis der Seinsweise der Philosophie« (Althusser 1974b, 14) — daß sie eben, was sie selber nicht erkennen kann, ihr Ungedachtes, Fortsetzung von Politik, Klassenkampf in der Theorie ist — führt zu einer neuen, anderen Praxis der Philosophie, die insofern Theorie ist, als sie das Ungedachte der Philosophie: Politik denkt und kennt und von hier aus, bewußt dieser Voraussetzung, gleichermaßen weiterkämpft — als Philosophie. Althusser hat also eine dilemmatische Position inne, weil er die Philosophie überwinden und gleichzeitig, wenn auch anders, praktizieren will. Damit ignoriert er den Status der Philosophie. Er sagt, daß die Philosophie Klassenkampf und Kräfteverhältnis ist, aber er sagt nichts über die Struktur dieses Kräfteverhältnisses, weil er sofort wieder ins Feld der Positionen eintaucht, ohne eine Analyse geduldig abzuwarten. Die Taktik wird zur Strategie. Genau eine solche Verwechslung muß vermieden werden, soll der Marxismus als eine autonome und integrale Weltkonzeption, die die Klassenspaltung überwindet, verstanden werden. Indem ich mich weitgehend auf Analysen Gramscis stütze, möchte ich im folgenden einige Thesen zum strategischen Feld, zur Struktur des sozialen Verhältnisses Philosophie entwickeln.

III

Die Philosophie ist für Althusser die Form des theoretischen Klassenkampfes (vgl. Althusser 1973, 38). Damit wird der Klassenkampf aus der marxistischen Theorie aus- und ihr in der Form der Philosophie vorgelagert. Konsequenter kann die marxistisch-leninistische Philosophie als strategisch entscheidendes Kettenglied der Theorie bestimmt werden (Althusser 1968, 209). Die Frage ist, ob diese Position die marxistische Theorie nicht um ihre Autonomie bringt, da sie auf eine ihr nicht angemessene Weise kämpfen muß — nämlich philosophisch.

Dabei geht es aber doch genau um die Entwicklung autonomer Kampfweisen. »Durch ihr Recht und ihre Ideologie wie durch ihr Gewehrfeuer und ihre Gefängnisse hat die bürgerliche Klasse die Arbeiter auch zum politischen und ideologischen Kampf erzogen, und sie selbst hat sie schließlich dazu gezwungen zu begreifen, daß der proletarische Klassenkampf mit dem bürgerlichen Klassenkampf nichts zu tun hatte und daß dessen ideologische Vorherrschaft abgeschüttelt werden mußte.« (Althusser 1977, 85) Mit der kritischen Überwindung der Philosophie durch Marx verändert sich grundlegend der Status der Theorie, denn *sie selbst* kämpft, ist eine spezifische Form des Klassenkampfes der Arbeiterbewegung. Ebenfalls verändert sich natürlich der Status der Philosophie. Wissenschaft und Philosophie werden im Marxismus, wie andere ideologische Formen auch, theoretische Objekte. Die Philosophie ist eine spezifische Form der Politik, aber sie steht nicht auf seiten des Volkes, wie es Althusser nahelegt. Die Philosophie ist ein soziales Verhältnis der modernen, kapitalistischen Gesellschaftsformationen (vor allem der europäischen seit dem 15./16. Jahrhundert); ein relativ wichtiger, materialer Mechanismus der politischen und ideologischen Klassenherrschaft; eine Struktur, in der die bürgerliche Klasse ihre Hegemonie ausübt.

Marx spricht von der philosophischen Form als einer ideologischen Form, worin sich die Menschen eines spezifischen Konflikts bewußt werden (MEW 13, 9). Umgekehrt: Die Bewußtwerdung des Konflikts nimmt spezifische Form an; und noch weiter: um sich des Konflikts bewußt zu werden, müssen die Menschen bestimmte materielle Verhältnisse eingehen, die durch eine ihnen spezifische Form bestimmt sind.

Inwiefern ist die Philosophie ein materielles Verhältnis? Hinweise darauf geben vor allem die früheren Schriften von Marx und Engels, vor allem die »Deutsche Ideologie«, in der sie versuchen, ihre Kritik an den Junghegelianern zu systematisieren und deren soziale Stellung und die Funktion ihrer Philosophie zu analysieren. »Keinem von diesen Philosophen ist es eingefallen, nach dem Zusammenhang der deutschen Philosophie mit der deutschen Wirklichkeit, nach dem Zusammenhang ihrer Kritik mit ihrer eignen materiellen Umgebung zu fragen.« (MEW 3, 20). Um dieses Problem weiter zu verfolgen, analysieren sie das Verhältnis von Intellektuellen und Arbeitsteilung. Damit gehen sie noch einen Schritt über die »Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie« hinaus, wo Marx bereits die Philosophie selbst zur Misere der deutschen Wirklichkeit zählt. Weder also wird sie, wie Althusser behauptet, nach dem anthropologischen Schema Feuerbachs als Mystifikation entlarvt und damit auf den Menschen reduziert; noch ist sie, wie Adorno behauptet, geschichtsphilosophisch festzuhaltendes Versprechen einer besseren Wirklichkeit.

Die Philosophie wird nicht als etwas Ideelles verstanden, sondern als etwas Wirkliches bestimmt. Sie gehört zum System der Arbeitsteilung; sie ist sogar eines seiner Merkmale, denn »Teilung der Arbeit wird erst wirklich Teilung von dem Augenblicke an, wo eine Teilung der materiellen und geistigen Arbeit eintritt« (MEW 3, 31). Wenn die Philosophie so jeweils als Wirklichkeit aufgefaßt wird, taucht natürlich das Problem auf, wie das spezifisch Philosophi-

sche, die Autonomie ihrer Denkweise zu verstehen ist. Die Arbeitsteilung muß selbst das Innere des philosophischen Denkens strukturieren, soll die Erklärung andernfalls nicht reduktionistisch sein.

Mit der Trennung von körperlicher und geistiger Arbeit, so die Antwort der »Deutschen Ideologie«, wird das Bewußtsein (»von vornherein ein gesellschaftliches Produkt«) einen Schritt weiterentwickelt — es kann sich einbilden, »etwas Andres als das Bewußtsein der bestehenden Praxis zu sein, wirklich etwas vorzustellen, ohne etwas Wirkliches vorzustellen — von diesem Augenblicke an ist das Bewußtsein imstande, sich von der Welt zu emanzipieren und zur Bildung der 'reinen' Theorie, Theologie, Philosophie, Moral etc. überzugehen« (ebd.). Die Philosophie ist die Ausarbeitung ihrer von der körperlichen Arbeit getrennten eigenständigen Existenzweise (vgl. Sohn-Rethel 1972): Von den Ideologen werden die ideell ausgedrückten Existenzbedingungen theoretisch verselbständigt (MEW 3, 405). Aber diese »theoretische Verselbständigung« ist eine materielle Existenzweise, eine soziale Praxis, eine »Lebensnorm« (ebd.). Es tritt folglich nicht die Philosophie als ideelles Gebilde in Gegensatz zur wirklichen Welt, sondern ein Teil der wirklichen Welt gegen einen andren, eine soziale Praxis gegen eine andere (vgl. ebd., 31f.).

Es findet eine funktionale Trennung statt (vgl. Gramsci 1967, 408f.): Der autonom gesetzten Instanz der unmittelbar produzierenden Tätigkeit ist der durch geistige Arbeit der Ideologen gebildete Überbau entgegengesetzt. Dieser Überbau reproduziert die Spaltung der unmittelbaren Produzenten von der intellektuellen Tätigkeit, indem er ihr Wissen enteignet und in eine Verfügungsgewalt der herrschenden Klasse transformiert (vgl. Braverman 1980). Damit gelingt es dieser, durch die gesellschaftliche *Gliederung* selbst, durch die spezifische Trennung und Einheit der gesellschaftlichen Arbeit, eine *Hegemonie* auszubilden.

Über diese Gliederung, die ich mit Gramsci »bürgerliche Gesellschaft« (*società civile*) nennen möchte, regelt die herrschende Klasse die »Produktion und Distribution der Gedanken«, so daß also »ihre Gedanken die herrschenden Gedanken der Epoche sind« (MEW 3, 46). Was in den herrschenden Gedanken konzipiert wird, ist die hegemoniale Gliederung der bürgerlichen Gesellschaft als einer spezifischen Organisation der Aneignung des Wissens durch den von den Ideologen konzipierten, formierten und gelebten Überbau, der ihre materiellen Verhältnisse bildet. Damit produzieren die Ideologen einen spezifischen Wirklichkeitseffekt. Denn tatsächlich gibt es keine andere Möglichkeit, »Bewußtsein« zu haben als in den Gedanken der herrschenden Klasse, d.i. Bewußtsein des Überbaus, der hegemonialen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft. Der Wirklichkeitseffekt der bürgerlichen Gesellschaft ist um so umfassender, je umfassender sie organisiert ist, je weiter der Überbau reicht, je allgemeiner die »Gedanken« sind. Der Bourgeoisie gelingt es, »ihr Interesse als das gemeinschaftliche Interesse aller Mitglieder der Gesellschaft darzustellen« (MEW 3, 47). Aufgrund dieser Allgemeinheit ist die bürgerliche Gesellschaft enorm absorptionsfähig und kann immer wieder von neuem, durch noch weitere Ausdehnung und Transformation, organische Intellektuelle des Volkes von diesem abspalten und hegemonial organisieren: »Je mehr ei-

ne herrschende Klasse fähig ist, die bedeutendsten Männer der beherrschten Klassen in sich aufzunehmen, desto solider und gefährlicher ist ihre Herrschaft.« (MEW 25, 614)

Hegemonial können aber noch die abstraktesten Begriffe sein, wenn sie eben »psychologisch wirksam« sind. Sie sind dann nicht rationalistisch und willkürlich, sondern organisieren die Gefühle und Instinkte, modifizieren Sehweisen, Gewohnheiten und Lebensweisen. In diesem Sinn gehört zur Allgemeinheit des Überbaus auch die jeweils spezifische Kombination von Denken und Fühlen (ihre Trennung, Isolierung, aber auch die Versuche der Reintegration). Die spezifische Methode der Ausarbeitung ihrer Kultur durch professionelle Intellektuelle ist die entscheidende und »permanente Basis« (Gramsci, zit. nach Buci-Glucksmann 1975, 72) für die politische Herrschaft der bürgerlichen Klasse. Sie stellen die organische Beziehung zwischen Basis und Überbau her. Mit diesem dehnt sich die Bourgeoisie weit über ihre korporativen Interessen hinaus aus und wird damit als führende, hegemoniale Klasse konstituiert, noch bevor sie eigentlich die politische Macht selbst innehat. Durch ihre Methode moralisch-kultureller Führung gelangen der Bourgeoisie Kompromisse, die sie nicht unbedingt stärken, aber die Gegner schwächen, weil sie, in die Allgemeinheit der »Begriffe« eingegliedert und ihre organischen Intellektuellen absorbiert in den Überbau, enthauptet sind und ihre Differenz und ihre Widersprüche gesellschaftlich nicht mehr artikulieren können.

In meiner kurzen, an Gramsci orientierten Interpretation der »Deutschen Ideologie« konnte die Philosophie immer unter dem Stichwort Ideologie behandelt werden, weil hier die Philosophie als *die* deutsche Ideologie gilt. Dem läßt sich der Hinweis entnehmen, daß Philosophie zwar vielleicht universalistisch, aber nicht universell ist. Sie ist zunächst die Form, in der in Deutschland die nationalen Widersprüche »gedacht« werden, einen spezifischen Überbau annehmen. Philosophie ist also, um das zu verallgemeinern, Element der Konstitution der spezifisch nationalen bürgerlichen Gesellschaft.

Die bürgerliche Gesellschaft wird von vornherein in allgemeinen Begriffen konzipiert, die je nach Ausdehnung der Hegemonie noch allgemeiner werden müssen — der Überbau wird umfassender und relativ autonomer gegenüber den korporativen Interessen; der Staat erweitert sich. Durch eine sukzessive Verkettung, Neugliederung, Vernetzung und Verallgemeinerung der hegemonialen Apparate bildet sich allmählich der »große Intellektuelle« aus, der all die Allgemeinbegriffe synthetisiert und eine neue Art des Sehens, Fühlens und Denkens konzipiert; damit ordnet er sich alle anderen Intellektuellen unter, während gleichzeitig alle Apparate hierarchisch gegliedert werden. Im historizistischen Sinne Hegels ist dieser große Intellektuelle Philosoph, weil er das Bewußtsein seiner Zeit ist. Aber er ist, um diese konzeptive Rolle wirklich innehaben zu können, auch Bewußtsein des Denkens der Vergangenheit. Er schafft einen doppelten Zeithorizont mit spezifischer Vergangenheit (Tradition) und spezifischer Zukunft (Ziel, Ehrgeiz und Hoffnung). Dieser Historisierungsmechanismus produziert den spezifischen Ewigkeitseffekt des philosophischen Diskurses: Geschichte der Philosophie (vgl. Rorty 1981, 3. Kap.).

Diese neue Allgemeinheit und relative Autonomie des Überbaus stellt sich

freilich nicht von allein ein. Der Philosoph ist ein Politiker, der die Autonomie des Überbaus, seine umfassende Allgemeinheit und das sich damit bildende Allianzsystem von Klassen und Klassenfraktionen erkämpft — ein neues Verhältnis von Basis und Überbau herstellt. Damit ist dieser Kampf gleichzeitig ein Kampf um die Reproduktion der Trennung von Hand- und Kopfarbeit und reproduziert diese Trennung natürlich selbst schon. Es ist Althusser also zuzustimmen, wenn er schreibt: »Die Politik, die die Philosophie konstituiert, betrifft und dreht sich um eine ganz andere Frage: diejenige der ideologischen Hegemonie der herrschenden Klasse, ob es sich nun darum handelt, sie zu konstituieren, sie zu verstärken, sie zu verteidigen oder sie zu bekämpfen.« (Althusser 1977, 53) Diese Politik des Philosophen möchte ich mit einem Ausdruck Foucaults als *Wahrheitspolitik* bezeichnen.

IV

Ausgangspunkt der Wahrheitspolitik ist nicht, wie bei Althusser, die Wissenschaft, die streng in Gegensatz zu Ideologie gesetzt ist. Eher eine strategische Ebene, die Elemente des Wissens, Glaubens, Fühlens organisiert und universalisierende Wahrheitseffekte produziert, wodurch die Dichotomie Wissenschaft/Ideologie erst ihre Pertinenz erhält (vgl. Brühmann 1980, 239).

Wahrheit überzeugt die Menschen nicht, wie es rationalistische oder aufklärerische Vorstellung ist, einfach durch das, was als wahr behauptet wird, durch die Evidenz eines Sachverhalts. Wahrheit selbst muß evident gemacht werden. Erst wenn man den Wert der Wahrheit an sich nicht mehr anzweifelt, kann die Evidenz der Wahrheit, die Spinoza behauptet: *verum index sui et falsi*, mit einem Schlag einrasten. Wahrheit als solche ist evident erst, wenn sie ein a priori anerkannter und psychologisch, das Verhalten des Individuums bis in die Motorik hinein bestimmender und organisierender Wert ist: Es gibt dann einen die Individuen mobilisierenden Willen zur Wahrheit, der sich in ihren Körper eingeschrieben hat, der ihnen ihre Autonomie gerade in ihrer Unterwerfung als Subjekte verspricht, die unendlich nach Wahrheit streben und sie nie erreichen, gerade durch dieses Unerreichbare sich aber als Subjekte organisieren und normieren (vgl. Foucault 1977).

Die spezifische Politik, mit dem Ziel, Wahrheit als einen psychologisch wirksamen sozialen Wert durchzusetzen, setzt im 17. Jahrhundert mit Spinoza und Hobbes ein (Demirović 1981). Seitdem arbeiten »Philosophen« an der bürgerlichen Utopie einer durch kognitive Moral begründeten Gesellschaft, einer Gelehrtenrepublik, in der alles durch die Geltung des *besseren Arguments* geregelt wird. Wenn der Wahrheitswert evident wird, und man sich dem Gang des Arguments nur um den Preis der Unvernunft entziehen kann — oder eines »Klasseninstinkts«, der erst noch konzeptiv ausgearbeitet werden muß —, dann ist der Vernunftbegriff der Philosophie mit seiner reflexiven Struktur etabliert. Alle wiedererkennen sich in der Vernunft, sie ist per se in einem liberalen Sinne demokratisch (vgl. Gramsci 1971, 43). Kein Argument läßt sich vortragen, das sich nicht in ihren unendlichen Spiegelungen verliert und damit so neutralisiert wird, daß es selber nicht mehr polarisieren kann (Schmitt 1963). Es entsteht der geregelt Konflikt einer der Wahrheit nachstrebenden Gesell-

schaft. Der Souverän, der nach Hobbes selbst durch diese Vernunft, in der sich alle wiedererkennen, konstituiert ist, zentriert die Konkurrenz der Wahrheiten, so daß tatsächlich keine ausbrechen kann, sondern beiträgt, das Spiel durch den Widerspruch zu reproduzieren. So ist die Philosophie die Strategie, die Wahrheiten als solche zum gelebten sozialen Wert, zur Moral macht und damit auch die Wissenschaftlichkeit der Wissenschaften und das Ideologische der Ideologien produziert. Philosophie und Wahrheit sind konstitutiv für den Überbau und die autonome Intellektualität mit der ihr eigenen Struktur unendlicher Reflexion und ihren zahllosen Versuchen der Überwindung der Anomien, die sie selbst doch erst ausarbeitet.

Literaturverzeichnis

- Adorno, Th.W., 1973: Negative Dialektik. In: Ges. Schriften 6. Frankfurt/M.
- Althusser, Louis, 1968: Interview mit L. Althusser. In: Für Marx. Frankfurt/M.
- Ders., 1973: Antwort an John Lewis. In: Arenz u.a. (Hrsg.), Was ist revolutionärer Marxismus? Berlin/W.
- Ders., 1974a: Philosophie et Philosophie spontanée des Savants. Paris
- Ders., 1974b: Lenin und die Philosophie. Reinbek
- Ders., 1977: Ist es einfach, in der Philosophie Marxist zu sein? In: ders., Ideologie und ideologische Staatsapparate. Hamburg
- Anderson, Perry, 1978: Über den westlichen Marxismus. Frankfurt/M.
- Ders., 1979: Antonio Gramsci — Eine kritische Würdigung. Berlin/W.
- Braverman, Harry, 1980: Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß. Frankfurt/M., New York
- Brühmann, Horst, 1980: »Der Begriff des Hundes bellt nicht« — Das Objekt der Geschichte der Wissenschaften bei Bachelard und Althusser. Wiesbaden
- Buci-Glucksmann, Christine, 1975: Gramsci et L'Etat. Paris
- Demirović, Alex, 1981: Die Gelehrtenrepublik. Unveröffentl. Ms.
- Foucault, Michel, 1977: Der Wille zum Wissen — Sexualität und Wahrheit. Bd.I. Frankfurt/M.
- Gramsci, Antonio, 1967: Philosophie der Praxis. Frankfurt/M.
- Ders., 1971: Materialismo storico. Rom
- Korsch, Karl, 1972: Marxismus und Philosophie. Frankfurt/M.
- Laclau, Ernesto, 1981: Politik und Ideologie im Marxismus. Berlin/W.
- MEW: Marx-Engels-Werke. Berlin/DDR
- Rancière, Jacques, 1975: Wider den akademischen Marxismus. Berlin/W.
- Rorty, Richard, 1981: Der Spiegel der Natur. Frankfurt/M.
- Schmitt, Carl, 1963: Das Zeitalter der Neutralisierungen und Entpolitisierungen. Berlin/W.
- Sohn-Rethel, Alfred, 1972: Geistige und körperliche Arbeit. Frankfurt/M.

Michael Jäger

Jürgen Links Diskurstaktiken und die »widersprechende Antwort«

Mit den folgenden Überlegungen skizziere ich den zentralen Begriff meines Buches über die »Methode der wissenschaftlichen Revolution«, das soeben erschienen ist.¹ Da es eine Reihe von »Anschlußpunkten« zwischen ihm und Jürgen Links Begriff der Diskurstaktiken gibt, nehme ich die Gelegenheit wahr, auch auf diesen hinzuweisen und den einen vor dem Hintergrund des anderen zu erläutern.²

Eine kurze Problemeinführung in Linkscher Perspektive soll den Anfang machen, bevor ich dann erst einmal auf die »widersprechende Antwort« eingehe. Link erinnert an die Erfahrung der 70er Jahre: obwohl alles andere als unwahr, fanden viele Analysen sozialistischer und kommunistischer Gruppen kein Gehör in der Bevölkerung. Hatten die Jusos etwa nicht recht, als sie frühzeitig die ökonomische Krise diagnostizierten? Was aber ankam, war Helmut Schmidts Replik von der »Krise des Gehirns«. Allenfalls eine Bemerkung wie die vom Staat als »Reparaturbetrieb des Kapitalismus« (Ulrich Klose) ist im öffentlichen Bewußtsein hängengeblieben. Und das, würde Jürgen Link sagen, ist kein Zufall. Während Schmidts Formulierung sich vielleicht einfach deshalb durchsetzte, weil sie auf dem Strom der damals noch möglichen Krisenverdrängung mitschwamm, setzte Kloses Formulierung sich *trotz* dieser Verdrängung durch, und zwar deshalb, weil er gewisse Regeln des politischen Diskurses beachtete: statt nur die Wahrheit zu sagen, hat er das Wahre in einer bestimmten Sprache kodiert, der Sprache der *Kollektivsymbole* (vgl. für das Folgende Link: 1982, 6ff.). Ein Kollektivsymbol ist ein aus mehreren Elementen bestehendes Bild, das die verschiedenen Elemente einer oder mehrerer verschiedener Sinn-Einheiten veranschaulichen kann und dabei an häufig wiederkehrende sowie emotional aufgeladene kollektive Erfahrungen appelliert. Eine solche Erfahrung ist das Autofahren und ein Element des Autofahrens eben der Reparaturbetrieb. Klose hat sich da eines Symbols bedient, das uns die Medien bis zum Überdruß einfüttern, freilich meistens nicht, um linke Inhalte zu transportieren. Wir lesen dann z.B., daß die Konjunktur »gebremst« werden muß, und als passionierte Autofahrer sagen wir uns, daß wir unter den Deflationsfolgen zwar leiden, aber doch nicht im Ernst gegen »Bremsen« sind. Kollektivsymbole können auch miteinander verkettet sein und sind dann besonders wirkungsvoll, z.B. wenn ein Gewerkschaftsführer, der »nur gelernt hat, auf's Gaspedal zu treten«, sich dadurch »ins politische Abseits stellt« (Symbolbereich Fußball). Neben dieser gleichsam horizontalen Verkettung gibt es die vertikale, daß unter jedem *einzelnen* Symbol eine Vielzahl von Sinn-Einheiten gleiten, z.T. aber auch fest-gestellt sein kann. Z.B. wird nicht nur die Konjunktur »gebremst«, sondern auch die unkontrollierte Abtreibungspraxis, die Expansionslust der Sandinisten usw. So entsteht aus dem »System synchroner Kollektivsymbole«, dessen empirische Erfassung sich Link und sein Mitarbei-

terkreis zum Ziel gesetzt haben, ein ganzes *Gitter* von Signifikanten, das unseren politischen Diskurs einsperrt.

Frage und Antwort als Nicht-Äquivalenzkette

Ich nehme nun einen Perspektivenwechsel vor. — Man darf sich die Kette von Kollektivsymbolen, das würde auch Link betonen (vgl. Link 1983, 60), nicht als bewußt eingesetztes Mittel von Politikern vorstellen, einen Sinn zu kodieren, den sie zunächst auf außer-symbolische Weise gewonnen hätten. Mindestens ist ja klar, daß diejenigen, die den Politikern *zuhören*, die Symbolik nicht erst in eine andere Sprache und Denkweise übersetzen müssen, um sie zu verstehen; umgekehrt, es dient *ihrer* Bequemlichkeit, daß »symbolisch« geredet wird. Das bedeutet aber, daß diese Teilnehmer am politischen Diskurs Sinn und Symbolik in einer Weise zusammendenken, die man mit Lévi-Strauss als »wildes Denken« bezeichnen könnte. Das ist eine Erkenntnisweise, in der ein Sachverhalt dadurch begriffen wird, daß man das ihn bezeichnende Symbol mit einem anderen vorhandenen Symbol *gleichsetzt*, das seinerseits mit einem dritten Symbol gleichgesetzt ist usw., oder umgekehrt dadurch, daß man eine vorhandene Kette gleichgesetzter Symbole um ein weiteres »gleiches« Symbol verlängert und so zur Bezeichnung gelangt. Damit in einer solchen Denkweise nicht »alles gleich« ist, werden neben diesen »Äquivalenzen« auch gewisse »Oppositionen« eingeführt: Abstände zwischen den Symbolketten, die bei den Indianervölkern durch Totems markiert und durch Mythen, die vor den schlimmen Folgen der Nichtbeachtung der Abstände warnen, geschützt werden (vgl. hierzu Lévi-Strauss 1973 und 1971, 76ff).

Wir sehen sofort, daß nicht nur die »Äquivalenzen«, sondern auch die »Oppositionen« in unserem politischen Diskurs wiederkehren; man hat Juden, Kommunisten, Homosexuelle und Verbrecher mit »Ungeziefer« gleichgesetzt, aber so wäre allein noch kein Licht aufgegangen, man mußte auch den Unterschied zwischen »Ungeziefer« und anderen, netteren Tieren kennen. Es ist aber auch evident, daß diese Erkenntnisweise, anders als bei den Indianern, in unserer Kultur nicht mehr konkurrenzlos dasteht, ja daß wir sie nicht mehr als wirklich »erkennende« Denkweise anerkennen. Diesen Terminus reservieren wir heute für die Fähigkeit, *Unbekanntes zu unterstellen* und durch *Veränderung unserer Begriffe und Theorien* zu erfassen; ein Verfahren, das nicht mit fixen Äquivalenzen und Oppositionen, sondern mit unablässiger Differenzierung arbeitet. So gesehen, zielt das »wilde Denken« weniger auf Erkenntnis als auf *Einordnung*. In ihm gibt es gar nichts Unbekanntes, dafür aber Unsymbolisiertes, auf das es manchmal stößt, und das ist ihm unerträglich genug. Früher trat dann etwa ein Rat der Clanhäuptlinge zusammen, um zu entscheiden, welche Symbolkette um einen weiteren Namen zu ergänzen sei (vgl. Lévi-Strauss 1973, 59). Eine Praxis, die unsere scientific community kaum noch pflegt. Etwas häufiger trifft man sie aber in der Politik an. Da wird fleißig in Symbolketten eingeordnet und »eingeschätzt«. Man unterstellt in der Regel nicht, daß der eigene Parteidiskurs durch den neu auftauchenden Sachverhalt widerlegbar sein könnte, sondern sucht vielmehr nach der Rubrik, unter der man es schon immer gewußt und im Grunde sogar auch schon gesagt hat.

Die Fähigkeit des »Erkennens« läßt sich weitgehend als Fähigkeit des *Fragens und Antwortens* verstehen. Hier wird der Mechanismus der Gleichsetzung durch einen Mechanismus des Austauschs von Teil und Ganzem ersetzt. Nehmen wir z.B. das Symbol »Überfluten der Dämme«. Es kann einerseits Glied einer »wilden« Symbolkette sein, von der etwa nahegelegt wird, daß die kontinuierliche Einreise von Tamilen ein solches Überfluten »ist«. ³ Andererseits kann es Glied eines Fragespiels sein; dann funktioniert es anders. Z.B. kann gefragt werden: »Wo wird der Damm überflutet?«, und geantwortet: »Bei Hamburg.« Die Antwort greift aus den Signifikanten, die zusammen den Bereich »Damm« bilden und von diesem in der Frage-Explication repräsentiert werden, einen Teil heraus. Das ist sogar der Fall, wenn die Frage nur lautet: »Überflutet der Damm?«, und die Antwort nur: »Ja.« Die Antwort sagt keineswegs das gleiche wie die Frage; deren Sinn ist umfassender, weil sie auch die Antwort »Nein« zuläßt. Diese Abweichung vom gleichen ist der Antwort offenbar deshalb möglich, weil sie auf *Gegenstandserfahrung* beruht. Man kann schon die Frage geradezu definieren als geordnetes Paar aus diesen beiden Bestandteilen, einmal dem Symbol ⁴ (näher der mehr oder weniger großen, auf irgendeine Weise geordneten oder ungeordneten Gruppe von Symbolen) und zum andern der Unterstellung, daß da noch etwas unbekannt geblieben, erst noch in Erfahrung zu bringen ist. Genau wenn diese Unterstellung fehlt, verwandelt sich die Frage in das »wilde« Symbol zurück. Natürlich werden dann auch Erfahrungen gemacht, aber nicht in der Weise, daß sie gedacht werden, sondern so, daß sie dem »wildem Denken« *zustoßen*. Der Rat der Clanhäuptlinge will immer nur ein »gleiches« Symbol hinzudenken, und doch wird es geschehen, daß sich der Symbolgebrauch infolge der Widerständigkeit des Symbolisierten *verschiebt*.

Die Differenzierungsfähigkeit des Fragespiels geht aber noch viel weiter. In ihm gehört es zu den üblichen Vorkommnissen, daß auf die erwähnten Fragen etwa auch geantwortet wird: »Der Damm wird überhaupt nicht überflutet«, bzw.: »Du scheinst nicht zu wissen, daß der Damm vorige Woche zerstört wurde.« Diese Vorkommnisse, die ich als *widersprechende Antworten* bezeichne — Antworten, die der Frage widersprechen, der sie erteilt werden —, sind schon so weit von »Gleichsetzung« entfernt, daß Logiker bereits mit ziemlich viel Fassungslosigkeit auf sie reagieren (wie die Interrogativlogik zeigt). Hier ist die Antwort kein Teil der Frage mehr, sondern eher umgekehrt die Frage ein Teil der Antwort; denn das Symbol, das der Frage jeweils zugrundeliegt, kommt auch in der Antwort vor, aber die Antwort tut noch mehr, sie *kommentiert* die Frage, weist sie zurück, tut das aus einem Horizont, der weiter ist als der der Frage. Ich füge zwei Beobachtungen hinzu, die sich ebenfalls verallgemeinern ließen. Die Zurückweisung der Frage führt nicht zu ihrer vollständigen Verwerfung, eher zu ihrer Umstrukturierung. Es wird nicht geantwortet: »Reden wir lieber über die Verschmutzung des Meeres«, oder dergleichen. Was sollte der Fragende mit einer solchen Auskunft auch anfangen? Nur wenn es bei der Anerkennung seiner Frage bleibt, was selbst bei einer Umstrukturierung der Fall ist, kann er etwas lernen. Der Antwortende wird ihn dann, das ist die zweite Beobachtung, darauf hinweisen, daß er *gleich zwei Fragen auf ein-*

mal gestellt hat, die zusammengemengt nur auf irreführende Antworten hinauslaufen können. Er wird diese Gemenge *auflösen*: »Der eine von euch hätte fragen müssen: erstens, wird der Damm überflutet, und wenn ja, zweitens, wo wird er überflutet?; der andere: erstens, ist der Damm noch da, und wenn ja, zweitens, wird er überflutet?«

Um die Bedeutung des Fragespiels auch in der Wissenschaft zu unterstreichen, muß man auf einen Punkt besonders hinweisen, der sich vor dem skizzierten Alltags-Hintergrund eigentlich von selbst versteht, den die »Interrogativlogiker« und »Problemlösungstheoretiker« aber dennoch zu übersehen pflegen. Wenn diese der Sache nach auf widersprechende Antworten stoßen, urteilen sie, es sei schlecht gefragt worden, und fangen an, über die Vermeidbarkeit schlechter Fragen nachzudenken; es soll nur »wohldefinierte Probleme« geben, die auf wahre Lösungen hinauslaufen. Aber wie soll derjenige, der von der Zerstörung des Damms noch nicht weiß, die Frage nach der Dammüberflutung vermeiden können? Das ist keineswegs eine »schlechte Frage«, auch wenn sie sich als falsch herausstellen wird. *Sie wird falsch gewesen sein*: indem die Logiker diese Dimension der Zeitlichkeit austreiben, verlassen sie selbst das Gebiet der Wahrheit. In Wahrheit ist jene Frage sowohl *unvermeidlich*, weil sie nicht mehr und nicht weniger als die Gegenstandserfahrung ins Spiel bringt, über die der Fragende verfügt, als auch *produktiv*, weil genau sie es ist, die zusammen mit der Gegenstandserfahrung zu jener widersprechenden Antwort geführt hat, die sonst ungesagt geblieben wäre. — Soll man nun annehmen, daß die *Erfahrungswissenschaft* sich vom Alltagsdenken ausgerechnet durch apriorische Fehlervermeidung unterscheidet?

Das Fragespiel im Diskurs

Die Kontrastierung von »erkennendem« und »einordnendem« Denken war zur Klärung der Begriffe notwendig. Aber natürlich war sie auch stark übertrieben. Wir müssen jetzt einen Schritt weitergehen und feststellen, daß in den tatsächlichen Fragespielen, sogar in denen der Wissenschaft, vor allem aber in denen des politischen, kulturellen und psychischen Alltags, ein »Einordnungsaspekt« enthalten ist und daß umgekehrt das »wilde« politische Denken in der Regel mit Fragespiel-Vorgängen vermischt auftritt.

Um den Ort dieser Vermischung einzukreisen, werde ich zunächst die vier möglichen Reaktionen angeben, mit denen ein Fragender, dem widersprechend geantwortet wurde, selbst wieder antworten kann. Es sei ihm also von mir eröffnet worden, seine Frage müsse in zwei Fragen aufgelöst werden. Das kann er erstens plausibel finden, weil er meine größere Gegenstandserfahrung anerkennt, und folglich auf den Standpunkt meiner Antwort überwechseln. Er kann aber zweitens bemerken, daß ich mich über die Überlegenheit meiner Erfahrung irre, und wird mich dann durch Erläuterung seiner Frage von meinem Widerspruch abzubringen versuchen. Drittens kann ich auf eine rein »scholastische« Weise widersprochen haben: nicht aufgrund von Erfahrungen, sondern durch willkürliches Begriffs-splitting. Ich bin zum Beispiel gefragt worden, ob das Auftreten der neuen sozialen Bewegungen nicht publizistisch kommentiert werden müsse, und habe geantwortet, da sei gar keine Bewegung,

denn man müsse zwischen »Bewegungen« und »Turbulenzen« unterscheiden. Hier wird der Fragende hoffentlich mit einem bösen Witz reagieren, der mich zur Raison bringt. Und nun der vierte Fall, auf den ich hinaus will: Ich bin mit meiner Antwort in ein Fragespiel geraten, das in einem Strang »wildes Denken« vertäut ist. — Ich habe geantwortet, die Frage, ob der Damm überflute, müsse aufgelöst werden; das wird nicht akzeptiert, aber aus keinem der bisher genannten Gründe. Der Fragende hält seine Vermengung von Damm-Existenz und Damm-Überflutung nicht (nur) deshalb aufrecht, weil sie von seiner bisherigen Erfahrung bestärkt wird, sondern (auch) deshalb, weil diese beiden vermengten Symbole *auch noch mit einem »dritten« Symbol vermengt sind*, das sich in der Frage zwar nicht zeigt, sie aber dennoch reguliert: wie ein Magnetpol, der außerhalb seiner selbst die Gleichgerichtetheit einer Vielzahl von Eisenspänen bewirkt. Beispielsweise mit dem Symbol seiner »Körpergrenzen« als des »Dammes seiner Subjektivität«. Ich kann ihm noch so oft sagen, daß »der Damm zerstört ist«, *dieser Damm ist noch da*, und eine ungeheure Angst — es käme darauf an, ihren Mechanismus und ihre Herkunft zu ergründen — mag dazu führen, daß der Fragende für eine Unterscheidung zwischen mehreren Arten von »Dämmen« einfach *zu blockiert* ist. — Die »dritten« Symbole sind die *Fixpunkte*, die zusammen einen Diskurs ergeben. Wenn es diesen Diskurs gibt, werden einige Fragespiele unvermeidlich in seine Gravitationszone geraten, sich überlagern und als Äquivalenzketten anordnen, während andere sich frei entfalten, weil ihre Symbole mit den Fixpunkten nichts zu tun haben, und noch andere mal flottieren, mal regredieren.

Genau in dem Maße, wie unsere Fragespiele derart »blockiert« sind, pflegen wir das gleichsetzende, einordnende, »wilde« Denken. Links Symbol-Gitter zeigen zumindest einen seiner Aspekte auf. Aber, um nun den Gedankengang umzukehren, diese Gitter werden nicht als solche gedacht und fortgesponnen, sondern ihre Wirkung dürfte darin liegen, daß sie sich *in das Fragen einmischen*, das sich von ihnen zu emanzipieren sucht, und es zurückholen. Denn fragen können wir alle, selbst wenn wir noch so reaktionär oder neurotisch sind. Selbst unsere »wildesten« Aussagen kommen meistens nicht durch Gleichsetzungsprozesse aus anderen Aussagen hervor wie bei den Indianern, sondern sind differenzierende Antworten, die gleichsam mit einer inneren Kinderlähmung im Kampf liegen. Ein weniger unglücklich Fragender kann mit ihnen ins Gespräch eintreten. »Überfluten die Asylanten nicht die Dämme unserer Demokratie?« frage ich zum Beispiel oder gebe gleich selbst die bejahende Antwort und konfrontiere meine Freundin mit der entsprechenden Aussage, damit sie mich unterstützt. Ein »wilde« Symbolkette liegt meiner Frage zugrunde; der Damm-Code setzt Körper-, Meer- und Demokratiegrenze gleich; aber es ist dennoch eine Frage. Meine Freundin hat mehrere Möglichkeiten, mich von meiner Aggression gegen Asylanten abzubringen. Weil ich trotz allem *gefragt* habe, kann ihr das sogar gelingen, ohne daß sie meine Fixierungen antastet, indem sie z.B. sagt: »Unsere Dämme sind dazu viel zu stark«, oder: »Von dem bißchen Wasserschwappen werden wir nicht gleich ertrinken.« Einen Bororo-Indianer könnte man so nicht beirren. Aber weil ich ihr den kleinen Finger der Frage gereicht habe, kann sie sogar noch weitergehen und mir

ihrerseits die ganze Hand einer Antwort reichen, die auf *Zerstörung* meiner Fixierungen hinausläuft.⁵ — Damit sind wir bereits mitten in der Erörterung von »Diskurstaktiken«.

Diskurstaktiken

Es kann zunächst festgestellt werden, daß sich Jürgen Links Diskurstaktiken auf die Möglichkeiten, die in den beiden zuletzt genannten Antworten stecken, *reduzieren* lassen; er würde die eine als pathetisch, die andere als ironisch bezeichnen⁶; ein Äquivalent für Fixpunkt-Zerstörung und widersprechende Antwort ist jedenfalls als Begriff nicht vorhanden. Und es ist jedenfalls in seinem Modell-Kapitel »mögliche taktiken beim gebrauch des sysyokolls« (d.h. des Systems synchroner Kollektivsymbole; 1982, 15), in dem es um Reaktionen auf den Satz: »die pfeiler unserer wirtschaft können die last all der parasiten im sozialen netz nicht mehr tragen« geht, eine Reaktion folgender Art nicht verzeichnet: »Verstehen Sie unter einem Parasiten jemanden, der Leistungen in Anspruch nimmt, oder jemanden, der Leistungen *unberechtigt* in Anspruch nimmt?«

Link geht, wie gesagt, vom Übersetzungsproblem aus; es reicht nicht, das Wahre zu sagen, man muß es auch zu Gehör bringen können. Aber die Sprache derer, die uns zuhören sollen, ist von der unseren *abgespalten*. Deshalb, schließt Link, müssen wir Mittel einsetzen, »die gegen die isolierung der single-subjekte, gegen abkapselungen und abschottungen (apartheit) verschiedener praxisarten wirksam sind, d.h. gegen das 'happich nix mit zu tun', 'hatta mit nix zu tun'« (18). So kann er das Übersetzungsproblem präzisieren: es besteht darin, daß eine allzu »putschartige grenzüberschreitung« zwischen der eigenen und der fremden Sprache zu nichts führt (ebd.) — sie wird von den Adressaten »gar nicht inhaltlich«, sondern »nur als fundamentaler Oppositionsgestus aufgenommen« (1983, 60). Und die Lösung des Problems besteht darin, »daß vor allen künftigen versuchen, apartheiten zu überwinden, zuerst die konkreten anschlusspunkte an der 'grenze' von praxisbereichen herausgetüftelt werden müßten« (1982, 18).

So weit, so gut. Nun eignet sich Links Ansatz aber nur dazu, Anschlusspunkte »durch symbolketten« zu bilden (ebd.). D.h., den herrschenden Symbolketten, die jene Spaltungen und falschen Äquivalenzen hervorrufen, schlägt er vor, mit *alternativen* Ketten zu begegnen, die andere Äquivalenzen und andere Oppositionen bilden, dabei aber an die herrschenden Ketten insofern anschließen, als sie deren Kettenglieder aufgreifen — denn »einzelne symbole sind in der regel weder besonders schädlich noch besonders nützlich« (ebd.). Z.B. soll das Maschinensymbol beibehalten, wenn auch anders angeordnet werden. Man bildet die Opposition »dumme, brutale destruktionsmaschinen vs. intelligente, leichte, raffinierte bastel-tüftel-maschinen (vgl. deleuze/guattari)« (19) und verfügt auf diese Weise über einen Code, der das Gespräch mit Arbeitern über Ökologie erleichtert, weil sich zur Tüftel-Maschine das Fahrrad und zum Fahrrad die Natur hinzugesellen und zugleich zur Natur die Destruktionsmaschine in Opposition bringen läßt.

Nur: mit welchem Recht bilden wir gerade diese Opposition und keine ande-

re? Zufällig handelt es sich zwar um eine, der ich zustimme, weil ich sie für wahr halte. Aber mit Links Verfahren könnte jede beliebige Opposition gebildet werden, z.B. »langweilige, weibische, simple Friedensmaschine vs. aufregende, männliche, raffinierte Kriegsmaschine« oder »altmodische, laute, evangelische Arbeitermaschine vs. fortschrittliche, geräuscharme, katholische Angestelltenmaschine«. Dies ist noch kein Einwand; es bedeutet zunächst nur, daß Links Verfahren erst eingesetzt werden kann, wenn wir *erkannt* haben, welches die Botschaft ist, die wir in den politischen Diskurs einbringen wollen; und Link beansprucht ja nichts anderes, als die Lücke zwischen wahrer und verständlicher Botschaft zu schließen. Es bedeutet aber auch, daß das Nichtvorhandensein der widersprechenden Antwort unter Links Diskurstaktiken kein Zufall ist. Denn die Art von Umstrukturierung der herrschenden Symbolketten, die Link vorführt, abstrahiert gänzlich von jener *Gegenstandserfahrung*, die das Kriterium war, um die widersprechende von der »scholastischen« Antwort zu unterscheiden, und wäre daher selbst scholastisch zu nennen, wollte man sie als Antwort begreifen. Die Gegenstandserfahrung liegt außerhalb der alternativen Symbolketten-Konstruktion; sie ist ihr, hoffentlich, vorausgesetzt; sie kann nicht zugleich in ihrem Innern auftreten, einen Typ von Diskurstaktik neben anderen definieren.

D.h., wir finden eine *Trennung von politischer Erkenntnis und politischer Technik*, die zu *rein technischen Ratschlägen* für die politische Gesprächsführung führt. Also zu einer Art von *Instrumentalismus*, der, wie immer, problematisch ist, weil er sich über die Neutralität des »Instruments« täuscht. Also doch ein Einwand. Denn was ist diese alternative Linksche Technik? Es ist ein *alternatives »wildes« Denken*. Link sieht davon ab, daß nicht nur die »Inhalte« des politischen Diskurses schädlich sind, sondern auch seine »Form«.

Können wir wirklich nicht anders gegen die archaischen Politikprozesse ankämpfen, deren Gefährlichkeit heute so sehr auf der Hand liegt, als indem wir ihre Regeln akzeptieren? Ist das die einzig mögliche Antwort auf Links sehr berechtigte Frage nach »Anschlußpunkten«? Ich glaube das nicht. Man kann doch den Fehler der kommunistischen Gruppen der 70er Jahre auch so beschreiben, daß sie es versäumt haben, auf die *Fragen* einzugehen, mit denen die verschiedenen Bevölkerungsgruppen ihre jeweilige politische Wirklichkeit begriffen haben. Denn, wie gesagt, die Menschen denken nicht ausschließlich in Symbolketten, vielmehr bilden diese einen harten Kern in ihren *Fragespielen*. Aus einer solchen Sicht würde folgen, daß man nicht nach möglichst nahe anschließenden und doch anderen Symbolketten sucht, sondern vielmehr ganz schlicht nach *Antworten*. Antworten sind die Anschlußpunkte par excellence. Werden Antworten nur dann verstanden, wenn man sie in die Form von Symbolen bringt, die dem herrschenden Diskurs entlehnt sind? Ich wage das zu bezweifeln, und ich stelle fest, daß diese Frage sich im Rahmen von Links Ansatz gar nicht aufwerfen läßt, da er nur zwischen Symbolen und wahren Aussagen, aber nicht zwischen wahren Aussagen und wahren Antworten unterscheidet. Meinerseits würde ich vermuten, erstens daß wahre Aussagen auch dann Gehör finden können, wenn sie sich zwar außerhalb des »sysykol« bewegen, dafür aber auf massenhaft vorhandene Fragen antworten, und zweitens daß eine

Antwort durch Symbolisierung (hier: bildliche Veranschaulichung) zwar immer an Verständlichkeit gewinnen wird, dies aber auch dann, wenn dafür ein ganz neues Symbol erfunden wird (wie wir das, auf anderer Ebene, in den modernen Künsten erleben). Diese beiden Vermutungen müßten sich empirisch überprüfen lassen.

Es ist Link nun aber zuzugestehen, daß es Situationen gibt, in denen man sich unvermeidlich auf das Spiel der Massenbeeinflussung durch Symbolketten einlassen muß. Das hängt mit dem *Faktor Zeit in der Politik* zusammen. Man kann niemals alles auf einmal verändern, und es wäre verrückt, z.B. die Weltkriegs-Vorbereitung nicht auch bei denen entschlossen zu diskreditieren, an deren Denk-Regression wir noch für lange Zeit nicht herankommen. Für diese Situationen, die vielleicht sogar, leider, in der politischen Wirklichkeit überwiegen, behält Links Ansatz seinen ganzen Wert, wie es auch ohnehin wichtig bleibt, daß er die diskursiven Fixierungen in den Fragespielen unserer Gesprächspartner zu analysieren beginnt, auf deren Auflösung die widersprechende Antwort zielt. Aber man darf erstens schon heute nicht vergessen, was der Preis ist: wenn unsere Botschaft etwas taugt, wird sie kaum ohne Verstümmelung in das Pokrustesbett einer Äquivalenzkette passen, ob diese nun »alternativ« ist oder nicht. Und zweitens sollten wir den Faktor Zeit dann auch zu *Ende denken*. In der politischen Entwicklung treten in Abständen, die man fast für regelmäßig halten könnte, revolutionäre Situationen auf (die manchmal durch Kriege substituiert werden), wie zuletzt der Mai '68. Trotzki hat sie definiert als Zeiten, in denen die Massen besonders schnell lernen, und daraus das Rasen der Ereignisse erklärt, das die Revolution aus zu großer Entfernung wie eine reine historische Diskontinuität erscheinen läßt. Man werfe einen Blick auf den Kalender! Wie werden wir mit den Leuten reden, wenn sie lernwilliger sind als heute? Ich glaube nicht, daß wir sie mit Symbolketten abspeisen können. Wir müssen dann selbst lernwilliger sein.

Anmerkungen

- 1 Es handelt sich, genau genommen, um den in sich abgeschlossenen ersten Teil dieses Projekts mit dem Titel »Die Regeln der Entdeckung« (Argument-Sonderband AS 137). Im nächsten Jahr erscheint der zweite Teil: »Die Entmachtung des Diskurses. Versuch über Galilei« (Argument-Sonderband AS 147).
- 2 Die sehr brauchbare Konzeption, die ich auf dieser folgenden Seite skizziere, gibt den konzeptionellen Rahmen der »kultuRRevolution« ab, einer »zeitschrift für angewandte diskurstheorie«, die sich mit theoretischen Beiträgen und praktischen Materialien, z.B. Unterrichtseinheiten, an im Kulturbereich Arbeitende wendet.
- 3 Es wäre verharmlosend, solche Gleichsetzungen als »Metaphern« im Sinne der antiken Rhetorik aufzufassen, d.h. als abgekürzte Vergleiche, bei deren Gebrauch man etwa im Kopf auseinanderhielte, in welcher Hinsicht die Tamilen dem Wasser gleichen und in welcher nicht. Die rhetorische Sichtweise ist bereits Rationalisierung und versuchte Instrumentalisierung des »wildes Denkens« in einer Perspektive, die mit Teil und Ganzem operiert. (Vgl. hierzu auch Lacan 1978, 298f.) — In Links Sprache werden als Metaphern die Elemente bezeichnet, aus denen sich ein Kollektivsymbol zusammensetzt (1982, 9). Außerdem unterscheidet er zwischen metaphorischen und »repräsentativen« (d.h. synekdocheischen) Kollektivsymbolen: erstere sind Übertragungen zwischen sehr verschiedenen Erfahrungsbereichen (wie Wasser und Tamilen), letztere zwischen einem Erfahrungsbereich und seinem

eigenen Teil (Beispiel: Zimmermanns Katalysatorautopolitik wird karikiert als Katalysatorautounfall)

- 4 Ich nehme hier eine Ausweitung des Symbolbegriffs vor. Da es zwar zwischen dem Sprechen und seinem Gegenstand eine Trennung gibt, nicht aber zwischen Bezeichnung und Sinn, Signifikant und Signifikat — denn um den Sinn einer Bezeichnung zu denken, kann ich nichts anderes tun, als auf eine andere Bezeichnung zu rekurrieren —, gibt es auch ebensowenig eine Trennung zwischen bildfähigen und bilderläuterungsfähigen Ausdrücken im Symbolgebrauch; ein Signifikant kann mal in der einen, mal in der anderen Position sein. Nun ist es so, daß Link Symbolverhältnisse mit empirisch relativ festen Positionen untersucht (Überflutung wird immer wieder auf der Bildseite politischer Argumentationen angegriffen), während ich die Auflösbarkeit jeder Positions-Fixierung unterstreiche (z.B. die Umkehrbarkeit; jederzeit kann jemand sagen: »Das Wasser überflutet den Hamburger Damm, als wenn es aus den Tamilen bestünde, die gestern das Asylbüro überfüllt haben.«). Damit komme ich letztlich zu einer Identifizierung von »Symbol« und »Signifikant«.
- 5 Für die Zerstörung von Fixpunkten in Fragespielen gibt es in der Literatur eine Reihe von Modellen, die stets auf einen Zusammenhang von Eros, Widerspruch und Tod hinauslaufen. Fragespiele sind also keineswegs Spielereien. Man denke an die unglückliche Liebe von »Alkibiades«, der in Platons Legende die Sophisten verkörpert, zu Sokrates; wie man weiß, bezahlt dieser, weil er zwar wiederliebt, aber auf unerwartete Weise, mit dem Schierlingsbecher. Ähnliches passiert Carmen mit Don José.
- 6 Vgl. Link 1982, 15, Abschnitt IVc, Nr. 8 und 9; außerdem kultuRRRevolution 8, 1985 mit dem Hefttitel »pathos und ironie«. Ich kann Links Wertschätzung der Ironie nicht teilen, weil ich sie letztlich für perspektivlos halte. Daß eine ironische Diskurstaktik die vom herrschenden Diskurs gesetzten Kommunikationsregeln noch nicht antastet, ließe sich auch durch Rekurs auf die rhetorische Herkunft des Begriffs zeigen: Ironie, Verwendung des Vokabulars der Gegenpartei, ist ganz und gar an das juristische Modell gebunden, in dem immer schon vorab entschieden ist, daß die Gerichtsparteien nicht zu erkennen, sondern zu täuschen, daher die Gesetze nicht zu verändern, sondern auszunutzen versuchen. — Dieser Einwand ließe sich übrigens auch gegen Modevokabeln wie die »Metonymie« erheben. Man schreibt ihr in gewissen Kreisen so viel Authentizität zu, während man der Wissenschaftslogik vorwirft, daß sie der Gerichtspraxis entstamme; dabei tut sie selbst nichts anderes.

Literaturverzeichnis

- Lacan, Jacques, 1978: Freuds technische Schriften (Seminar I). Olten und Freiburg i. Br.
 Lévi-Strauss, Claude, 1971: Das Rohe und das Gekochte. Frankfurt/M.
 Lévi-Strauss, Claude, 1973: Das wilde Denken. Frankfurt/M.
 Link, Jürgen, 1982: Kollektivsymbolik und Mediendiskurse. Zur aktuellen Frage, wie subjektive Aufrüstung funktioniert. In: kultuRRRevolution 1, 6-20
 Link, Jürgen, 1983: Was ist und was bringt Diskurstaktik. In: kultuRRRevolution 2, 60-63

Volker Schurig

Evolution und die feministischen Mythen von Überfluß und Wohlwollen*

Die biologische Evolutionstheorie¹ ist, trotz der ihr von Kritikern gern unterstellten Mythenbildung, eine *empirische* Theorie, deren Fakten und Erklärungen gerade das Ende jeder Art von Naturmythologie bedeuten. Diese bis heute ungebrochene, allerdings immer wieder aus verschiedenen Perspektiven heftig bekämpfte Aufklärungsfunktion sollte der Leser im Blick behalten, wenn er in dem Aufsatz von Averill und Gross Grundideen und -begriffe der Evolutionstheorie unter der Rubrik »Mythen« klassifiziert wiederfindet, obwohl sie von Darwin mit dem Anspruch einer *wissenschaftlichen Erklärung* der Artbildung diskutiert wurden. Tatsächlich ist die vermeintliche Mythenbildung der Evolutionstheorie häufig nichts anderes als der Versuch, eigene, vermeintlich neue Mythen des Naturverständnisses vorzutragen. Phantasien von Reichtum und Fülle in der Natur finden sich von der Schöpfungsmythologie bis in utopische Sozialismusvorstellungen, immer mit dem Ziel, die »Mühseligen und Beladenen« für die Zukunft zu mobilisieren. Aufgabe der von den Autoren als »feministische Perspektive« der Evolution bezeichneten Verfahrensweise sei es, die bestehenden patriarchalischen Naturbegriffe Knappheit und Konkurrenz nicht etwa in ihrem Erklärungswert zu überprüfen, sondern vielmehr ein überlegenes Naturbild als Überfluß und Fürsorge zu entwerfen, das mit der sozialen Wirklichkeit von Frauen, die tatsächlich als »Heim und Familie« bestimmt wird (208), vereinbar sei. Quasi nebenbei wird auch die Objektivität der Naturerkenntnis als Teil eines männlichen Herrschaftsparadigmas kritisiert (214), mit für die inhaltliche Argumentation verheerenden Folgen. Gegenstand evolutionstheoretischer Begriffe ist hier nicht die lebende Natur und ihre Gesetzmäßigkeiten, sondern die gesellschaftliche Selbsterfahrung sozialer Gruppen, die auf die Natur projiziert werden, um das »nüchtern« Naturverständnis zu korrigieren, was das Naturbild vielleicht interessanter macht, aber leider nicht richtiger. Die intuitive Parteinahme für das Überflußmodell ist vor allem deshalb so einfach, weil es »gut« ist. In einigen ihrer Aussagen befinden sich Averill und Gross nach der Aufgabe der Objektivität von Naturerkenntnis folgerichtig vor der Postulierung eines neuen Schöpfungsmythos: »Die herrschende Wissenschaftsideologie erlaubt es anzunehmen, daß es keine bewußten, lenkenden Instanzen gibt, sondern nur materielle Ursachen« (214), was nicht etwa als Erfolg betrachtet wird, sondern als Aufforderung, wieder einmal ein teleologisches Naturbild zu konstruieren. In der Tat sind mit der Aufstellung der Evolutionstheorie alle »bewußt lenkenden Instanzen«, seien es die Götter selbst, Entelechien oder auch nur Bewußtseinsfaktoren, für die Erklärung der Artbildung überflüssig geworden: sie wurden als Anthropomorphismen und Ideologismen enttarnt. Auf der Grundlage ihrer psycho-lamarckistischen Annahmen bezweifeln Averill und Gross die Zufälligkeit von Mutationen ebenso (und stellen sie in die Nähe des »Chaos«) wie die Existenz der natürlichen Auslese, die zur »Konkurrenz« verkürzt und zu einem patriarchalischen Schlüsselbegriff stilisiert wird, der nur deshalb eingeführt wurde, um eine männliche Ordnung, die zugleich Herrschaft und Hierarchie ist, gegenüber der Natur und den Frauen unterzubringen.² Die Gegenperspektive ist so einfach wie einleuchtend: das herrschende (männliche) Naturbild wird einfach auf den Kopf gestellt, jede einzelne naturwissenschaftliche Kategorie einfach »umgedreht«. An die Stelle der Knappheit tritt der Überfluß, die Konkurrenz wird zu einer »Logik der Auswahl des Männchens durch das Weibchen«, wofür — eine Ausnahme in dem Auf-

* Diskussionsbeitrag zu: Averill, Mary Beth, und Michael Gross, 1985: Evolution und patriarchale Mythen von Knappheit und Konkurrenz, in: *Das Argument* 150, 204-218.

satz — tatsächlich ein empirisches Beispiel angeführt wird, dessen Überzeugungskraft dem Leser überlassen werden muß. So sollen unter den »höheren Primaten« die Weibchen ihre Partner wählen, und zwar genau nicht die Aggressivsten und Kräftigsten. »Sofern die Weibchen die genetische Entwicklung der Art bestimmen, scheinen sie nicht Kampfgeist, sondern Weisheit zu wählen.« (215)³

Das mythologische Verständnis der Evolution erlaubt immerhin — wie in zahlreichen Märchen — eine klare Gegenüberstellung von Gut und Böse, von Überfluß und Mangel, der die Quelle alles Bösen ist. Das System des Guten wird dabei von den Autoren mit Begriffen wie »harmonische Koexistenz«, »Fülle«, »Kooperation« umschrieben, die sich über die »Logik der Wahl des Weibchens« durchsetzt, die eben keine Auswahl des Besten, sondern des Klügsten ist und damit ein Selbstbewußtsein als Entwicklungsfaktor antizipiert, das in seiner »Intentionalität« und »Bewußtheit« die eigentliche Evolutionsrichtung bestimmt. Die Mächte des Bösen sind die aus dem Mangel abgeleitete »nackte« Konkurrenz, die zur Herrschaft der Tauglichsten führt und sich allgemein in der objektivistischen Terminologie der Evolutionstheorie verfestigt hat.

Die Autoren gehen leider nicht auf den ideengeschichtlichen Ursprung ihres Überflußmythos ein, der bereits in der Theologie unter dem Oberbegriff »Paradies« in verschiedener Weise plastisch ausgemalt wurde. Nur die paradiesische Überflußgesellschaft ermöglicht die von Averill und Gross geforderten feministischen Grundwerte wie Toleranz, Wohlwollen und Fürsorge, da alles in Fülle vorhanden ist und eine Grundforderung der Autoren erfüllt wird: »Die Natur zu lieben bedeutet nicht, sie zu verändern ...« (218) Der Prozeß der Naturaneignung als Arbeit ist deshalb natürlich kein Thema. Nur gelegentlich werden die tieferen Zusammenhänge zwischen dem theologischen Naturbild des Garten Eden und dem feministischen Naturbild als Überfluß deutlich, z.B. wenn die Autoren die Evolution direkt als »Schöpfung« verstehen oder die berechnete Frage stellen: »Glauben Sie an Wunder?« Die Ideengeschichte des Naturbildes »Paradies« ist für das feministische Naturverständnis insofern nicht unwesentlich, da mit dem Mythos des Sündenfalls gerade auch Eva's die Herrschaft über die Natur mit der Beschreibung als »Kampf«, »Konkurrenz« und »Hierarchie« einsetzt, die zur Ausplünderung und schließlich zur »Vergewaltigung« der Natur führt. Die saubere Trennung von Gut und Böse, die mit dem Gegensatz von feministischem und patriarchalischem Naturbild gezeichnet wird, kann selbst wieder nur ideologiekritisch überwunden werden. Die Projektion von Überfluß und Mangel auf das Frau-Mann-Verhältnis verschleiert in besonders raffinierter Form ihre gemeinsame Abhängigkeit von den echten Konkurrenzverhältnissen der bürgerlichen Gesellschaft. Der Publikation von Überflußmodellen in einer Zeit, wo Millionen Menschen jährlich verhungern, ist deshalb mit berechtigtem Mißtrauen zu begegnen, da sie im günstigsten Fall dem Romantizismus einer »Heim und Familie«-Ideologie kleinbürgerlicher Provenienz entspringen. Warum ausgerechnet Frauen, die ständig um ihre Gleichberechtigung und mit Mangelsituationen kämpfen, ideologische Träger einer »feministischen« Überflußvorstellung sind, bleibt das eigentliche Geheimnis der Evolutionsverklärung von Averill und Gross.

Wenn man hinter der bemerkenswerten Kombination von Subjektivismus und Voluntarismus, von Utopie und Feminismus genauer die Verbindung derartiger Mythen zur Evolutionstheorie überprüft, bleibt als harter Kern ein System von Fehlern und Entstellungen z.B. der Theorie Darwins, der von Averill und Gross auch noch als »Nutznießer des britischen Imperialismus« apostrophiert wird, ein Prädikat, das man für Marx bisher noch nicht gedruckt hat. Günstig wäre z.B. die Analyse der Aussage: »Er [Darwin, V.S.] überprüfte und verwarf die Lamarcksche Annahme, daß die Fähigkeiten, die ein Individuum im Laufe seines Lebens entwickelt, an die nächste Generation vererbt würden (Vererbung erworbener Merkmale)« (206), anhand der Originalliteratur »Die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl«. Darwin argumentiert hier gerade über

weite Strecken noch lamarckistisch (z.B. bei der Erklärung komplexer Instinkte und Verhaltensanpassungen), da er viele Anpassungen nicht selektionstheoretisch erklären kann. Erst ca. dreißig Jahre später hat Weismann die universelle Gültigkeit des Selektionsprinzips postuliert und damit die Methodologie des Neodarwinismus begründet. Eine systematische Widerlegung derartiger Fehler ist schon deshalb unmöglich, da sie sich praktisch in jedem Satz des Artikels und hier wieder auf mehreren Ebenen nachweisen lassen.⁴ Es kann hier deshalb nur auf zwei allgemeinere Mechanismen der »Umdrehung« auf der Begriffsebene hingewiesen werden.

Einmal werden bei Darwin und ausgewählten Autoren diejenigen Aussagen herausgegriffen, in denen von »Kampf« und »Konkurrenz« gesprochen wird und die am Beispiel des gesellschaftlichen Sozialverhaltens demonstriert werden. Historisch ist die Evolutionstheorie unbestritten dadurch entstanden, daß Strukturmerkmale bürgerlicher Warengesellschaften in der Natur in analoger Weise entdeckt wurden, so daß »Kampf« oder der »Kampf ums Dasein« historische Anthropomorphismen sind und auch gegenwärtig häufig aus didaktischen Gründen als Analogiebeispiele zur Veranschaulichung der natürlichen Auslese dienen. Grundsätzlich gilt, daß »Kampf« ebenso wie »Konkurrenz« primär *gesellschaftliche Begriffe* sind, die bei einer unreflektierten Übertragung auf Naturprozesse *unwissenschaftlich* werden. Darwin hat deshalb biologische Begriffe (»natürliche Zuchtwahlen«, »Auslese«, »Selektion«) gebildet, die umgekehrt bei einer Anwendung auf das Sozialverhalten (z.B. im Sozialdarwinismus) dasselbe Prädikat verdienen. Einer der Tricks von Averill und Gross besteht darin, daß sie genau diese objektiven naturwissenschaftlichen Termini in Anführungszeichen setzen, um den Anthropomorphismus »Konkurrenzkampf« als vermeintliche Grundkategorie der Evolutionstheorie darzustellen. Ein Blick des Lesers in aktuelle deutschsprachige biologische Lehrbücher kann ihn vom gegenteiligen Standard überzeugen: »Konkurrenz« ist vor allem eine anthropomorphe Metapher, die entweder in Anführungszeichen oder in einem eindeutig naturwissenschaftlichen Kontext (z.B. als inter- oder intraspezifische Konkurrenz) verwendet wird, *Selektion* der naturwissenschaftliche Terminus. Einige Lehrbücher verwenden den Konkurrenzbegriff überhaupt nicht, z.B. Timofeeff-Ressovsky u.a.. Das didaktische Verhältnis von gesellschaftlich anthropomorpher und wissenschaftlicher Beschreibung hat bereits Darwin an folgendem Beispiel klargemacht, das von Averill und Gross zwar zitiert, offensichtlich jedoch nicht verstanden wird: »Aber man kann auch sagen, eine Pflanze kämpft am Rande der Wüste mit der Dürre ums Dasein, obwohl man das ebensogut ausdrücken könnte: sie hängt von der Feuchtigkeit ab.« (208) Während die naturwissenschaftliche Begriffsbildung seit Darwin ihre Objektivität mit einer systematischen Unterscheidung von Natur- und Gesellschaftsbegriffen immer weiter präzisiert, benutzt der feministische Ansatz das umgekehrte Verfahren: Evolutionsbegriffe werden bewußt anthropomorphisiert, um die eigene Bewußtseinsperspektive der »Fülle« schließlich sogar als »Evolutionstheorie« auszugeben.⁵ Dabei ärgert Averill und Gross besonders die »knausrige Sparsamkeit« der Natur. Ihr Kommentar: »In der patriarchalen Kultur blieb das Bewußtsein vom Mangel die einzige Bremse für ungezügelter Ausbeutung natürlicher Ressourcen ...« Sie stellen sich ernsthaft die Frage: »Wenn wir in der Natur nicht Knappheit, sondern Fülle vorfinden, warum müssen wir sie dann erhalten?« (217) Als Nutznießer der amerikanischen Mittelstandsgesellschaft bleibt den Autoren offenbar verborgen, daß ihr »Bewußtsein vom Überfluß« nichts anderes ist als der ideologische Reflex der Wohlstandsseite der Kapitalakkumulation.

Der beklagte Mangel der lebenden Natur ist kein Ersatz für die Diskussion gesellschaftlicher Strukturprobleme. Die gesellschaftliche Spezifik des Menschen ist lediglich ein subjektiver, historisch verschieden eingestellter Filter, der den Blick für Naturgesetzmäßigkeiten schärfen kann. »Überfluß« und »Fülle« z.B. in der Zahl von Millionen Nachkommen von einem Elternpaar einer Art (etwa bei Insekten oder Fischen) ist dabei

ein Moment, um die Arterhaltung zu sichern, da trotz der Menge nur ein oder zwei Individuen überleben.⁶ Überflußvorstellungen haben in der Geschichte der Evolutionstheorie vor allem deshalb nie eine Rolle gespielt, da durch sie selbst einfachste Sachverhalte wie das Aussterben einer Art weder verstanden noch erklärt werden können. Eine logische Konsequenz von Fülle und Überfluß wäre ja gerade, daß alles bleibt, wie es ist, nichts entsteht und keine Art ausstirbt. Averill und Gross schlagen deshalb auch konsequenterweise vor, die lästige Höherentwicklung in der Evolution der Organismen durch ein richtungsloses oder zumindest zyklisches Evolutionsmodell abzulösen, dessen genaue Darstellung dem Leser allerdings erspart bleibt.

Erkenntnistheoretisch ist die Evolutionstheorie ein empirisch-induktives Satzsystem, das durch die Analyse der lebenden Natur theoretisch gespeist wird, wobei aber auch die wechselnde subjektive Historizität des Erkenntnissubjektes ein wichtiger Ideen- und Problemlieferant sein kann.⁷ Aus dieser Sicht ist es eine interessante Aufgabe zu überprüfen, inwieweit der Feminismus kreative Forschungsperspektiven eröffnet. Das paradoxe Niveau des Aufsatzes von Averill und Gross zeigt sich vielleicht am überzeugendsten darin, daß die Autoren ihrem eigenen Anspruch in einem nicht unerheblichen Maße selbst im Wege stehen. Bereits der erste Satz des Artikels läßt sich z.B. zugleich auch als ein antifeministisches Postulat lesen: »Die Natur der biologischen Wissenschaft ist eine männliche Welt, gekennzeichnet aus den Visionen und Haltungen, die den Imaginationen und Lebenserfahrungen männlicher Forscher entspringen.« (204) In der Geschichte der Biologie haben seit Hildegard von Bingen (1098-1179) Frauen in der Forschung auf unterschiedlichen Gebieten häufig eine wichtige Rolle gespielt, die erst zu untersuchen wäre, ehe man derartige Dogmen niederschreibt. Der zitierte Satz ist nicht nur wissenschaftshistorisch verblüffend einfach, sondern auch inhaltlich insofern typisch »patriarchalisch«, da er die Existenz von Frauen in der Naturwissenschaft per definitionem nicht zur Kenntnis nimmt, ihnen zumindest aber keine Bedeutung beimißt. Eine subtilere Fragestellung wäre dann bereits z.B., warum die Biologen — »Apologeten des Patriarchats« — ihre vermeintlich männliche Naturvorstellung in auffälliger Häufigkeit in weiblichen Begriffen formulieren: es ist nicht nur *die* Natur, welche untersucht wird, sondern auch *die* Evolution, Mutation, Selektion, Anpassung, Umwelt usw., ja sogar *die* Knappheit und Konkurrenz. Die »männliche Welt« ist semantisch weiblich. Die Forderung, Fragen des Heimes, der Haushaltsführung und Haushaltstechnologie in Ökologie und Evolutionstheorie zu berücksichtigen, ist bereits hundert Jahre vor der Entstehung des Feminismus realisiert worden. Das griechische Wort »oikos« bedeutet Haus, Haushalt, im weiteren Sinn auch sparsames Wirtschaften. Haeckel leitete 1866 in der »Generellen Morphologie« aus dem oikos-Begriff die Wissenschaftsbezeichnung »Oecologie« ab und definierte sie als *Lehre vom »Haushalt der Natur«*. Diese wenigen Beispiele zeigen, daß feministische Forschungsansätze, wenn sie nicht als ideologisches Wortgeklänge betrieben werden, einen hochproduktiven Kernbereich besitzen. Die gesellschaftliche Subjektivität ist auch im naturwissenschaftlichen Erkenntnisbereich eine vielschichtige Struktur, dessen frauenspezifische Komponente kaum wirklich untersucht ist. Der Aspekt frauenspezifischer Sozialisation und Psychologie ist aber nicht nur eine Bereicherung der Erkenntnistheorie und Geschichte der Biologie, sondern kann auch in der Empirie konstruktiv angewendet werden, indem er verstärkt den Blick auf die Selektionsstrategie von Weibchen im Fortpflanzungsverhalten richtet. Ein Beispiel ist etwa der in Südostasien lebende Wasserfasan (*Hydrophasianus chirurgus*). Bei dieser Art lockt das Männchen balzend das Weibchen herbei, das dann vier Eier legt, aber weder zu dem Nest, den Jungvögeln noch dem Männchen eine dauernde Bindung besitzt, sondern sich vielmehr von zwei bis drei anderen Männchen anwerben läßt, denen es ebenfalls ein Gelege beschert. Wenn das Männchen nach ca. drei Wochen mit dem Brüten und der Jungenführung fertig ist, balzt es erneut und übernimmt von dem Weibchen

wiederum ein Gelege. Dem Weibchen gelingt es — allerdings nicht durch »Weisheit« — im Laufe einer Brutzeit, bis zu zehn Gelege mit etwa vierzig Eiern zu liefern. Diese wirk-same Fortpflanzungsstrategie ist durch den Lebensraum des Wasserfasans begründet, da durch wechselnde Wasserstände bis zu einem Drittel der Bruten vernichtet wird. Dieses Beispiel zeigt, daß es in der Evolution keine »Geschlechterrollen« gibt, sondern sich je-weils die *Fortpflanzungsstrategie* durchsetzt, welche für die *Arterhaltung* am optimal-ten ist. Dabei können weibliche und männliche Tiere ganz unterschiedliche Funktionen über-nehmen, so daß schon aus diesen Gründen der Projektion der sozialen Rolle von Frau/Mann auf die Natur enge Grenzen gesetzt sind.

Der genaue Blick auf die unterschiedlichsten Fortpflanzungsstrategien der einzelnen Arten ist vielleicht der wichtigste Punkt, der das feministische Interesse fesseln kann und einen Zugang zu den Problemen empirischer Naturforschung eröffnet.

Anmerkungen

- 1 Es gibt nicht, wie auf der Umschlagseite von *Argument* 150 angekündigt, mehrere Evolutionstheorien, sondern nur ein Aussagensystem, das aus verschiedenen Teiltheorien (z.B. Deszendenztheorie, Arttheorie, Mutationstheorie, Selektionstheorie) besteht.
- 2 Dem Hinweis von Barbara Nemitz im Editorial von *Argument* 150 auf die schillernde Bedeutung des Originalbegriffs »competition« ist zuzustimmen. Die Invarianz der evolutionstheoretischen Terminologie gegenüber dem (kapitalistischen) Konkurrenzbegriff und dem (sozialistischen) Wettbewerb zeigt sich darin, daß weder der eine noch der andere Begriff die Bedeutung der natürlichen Zuchtwahl hinreichend genau erfaßt, wie dieser umgekehrt als »Selektion« von der gesellschaftlich-historischen Spezifik abstrahiert.
- 3 Der zitierte Satz ist außerdem durch und durch lamarckistisch. Die genetische Entwicklung einer Art wird weder von weiblichen noch von männlichen Tieren bestimmt, sondern von der Umwelt.
- 4 Gleiches gilt für die im Editorial zitierte Passage von Bonik und Gutman. Entscheidend bei Darwin und Wallace sind z.B. genau nicht die »Prämissen«, sondern die Fakten, deren Verallgemeinerung erst zur Formulierung des Selektionsprinzips führte. Averill und Gross beschreiben gut, wie Darwin die fünfjährige Weltreise auf der »Beagle« als Theologe begann und als Evolutionstheoretiker beendete. Die Selektion ist auch nur bei Bonik und Gutman eine »unklare Analogie«, sonst aber eine durch Fakten gestützte Naturgesetzmäßigkeit. Ebenso ist das Evolutionskonzept keine Analogie zur selektierenden Tätigkeit des Züchters, sondern diese umgekehrt als »künstliche Zuchtwahl« Teil des Evolutionsprozesses usw., usw.
- 5 Ein Beispiel von Anthropomorphisierung ist z.B. die Behauptung, bei tierischen Primaten gäbe es »Herrschaftshierarchien« (212). Grundsätzlich ist »Herrschaft« ein ökonomisches bzw. gesellschaftliches Phänomen, das sich bei Tieren eben nicht findet, da sie Naturwesen sind.
- 6 Darwin hat nicht, wie Bonik und Gutman, weismachen wollen, die These von der Überzahl der Nachkommen von Malthus übernommen, weil er an sie *geglaubt*(!) hat, sondern weil er sie empirisch bei jeder Art bestätigt fand.
- 7 B. Nemitz vermißt im Editorial *Argument* 150 eine textkritische deutsche Darwin-Übersetzung. Dies ist in der Tat ein echter Mangel. Allerdings ist der empirisch-induktive Theorieaufbau eine mögliche Begründung dafür. Bereits in den verschiedenen Ausgaben von »Die Entstehung der Arten« nach 1859 existieren bemerkenswerte Bedeutungsverschiebungen. Seit 1900 hat der Terminus »Selektion« eine bereits viel radikalere Bedeutung als bei Darwin selbst, schließlich wurden speziell Selektionsfaktoren (z.B. Speziation, Isolation usw.) und ihr kausaler Zusammenhang als »Selektionstheorie« formuliert. Die Begriffe und Ideen Darwins haben — dies ist ein wichtiger Unterschied zu Marx — tatsächlich nur noch wissenschaftshistorische Bedeutung, da durch die induktive Erfahrungskumulation die nachfolgende Biologengeneration jeweils »bessere Darwinisten« als Darwin selbst waren.

Literaturverzeichnis

- Averill, M.B., und M. Gross, 1985: Evolution und die patriarchalischen Mythen von Knappheit und Konkurrenz. In: *Das Argument* 150, 204-218
- Coleman, W., 1979: *Biology in the Nineteenth Century*. Cambridge
- Cizhak, F., und D. Hodanova, 1971: *Evolution als Selbstregulation*. Jena
- Darwin, C., 1949: *Die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl*. Leipzig
- Dzwillio, M., 1978: *Prinzipien der Evolution*. Stuttgart
- Oldroyd, D.R., 1980: *Darwinian Impacts*. Kensington (Australia)
- Timofeff-Ressovsky, N.V., N.N. Voronov und A.N. Jablovok, 1975: *Kurzer Grundriß der Evolutionstheorie*. Jena

Kongreßberichte

Westberliner Volksuni

vom 24. bis 27. Mai 1985

Ist Berlin eine Reise wert?

Kosten-Nutzen-Rechnung. Hat es sich gelohnt, sich für fast dreizehn Stunden (und zum Preis von über 300 Mark) in einen Nachtzug zu setzen, zusammen mit der Kollegin und vier weiteren unbekannt Menschen in unbequeme Couchettes eines Abteils gepfercht, einsam gegen den Wachzustand und die stickige, warme Luft ankämpfend, von den Bahn- und Zollbehörden dreier Staaten kontrolliert und registriert zu werden, um gerädert und erschöpft frühmorgens im Berliner Bahnhof Zoo einzutreffen, dort einen bisher unbekannt Sympathisanten aufzusuchen, der unentgeltlich Schlafplätze anbietet, nach ein paar Stunden Schlaf Gabi M. an der Dominicusstraße zu finden, die uns Eintrittskarten aushändigt, mit deren Hilfe man dann — glücklich — am Freitagabend 18 Uhr den Eröffnungsveranstaltungen zu Nicaragua und mit Degenhardt live beiwohnen kann? Die politisch-kulturelle Einstimmung auf die folgenden drei Volksuni-Tage ist gelungen. Und die Frage kann mit dem zeitlichen Abstand von einer Woche und aus 700 Kilometer Entfernung ohne Zögern mit Ja beantwortet werden.

Zürich — Berlin. Es war für mich die erste direkte Begegnung mit der Berliner Volksuni, deren Geschichte *Argument*-Leser/innen natürlich auch hierzulande bekannt ist. Aus der Fülle der Veranstaltungen konnte nur eine Minderzahl besucht, von den möglichen Kontakten nur ein kleiner Teil geknüpft werden. Die Eindrücke sind zufällig und subjektiv. Der Bezug zur eigenen Stadt stach sofort ins Auge: die lobende Erwähnung des Zürcher Alternativen Lokalradios (Lora), das Referate und Berichte der letztjährigen 1. Zürcher Volksuni über den Äther unter das »Volk« verbreitet hat. Dann der Import eines der zentralen Themen mitsamt Referenten (Heinz Kleger über »Neokonservatismus«, s.a. Widerspruch 4/84) aus der Zürcher »Tochter-VU« durch die Berliner »Mutter-Volksuni«. Erstaunlich aber auch, daß Schweizer/innen offenbar nach Berlin fahren müssen, um dort Landsleute mit ähnlichen Interessen und Arbeitsgebieten kennenzulernen. Man schmiedet Pläne für neue oder engere Kontakte zu Hause.

Ambiente der Volksuni. Die Volksuni war ein intellektueller Marktplatz: sie bot eine reiche Fülle sachlicher Informationen und spannender Auseinandersetzungen, vermittelte geistige Anregungen und kulturelle Genüsse, groß war die Diskussionsbereitschaft und — mit Einschränkungen — die Fähigkeit zuzuhören. Dies und die selbstkritische, offene und solidarische Grundstimmung trugen zum Erfolg der Volksuni bei den unmittelbar Beteiligten bei. **Die Einschränkung:** Es war für mich unverständlich mitzuerleben, wie unwillig und ungeduldig ein Teil des Publikums auf die etwas langfädigen, mit italienischer Polirhetorik vorgetragenen Äußerungen des KPI-Vertreters Occhetto und die pointierten, in der Sache gewiß kritisierbaren Darlegungen von SPD-Geschäftsführer Glotz reagierte. Wer etwa politischen Streitgesprächen zwischen weit unterschiedlicheren Positionen an italienischen Unità-Festen (oder auch ähnlichen Anlässen in der Schweiz) beigewohnt hat, weiß, daß mancherorts noch ein Stück politischer Kultur zu erlernen ist, zu der neben Verständigungsbereitschaft auch die Fairness in der Auseinandersetzung und die Respektierung des Gegners gehören.

Frauen in Diskussionen. Sie sind — soweit wir es mitverfolgt haben — klarer in der Ausdrucksweise, konkreter, bestimmter in der Sache. Männer dagegen formulieren nicht selten abstrakt, komplex und unklar, schweifen vom Thema ab und bringen sich selbst oft mehr als die Sache zur Geltung. An der Berliner Volksuni, so scheint mir, spielen die Frauen eine wichtigere Rolle als an allen anderen wissenschaftlichen Tagungen und Institutionen, an der Männer beteiligt sind. Das tut auch der Sache gut.

Volksuni ohne Volk? Daß »nur« 1 300 Personen (davon bloß ein Drittel Erwerbstätige) die Berliner Volksuni — gegenüber den fast 1 500 Teilnehmer/innen der Zürcher Volksuni im November 1984 — besucht haben, stimmt nachdenklich. Wo blieb denn das anvisierte arbeitende Volk der Millionenstadt Westberlin? Aus welchen Gründen fehlten — außer wenigen — die vielen aktiven Gewerkschafter/innen, Betriebsrät/innen, Arbeiter/innen und Angestellten, an die sich die fortschrittliche Wissenschaft wenden will und soll? Wo waren die zahlreichen Künstler und Kulturschaffenden der Stadt und der BRD? Wieviele Vorträge und Diskussionen wurden auf einem Sprach- und Verständlichkeitsniveau gehalten, das Nicht-Akademiker/innen das Mitmachen ermöglicht hätte? Täuschen ein paar Dutzend nicht-universitäre Referent/innen nicht über die weitgehende Absenz des »Volkes« unter dem Publikum hinweg? Man tut der ausgezeichneten Idee der Volksuni und dem hervorragenden Engagement der Macher/innen keinen Abbruch, wenn man auch auf die Schwächen des (nach innen) erfolgreichen Projekts hinweist.

Urs Rauber (Zürich)

Ein Erlebnisbericht und eine Frage

Für mich war die Volksuni schon deswegen ein *einmaliges* Erlebnis, weil da, trotz objektiver Widersprüche und Schwierigkeiten, ein Klima herrschte, das vollkommen *normal* und alltäglich im Universitätsleben überhaupt sein sollte und könnte. In mehreren Bereichen unserer Gesellschaft ist es tatsächlich so, daß die erwünschte Normalität gar nicht zur aktuellen Norm geworden ist und deshalb, wenn sie erscheint, uns alle überrascht, manchmal sogar überwältigt und erschlägt. Die Macht der Arbeiterbewegung, das tiefe Anliegen des Volkes, ist gerade eine dynamische Normalität, gegen die sich die verkehrte Welt der bürgerlichen Herrschaft immer wieder mit allen Mitteln (z.B. Zuckerbrot und Peitsche) wehrt. In dieser Hinsicht wäre eine solche Frage dumm: »Aber wo war das Volk auf der Volksuni?« Das Volk waren alle Teilnehmer, Studenten, Hochschullehrer, Angestellte, Arbeiter, Arbeitslose, Gewerkschafter usw., die die erstarrten rigiden Trennungen und die idiotischen Arbeitsteilungen, die die akademische Szene durchdringen, endlich einmal überwinden konnten. Volksuni war im Grunde nichts anderes als frische Luft, und frische Luft ist was ganz Normales.

Aus meiner Sicht, aus der Sicht eines Italiener, der die Kämpfe, die Anliegen, die Erregenschaften, die Enttäuschungen und dann die Niederlage unserer Arbeiterbewegung der 70er Jahre mitgemacht hat, und der jetzt auf der Suche nach einer kulturellen und politischen Perspektive ist, sahen die Auseinandersetzungen in der Volksuni ungefähr so aus: Eine Bewegung gibt es heute in der BRD — mit Ausnahme vielleicht der Frauen und von einigen bescheidenen Ansätzen in Bereichen wie Frieden und Ökologie — gar nicht. Aber ein prinzipielles Orientierungsbedürfnis und eine allgemeine Bereitschaft, mitzumachen und eventuell auch zu kämpfen, verbreiten und konsolidieren sich. Das Ganze bleibt aber sehr parzelliert. Die Volksunileitung hat sich richtigerweise bemüht, einerseits den Erwartungen der Teilnehmer durch Seminare entgegenzukommen, die Lernprozesse (aber keine Schulungen!) und freie Diskussionsansätze über verschiedene Themen ermöglichen; andererseits hat sie versucht, durch einige besondere Veranstaltungen, Elemente und »Dokumente« für die Einschätzung der heutigen allgemeinen politischen Lage zu geben.

Da es keine wirkliche Bewegung gibt, *bewegt* sich die Politik im Moment vor allem auf der Ebene von höheren (vor allem parteipolitischen) Instanzen. Aus diesem Zusammenhang läßt sich der objektive, aber richtig durchdachte und erlebte Widerspruch erklären zwischen der »extremistischen« Volksauffassung der Volksuni und den etablierten Ideologien, die z.B. P. Glotz (SPD), F.O. Wolf (Die Grünen) und A. Occhetto (PCI) im Laufe der politischen Hauptveranstaltung verkündet haben. Ich würde den Sinn dieses Gesprächs so einschätzen: Die Grünen geben den Anlaß zu einem SPD-Konzept

(umweltschutzfreundliche Industrie- und Wirtschaftsstrategie), das sich in der Zukunft wahrscheinlich gegen den (für das Kapital) zu engen Kurs der CDU-Politik durchsetzen wird. Occhetto, der mit der heutigen Aussichtslosigkeit der PCI-Politik beschäftigt ist, tritt die Flucht nach vorne an und bietet der SPD eine vollkommen utopische (weil bloß verbale) Kooperation in Hinsicht auf den Entwurf einer internationalen demokratischen Arbeiterkontrolle des sich immer mehr internationalisierenden Kapitals an. (Dabei darf man nicht vergessen, daß die PCI in der Nachkriegszeit die alte und auch gramscianische Forderung der Arbeiterkontrolle substantiell aufgegeben hat.)

Die schon veraltete eurokommunistische Täuschung (Eurokommunismus existiert nicht mehr!) hat immer noch ihre Proselyten. D. Albers z.B. läßt sich von ihm inspirieren — trotz des wesentlichen Unterschieds der Lage in der BRD —, indem er sein Konzept entwickelt: in der SPD mitzumachen, in der Hoffnung, in diese bürgerliche »Volkspartei« sozialistische Elemente einführen zu können. W.F. Haug (sowie andere *Argument*-Vertreter) streben danach, durch die Volksuni den kritischen Blick und den Geschmack der politischen Auseinandersetzung wachzuhalten. Sie machen nicht den Fehler, sich in die Politik des Establishments einzumischen, bieten jedoch fortschrittlichen Zweigen der bürgerlichen Politik eine »Volkstribüne«. Und die Volksuni selbst bietet eine Veranstaltung an, die ein Stück politische Realität widerspiegelt. Gut und richtig.

Nun stellt sich aber die Frage, ob es nicht möglich wäre, *etwas* mehr in Hinblick auf die Artikulierung von politischen Bedürfnissen zu versuchen bzw. zu riskieren. Hier bricht aber mein unmittelbarer Erlebnisbericht plötzlich ab, weil das »Ob« und das »Wie« eines solchen Versuches auch für mich eben eine ganz offene Frage ist, deren Aufarbeitung viel Zeit und Energie erfordern würde. Giorgio Baratta (Urbino)

Frauen gegen Gentechnologie und Reproduktionstechnik

19. bis 21. April 1985 in Bonn, Veranstalterinnen: Die Grünen im Bundestag AK Frauropolitik und Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis e.V. Köln.

Die Ziele dieses Kongresses waren, das technische know-how zu vermitteln, über gefährliche Folgen der Gen- und Reproduktionstechnologien für Frauen aufzuklären und gemeinsam Gegenstrategien zu erarbeiten. *Sarah Jansen* von den Grünen sagte auf der Podiumsdiskussion zur Eröffnung: Der Kongreß habe nicht hauptsächlich das Ziel der widersprüchlichen Auseinandersetzung. Die neuen Techniken seien Supertechniken, nicht beliebig umkehrbar und nur zum Zwecke der Partialisierung und Neuzusammensetzung der Verhältnisse Natur/Mensch erdacht. Insofern unterstützten die Grünen die Linie des Vereins für Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis, die von *Maria Mies* vorgestellt wurde. Durch die Politik des Gebärzwangs auf der einen und des Gebärverbots auf der anderen Seite bewirkten diese Technologien eine rassistische Spaltung der Frauen der Ersten und Dritten Welt in erwünschte Zivilisierte und unerwünschte Wilde. Sie appellierte an die Frauen hier, nicht auf Kosten der Frauen in der Dritten Welt ihre Befreiung zu betreiben. Die Frauen sollten das Besitzdenken zum eigenen Körper aufgeben, der Spalterei ein Ende setzen (»mein Bauch/Körper gehört mir«) und zurückkehren zu einer Ganzheitlichkeit (»wir sind Körper, wir sind Natur«). Die Forderung nach einem Forschungsstopp war die weithin geteilte politische Konsequenz der Frauen auf dem Podium. Einzig die Biologin *Ruth Hubbard* von der Havard University wollte in dieser Forderung keine realistische Politik sehen. Sie orientierte darauf, die Auswirkungen der neuen Technologien für alle Bereiche sorgfältig zu studieren und in großen Aufklärungskampagnen zu veröffentlichen. *Genoveffa Corea* (USA) beschrieb die Schreckensvision, daß bald jede Frau sterilisiert sei und In-Vitro-Fertilisierung zum Normalfall menschlicher Fortpflanzung werde. *Mona Daswani* (Indien) berichtete von bevölkerungspolitischen Gewaltmaßnahmen, die durch eine Entwicklung der Technik noch gesteigert werden könne und *Renate Duelli-Klein* (USA) appellierte an feministische Politik, die Un-

fruchtbarkeits- und Kinderwunschproblematik zu bearbeiten. Feministinnen müßten sich kritisch zur Ideologisierung des eigenen Wollens verhalten.

Wie Ruth Hubbard wollte sich auch *Silvia Kontas* (BRD) nicht auf die Seite derjenigen stellen, die einen Forschungsstopp als die einzige Handlungsmöglichkeit ansahen. Sie untersuchte in ihrem gutbesuchten Vortrag die Fortpflanzungstechnologien im Kontext der sozialen Kontrolle von Frauen. Sie wollte von der Gegenüberstellung: »natürliche« vs. »technische« Geburtenkontrolle wegkommen und statt dessen nach den Reproduktionsbeziehungen fragen. Sie zeigte die Gefahr einer Dämonisierung von Technologien auf: Passivität und Hilflosigkeit der Frauen, der Mythos der Allmächtigkeit von Technik und damit Stärkung und Befestigung der wirklichen Macht. Ihr ging es darum zu untersuchen, inwieweit die Reproduktionstechnologien die Reproduktionsautonomie von Frauen fördern. Sie zeigte dies, durchaus widersprüchlich, an einigen Beispielen wie der Pille, der Überwachung und Kontrolle der intrauterinen Vorgänge bei der Schwangerschaft und der *Möglichkeit* der Vergesellschaftung von Reproduktion durch In-Vitro-Fertilisierung. Dabei bestritt sie die Gefahren nicht, aber: solange die Forschung nicht im Dunkeln passiert, hätten wir noch die Möglichkeit, uns zu informieren. Darüber hinaus stimmte sie mit Renate Duelli-Klein überein, daß die Frauenbewegung sich bislang das Problem der individuellen Kinderlosigkeit nicht gestellt hat. In der Diskussion machten sich die Frauen bewußt, welche Macht sie (im doppelten Sinne) *über* Kinder und Gebärfähigkeit haben könnten.

Insgesamt wurden ca. 16 parallel arbeitende Gruppen angeboten, die durch die Referate Stoff zum Diskutieren bieten sollten. Themen waren z.B.: Mikroelektronik und Gen/Reproduktionstechnik, der Markt der Gentechnik, alte und neue Eugenik, Bevölkerungspolitik in der Dritten Welt, Familienpolitik, weibliche Identität und Kinderwunsch, Instrumentarien und Möglichkeiten parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition.

Im Plenum wurde eine in Grundzügen vorformulierte Resolution verabschiedet, die nicht in allen Teilen von den anwesenden 150 Frauen getragen werden konnte. Gerade die Hauptforderung nach Forschungsstopp wurde heftig und kontrovers diskutiert. Es hieß dann zum Schluß dem Sinne nach, die Gentechnologie sei die Zuspitzung der Ausbeutung des Menschen durch Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Sie ziele darauf ab, menschliches, tierisches und pflanzliches Leben einer totalen Kontrolle zu unterwerfen. Hierzu gehöre die Unterscheidung in »wertvolle« und »minderwertige« Menschen, eine Fortsetzung »rassistischer« und »faschistischer Auslese- und Ausmerzungspolitik«.

Die konzentrierte Arbeit der 1700 Teilnehmerinnen (offizielle Schätzung) läßt sich vielleicht am ehesten an einer Episode veranschaulichen. Die von vielen Frauen zur Erholung genutzte Pause verbrachten zwei junge Studentinnen damit, sich das eben in englischer Sprache vorgetragene Referat von Ruth Hubbard zur Familienpolitik, das wegen Überfüllung nicht von allen interessierten Frauen gehört werden konnte, gemeinsam vom Tonband abzuhören, sich Vokabeln zu übersetzen und schwierige Sachzusammenhänge zu erklären. Ist auf solchen Kongressen die allseits vermißte und dem Untergang nahegegläubte Frauenbewegung zu finden? Ist die Frauenbewegung in Klausur gegangen?

Sünne Andresen und Sabine Schleiermacher (Hamburg)
Ursula Blankenburg (Berlin/West)

Alternativer Weltwirtschaftsgipfel

Berlin/West, 26. bis 27. April 1985

Ein geladen hatten einzelne Mitglieder von linken Organisationen, Dozenten von der FU und andere Intellektuelle. Die Einladung fand breite Resonanz und mehr als 1000 Personen überfüllten die Räume der Arbeitsgruppen an der Fachhochschule für Wirtschaft. Es ging darum, die Weltwirtschaftskrise in ihrem Zusammenhang zu analysieren und

Alternativen zu entwickeln, allerdings, ohne sich unnötige Illusionen zu machen. »Die Macht ist arrogant«, hieß es in einem Papier des alternativen Gipfels, und »läßt sich nur auf Alternativen ein, wenn sie herausgefordert wird«. Die Krise muß aber auch als »eine Chance für eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung ergriffen werden«.

Gilbert Zieburg, Hochschullehrer in Braunschweig, versuchte bei der einleitenden Podiumsdiskussion, Unterschiede und Ähnlichkeiten zwischen der heutigen Krise und der Depression der dreißiger Jahre aufzuzeigen. Er setzte den Akzent auf die Möglichkeit eines weltweiten ökonomischen Zusammenbruchs, der die politischen Probleme (Rüstung etc.) weiter verschärfen würde. Den Mittelpunkt der Tagung bildeten die Arbeitsgruppen über die internationale Finanzkrise, Ökonomie, Rüstung und Krieg sowie über Strategien gegen die Arbeitslosigkeit. Es wurde aber auch über die Frauenproblematik und die Manipulation der Entwicklungshilfe geredet, Themen, die eng mit den anderen verknüpft sind.

In bezug auf die internationalen Finanzprobleme wurden besonders zwei Punkte diskutiert: die Verschuldung der Länder der Dritten Welt und die möglichen Auswirkungen einer erneuten Dollarkrise. Die Teilnehmer waren sich einig darüber, daß es für die meisten hochverschuldeten Länder unmöglich ist, diese Schulden zurückzuzahlen, trotz aller Auflagen des IWF, die die ökonomische Lage eher verschlechtern als verbessern. Es gab aber zwei Tendenzen in der Diskussion: die eher pessimistischen Analytiker (z.B. Alexander Schubert und Elmar Altvater) sehen kaum einen Ausweg aus der heutigen Krise und erwarten eine tiefe internationale Rezession in den kommenden Jahren. Die »Optimisten« dagegen sehen in einigen Ländern, wie in Brasilien, Ansätze einer ökonomischen Erholung, die die Grundlage für eine neue Wachstumsperiode unter der Politik der Importsubstituierung bieten könnte. Nach dieser Interpretation könnte die erzwungene partielle Abkopplung vom Weltmarkt, die die Krise für diese Länder mit sich bringt, der Anlaß für eine stärker autozentrierte Entwicklung sein. Für die anderen Diskutanten besteht diese Möglichkeit kaum, da die erzwungene »Zahlungsfähigkeit« diese Länder unter unheimlichen Druck setzt, während gleichzeitig die Finanzbombe keineswegs entschärft wird. Das mögliche Szenario für den Ausbruch der Krise könnte der Sturz des Dollars oder der Krach einiger internationalen Banken liefern.

In der Rüstungs-Gruppe wurde vor allem über den Zusammenhang zwischen ökonomischer Krise und Konjunkturanfurbelung durch die Militärausgaben debattiert. Besonders in den USA ist diese Politik von der Reagan-Regierung forciert worden. Die »Supply-Side«-Strategie mit ihren Steuerkürzungen wird mit einer Art von »militärischem Keynesianismus« kombiniert. Angebot und Nachfrage werden gleichzeitig erhöht, jedoch nicht ohne Kosten. Das ungeheure Haushaltsdefizit kann nur durch Kredite ausgeglichen werden, in diesem Jahr sind die USA zum Netto-Schuldner-Land geworden. Die Rüstung hat aber vor allem eine politische Dimension, die der Vormachtstellung der USA dient.

Bei der abschließenden Plenarsitzung schien es zunächst, als ob die Papiere der Arbeitsgruppen ohne weiteres angenommen würden. Das war aber nicht der Fall. Zwei Berichterstatter auf dem Podium äußerten ihre Bedenken gegen die reformistische Natur der Vorschläge und es entflammte der ewige Streit zwischen denjenigen, die Reformen vorschlagen, und denjenigen, die fundamentalistischer an die Sache herangehen. Schockierend war vor allem die Stellungnahme eines Referenten aus Iran, der meinte, die Industrieländer müßten in ihrer Krise »ersaufen«, als ob dies für die Dritte Welt keine Konsequenzen haben würde. Am Ende aber wurde ein Forderungskatalog angenommen, der als »Richtschur für eigenes Handeln« dienen soll. Es war eher eine Sammlung aus den Diskussionen der Arbeitsgruppen als ein ausgearbeitetes Projekt. Es wurde unter anderem gefordert: Verkürzung der Arbeitszeit, demokratische Kontrolle der Produktion durch die Arbeitenden, effektivere Maßnahmen gegen die ökologische Krise,

sofortiger Rüstungsstopp, Kontrolle der Geld- und Kreditmärkte, Kontrolle der multinationalen Firmen, Abbau der Abhängigkeit der Dritte-Welt-Länder vom Export einiger weniger Rohstoffe, Schaffung einer neuen Weltwährungs- und Finanzordnung, Schuldenstreichung, Unterstützung von emanzipatorischen Bewegungen in der Dritten Welt, radikale Entspannungspolitik in den Ost-West-Beziehungen. Das Papier des alternativen Gipfels warnte auch vor einer autoritären Lösung der heutigen Krise: »Vor 40 Jahren hatte dies den Tod von 50 Millionen Menschen und die Zerstörung eines ganzen Kontinents zur Folge. Heute würde dieser Weg direkt in den Untergang der Menschheit führen.«
Raúl Rojas (Berlin/West)

»Diskursanalyse«

Workshop vom 26. Februar 1985 in Hamburg

In den letzten Jahren ist der Begriff des »Diskurses« von verschiedenen Positionen in der Linguistik beansprucht worden. Wunderlich beispielsweise konstruiert den Begriff, indem er »Diskurs« relativ zu den klassischen Dichotomien »langue — parole« bzw. »Kompetenz — Performanz« als Strukturen faßt, die weder dem Sprachsystem noch der Verwendung zuzuordnen sind, sondern vielmehr die Abfolge sprachlicher Äußerungen determinieren. Während es bei ihm um die systematische Etablierung einer »Sprechhandlungskompetenz« geht, wird in den konversationsanalytischen Arbeiten (Sacks, Schegloff) versucht, anhand von Transkriptionen »natürlicher« Gespräche die Verfahren herauszuarbeiten, mit deren Hilfe es den Teilnehmern gelingt, ihre Interaktion zu organisieren. Die unter der Oberfläche des Gesprochenen analytisch rekonstruierbaren Verfahren erscheinen als formale Strukturen praktischer Handlungen. Beantwortet wird die Frage nach dem »Wie« der sprachlichen Interaktion. Jedoch erweisen sich beide Ansätze insofern als reduktionistisch, als die Inhalte ausgeblendet werden.

Angesichts der unbefriedigenden Situation wurde für die 7. Jahrestagung der »Deutschen Gesellschaft für Sprachwissenschaft« in Hamburg eine Arbeitsgruppe beantragt, um die methodologischen Probleme der konkurrierenden Diskursbegriffe zu behandeln; man bevorzugte jedoch andere Themen wie »Grammatische Relationen«, »Neuere Entwicklungen in der Phonologie und Morphologie«, aber auch »Sprache und Recht« sowie »Sprachwissenschaft und Volkskunde«. Dennoch hatten etwa zwanzig Linguistinnen und Linguisten Interesse an einem außerhalb der Jahrestagung stattfindenden Workshop »Diskursanalyse«. Allerdings erforderte die Diskussion der in den Beiträgen aufgeworfenen Fragen soviel Zeit, daß die geplante gemeinsame methodologische Reflexion nicht stattfand.

In seinem Beitrag über »Das Ende des Diskurses« kritisierte *Horst Walther* (Köln) den rationalistischen Reduktionismus insbesondere des Habermasschen Konzeptes kommunikativen Handelns, indem er auf die Eigenbewegung der Signifikanten verwies, die er unter Rückgriff auf die poetische Sprachfunktion bei Jakobson einzuholen suchte. Am Beispiel des von Jakobson untersuchten Wahlkampflogos des ehemaligen amerikanischen Präsidenten Eisenhower »I like Ike« zeigte er, wie auf der Grundlage des Spiels von Signifikanten Sinn konstituiert wird. Das Problem der Daten für gesprächsanalytische Untersuchungen thematisierte *Gesa Siebert-Ott* (Köln) am Beispiel »Frauensprache«. Sie versuchte, den Begriff der »kommunikativen Kompetenz« der Analyse zugänglich zu machen, indem sie die Behandlung von empirischen Transkripten und das damit verbundene Postulat nicht intuitiv zu gewinnender Daten problematisierte. Wenn es eine »kommunikative Kompetenz« gibt, so ihre These, müßten doch auch literarische Texte und Eigenbeobachtungen der Analysierenden eine verlässliche Datenbasis für eine Gesprächsanalyse abgeben. *Gerd Simon* (Tübingen) untersuchte in seinem Beitrag über »Sprachwissenschaft und Wende 1933« die Anpassungsbemühungen des »völkischen« Sprachwissenschaftlers Georg Schmidt-Rohr an die durch die Etablierung der national-

sozialistischen Herrschaft neu formierten wissenschaftlichen Verhältnisse: Wissenschaftsgeschichte als Problematisierung der eigenen Forscheridentität. *Claudia Gdaniec* (Berlin/West) untersuchte »Politische Diskurse von Frauen«: Haben sie ein anderes Verhältnis zur Politik und, wenn ja, sprechen sie anders darüber? Die Analyse von Äußerungen politisch »professionalisierter« Frauen zeigte, daß Optimismus nicht unbedingt angebracht ist.

Das Problem der Rekonstruktion von Bedeutung warf *Franz Januszek* (Oldenburg) in seinem Beitrag auf. Am Beispiel eines Transkriptausschnitts einer Unterrichtsstunde demonstrierte er sein »Puzzle«-Verfahren: Die vorfindbaren Äußerungen werden zunächst paraphrasiert, dann werden zu ihnen Alternativen formuliert, um schließlich die Frage zu beantworten, warum die Äußerung so und nicht anders gemacht wurde. *Johanna Gottschalk-Scheibenflug* und *Jochen Staufer* (Frankfurt) arbeiteten in der wissenschaftlichen Begleitung eines Modellversuchs von Sozialarbeit in einer Frankfurter Schule. In ihrem Beitrag »Sprechakt und Tabu« untersuchten sie die Thematisierung von Regelverletzungen (Schulschwänzen) in Gesprächen mit Lehrern. Als Analyseinstrumentarium verwendeten sie das Toulminsche Argumentationsschema. Die Diskussion problematisierte diesen analytischen Zugriff. In seiner sequentiellen Analyse einer niederländischen Gerichtsverhandlung arbeitete *Christoph Sauer* (Amsterdam) die ihren Verlauf strukturierenden Elemente heraus. Dabei wurde deutlich, daß eine nur auf formale Organisation von verbaler Interaktion sich einlassende Analyse zu kurz greifen würde; vielmehr kann die Bedeutung einzelner Schritte nur rekonstruiert werden, wenn auch der kulturelle Zusammenhang einbezogen wird.

Aus der Diskussion der heterogenen Inhalte und Analyseverfahren wurde deutlich: Nur ein Ansatz, der alle Inskriptionen sozialer Praxis zuläßt, kann einen nicht-reduktionistischen Diskursbegriff etablieren, in dem Inhalt und Form aufeinander bezogen bleiben.

Rüdiger Vogt (Vechta)

Verdinglichung und Utopie: Ernst Bloch und Georg Lukács - 100 Jahre danach
Kolloquium im Goethe-Institut Paris, 26. bis 29. März 1985, in Zusammenarbeit mit der École des Hautes Études en Sciences Sociales und dem Collège International de Philosophie

Daß dieser Kongreß — der wohl von keinem der beiden deutschen Staaten, in denen nacheinander und in jeweils agitatorischer Absicht die Werke der Jugendfreunde Georg Lukács und Ernst Bloch Verbreitung fanden, derzeit in vergleichbarem Umfang hätte ausgerichtet werden können — in der »Hauptstadt des 19. Jahrhunderts« (W. Benjamin) veranstaltet wurde, entbehrt nicht poetischer Gerechtigkeit. Hatte doch Lucien Goldmann quasi im Alleingang Lukács in seinen Schriften und Bloch persönlich nach dem Zweiten Weltkrieg in Frankreich eingeführt, von wo aus die damals fast Vergessenen auf die Linke in ganz Europa zurückwirkten. So verdankte sich auch das Zustandekommen dieses Kongresses wesentlich der Initiative unmittelbarer Goldmann-Schüler, darunter *Michael Löwy* und *Rainer Rochlitz*. Indes machte der Kongreß selbst deutlich, daß jene direkten geistigen Nachfolger ihrem Meister zwar formell huldigen, sachlich aber — oft ohne dies ausdrücklich zu betonen — entgegengesetzte Positionen beziehen. D.h. konkret: Offenkundig niemand aus der mittleren Generation hat, anders als in unterschiedlichem Maße die dialektischen Lehrer, den Stalinismus ohne Spät Schäden verkräftet. Politisch sind die Jungen rechts von den Alten angesiedelt, und konsequenterweise wurde der Marxismus von der überwältigenden Mehrzahl der Kongreßteilnehmer als Philosophie der Theorie verhandelt.

Sogar innerhalb dieser akademischen Beschränkung dominierten dann Desinformiertheit en detail (*Albrecht Betz*: angeblich habe Lukács sich der kommunistischen Sozialfaschismus-Propaganda der Weimarer Ära verweigert) oder Orientierungslosigkeit en gros

(Norman Levine: angeblich habe Lukács, im Anschluß an Lenin, Marx enthegelianisiert). Unfruchtbar blieb der Zusammenstoß der in dialektischer Perspektive letztlich identischen Fraktionen der »Gralshüter« und »Grabschänder«. Als Vertreter der ersten rühmte *Helmut Fahrenbach* Blochs gegenüber Lukács größere Aufgeschlossenheit bei der Heimholung des kulturellen Erbes, ohne (wie einst W. Harich) diese Eigenschaft mit Blochs unbewußtem partiellem Abrücken vom Marxismus in Verbindung zu bringen. Fahrenbach empfahl seinen Kollegen (immerhin 31 bzw. 20 Jahre nach I. Fettscher bzw. A. Schmidt) die Lektüre Henri Lefébvres, die allerdings nicht zu *Fahrenbachs* Plädoyer für eine Synthese von Marxismus und Existentialismus paßt. Als Vertreter der zweiten Richtung verabschiedete *Rochlitz* in strukturalistischer Manier die für jede, nicht bloß für die marxistische Philosophie zentrale Kategorie der Wahrheit, weil damit die meisten künstlerischen Phänomene der Gegenwart nicht adäquat erfaßt werden könnten.

Der Postmoderne, die von ihren deutschen Anhängern (z.B. *Norbert Bolz*) eher politerd, von ihren französischen (z.B. *Gérard Raulert*) eher elegant repräsentiert wurde, wagt im Sinne einer ungebrochenen Aktualität von Bloch und Lukács kaum jemand zu widersprechen. Einzig *Costanzo Preve* bestritt explizit die Evidenz eines Endes der Geschichte. Er verwies eine solche willkürliche Setzung statt dessen ins Reich dekadent-bourgeoiser Mythenbildung. Ähnlich radikal außenseiterisch argumentierte sonst lediglich *Nicolas Tertulian* mit seinem Votum, Lukács' vielgeschmähte »Zerstörung der Vernunft« als magnum opus und Pendant zum philosophiehistorisch positiv wertenden Hegel-Buch zu betrachten. Im übrigen verblüffte *Tertulian* mit der Einreihung von Georg Lukács in einen anti-irrationalistischen Kontext, dem so heterogene Denker wie Husserl, Hartmann, Cassirer contra Heidegger zuzurechnen seien. *Preve* und *Tertulian* waren sich ketzerisch auch darin einig, daß Lukács' Ontologie (die Habermas ignoriert, da für ihn Ontologie prinzipiell unmöglich ist, und die Heller mißfällt, da für sie die Ontologie dem Subjekt zu wenig Spielraum bietet) einen Schatz darstellt, der als Zeugnis der Ablehnung kantischen Ethizismus (*Preve*) bzw. der Anerkennung gesellschaftlich ungleichzeitiger Entwicklung (*Tertulian*) erst noch gehoben werden will. Stefan Dornuf (Köln)

Kongreßankündigung

Krankheit, Geschichte, Krankengeschichte

Zur Aktualität Alexander Mitscherlichs

3. bis 5. Oktober 1985 in Kassel

Veranstalter: Alexander-Mitscherlich-Institut, Kasseler Psychoanalytisches Institut e.V., Wissenschaftliches Zentrum für Psychoanalyse, Psychotherapie und psychosoziale Forschung der GHS Kassel. — Teilnehmer/innen u.a. H. Berndt, A. Lorenzer, H.E. Richter, R. Schwendter, U. Sonnemann.

Tagungssekretariat: Frau Bohnhorst c/o Dr. Koebel, Georg-Thöne-Str. 18, 3500 Kassel. Telefon: 0561/28 23 67 (vormittags 10 bis 12 Uhr).

Besprechungen

Philosophie

Heinrichs, Hans-Jürgen: Die katastrophale Moderne. Qumran Verlag, Frankfurt/M. 1984 (157 S., br., 19,80 DM)

Die Moderne, einst geprägt von Dynamik und Fortschrittsglauben, hat ihren Glanz verloren und setzt die »Patina endzeitlicher Katastrophen« (12) an. Ihre ursprüngliche Radikalität, die Hoffnung auf eine vernünftige Gestaltung der Welt durch den Menschen, hat eine Totalisierung erfahren, die nicht nur darin besteht, alle Bereiche des Menschlichen zu erfassen, sondern darüber hinaus den Menschen in die Lage versetzt, eine Totalzerstörung der Erde herbeizuführen. Das Charakteristikum der »katastrophalen Moderne« — die Vermischung von Rationalität und Irrationalität — stellt Heinrichs als das Ergebnis historischer Entwicklungen dar. Die technisch-industrielle Revolution bewirkte entscheidende Veränderungen sowohl in der Arbeitswelt als auch im alltäglichen Leben der Menschen. Durch die »Gewinnung bis dahin unbekannter Erfahrungs- und Benennungsmöglichkeiten« (61) wurden bisher bestehende Bedeutungen abgelöst, vervielfältigt und der Erfahrungswelt der Menschen zunehmend entfremdet. Zum anderen bewirkte die einseitige Betonung des Prinzips der Rationalität eine Verdrängung des »Heterogenen, der diffusen Wünsche und Begierden« (102), die in nun entstellter Art und Weise die Jetztzeit bestimmen.

In einer Art »Feldforschung des Alltags« entwirft Heinrichs ein Bild der Gegenwart, welches zugleich abschreckt und fasziniert, humorvoll und dramatisch erscheint, — je nachdem, ob sein »ethnographischer Blick« (75) sich gerade in Identifizierungen verliert (und damit in Selbstmitleid) oder ihm eine Distanzierung gelingt (und er somit »Normalität enthüllt, ohne daß die Besonderheit dabei zu kurz käme« 49). Der Terminus, an dem sich die Untersuchung orientiert, ist der der Magie. Magie, Beschwörung und Ritual weisen in der Moderne keinen sozial und kulturell definierten Stellenwert mehr auf, so daß sie in erstarrten, losgelösten Formen — Heinrichs spricht von Pseudo-Magie, magischer Geste und Irrationalismus — und zumeist als Rationalität getarnt, wirksam sind. Die angeführten Beispiele sind überaus zahlreich und den verschiedensten Bereichen des Alltags entnommen. Einen Schwerpunkt stellt die Analyse der Werbung dar. Die Enge des Alltags, die »Vereinheitlichung der Welt durch Technologie und Konsumindustrie« (59), die verkümmerte Erfahrungswelt des Menschen, der Verlust einer Beziehung zum eigenen Schicksal — dies fördert die Sehnsucht nach imaginären Räumen, nach Verschiedenartigkeit, Wildheit und Übernatürlichem.

Heinrichs beginnt seine Untersuchung mit der Analyse des Irrationalismus der »modischen Adepten der Ethnologie« (35), deren Wunsch, auszusteigen, ein Phänomen darstellt, das sein Pendant bei den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen findet (Militär, survival-Bewegung etc.). In der Schilderung der Formen der »Alltagsmagie« (103) untersucht Heinrichs u.a. die Sprache der Werbung und der Berichterstattung. In ihr deckt er sowohl einen verharmlosenden Charakter auf, der Unvorstellbares auf bekannte Maßstäbe reduziert, als auch einen beschwörenden Charakter, der, im Appell an übernatürliche Kräfte, Unheil bannen, Abenteuer herausfordern soll usw. Der schwelende Irrationalismus erreicht seinen Höhepunkt in einer unbewußten »Katastrophenwunschproduktion« (92), durch die das Unabwägbare, das Unberechenbare provoziert werden soll.

Den detaillierten Analysen der Alltagsmagie und des Aussteiger-Wunsches steht der seltsam modern anmutende Schluß einer Katastrophenwunschproduktion gegenüber. »Der Mensch macht sich wieder ohnmächtig ... in den Katastrophen überschreitet er seine homogene Welt auf das Existentielle und Bedrohliche, ... auf das Heil und Unheil hin.« (108) Am Beispiel der Kirche beschreibt Heinrichs, wie sich zahllose gesellschaftli-

che Institutionen und Gruppen, mit unterschiedlichen Zielsetzungen, dem Thema der Zeit — der möglichen Katastrophe — zuwenden. Das Buch selbst könnte somit einen aktuellen Beitrag zur Problematik der Zeit darstellen, in dem es ein Erklärungsmodell anbietet, wie der Mensch angesichts der Katastrophe zu denken sei. Und doch wird es manchen Leser unzufrieden zurücklassen, da das durchweg negativ gezeichnete Bild vom Menschen diesem eigentlich nur einen Ausweg der Erlösung läßt — die Katastrophe.

Susanne Lanwerd (Berlin/West)

Holzhey, Helmut, und Jean-Pierre Leyvraz (Hrsg.): Rationalitätskritik und neue Mythologien / Critique de la rationalité et nouvelles mythologies. Verlag Paul Haupt, Bern/Stuttgart 1983 (267 S., Ln., 84,- sFr, 100,- DM)

Die enge Verbindung von Wissenschaft und Rationalität kann nicht mehr fraglos *wahrgenommen* werden. Seit das Ende der Welt nicht nur theologisch vorstellbar erscheint, sondern auch real zu Ängsten Anlaß gibt, geraten die Konstrukteure und die Konstruktionen jener Welt des drohend nahen Untergangs gleichermaßen zum Anlaß einer zweiseitigen Kritik. Gleichzeitig etabliert sich, praktisch, eine Gegenwelt, die ignorant, aber nicht zu ignorieren ist. Das vorliegende Buch, Ergebnis einer Tagung der Schweizerischen Philosophischen Gesellschaft vom Mai 1982 zum Thema »Rationalität und Mythos«, ist eine Reaktion der herrschenden Wissenschaft auf das Schwinden ihrer Welterklärungscompetenz. Ein vom Leser möglicherweise erhoffter selbstkritischer Impetus ist nicht gerade die Essenz der in den acht Beiträgen des Bandes vorgebrachten Überlegungen, aber einige Autoren gehen doch über den kokett-modernistischen Habitus der Diskursbereitschaft hinaus und reflektieren den wissenschaftlichen Verstand an den Grenzen seiner Selbstverständlichkeit.

Manfred Frank (Autor des Buches »Der kommende Gott. Vorlesungen über die Neue Mythologie«) gibt zu Beginn einen Überblick über zweihundert Jahre versuchter Rationalitätskritik. Und Armin Wildermuth versucht in der Vernunft zu finden, was die Ratio verloren hat. Rationalität ist für ihn nur eine Reduktion, eine »Armut« allen möglichen Vernunft-Wissens (15). Durch ihre Fixierung auf »Regelspiele und Strukturen« (17) und durch die schon bei Kant beginnende Abqualifizierung der Sinne zu bloßen Datenlieferanten (15f.) kann die Rationalität viele Bereiche des Daseins nicht erfassen, »es sei denn ... durch den Filter einer verdünnenden Übersetzung« (17). Sie läßt daher notwendig, aber nicht notwendig, Raum für »Irrationalitäten« (22) und nihilistische Denkweisen, und bringt so selber mit hervor, was sie zu überwinden trachtet. Gegenüber einer sich in Verwissenschaftlichung, Ökonomisierung und Bürokratisierung verschnürenden Welt (25f.) vertraut der »alternative Mensch«, übertreibt Wildermuth, »allein dem negativen Gedanken des Total-Andern« (33). »Rationalitätssenttäuschung« (29) bewirkt einen »latenten Nihilismus«, der sich zeigt als »Antrieb« zu Meditation und mystischer Welterfahrung, zu Körpersensibilisierung, zum Nachvollzug der Rituale von »exotischen Sekten« oder in dem Wunsch, »sich radikal seinen Gefühlen zu überlassen« (28). Ohne erklären zu können, was an diesen Versuchen als speziell nihilistisch gedeutet werden könnte, konstatiert der Autor, auf dem Sektor des Allgemeinen wieder schärfer sehend, sowohl Versuche einer »Wiederverzauberung der Welt« (Kamper, Duerr) (31), als auch das überwiegende Faktum einer »Inkommensurabilität« der neuen Denk- und Lebensformen zur alten Welt der Ratio (33). Wildermuth bewahrt sich in seiner Analyse vor einer vereinfachenden Gut-Böse-Dichotomie und kann daher den Konflikt realitätsnah und unentschieden in die Zukunft denken: Die in ihrer Ratio-»Perversion« (18) reduzierte Weite der möglichen Vernunft ist in ihrer eigenen Borniertheit wie in ihrer Abgelehtheit von außen doppelt isoliert und wird schwer, fast unmöglich, dem »Schicksal des Nihilismus« entgehen können (25), sie wird zu dessen Teil. Längst ist Rationalität in ihrer selbsterzeugten Alternativlosigkeit, ohne es zu wollen, selbst zu einem Mythos ge-

worden (36), und nur ein »metaphysischer Glaube« (so Wildermuths Bezug zu Feyerabend) (23) läßt sie mehr erscheinen, als sie ist. Wildermuth bedauert das. In diesem Punkt konträr dagegen argumentiert Reinhard Hesse in seinem Beitrag »Gegen die Mythisierung der Rationalität«; bei ihm ist die Ratio zum Fetisch avanciert. Der Mythos hingegen ist für Hesse das Verwerfliche, das Nicht-Rationale schlechthin. Wegen seiner Inhalte, die Hesse wenig wiegt und schnell für allzu leicht befindet, ist ein mythischer Zugang zur Welt »unakzeptabel« (86) und auch als »Alternative« oder »Ergänzung« zur Rationalität nicht geeignet (83). Mythos ist nach Hesse »unausgereifte Rationalität« (86) und steht in einer Reihe mit »Drogenrausch, Führerkult« und »Konsumablenkung« (88). Wer sich auf den »Mythostrip« (87) begibt, begeht »Verrat an der Sache der Menschheit«, beläßt sich mit »Schuld« (89). Solcherart heroisch banalisiert wird auch das Gegenschild erhoben: Nicht die Ratio habe die Welt an den nahen Rand des Ruins gebracht, sondern der nur »rationalistisch verbrämte Technik- und Wissenschaftsmythos« (89). Die wahre Ratio soll zu neuer Größe kommen, »entwickeln wir sie weiter, suchen wir unsere Fehler!« (86), ohne sie zu nennen. So wie Hesse der Mythisierung der Rationalität begegnen will, treibt er sie trotzig-angepaßt voran.

In der trotz ihrer Unterschiede gleichgerichteten Spannung der Beiträge von Wildermuth und Hesse ist das Maß des Buches angegeben. Alle anderen Aufsätze siedeln sich dazwischen an. Robert Heim referiert inhaltlich im Stil einer marxismunahen, klassischen Ideologiekritik und formal in der Art einer akademischen Examensarbeit über »Rationalität, Mythos, Ideologie«. Er berichtet über den Widerspruch der »Kombination von Teilrationalität und Gesamtrationalität« (Mandel, Lukács) (63), über den Sinnverlust durch den Zuwachs an Rationalität (Max Weber, Lukács) (65f.), bringt in einem nicht ganz klaren Exkurs seine gemäßigte Strukturalismuskritik zum Ausdruck (68-73), vollzieht die kommunikations- und sinnstiftende Rolle von Mythen nach (Frank, Barthes) (75) und beschreibt deren reduktionistische Funktion bei der Erfassung der Vielfalt der Welt (80). Heim legt Wert auf die Historizität der sprachlich vermittelten Mythen und Theorien (76), wendet diesen ideologiekritischen Ansatz aber nicht auch gegen seine eigenen Auffassungen. Ähnlich eng an andere Autoren geknüpft wie Heim diskutiert Helmut Holzhey die für das Buchthema wenig ergiebige »Kontroverse zwischen biologischer und Kantischer Erkenntnistheorie«, die er als Spannung zwischen »Genese und Geltung« begriff (104ff.). Holzheys eigener Beitrag besteht hauptsächlich in der Herausarbeitung der Erkenntnistheorie als »Dauerproblem« (121). Noch ein wenig mehr am Rande der Problematik befindet sich Max Herzog mit seinem interessant, aber viel zu allgemein betitelten Aufsatz »Das Geheimnis der Ratio«. Dahinter verbirgt sich die sehr spezielle »Erinnerung an die These vom Todesursprung des Geistes in der philosophischen Anthropologie von Hans Kunz« (91ff.). (Der Aufsatz scheint als Reminiszenz an den kurz vor der Philosophie-Tagung verstorbenen Hans Kunz in den Band aufgenommen worden zu sein.) Im ersten der beiden Schlußbeiträge, unter dem Titel »Zersetzung der Metaphysik«, beschäftigt sich Gonsalv K. Mainberger mit der »Typologie der Nihilismen« (125ff.), wobei er vorsichtig und wenig plakativ im Aufweis einiger geschichtlicher Stationen dem Nihilismus, den er m.E. fälschlich als »philosophische Endzeitmetaphysik« (140) bezeichnet, Qualitäten »epochale(r) Daseinserhellung ... und eine historisch unausweichliche Lebensform« zuschreibt, die allerdings »nicht wieder 'nihilistisch' aufgeklärt« werden können (ebd.). Da sei die Vernunft vor. Christophe Calame schließlich diskutiert am Leitfaden der Bücher von Gilles Deleuze und Félix Guattari 'Eine neue Vorstellung des Denkens' (147ff.). Haben die menschlichen Produkte materieller und ideeller Art, Maschinen und Buchinhalte z.B., eine faktorielle Eigenständigkeit im Wirkgeflecht der Welt oder haben sie nur instrumentellen Charakter im menschlichen Bezug? Begründungsketten der Rationalität und unhintergehbare Imaginationen beantworten die Frage unterschiedlich, letztere disqualifizieren schon das

rationale Erfragen bestimmter Inhalte als zu bestimmend ab. Aufs Ganze gesehen weiten der Einführungs- und der Schlußbeitrag von Wildermuth und Calame die Vernunft- und Mythos-Diskussionen zwar ein wenig aus, aber angesichts des drohenden Untergangs der Wissenschaft sind die Positionen, soweit sie das Buch erfaßt, viel zu eng besetzt. Es fehlen exponierte Beiträge einer eigenen, nicht nur referierten Rationalitätskritik, vielleicht eine der vorhandenen Kritiken der Naturwissenschaftslogik aus feministischer Sicht, und es fehlen originäre Darstellungen mythologischer Weltbfindlichkeiten. Das müßte Traditions-Philosophen zuzumuten sein. Sie blieben hier zu sehr nur unter sich und übten sich in Üblichkeiten.

Alfred Kolberg (Marburg)

Schnädelbach, Herbert (Hrsg.): Rationalität. Philosophische Beiträge. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1984 (235 S., br., 16,- DM)

Der Herausgeber eröffnet den Band mit der Feststellung, daß die Vernunftphilosophie allenthalben in die Defensive geraten sei. »Globale Rationalitätsdenunziationen« seien jedoch nachdrücklich zurückzuweisen und »die Vernunftkritik im Bereich der Vernunft selbst anzusiedeln« (12). Seiner Auffassung nach hängt »die Sicherung wissenschaftlicher Rationalität mit wissenschaftstheoretischen Mitteln wesentlich von dem Gelingen des Versuchs« ab, ob ihre »Rekonstruktion und Begründung in ein angemessenes Verhältnis zueinander zu bringen« (12f.) sind. Die Beiträge sind aus einer 1982 veranstalteten Tagung der Allgemeinen Gesellschaft für Philosophie hervorgegangen. Gemeinsam ist ihnen der Bezug auf die »allgemeine Szientismuskrise« (12). Die Autoren leiten ihre Versuche zur Rekonstruktion der wissenschaftlichen Rationalität entweder aus einer prinzipiellen Vernunftfähigkeit des Menschen ab oder aus der Geschichte der Rationalisierung der abendländischen Gesellschaften. In einigen Beiträgen wird die Wissenschaftskritik Paul Feyerabends schroff abgelehnt; die Kritik der instrumentellen Vernunft durch die Kritische Theorie wird lediglich cursorisch erwähnt. Die aktuelle Diskussion um die Evolutionäre Erkenntnistheorie wird völlig ignoriert.

Einige Aufsätze bemühen sich um die Begründung von theoretischer und praktischer Vernunft. Bubner und Apel gehen bei der Bestimmung der Vernunft gleichermaßen von einem menschlichen Vernunftvermögen aus, die ethischen Implikationen ihrer Rationalitätsbegriffe differieren jedoch erheblich. Apel fundiert die rationale Selbstbegründung der transzendentalen Reflexion in einer transzendentalen Pragmatik des argumentativen Diskurses und beruft sich dabei auf Vorarbeiten Austins. Erwiesen sei danach »die Möglichkeit einer selbstreflexiven und sprachlich-öffentlichen Besinnung auf universale Geltungsansprüche des Denkens als des Argumentierens« (22). Der »formalistischen Ethik« (Habermas, 218) Apels steht die substantielle Ethik Bubners gegenüber, die, ebenfalls unter Berufung auf die »Vernunftnatur« des Menschen, »die Autonomie oder die Pflicht zum Selbstsein« (199) betont. Ausgehend von der »postkonventionellen Entflechtung von Moral und Sittlichkeit« (230), sehen Apel und insbesondere Habermas in der »Ausdifferenzierung der sogenannten 'Wertsphären'« (224) die Möglichkeit, im »kommunikativen Handeln der Alltagspraxis« ein »Rationalitätspotential« (231) zu entdecken. Während Habermas in diesem Zusammenhang ganz auf die »Kritikbereitschaft« und die »Innovationsfähigkeit« der Subjekte setzt, die »postkonventionelle Über-Ich-Strukturen« (230) vollständig internalisiert haben müßten, reklamieren Höffe, Schwemmer und Bubner die Position einer »substantiellen Sittlichkeit« (Höffe, 171), die sich auf »Moralität ... als eine Anerkennung anderer Personen« stützt und der Frage nachgeht, wie die gerechte »Sicherung solcher Anerkennung fremder Subjektivität durch Institutionen und vor allem durch Gesetze« (Schwemmer, 193) gewährleistet werden kann.

In anderen Beiträgen geht es um Fragen der Wissenschaftstheorie. Höffe will Sittlichkeit mit Hilfe formalistischer Rationalitätstheorien begründen. Er greift auf Webers

Konzept der Zweckrationalität und Rawls' Theorie einer rationalen Wahl von Gerechtigkeitsprinzipien zurück und stellt fest, daß in beiden Rationalitätskonzepten der Sittlichkeitsbegriff unausgewiesen ist. — Specht diskutiert die Frage nach den obersten Prinzipien theoretischer und praktischer Vernunft. »Für sogenannte Rationalisten ist ... Vernunft der inhaltlich präjudizierte und verbürgte, zugleich der unveränderliche ... Besitz der anschauenden oder rezeptiven Vernunft«, während »für sogenannte Empiristen ... Vernunft ein inhaltlich unbestimmtes Vermögen zur Produktion riskanter, geschichtlich veränderlicher, in Trial-and-error-Prozessen sich verbrauchender Hilfsmittel eines ... nichtanschauenden menschlichen Verstandes« (85) ist. — Acham befaßt sich mit Rationalitätskonzeptionen in den Sozialwissenschaften und rekonstruiert das semantische Feld des Rationalitätsbegriffs. Er legt drei Reflexionsebenen zugrunde: »Die einer subjektiven oder Handlungs-Rationalität, einer objektiven oder System-Rationalität, einer rekonstruktionslogischen oder wissenschaftstheoretischen Rationalität« (32). Die Arbeit des Sozialwissenschaftlers bestehe »in der mit den Mitteln der formalen Rationalität erfolgenden Klärung des genauen Sinnes alternativer Gerechtigkeitsideen ... und in dem Kampf gegen alle dogmatischen Gerechtigkeitsdoktrinen und ihren universellen Geltungsanspruch« (60). — Mittelstrass referiert seine Überlegungen über wissenschaftliche Rationalität explizit in praktischer Absicht. »Rationalität ist ... Teil der menschlichen Arbeit, damit befaßt, Orientierungsprobleme zu lösen« (119). Zwar sei es aussichtslos, den Rationalitätsbegriff definitiv zu bestimmen, weil »das Kriterium der Begründung (118) fehle; dennoch kommt auch Mittelstrass nicht umhin, Kriterien zur Bestimmung der Rationalität von Theorien anzugeben, die er aus dem »Doppelaspekt im Begriff der Rationalität« gewinnt (119): der Forschungsrationale entspricht »Objektrationalität bzw. Objektkompetenz« und der Darstellungsrationalität »Begründungsrationalität bzw. Metakompetenz« (120). Mittelstrass deutet seinen Rationalitätsbegriff an, indem er einen praxeologischen »Imperativ der Rekonstruktion« (132) formuliert: »Bilde in deinen Sprach- und Wissenschaftskonstruktionen einen Konstitutions- und Geltungszusammenhang, dessen Basis stets ein lebensweltliches Apriori, eingeschlossen in pragmatischen Strukturen, ist.« (131)

Frank Konersmann (Bielefeld)

Schmidt, Alfred: Goethes herrlich leuchtende Natur. Philosophische Studie zur deutschen Spätaufklärung. Carl Hanser Verlag, München, Wien 1984 (208 S., br., 25,- DM) Zweiundzwanzig Jahre nach seiner Schrift über den »Begriff der Natur in der Lehre von Marx« legt Alfred Schmidt jetzt ein Buch über Goethes Naturbegriff vor. Es erinnert an eine philosophisch reflektierte Tradition der Naturbetrachtung in Deutschland. Das macht seine aktuelle Bedeutung aus, denn solche Erinnerung ist notwendig, wenn der neuere Trend zur Naturschwärmerei zunehmend irrationalistische Züge annimmt.

Vornehmlich anhand der naturwissenschaftlichen Schriften, aber auch anhand von Äußerungen Goethes in Dichtung und Korrespondenz, zeichnet Schmidts umfassende und detaillierte Studie Goethes Versuch nach, Naturerforschung und ästhetisch-philosophische Naturbetrachtung miteinander zu vermitteln. Goethes Bemühungen zielten auf den Begriff eines Verhältnisses von menschlicher Gattung und außermenschlicher Natur, in dem sich einerseits die Natur frei entfalten und »aussprechen« könnte, und andererseits Kultur und Humanität durch eine reflektierte Aneignung und Beherrschung der Natur gewährleistet wären. »Naturwissenschaft und poetisches Naturgefühl sind in Goethes sympathetischem Weltbild unentwirrbar verwoben. Er erfährt, als ein sich liebend ins Detail versenkender Naturbetrachter, das andere in sich, sich selbst im anderen.« (51)

Goethes Methode einer beobachtenden Naturerforschung vertraute sich, so Schmidt, ganz der »Logik der zu beobachtenden Tatbestände« (26) an. Der neuzeitliche, bloß quantifizierende Naturbegriff steht dagegen im Zeichen »eines technischen Fortschritts,

der seit Galilei und Newton auf einem geschichtlichen 'Entwurf' von Natur beruht hat, der nicht darauf abzielt, ihrer 'Wirklichkeit' zum Ausdruck zu verhelfen, sondern darauf, sie allseitig verfügbar zu machen. Die moderne Wissenschaft entwickelt sich in einem instrumentalistischen Horizont.« (14) Angesichts der Folgen unreflektierter Naturbeherrschung sind die Errungenschaften der modernen Wissenschaften heute radikal problematisch geworden. Für ihre nötige Selbstreflexion könnte, wie Schmidt darlegt, Goethes Naturbegriff relevant werden, auch wenn Goethe in den naturwissenschaftlichen Kontroversen, die er führte, unterlag.

Umwälzende naturwissenschaftliche Entwicklungen in Theorie und Praxis führten um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert den für die Theoriebildung entscheidenden Übergang von einer starren Auffassung von »Naturgeschichte« zu dem Konzept einer dynamischen »Geschichte der Natur« herbei. Vor diesem Hintergrund suchte Goethe in seinen Naturforschungen zwischen 1787 und 1794 »das allgemeine, dem Besonderen innewohnende Strukturprinzip« (63) der Morphologie biologischer Phänomene. Unter dem Einfluß »idealistischer Philosophie erblickt Goethe jetzt das der Mannigfaltigkeit der Formen Gemeinsame nicht mehr« — wie noch bis zur italienischen Reise — »in einem sinnlich greifbaren Urganismus, sondern im 'Typus', in der 'Idee'. (...) Allerdings ist Goethe nie ganz zum ahistorischen Idealismus übergegangen.« (63) Er blieb vielmehr stets auch der materialistischen Tradition verbunden und betonte die Eigensetzlichkeit der vom menschlichen Denken unabhängigen außermenschlichen Natur machten ihn seine entwicklungsgeschichtlichen Naturforschungen, Georg Lukács zufolge, zum »Vorläufer Darwins«. »In Goethes Werk« zeichnen »sich Umriss eines großen, evolutiven Kontinuums ab, das von der Geologie über die Biologie zur menschlich-gesellschaftlichen Welt hinüberführt« (66).

Schmidts Interpretation zeigt, wie sich die Forschungen des reifen Goethe auf den Gebieten der Botanik, Zoologie, Meteorologie, Geologie und Optik zwischen radikalem Empirismus und philosophischer Suche nach dem Wesen der beobachteten Erscheinungen bewegten: »Goethes Naturkonzeption erweist sich (...) als die eines spontanen Dialektikers, der sich die Wahrheit des Einzelnen, notwendig isolierten (im Hegelschen Sinne 'Abstrakten') dadurch anzeigend trachtet, daß er es in 'vermittelnden' Denkschritten einbezieht in eine konkrete Totalität: in ein Ganzes, dessen Begriff nicht nur eine heuristische oder methodische Funktion zukommt, sondern auch — und vor allem — eine metaphysische.« (32)

Indem Schmidt Goethes Verhältnis zu Kant und Hegel diskutiert, dem Einfluß der Schellingschen Naturphilosophie auf den reifen Goethe nachgeht und die Nähe Goethes zur Aufklärung des 18. Jahrhunderts in den Blick rückt, kann er zeigen, wie in Goethe, der vom »Spinozismus der deutschen Spätaufklärung« geprägt war, die Bemühungen der deutschen idealistischen Philosophie um eine »qualitativ-dynamische Naturkonzeption« (113) kulminierten und über sich selbst hinaustrieben. »Zum kritischen, dem esprit de système feindlichen Geist der Aufklärung gehört die Art, wie Goethe Naturwissenschaft konzipiert. Spekulativ-idealistische, empirisch-analytische, auch materialistische Momente arbeiten sich, bei wechselnden Akzentuierungen, in Goethes theoretischen Schriften aneinander ab.« (149)

Die Ausstrahlung von Goethes qualitativem Naturbegriff bis in die Philosophie der Gegenwart demonstriert Schmidt an so unterschiedlichen Denkern wie Bloch und Heidegger. »Beide können sich auf Goethes Zweifel berufen, ob das Buch der Natur ausschließlich in mathematischen Formeln geschrieben ist.« (18f.) Bei Bloch knüpfte sich an diesen Zweifel die utopisch-emanzipatorische Idee eines Natursubjekts, das dem Geschichtssubjekt — der revolutionär befreiten, autonomen Menschheit — zur Seite stünde. Die Heideggersche Kritik an der »spezifisch modernen Stellung des objektivierenden Bewußtseins zur Natur« (14) dagegen machte wohl zu Recht geltend, daß die Ergebnisse

rein quantifizierender Verfahren der modernen Naturwissenschaften zwar technologisch verwertbar sein, aber keine philosophische Auskunft über das wahre Wesen der Natur gäben — aber hat sie nicht einen stark romantisierend-reaktionären Charakter? Hierüber hätte man gern Näheres erfahren.

Schmidts materialreiche Untersuchung ist ein instruktiver Beitrag zu einer kritischen, historisch-materialistischen Geschichte der Philosophie. Die gegenwärtige Diskussion über die Naturproblematik wird an ihm nicht vorbeigehen können.

Gerhard Schweppenhäuser (Hamburg)

Darnton, Robert: Der Mesmerismus und das Ende der Aufklärung in Frankreich. Carl Hanser Verlag, München, Wien 1983 (239 S., Ln., 45,- DM)

Wenn überhaupt, dann begegnet einem der Mesmerismus heutzutage nur noch in bestimmten Werken der Phantastischen Literatur, etwa in den »Serapionsbrüdern« von E.T.A. Hoffmann oder in »Mesmerische Offenbarung« und »Die Tatsachen im Fall Valdemar« von E.A. Poe. Sobald es dort um so merkwürdige Phänomene wie Hypnose, Somnambulismus, Gedankenübertragung oder Astrologie geht, die der mehr oder weniger obskuren Zwielflichtzone zwischen Okkultismus und Wissenschaft angehören, stößt man früher oder später auf die Spur von Franz Anton Mesmer. Mit dieser Zuordnung zur Welt des Unheimlichen und Fragwürdigen wird dem von 1734 bis 1815 lebenden Arzt, Naturforscher und Philosophen allerdings bitter unrecht getan. Denn selbst wenn seine Theorien uns heute oft recht ungläubwürdig oder zumindest etwas verworren vorkommen (und zum Teil inzwischen wohl auch widerlegt sind), so lohnt sich doch die nähere Bekanntschaft mit den Schriften dieses frühen Vertreters der bürgerlichen (Natur-)Wissenschaft in jedem Fall. Im Gegensatz zu unseren Tagen, wo etwa irgendein physikalisches Atommodell ohne weiteres als verabsolutierte Realität verkauft werden kann, die scheinbar ausschließlich auf »Naturgesetzen« beruht (was immer das heißen mag), verraten die Welterklärungsansätze des 18. Jahrhunderts noch allzu offensichtlich ihre ideologische Herkunft. Und dadurch wird deutlich, daß auch noch die allerletzte chemische Formel ihre Existenz ganz bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen verdankt.

Mesmers Theorie beruht auf der Grundannahme, daß alles Sein letztlich ein einziges Kontinuum bildet, bestehend aus Materie in Bewegung. Da es keine Leere zwischen den Materieteilchen gibt, zieht eine Bewegung zwangsläufig eine andere nach sich usw.; eine stete allgemeine Veränderung ist die Folge. Zwischen den Teilchen findet dabei ein ständiger Energieaustausch statt, wobei die Gesamtmenge der Energie konstant bleibt. Es liegt daher ein System von Wechselwirkungen vor, dem sich nichts und niemand entziehen kann, weder Himmel noch Erde, weder Papst noch Regenwurm. Ausgehend von einer ganzheitlichen Weltbeschreibung entwickelte Mesmer zunächst einen ebenso ganzheitlichen Gesundheitsbegriff. Unter Krankheit wäre dann ein Zustand zu verstehen, in dem die lebensnotwendigen Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Körperteilen bzw. zwischen dem Gesamtkörper und der Umwelt gestört sind. Eine derartige Betrachtungsweise würde man heute wahrscheinlich als psycho-somatische bezeichnen, wird doch hier besonders betont, daß bei sämtlichen Krankheiten die gesellschaftlich bedingten äußeren Einflüsse auf die geistig-körperliche Konstitution des einzelnen unbedingt zu berücksichtigen seien. Als Heilmittel wurden von Mesmer die verschiedensten Therapien angewandt, von der Massage bis zur Hypnose, wobei suggestive Methoden offenbar Vorrang hatten, und zwar immer mit dem Ziel, Entspannungszustände zu befördern. Das heißt nun aber keinesfalls, daß die traditionelle Medizin vollständig verworfen wurde; daß ein Beinbruch oder Tbc nicht allein durch Handauflegen und gutes Zureden zu heilen sind, war Mesmer durchaus bewußt. Alles in allem ist es wohl durchaus legitim, ihn als Vorläufer von Freud, Reich und Co. zu betrachten.

In den Jahren bis zur Revolution 1789 wohnte und lehrte Mesmer in Paris, wo er von allen Ständen begeistert gefeiert wurde. Neben den oft spektakulären Heilungen dürfte sein Erfolg vor allem darauf zurückzuführen sein, daß nach seiner Theorie der einzelne eingebunden ist in ein Kraftfeld überindividueller Verhältnisse, wodurch einerseits Willensfreiheit und Verantwortung beschränkt werden, andererseits jedoch historische Veränderungen — u.U. auch auf politischem Gebiet — denk- und machbar sind, sofern individuelles Handeln durch kollektives ersetzt wird. Mit derartigen Vorstellungen ließen sich sowohl die subjektiv erfahrene Fremdbestimmung als auch die Hoffnung auf tätige Veränderung der Daseinsbedingungen verbinden, und zwar grundsätzlich für die Angehörigen aller Klassen, wenn auch die mesmersche Philosophie sicher jeweils unterschiedlich aufgefaßt wurde. In jedem Fall aber entsprach sie der Alltagserfahrung der Franzosen sicher bei weitem mehr, als etwa Rousseaus Gedanken von der vertraglichen Einigung unabhängiger, freier Bürger zum Zwecke der Staatsgründung. In späteren Jahren übertrug Mesmer seine Gesundheitsvorstellungen konsequent auf andere Bereiche und entwarf sowohl eine Erziehungs-, als auch eine Staatstheorie mit dem Ziel, eine auf rigoros-moralischen Prinzipien aufgebaute Gesellschaftsordnung zu schaffen.

Robert Darnton hat 1968 ein Buch über den Mesmerismus geschrieben, das jetzt übersetzt worden ist. Seine Absicht war es, einen Beitrag zum Verständnis der kollektiven Mentalität der Franzosen kurz vor dem Ausbruch der Revolution zu leisten. Die ihm nicht gelungen, vor allem deshalb, weil er sich weder mit Mesmers Theorie mit den sozialen und ökonomischen Verhältnissen dieser Zeit ernsthaft auseinandersetzt. Überlegungen, wie die hier eingangs vorgetragenen, tauchen bei ihm nicht auf, er beschreibt lediglich, wie sich die französische Bevölkerung am Vorabend bedeutungsvoller Veränderungen einer seines Erachtens völlig irrationalen Erscheinung hingibt, wobei ihm besonders wichtig ist, daß einige der späteren Revolutionäre ihre »Karriere« in mesmeristischen Zirkeln begannen. Offenbar hätte er erwartet, daß alle fleißig Rousseau lesen würden; so aber kann er sich nur wundern. Dialektik der Aufklärung? Nie gehört!

Obwohl Darntons Arbeit größtenteils recht unterhaltsam geschrieben ist — dabei gelegentlich an Philippe Ariès erinnert — und eine Menge interessanter Informationen bietet, bleibt der Gesamteindruck unbefriedigend. Der Mangel an analytischer Schärfe führt schließlich dazu, daß sich der Leser bestenfalls über das Kuriosum Mesmerismus amüsiert, das für ihn jedoch hinterher genauso obskur sein wird wie zuvor.

Glücklicherweise ist das Theorie-Defizit des Werkes dem Lektor oder irgendeiner anderen kompetenten Person im Verlag aufgefallen, und so findet sich im Anhang — neben einigen unverständlicherweise im französischen Original belassenen Quellentexten — ein hervorragender Aufsatz von Martin Blankenburg mit dem Titel »Der 'thierische Magnetismus' in Deutschland. Nachrichten aus dem Zwischenreich«. Allein diese knapp 30 Seiten lohnen den Kauf des Buches, denn hier gelingt es dem Autor, Mesmers Theorien in ihrer Bedeutung für die Wissenschaftsgeschichte in grundlegenden Zügen herauszuarbeiten. Daß dabei auch Kritik an Darnton geübt wird, versteht sich von selbst.

Lutz Flörke (Hamburg)

Sprach- und Literaturwissenschaft

Klein, Wolfgang: Zweitspracherwerb. Eine Einführung. Athenäum, Königstein/Ts. 1984 (206 S., br., 19,80 DM)

Klein, Professor am Max-Planck-Institut für Psycholinguistik im niederländischen Nijmegen, stellt im ersten Teil seiner Einführung aus psycholinguistischer Sicht die Prozesse des Spracherwerbs dar, deren drei Haupttypen (Erst-, Zweitspracherwerb, Sprachrekonstruktion etwa nach Aphasie) sich nicht ganz scharf voneinander abgrenzen lassen. Klein

analysiert zunächst den kognitiven, sozialen und sprachlichen Hintergrund beim Erstspracherwerb und kommt zu dem Schluß, daß dieser in wesentlich engerem Maße mit der sozialen Entwicklung verkettet ist als der Zweitspracherwerb. Im folgenden gibt der Autor einen kritischen Überblick über Chomskys Sprachmechanismus-Konzept (LAD) und die Theorie der »kritischen Spanne« beim Erstspracherwerb, bevor er verschiedene Formen der Zweisprachigkeit und Übergangsstufen zum Zweitspracherwerb darstellt. Es folgt ein Überblick über die wichtigsten Theorien des ungesteuerten Zweitspracherwerbs (Identitäts-, Kontrastivhypothese, Krashens Monitor-Theorie, Konzept der Lernervarietäten, Pidginisierungstheorie), wobei Klein anregt, das Pidgin als Sonderfall zu behandeln, und sich bei seinen weiteren Ausführungen auf die Monitor-Theorie und das Konzept der Lernervarietäten stützt, deren Prozeßorientierung er reinen Strukturmodellen vorzieht. Bevor er im zweiten Teil den Zweitspracherwerb von der Eingabe bis zu den verschiedenen Stufen der Lernervarietäten eingehend untersucht, definiert er Antrieb, Sprachvermögen und Zugang zum Sprachmaterial als die drei bestimmenden Komponenten im Prozeß des Spracherwerbs, der seinerseits durch Struktur und Tempo des Verlaufs sowie den jeweils erreichten Zustand gekennzeichnet ist (45).

Beim Zweitspracherwerb sieht sich der Lerner, Klein zufolge, vier grundlegenden Problembereichen gegenüber. Während er bei der Analyse der zu erwerbenden Zweitsprache neben dem sich ständig entwickelnden Wissen die jeweils empfangene sprachliche Nachricht zu zerlegen hat, muß er bei seiner eigenen ungesteuerten sprachlichen Aktivität in der Zweitsprache aufgrund der zunächst nur rudimentären Kenntnisse funktional-pragmatischen Prinzipien den Vorrang vor — noch unerschlossenen — grammatischen Regeln geben, wobei die Aussage nach dem Grundschema von »Setzung« und »Fokus« strukturiert wird (93ff.). Klein verfolgt die weiteren Schritte der Synthese anhand des Erwerbs des Finitiums und der Negation, unterscheidet bei der Problematik der Einbettung der sprachlichen Äußerung in die Gesamtheit der Kommunikationssituation zwischen der eigentlichen Äußerungsinformation und dem durch die Kontextinformation gegebenen Beiwissen und analysiert die Bedeutung von Deixis, Anaphorik, Ellipse, Wortstellung und Intonation für die stufenweise Entwicklung von Lernervarietäten. Klein kommt zu dem Schluß, daß das »Einbettungsproblem sich unmittelbar auf die Lösung des Syntheseproblems auswirkt«, da reichere syntaktische und lexikalische Mittel erst die Freiheit schaffen, der Äußerung und der in ihr enthaltenen Information ein gewisses Gewicht im Gesamtfluß der Information zu geben (134). Schließlich geht Klein auf das Vergleichsproblem und die Formen der Kontrolle beim Zweitspracherwerb (Überwachung, Rückmeldung, Reflexion) ein, wobei die Aufspaltung der Zielsprache in Varietäten (Dialekte, Soziolekte, mediengebundene Formen) dem Lerner zusätzliche Probleme bereitet. Abschließend kommt der Autor zu dem kritischen Restümee, daß die Forschung zum Zweitspracherwerb noch zahlreiche Lücken aufweist. Insbesondere bei der Erforschung des Syntheseproblems erweise sich der lückenhafte Kenntnisstand über Aufbau und Funktion sprachlicher Äußerungen im allgemeinen und über das Zusammenspiel zwischen Beiwissen und in der Äußerung enthaltener Information gerade auch für voll ausgebildete Sprachen als zu gering, »um dem Fremdsprachenunterricht als solide wissenschaftliche Grundlage dienen zu können« (175).

Kleins Einführung gibt einen recht guten Überblick über die Problematik und den gegenwärtigen Stand der Zweitspracherwerbsforschung, wobei dem vortragsartig lockeren Darstellungsstil die Korrektur mancher stereotyper Wiederholungen (»wir kommen auf das Problem gleich zurück«) gut bekommen wäre. Das Glossar müßte gerade in einer Einführung ausführlicher gestaltet werden. Im Literaturverzeichnis fehlen sträflicherweise eine Reihe von Titelverweisen (u.a. Adjemian, S.20; Neufeld, S.22; Quetz für Quest, S.32; Cohen, S.34; Cazden, S.108; Grimm, S.177; Bierwisch und Jacobs, S.183).

Wolf Kindermann (Köln)

Herlemann, Brigitte, und Rüdiger Mellies: Bedeutung — Fremdsprachenerwerb — Interaktion. Fremdsprachenunterricht vor dem Hintergrund von Sprach-/Lernentwicklungsprozessen in Phylo- und Ontogenese. Verlag Peter D. Lang, Frankfurt/M., Bern, New York 1983 (285 S., br., 74,- sFr.)

So orientierungsarm und hilflos wie der Buchtitel muten zum Glück nur wenige Sätze in diesem Buch an — doch spiegelt sich in dem unverbundenen und unverbindlichen Nebeneinander von thematischen Schlüsselbegriffen bereits die schwache Seite der Arbeit von Herlemann/Mellies: Die einzelnen Teile bilden nicht wirklich einen stringenten Zusammenhang. Dabei findet sich zunächst ein ganz ausgezeichneter Teil zum Bedeutungs-begriff, in dem die Autoren auf der Grundlage der kulturhistorischen Schule die Rolle von Sprache und Lernen im Gesamtzusammenhang der Gattungstätigkeit systematisch entwickeln. Ungeachtet einiger Akzentverschiebungen — so erweckt etwa die Darstellung (vgl. 103f.) den Eindruck, als werde die Rolle der Sprache für individuelle Verallgemeinerungsleistungen unterbewertet, indem der durch Sprache vermittelte Prozeß der Vergesellschaftung des individuellen Bewußtseins anscheinend erst als nachträgliches Zurechtstutzen der individuellen Abbilder (der »subjektiven Ergebnisse der Denkprozesse«, 103) in der Kommunikation gedacht wird — gefällt daran die klare Darstellung der Zusammenhänge, die durch reichhaltiges Material illustriert ist. Auf der Basis der in diesem Teil formulierten Einsichten wird die — angesichts der Realität der Sprachwissenschaft nach wie vor kühne — These plausibel, zum zentralen Gegenstand habe Sprachwissenschaft »Entstehung, Fixierung, Tradierung und Austausch von *Bedeutungen* im *Interaktionszusammenhang* menschlicher Sozialgebilde« (5).

Zwingend dann die Überlegung, daß ein solches Sprachverständnis für den Fremdsprachenunterricht (FSU) nicht folgenlos bleiben könne. Doch bleiben die von den Autoren formulierten Konsequenzen — zumindest gemessen an der Differenziertheit des im ersten Teil erarbeiteten Bedeutungs-begriffs — noch recht pauschal. Herlemann/Mellies beurteilen einige Ansätze der Fremdsprachendidaktik unter dem Gesichtspunkt, welche Rolle sie dem fremdkulturellen Bedeutungserwerb zu messen, und zeigen, daß dieser mehr umfassen muß als das Lernen fremdsprachlicher Bezeichnungen für dieselben Bedeutungen, daß er auch mehr umfassen muß als das Erfassen unterschiedlicher Bedeutungsabgrenzungen im lexikalischen Bereich. Über eine Kritik der gängigen, meist sprachimmanenten Semantisierungsweisen formulieren die Autoren ihre Position: »Begriffsbildung, wie wir sie verstanden wissen wollen, kann nur auf der Grundlage von Handlungen in ihren gesellschaftlichen Zusammenhängen adäquat erfolgen und nicht über das Erlernen isolierter Einzelbedeutungen« (257). Nun verlaufen aber Prozesse der Begriffsbildung gerade unter dem Gesichtspunkt ihrer Einbettung in ganzheitliche Praxiszusammenhänge im Klassenzimmer anders als in der Realität. Die Autoren sehen richtig, daß dieses Grundproblem eines jeden an natürlicher Kommunikation orientierten Unterrichts auch nicht einfach durch die Simulation von Kommunikationssituationen aufgehoben werden kann (vgl. 263), doch wissen sie dieses Dilemma nur höchst akademisch anzugehen. Es kann nämlich als Konsequenz aus den vorausgegangenen Überlegungen ganz sicher nicht zum »Ziel [sic!] eines so verstandenen FSU« erklärt werden, »den Lernenden bewußt zu machen, daß interkulturelle Kommunikation 'vager' ist als muttersprachliche Kommunikation ... und daß Interpretationsleistungen und Sinnzuschreibungen adäquat nur im Mitvollzug der gesellschaftlichen Praxis in der Fremdkultur möglich sind« (263). Letzteres ist zwar grundsätzlich richtig, die Frage bleibt jedoch, wie gesteuerter Fremdsprachenerwerb *dennoch* sinnvoll betrieben werden kann — und dieses Problem ist nicht dadurch zu lösen, daß es den Lernenden bewußt gemacht wird. Die *Bewußtwerdung* einer Schwierigkeit auf dem Wege zum Ziel — und Ziel ist für den FSU nach wie vor der Erwerb der Kommunikationsfähigkeit in einer fremden Sprache — kann allenfalls zu einer Einschränkung der Zielsetzungen veranlassen, aber gewiß

nicht das Ziel selber ersetzen. — Bleibt festzuhalten, daß mit den Überlegungen zur Rolle interkulturellen Bedeutungslernens im FSU wichtige Fragen angesprochen werden; gleichwohl kann man darin kaum mehr als einen Beitrag zum Anschluß der Fachwissenschaft an den Diskussionsstand sehen, wie er für viele der mit Sprachkursen etwa im Bereich der Weiterbildung befaßten Pädagogen seit geraumer Zeit gang und gäbe ist.

Walter Kühnert (Ennepetal)

James, Allan, und Bernhard Kettemann (Hrsg.): Dialektphonologie und Fremdsprachenerwerb/Dialect Phonology and Foreign Language Acquisition. Gunter Narr Verlag, Tübingen 1983 (313 S., br., 86,- DM)

Bisher wurde das Dialektproblem hauptsächlich unter dem Aspekt Primärsprachdidaktik (Muttersprachdidaktik) thematisiert. Der Bezug auf die Fremdsprachdidaktik blieb demgegenüber im Hintergrund. Vereinzelt Abhandlungen, z.B. Aufsätze von A. James und das Buch von E. Germer (Deutsche Mundart und englische Aussprache, Berlin/W. 1977), haben bislang wenig Beachtung gefunden. Der vorliegende Band behandelt nun das vernachlässigte Thema in beachtlicher Ausführlichkeit. Dabei erscheint die weitgehende Beschränkung auf die Phonologie gerechtfertigt, da die anderen grammatischen Ränge (Morphologie, Lexikon, Syntax) und die Pragmatik — die durchaus auch dialektale Besonderheiten aufweisen, wenngleich in geringerer Zahl — für den Fremdsprachenunterricht weniger relevant sein dürften. Die nahezu ausschließliche Beschränkung auf das Englischlernen, die man vom Titel her nicht ohne weiteres erwartet, ist dagegen eine allenfalls durch die Forschungslage gerechtfertigte Einseitigkeit.

Es handelt sich um eine Sammlung von 15 Aufsätzen mit einer Einführung der beiden Herausgeber und einem Vorwort von W. Nemser. Sämtliche Aufsätze sind Wiederabdrucke. Die Erstveröffentlichung datiert bei sechs Aufsätzen aus den siebziger, bei acht aus den achtziger Jahren. Ein Aufsatz stammt von 1937/38, er ist von M. Schubiger; ihr ist der gesamte Band zum achtzigsten Geburtstag gewidmet. Hätte man nicht vielleicht — wenigstens auszugsweise — auch noch ältere, wenngleich anders ausgerichtete Arbeiten aufnehmen sollen, evt. mit kurzem, kritischem Kommentar? Als Beispiel sei nur genannt: J. Bongartz: Die deutsche Mundartforschung in ihrer Bedeutung für den englischen Unterricht (Berlin 1935). Die Aufsätze sind unter folgenden drei Hauptüberschriften zusammengefaßt und darunter jeweils chronologisch geordnet: I. Segmental Interference, II. Suprasegmental Interference, III. Perception and Discrimination. Englisch ist übrigens die übergeordnete Sprache des Bandes (Vorwort, Einführung, Kapitelüberschriften), obwohl die meisten Artikel auf Deutsch verfaßt sind. I. umfaßt allein zehn Aufsätze, II. umfaßt drei, III. nur zwei. Die linguistische Fragestellung ist also gegenüber der psychologischen stark dominant. Immerhin sind andere für Fremdsprachenlernen und -didaktik ebenfalls bedeutsame Aspekte nicht gänzlich vernachlässigt; die Beiträge von H. Grasseger und P. Bierbaumer in III. befassen sich mit der Lautdiskrimination und -perzeption der englischen Zielsprache-Äußerungen durch Dialektsprecher. Daß der Prosodie in II. ein eigenes Hauptkapitel gewidmet ist, erstaunt sicher zumindest die Dialektologen. Die Aufsätze behandeln großenteils Transferenzen aus einzelnen Dialekten in die Zielsprache Englisch, aus dem Steirischen und Kärntnischen (B. Kettemann und W. Viereck, G. Havranek, B. und I. Kettemann, A. Karpf/B. Kettemann/W. Viereck), aus dem Alemannischen und Schwäbischen (M. Schubiger, A. James) und aus dem Bairischen (C.J. Wickham, L. Zehetner); manche sind eher gebietsübergreifend oder auf mehrere Gebiete bezogen (E. Germer, E. Burgschmidt/D. Götz). Alle Aufsätze sind methodisch sorgfältig angelegt und enthalten zahlreiche Informationen, die nicht nur für Fremdsprachendidaktiker interessant sind, sondern vor allem auch für Dialektologen und Phonologen. Neben dem abschreckenden Preis (für Wiederabdrucke, die

man letztlich auch andernorts beschaffen kann!) stört noch, daß keine Gesamtbibliographie beigefügt ist; sie wäre weit zweckmäßiger als die Auswahlbibliographien zu jedem Artikel mit ihren Lücken und Wiederholungen.

Ulrich Ammon (Duisburg)

Williams, Raymond: Writing in Society. Verso Editions, London o.J. [= 1983]
(271 S., br., 5,95£)

Der Titel von Williams' neuer Aufsatzsammlung ist Positionsbestimmung und Programm zugleich. Wie die von ihm herausgegebene Buchreihe »Literature in Society«, als deren deutsches Pendant man das Argument-Projekt »Literatur im historischen Prozeß« bezeichnen könnte, umreißt »Writing in Society« die vom Verfasser schon vor einem Vierteljahrhundert entwickelte Vorstellung, daß Kunst und Literatur untrennbarer Teil der gesellschaftlichen Organisation und des gesellschaftlichen Prozesses sind. Für Williams ist deswegen die traditionelle soziologische Gegenüberstellung von Literatur und Gesellschaft ebenso irreführend wie manche formale Betrachtungsweise der Literatur, die ihren Gegenstand in einem gesellschaftsfernen Reservat ansiedelt.

Mit Bedacht spricht Williams hier von »Writing« statt »Literature«, um von vornherein die Assoziation an kanonisierte Texte und Gattungen auszuschließen. In seiner primären Bedeutung von »Schreiben« soll der Begriff aber auch auf die historisch veränderlichen Bedingungen und Funktionen der literarischen Produktion aufmerksam machen, auf so unterschiedliche Akte wie das Komponieren für die Bühne, das Schreiben für das stille Lesen oder das Beliefern der neuen Medien — Vorgänge, denen gemeinsam nur der kompositorische Umgang mit Sprachmaterial ist. Komplementär dazu werden die gesellschaftlich ebenso determinierten Bedingungen des Lesens bzw. der Rezeption mitreflektiert.

Die in dem vorliegenden Band vereinten Vorträge und Aufsätze verhandeln indessen nicht vorwiegend konzeptionelle Fragen. Sie sind eher als materiale Vor- und Nebenstudien zu »Marxism and Literature« (1977) und »Culture« (1981) zu verstehen, in denen die als kultureller Materialismus deklarierte Position des Verfassers theoretisch ausgewiesen wurde (vgl. *Das Argument* 139, 1983). Im einzelnen lassen sich drei Themenbereiche unterscheiden: Arbeiten (1) zum Theater, (2) zum englischen Roman und (3) zur Situation des Fachs Englisch.

(1) Der Vergleich zwischen dem »Hippolytes« des Euripides und Racines »Phèdre« wie auch die Untersuchung der Funktion von Shakespeares Dialogen und Monologen sind detaillierte Analysen von einzelnen Dramenkonventionen — textbezogene Fallstudien, für die Williams sich schon deshalb nie zu schade war, weil er seine These von der innigen Verschränkung dramatischer Formen mit ihrer jeweiligen Gesellschaftsordnung immer auch am konkreten Gegenstand demonstrieren wollte. Wenn die Cambrider Antrittsvorlesung von 1974, »Drama in a Dramatised Society«, den nicht-spezialisierten Leser eher anspricht, so vor allem wegen ihrer lebenspraktisch-aktuellen Implikationen. Zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte rezipiert in den westlichen Industrieländern (und womöglich nicht nur hier) die Mehrheit der Bevölkerung regelmäßig, ja täglich mehr als drei Stunden der verschiedenartigsten Dramen (Theateraufführungen, Filme, Krimi-Folgen, Familien-Serien bis hin zu einzelnen Werbespots). Es scheint undenkbar, daß diese alltäglich auf uns einströmende Darstellungs- und Bilderflut, das permanente Action- und Simulationsfieber nicht Spuren in unserer Wirklichkeitswahrnehmung, in unserem Wirklichkeitsverständnis hinterläßt. Rollenverhalten, Theatralik und Inszenierungen sind »selbstverständliche« Bestandteile des öffentlichen Lebens in dieser »dramatisierten Gesellschaft« geworden.

(2) Unter den Abhandlungen zum Roman verdient die Hinwendung zur Arbeiterliteratur Aufmerksamkeit, weil sie ein neues Interesse des Autors markiert. Am besten kennt sich Williams, wohl aufgrund seiner Biographie, auf dem Gebiet des walisischen

Arbeiterromans aus (»Region and Class in the Novel«), aber er steuert auch eine ausgezeichnete Interpretation von Robert Tressells »The Ragged-Trousered Philanthropists« bei, dem berühmtesten englischen Arbeiterroman, und betitelt diesen Vortrag, um die Intention von Tressells bissiger Ironie noch stärker herauszustreichen, »The Ragged-Arsed Philanthropists« (also »verlumpfte Ärsche« statt »Hosen«).

Auch die Diskussion der »jakobinischen« Romanciers der 1790er Jahre macht deutlich, daß Williams frühere Ansichten zu überdenken bereit ist. Hatte seine Romanstudie »The English Novel from Dickens to Lawrence« (1970) den Beginn des modernen Gesellschaftsromans noch umstandslos auf die 1840er Jahre datiert, so räumt er jetzt ein, daß schon mit Godwin, Holcroft, Mary Wollstonecraft u.a. ein neuer Typ des Romans entsteht, in dem die Charaktere von ihrer sozialen Umwelt geprägt erscheinen und diese häufig als korrupt, aber durch Aufklärung und Reform reparabel dargestellt wird. Da diese Romantradition aufgrund des repressiven politischen Klimas in Großbritannien zur Zeit der Napoleonischen Kriege keine Gelegenheit zur Entfaltung und Weiterentwicklung erhält, geht sie verloren und ist erst in jüngster Zeit von Literaturhistorikern in ihrer Bedeutung gewürdigt worden.

(3) Die Beiträge zur Standortbestimmung der Anglistik sind Teil einer in Großbritannien leidenschaftlich geführten Diskussion über die Krise des Fachs, die, soweit sie eingestanden wird, sich in der Hinterfragung des literarischen Kanons und einer großen methodologischen Unsicherheit äußert. Hervorgehoben u.a. durch die Theorie-Importe der sechziger und siebziger Jahre, vor allem aus Frankreich, hat sie die Polytechnics und einige der neuen Universitäten, darunter auch die Fernuniversität (Open University) erfaßt, während sich die Bastionen des akademischen Betriebs, Oxford und Cambridge zumal, wie schon in der Vergangenheit, wenn es um die Öffnung der Colleges für die Frauen oder die Einrichtung neuer Studiengänge ging, abzuschotten versuchen. Williams erinnert daran, daß es ein Anglistikstudium in Cambridge erst seit 1917 gibt und daß um seine konkrete Ausgestaltung noch lange gerungen wurde. Zu dieser Geschichte gehören auch große Namen wie I.A. Richards, dessen »Prinzipien der Literaturkritik« (1924) eine Theorie der Kommunikation und die Analyse der sprachlichen Organisation des literarischen Werks einschloß. Deswegen ist, was heute vom Formalismus, Strukturalismus und Marxismus inspiriert als Forderung nach einer sprach- und kommunikationswissenschaftlich grundierten Theorie der Literatur und der Interpretation auftaucht und von den gestandenen Vertretern der britischen Universitätsanglistik zum Teil vehement bekämpft wird, so weit von Richards' ursprünglichem Projekt gar nicht entfernt. Das heißt aber auch, daß manche sich revolutionär brüstende Variante des Strukturalismus und Poststrukturalismus mit dem eingefahrenen Paradigma kompatibel ist. Problematisch sowohl an der literarischen Moderne als auch an den von dieser faszinierten neuen Interpretationsschulen ist im übrigen ihre sprachliche wie gesellschaftliche Distanz zur großen Masse der Bevölkerung. Erst in der Überwindung dieser letztlich sterilen Abgehobenheit und in der Anknüpfung an die »Welt der Praxis, der Entscheidung und des Kampfes« (226) wird für Williams der Anspruch einer Humanwissenschaft eingelöst.

H. Gustav Klaus (Osnabrück)

Wunberg, Gotthart: Wiedererkennen. Literatur und ästhetische Wahrnehmung in der Moderne. Gunter Narr Verlag, Tübingen 1983 (263 S., br., 48,- DM)

Wunberg will nachweisen, »daß wir schön finden, was wir wiederfinden« (11). Er nimmt dazu den Begriff des Wiedererkennens auf, der in Aristoteles' Tragödientheorie konkret das Wiedererkennen einer Person bezeichnet, und stellt ihn ins Zentrum seiner Theorie der ästhetischen Wahrnehmung. Vor allem für die ästhetische Wahrnehmung in der Moderne sei das Wiedererkennen ein entscheidender Vorgang, da die modernen Kommunikationsmittel seit Beginn des 19. Jahrhunderts (85-111) mit ihrer Informationsfülle bei

den Individuen einen Vergessenszwang bewirkten, so daß alle Erfahrungen die Form einer »erinnernden Erfahrung« annähmen (85). Ein Gegenstand werde erst dann als »schön« erfahren, wenn er die Möglichkeit biete, »in ihm ausgemachte Erinnerungsspuren zu vervollständigen« (175); wo dies gelinge, erlebe das Individuum einen »erfüllten Augenblick« (175, 188). Man erwartet nun einen Nachweis dieser ebenso allgemeinen wie metaphorischen These auf dem Wege einer Untersuchung der Rezeption von Kunst in der Moderne. Doch Wunberg schlägt einen anderen Weg ein: er sucht in der Kunst nach dem Motiv des Vergessens und Wiedererkennens, um seine These mit den Erfahrungen von Kunstfiguren zu belegen. Seinem Vorgehen liegt die — unausgesprochene — Annahme zugrunde, daß die wesentlichen Prozesse der Kunstrezeption in der Kunst selbst artikuliert werden.

So deutet Wunberg etwa Orpheus' Bemühen, Euridyke aus der Unterwelt zurückzuholen, als Versuch, sie dem Vergessen zu entreißen; das Verbot, sie auf dem Rückweg anzuschauen, zeige, daß nicht Euridyke selbst, sondern nur die Erinnerung von ihr zurückgewonnen sei, die sich der Anschauung prinzipiell entziehe. Eine anschauliche Wiedergewinnung des Erinnerungsobjekts sei nur in Form eines Kunstwerks über Euridyke möglich, der Orpheus-Mythos lehre also mit seiner Unterscheidung zwischen Realität und Erinnerung, daß der ästhetische Gegenstand »der vorgängig vergessene, in der Erinnerung aber restituierte« Gegenstand sei (115). Aus der Beobachtung, daß das Motiv der Erinnerung im Orpheus-Mythos von Bedeutung ist, leitet Wunberg die These ab, daß das Erinnern für ästhetische Erfahrung schlechthin konstitutiv sei — Materialanalyse und Rezeptionstheorie werden zur wechselseitigen Bestätigung kurzgeschlossen.

Bei der Suche nach Belegen für die zentrale These tritt die zuvor betonte Neuartigkeit der Moderne in den Hintergrund, denn der Autor greift vor allem auf Beispiele aus der griechischen Mythologie (Orpheus, Odysseus, Ödipus), aus der Renaissance (Melancholiker-Figuren) und der deutschen Klassik (Faust) zurück, während moderne Kunst lediglich anhand von Kafkas Text »Die Bäume« (121ff.) und von Malczewskis Bild »Melancholie« (145ff.) interpretiert wird. Und auch bei den begrifflichen Verallgemeinerungen verschiebt sich der Akzent gegen die Intention des Autors auf suprahistorische Kategorien. Zwar werden in einigen Teilen historische Prozesse thematisiert, etwa die Veränderung des Verhältnisses von ästhetischen und ethischen Normen in der Moderne (64f.) oder die Entwicklung des Verhältnisses von religiöser und philologischer Exegese (200ff.); diese Passagen haben jedoch lediglich den Charakter von Exkursen, während die zentralen Thesen suprahistorischen Charakter haben. Die Darstellung ist ferner über weite Strecken so allgemein gehalten, daß von der Spezifik ästhetischer Erfahrung im Unterschied zu religiösen, moralischen oder wissenschaftlichen Erfahrungen nur sehr knapp die Rede ist. Das führt zu pauschalen Schlußfolgerungen: wenn am Ende der Untersuchung aus dem »Ruinencharakter der Kunst« (208) für den Rezipienten die Notwendigkeit behauptet wird, seine »Erinnerungsspuren zu vervollständigen« (224), so wird damit lediglich die Eingangsthese variiert; wenn die ästhetische Erfahrung aufgrund ihres innovativen Charakters zum Wegbereiter für soziale und wissenschaftliche Innovation ernannt wird (225, 232), tritt eine kühne Behauptung an die Stelle einer historisch fundierten Untersuchung. — Ärgerlich ist die präventöse Schreibweise des Buches, in dem sich unausgewiesene Urteile häufen und das eigene Vorgehen permanent zum Non plus ultra stilisiert wird.

Eckhard Volker (Berlin/West)

Tax, Sissi: marieluise fleisser: schreiben, überleben. ein biographischer versuch. Verlag Stroemfeld/Roter Stern, Frankfurt/M. 1984 (332 S., br., 48,- DM)

Das Wissen über das Leben Marieluise Fleissers beschränkt sich oft auf das Äußerliche: die Bekanntschaft mit Brecht in den zwanziger Jahren, der Rückzug nach 1933, neue Schreibversuche und Würdigung kurz vor dem Tod. Nach dem biographischen Versuch

von Sissi Tax dürfte das endlich anders werden. — Bestehend ist zunächst die Gründlichkeit der Recherche. Auf beinahe 200 Seiten (149-332) werden zahllose, meist unveröffentlichte Dokumente präsentiert, darunter nicht nur Briefe und private Notizen, die über die persönlichen Lebensverhältnisse genaue Auskunft geben, sondern auch Verlagsverträge und Rechnungen, Fotos und handgeschriebene Kochrezepte. Jenseits des normierten literaturwissenschaftlichen Diskurses erhellt gerade die Montage solcher disparater Materialien die bislang unerforschten Stellen der Biographie: die Spannung von erzwungenem Schweigen und literarischem Überlebensversuch, den Zusammenhang von privaten, literarischen und politischen Katastrophen.

Diesen inneren Verbindungslinien geht auch der biographische Versuch nach (3-148), der — ohne eine abschließende Deutung geben zu wollen (er reicht leider nur bis 1938!) — doch eine fesselnde sozialpsychologische Lebensskizze entwirft. Den Kern von Leben und Werk sieht Sissi Tax wohl zu Recht in der ambivalenten Stellung zum Vater, die eine unentschiedene Haltung zwischen Auflehnung und Anpassung, Unterwerfung und Widerstand zur Folge hat (13). Während die Fleisser in ihren Männerfreundschaften und ihrer Ehekatastrophe an diesem Widerspruch beinahe zerbricht, verschafft sie sich in der Literatur ein Medium, das ihr unter größten Schmerzen die Artikulation dieser Spannung, die weibliche »Grenzüberschreitung« und damit das Überleben ermöglicht (36, 45). »Ich kann nicht sterben ..., ich muß schreiben« (118) — mit diesem Satz, der Schreiben als Kampf um die Existenz definiert, wird — über die individuelle Biographie der Marieluise Fleisser hinaus — an eine der Grundbedingungen weiblichen Schreibens in einer patriarchalischen Gesellschaft erinnert. Wie es Marieluise Fleisser gelingt, sich in einem ständigen Befreiungskampf von der Dominanz männlicher Leitbilder freizumachen und sich bei aller Abhängigkeit doch in ihrem besonderen Blick zu behaupten (52) — das ist nicht nur der interessante Bericht eines einzelnen Lebensweges, sondern das exemplarische Bild einer schreibenden Frau. Schreibend arbeitet sie an der (mühevollen) Eroberung der eigenen Identität, geht sie gegen die territorialen Grenzen an, die ihr durch lebenslange Fremdbestimmung und materielle Not, aber auch durch innere Selbstzweifel, Schreibhemmungen, Depressionen gesetzt sind. Heinz Kaulen (Bonn)

Völker, Klaus: Brecht-Kommentar. Zum dramatischen Werk. Verlag Artemis und Winkler, München 1983 (416 S., br., 38,- DM)

In dem einführenden Essay streift Völker einerseits wesentliche Phasen der Rezeption Brechts in beiden deutschen Staaten. Allenfalls als Autor der »Dreigroschenoper« bekannt, wurde Brecht nach seinem politischen Votum für die DDR im Westen boykottiert: »Das von militantem Antikommunismus erfüllte geistige Klima der fünfziger Jahre verpflichtete die auf ihren sozialen Aufstieg und ihre Stellung bedachten Theaterleute und Regisseure zum Brecht-Boycott.« (11) Später habe die Lehrstücktheorie auf die Arbeitsweisen der Regisseure belebend gewirkt. Die »Songs« und scheinbar unpolitische Teile des Werks gerieten hierzulande zur Theater-Unterhaltung. Völker belegt anschaulich diesen Brecht-Konsum, beispielsweise an Hand einer erfolgreichen Inszenierung des »Arturo Ui« an einem Westberliner Theater als »Boulevard-Grusical«: »... leider genügt es eben, ein Abziehbild eines zu groß geratenen Mafioso mit den zum Jubiläum (50 Jahre 'Machtergreifung') passenden Zügen von Adolf Hitler zu versehen, um sich einen Erfolg beim Publikum zu erspielen, das nicht zu verstehen bereit ist.« (45) Völker zeigt aber auch, an Aufführungen der »Heiligen Johanna« (Alfred Kirchner in Bochum) und des »Baal« (Jürgen Flimm in Köln), daß »in die Gegenwart wirkende lebendige Inszenierungen Brechtscher Dramen« möglich sind (47).

Daneben beleuchtet der Essay andererseits beispielsweise Brechts Vita und deren Spiegelungen im Werk — so am Beispiel des »Baal«. Völker greift Themenkomplexe heraus, wie Brechts Frauen-Darstellungen — als »Hure« oder revolutionäre Mutter des Helden.

Ebenso die Rolle des Lehrers oder den seinen Intellekt prostituierenden »Tui«. Völker zeigt politische Phasen und Schwerpunkte einer geteilten Produktion des politischen Autors und des Dichters: »Er schrieb Stücke des 'kulinarischen' Theaters wie die 'Dreigroschenoper' fürs bürgerliche Publikum, dramatische Lehrstücke wie 'Die Mutter' fürs proletarische Publikum und schulpädagogische (sic!) Lehrstücke mit Chören für Zuschauer, die Spieler und Betrachter zugleich sein sollten.« (24) Brecht habe außerdem unterschieden »zwischen einer Produktion, die für die Öffentlichkeit bestimmt ist und 'privater' Schriftstellerei; er trennte die epische von der lyrischen Produktion. Gedichte schrieb er sozusagen unterm Pult, sie waren ein Laster, von dem er nicht lassen konnte.« (24) — Völkers Zeittafel folgt »im wesentlichen der 'Brecht-Chronik' des Verfassers« (53). Der Kommentar — einzelne Kapitel zu den einzelnen Texten — erfaßt sämtliche Stücke Brechts und die wesentlichen dramatischen Fragmente. Er ist auch für Nicht-Fachgermanisten gut verständlich, amüsant und leicht lesbar dank des eingearbeiteten Zeitkolorits und bezieht die neuere Brecht-Literatur (so die 1981 erschienenen Briefe) mit ein. Die Stücke werden in ihrem Entstehungszusammenhang vorgestellt, Textversionen, Titelvarianten und Mitarbeiter werden genannt. Der Artikel über die »Dreigroschenoper« zitiert Brechts Urteil über die Mailänder Inszenierung von 1956, der Text über »Mahagonny« reflektiert die Auseinandersetzung mit Hindemith. Das, was Jan Knopf 1980 in seinem ähnlich konzipierten, aber ausführlicheren und im Vergleich eher für die fachwissenschaftliche Auseinandersetzung gedachten »Brecht-Handbuch: Theater« explizit als eigenen Teil aufführt und systematisiert, eine »Theatertheorie« Brechts, läßt Völker in die einzelnen Darstellungen der Stücke einfließen. Die Anmerkungen (Wort- und Sacherklärungen) und die Bibliographie geben wertvolle Hinweise.

Insgesamt: Ein interessantes Nachschlagewerk für das breite Theater- und gerade in unserer Zeit auch Fernsehpublikum, übersichtlich und zweckmäßig gegliedert, ist es doch, wie der Verlag meint, »als lesbarer Kommentar für den aufgeschlossenen Zuschauer Brechtscher Stücke gedacht«.

Andreas Rumler (Hamburg)

Kunst- und Kulturwissenschaft

Nobs-Greter, Ruth: Die Künstlerin und ihr Werk in der deutschsprachigen Kunstgeschichtsschreibung. Juris Druck und Verlag, Zürich 1984 (188 S., br., 39,- sFr)

Seit Frauen Mitte der siebziger Jahre begonnen haben, nach Spuren der eigenen Vergangenheit in Kultur- und Gesellschaftsgeschichte zu graben, ist eine Vielfalt verschütteten Wissens und vergessener Fakten zu Tage gefördert worden. Heute — 1985 — wissen wir längst, daß verblüffend viele und erstaunlich gute Frauen als Schriftstellerinnen, Komponistinnen oder Malerinnen tätig waren. Aber immer noch scheint es nur ansatzweise gelungen, herauszufinden, mit welcher Akribie all diese über die Jahrhunderte unterschlagen, vergessen, vernichtet wurden. Geschah das »unwillkürlich« oder steckt da System dahinter? Welches sind die Motive, nach denen Männergeschichte tradiert und aufbewahrt, Frauengeschichte jedoch verloren und ausgerottet wurde?

An dieser Frage hakt das Buch von Nobs-Greter ein. Germaine Greer hatte in ihrer vielbeachteten Untersuchung »Das unterdrückte Talent« (deutsch 1980) den Versuch gestartet, die vielen guten Künstlerinnen, die als Außenseiterinnen abgestempelt aus der Kunstgeschichte herauskatapultiert wurden, mit der Darstellung ihres sozialen und kulturellen Hintergrunds in die Gemeinschaft der Frauen zurückzuholen. Die Kunsthistoriker Krichbaum/Zondergeld interessierte im Vorwort ihres Künstlerinnenlexikons »Die Künstlerin von der Antike bis zur Gegenwart« vor allem, aufzulisten, wie viele Künstlerinnen von Kunsthistorikern in der Geschichte seit der Renaissance Beachtung fanden (vgl. die Besprechung im Argument-Beiheft 82). Die Autorin möchte dagegen exakt her-

ausfinden, auf welche Art und Weise die historische Berichterstattung mit dazu beigetragen hat, Künstlerinnen und ihr Werk zu diffamieren und in das Dunkel des Vergessens zu stoßen. Sie gliedert ihre Arbeit in drei Teile. Teil eins widmet sie der Künstlerin »als Person«, in Teil zwei betrachtet sie deren »Werk«, und in Teil drei versucht sie, Ergebnisse ihrer Analysen am Beispiel der Angelika Kauffmann zusammenzufädeln.

»Diese Teilung«, so begründet die Autorin diese Gliederung, »scheint auf den ersten Blick dem Gegenstand zu widersprechen, da Person und Werk gerade in der Kunstgeschichtsschreibung über die Künstlerin eine fast untrennbare Einheit bilden. Diese Trennung zwischen Person und Werk dränge sich aber darum auf, weil die Person gegenüber dem Werk eine unübersehbare Dominanz einnimmt. Das Werk der Künstlerin war in der Kunstgeschichtsschreibung meist nicht viel mehr als eine liebliches Akzidenz ihrer Person. Es spielt also eine derart untergeordnete Rolle, daß es erst existent wird, wenn es künstlich von der Person getrennt wird, und gerade dies, die Verlebendigung von Person und Werk, war meine Absicht.« (6) Diesem Vorsatz gemäß, destilliert Nobs-Greter als Quintessenz aus ihren Quellen, daß es zwar genügend schriftliche Zeugnisse von Frauen gibt: sie werden zu Lebzeiten gefeiert, ihr Werk bewundernd erwähnt! Mit ihrem Tod jedoch verbleicht nicht nur ihre schöne Erscheinung und langsam auch der starke Eindruck, den sie auf ihre Zeitgenossen gemacht haben; vor allem ihr Werk, von keiner genaueren, eigenständigen Betrachtung getragen, nicht mit anderen Bildern der Zeit verglichen und bewertet, fällt schnell aus dem wissenschaftlichen Diskurs heraus, verschwindet aus dem Blick der Öffentlichkeit und bald gänzlich aus der Zeit.

Über die erste Erwähnung von Einzelpersonen, die durch Schönheit, brillantes Auftreten und Können als »ein groß Natur-Wunder« (so Dürer über Susanne Horenbout) oder als »Kunst-Wunder« (so Sandrat über Anna Maria van Schuurmann), ja gar als zu bestaunendes »Monster« auffielen und in die Annalen der Kunstgeschichtsschreibung vom 16. bis 18. Jahrhundert eingingen — spürt bzw. demonstriert die Autorin genau, daß und wie die Herren »Schreiber« vor allem die Regelwidrigkeit, die Regelverletzung durch die Künstlerinnen interessiert. Darauf vor allem, so Nobs-Greter, reagieren die männlichen Historiker bewundernd oder ablehnend. So bildet sich langsam die Legende von der »Künstlerin als Paradoxie der Natur« in den Köpfen dieser Schriftgelehrten heraus. — Die Glorifizierung der Künstlerpersönlichkeit setzte mit der Emanzipation des Künstlers in der Renaissance an und fand in den Genietheorien des 18. und 19. Jahrhunderts ihre Fortsetzung. Goethe und Meyer verfestigten um 1800 das Künstlerbild dergestalt, daß sie Konzepte eines eigenen weiblichen Kunstterritoriums mit eigenen Ausbildungs- und Studiengängen, sogar eigenen Zeichenbüchern für Frauen vorstellen. Seit 1850 fand mit Ernst Guhls herablassender Kunstkritik, Karl Schefflers diffamierenden Behauptungen über »Die Frau in der Kunst«, 1908 erschienen, und Hans Hildebrands pamphletartigem Gebräu »Die Frau als Künstlerin«, 1928 erschienen, die Erörterung der weiblichen Kunstkompetenz ihren vorläufigen Höhepunkt.

Über die historisch sich verändernde »Wesensbestimmung« der Geschlechter — die Nobs-Greter an anthropologischen, philosophischen und psychologischen Ansätzen sichtbar macht — arbeitet die Autorin heraus, auf welche Art das Werk der Künstlerin in die Geschichtsschreibung einfließt. Ihre wesentlichsten Ergebnisse schließlich sind, daß durch den Sexismus der Betrachtung, den Ausschluß aus dem wissenschaftlichen Diskurs und die stereotype Rezeption weiblicher Kunst die Kunst von Frauen geschichtslos und unbekannt bleiben mußte. Solange Grazie und Anmut der Person Kriterien bei der Beschreibung eines Werkes bleiben, wird sich an dieser Art Geschichtsschreibung nichts ändern, werden das »Erhabene-Große« Sache der Männer und die Geschichtsbücher Terrain männlicher Dominanz bleiben. — Mit Untersuchungen wie der von Nobs-Greter können Frauen selbst dazu beitragen, derartige Entwicklungen aufzuzeigen und öffentlich zu brandmarken.

Jula Dech (Berlin/West)

Parker, Roszika, und Griselda Pollock: Old Mistresses. Women, Art and Ideology. Routledge & Kegan Paul, London and Henley 1981 (184 S., 97 Abb., Ln., 31,80 DM)

In der Frauenbewegung der letzten zehn Jahre haben Kunsthistorikerinnen und Künstlerinnen in verschiedenen Ländern mit Erfolg daran gearbeitet, das von der männlich dominierten Kunstgeschichtsschreibung »verborgene Erbe«: Kunst von Frauen aus verschiedenen Jahrhunderten, auszugraben und zu dokumentieren. Parker und Pollock schlagen nun eine Verschiebung der Fragestellung vor: Nicht mehr zu suchen, wo und wann es welche großen Künstlerinnen (»alte Meisterinnen«) gab, sondern zu untersuchen, *warum* Künstlerinnen systematisch ausgeblendet wurden, und wie dies mit der Kunstgeschichtsschreibung als einer »ideologischen Praxis« zusammenhängt. Damit meinen sie die Kunstgeschichtsschreibung und ihre Methoden (wie etwa die Künstlermonografie), die das Bild von einer sich unabhängig von sozialen Kräften entwickelnden Kunst produzieren, in der das einzelne schöpferische Individuum herausgehoben wird und in der zugleich bestimmte Formen von Kunst über andere kreative Äußerungsformen gesetzt werden. — Ausgehend davon, daß es inzwischen eine Fülle von Untersuchungen und Dokumentationen über Künstlerinnen gibt, wollen die beiden Kunsthistorikerinnen weiter analysieren, wie den Frauen eine künstlerische Praxis möglich war — *trotz* und auch *wegen* ihres von den Männern unterschiedenen Verhältnisses zu den künstlerischen und sozialen Strukturen.

Bis zum ausgehenden 19. Jahrhundert gibt es auch in der (männlich dominierten) Kunstgeschichtsschreibung viele Darstellungen von Künstlerinnen. Verblüffenderweise nahmen sie zu dem Zeitpunkt ab, an dem die Frauenbewegung auftrat und mehr Bildung forderte, und verschwanden dann fast ganz. Parker und Pollock untersuchen zunächst die Kategorien, mit denen die Kunst von Frauen belegt wurde, um die Bedeutungsmuster aufzudecken, über die seit der Renaissance ästhetische Produktionen von Frauen von den dominanten Definitionen getrennt wurden, die »Kunst« konstituieren.

Wenn künstlerisch tätige Frauen in der Kunstgeschichtsschreibung präsent sind, dann als immer gleiche, ihr biologisches Geschlecht, ihr Unterschied zum Mann, macht alle Unterschiede zwischen den Frauen null und nichtig. Dies zeigen Parker und Pollock in einem Durchgang durch die Kunstgeschichte und -kritik und die von ihnen produzierten Stereotypen des »Weiblichen«: da wird nicht nur mit einer unglaublichen Hartnäckigkeit in unzähligen Wiederholungen die Gebärfähigkeit »der Frau« gegen die kulturelle Schöpferkraft »des Mannes« gesetzt; da werden auch das »Gefühl für das Detail« gegen »die Kunst« oder die »natürliche Schwachheit der weiblichen Hand« gegen den »kräftigen Pinselstrich eines Meisters« in eine grundsätzliche Opposition gebracht. »Sie malt wie ein Mann«: Diese zwiespältige Anerkennung scheint das Höchste zu sein, was einer Künstlerin entgegengebracht werden kann.

Was Parker und Pollock nun zeigen, ist, daß das Stereotyp »des Weiblichen« nicht einfach nur ein Mittel war, die Frauen aus der Kulturgeschichte auszuschließen, sondern selbst ein grundlegendes Element in der Konstruktion der herrschenden Sicht auf die Geschichte der Kunst, eine strukturierende Kategorie ihrer Ideologie. Künstlerische oder allgemeiner noch Kulturproduktion wird darin zum exklusiven Vorrecht von Männern. Künstleridentität wird über die Abgrenzung vom »Weiblichen« konstituiert.

Die Konstruktion des Bildes vom Künstler als einer besonderen, männlichen Persönlichkeit verfolgen die Autorinnen bis zum Ende des 16. Jahrhunderts zurück, wo sich die Künstler von den Handwerkern abgrenzen, um in die »höhere« Gemeinschaft der Dichter und Philosophen aufgenommen zu werden; wo die künstlerische Tätigkeit vor allem als eine intellektuelle, als eine entwerfende (vgl. die Bedeutung des »Disegno«) zur Geltung gebracht wird. Daß in dieser Zeit auch Künstlerinnen gefeiert werden, wie etwa die Malerin Sofonisba Anguissola oder die Bildhauerin Properzia de' Rossi, steht nicht im Widerspruch zu dem Trend der Neudefinition des Künstlerbildes: Beide Frauen stam-

men aus adeligen Familien, und wie Parker und Pollock schlüssig aufzeigen, war es gerade dies, was mit dem neuen Konzept des Künstlers — als Opposition zum Handwerker — in Übereinstimmung zu bringen war (vgl. 85f.).

An solchen konkreten Befunden erhellt sich die These der Autorinnen, daß Frauen *sowohl trotz als auch wegen der Differenz* zu den männlichen Künstlern künstlerisch produktiv und sogar anerkannt werden konnten. Darüber hinaus wird offensichtlich, daß es ein Unding ist, die Geschichte der Künstlerinnen außerhalb ihres sozialen und historischen Kontextes zu schreiben und einzelne Künstlerinnen, wie z.B. die Anguissola, als Vorkämpferin der Frauen all der kommenden Jahrhunderte abzubilden, die gegen die Ausgrenzung kämpfen (so versucht es etwa Sutherland Harris: *Women Artists: 1550-1950*, 1981). Nicht allein das Geschlecht ist bestimmend, auch die Klassenherkunft kann, wie die Darstellung der Renaissancekünstlerinnen nahelegt, in bestimmten sozialen und ideologischen Konstellationen zu einem bestimmenden Faktor werden.

Parker und Pollock führen vor, wie die Künstlerinnen selbst innerhalb dieser Verhältnisse sich einfänden und agieren konnten. Z.B. stellt sich die Anguissola in einem ihrer Selbstportraits (von 1561?) am Piano sitzend vor — und nicht mit Pinsel, Staffelei und Palette, die sie als Malerin bezeichnen würden. Das Piano ist Zeichen der Vornehmheit. Interessant daran ist, daß sie sich damit als Mitglied ihrer Klasse zu erkennen gibt und gleichzeitig jedoch auch als »Frau«, innerhalb des damals einsetzenden Prozesses, in dem Frauen, die künstlerisch tätig werden, als Amateurrinnen — im Unterschied zur Profession des Künstlers! — einen neuen Platz einnehmen können. Dieser Prozeß ist verknüpft mit der Auflösung der Hausindustrien, der Zurückdrängung der Frauen aus der Produktion von Waren und der Neudefinition der Familie. (Aufschlußreich dafür auch die Geschichte der »Handarbeit«, insbesondere der Stickerei, wie sie die beiden Autorinnen für England seit dem 15./16. Jahrhundert nachzeichnen. Dort wurde das Sticken nicht nur »weibliche« Tätigkeit, sondern auch Tätigkeit von Aristokratinnen und schließlich ein Zeichen und Beweis für die Vornehmheit eines Mannes, der sich ein »leisured women« leisten konnte [61]. Interessant vielleicht auch unser Begriff der »Handarbeit« als Sammelbegriff für Nähen, Sticken usw., insofern er den Gegensatz zur Intellektualität als männlich definierter Kunst offen mit sich zu tragen scheint.)

Die Konstruktion einer Hierarchie zwischen den »höheren Künsten« (Malerei und Bildhauerei) gegenüber den »niederen« oder »angewandten« Künsten wird, wie Parker und Pollock aufzeigen, mit der Gründung von Akademien im 17./18. Jahrhundert verfestigt. Mit der Ausbildung in Akademien wird den Künstlern die Anerkennung ihrer Intellektualität gesichert (sie gelten nicht mehr als geübt [trained], sondern als gebildet [educated]). Das Studium und die Darstellung des nackten Körpers, des »Aktes« (zunächst des männlichen, dann zunehmend und vorrangig des weiblichen) wird zum grundlegenden Element der neuen Ideologie. Frauen haben dazu als aktiv Tätige keinen Zutritt. Gleichzeitig werden »Mütterlichkeit« und »häusliche Weiblichkeit« gefeiert. Die Trennung von »privater« und »öffentlicher« Sphäre, wie sie bekanntlich in dieser Zeit konstituiert wird, wird, so Parker und Pollock, auf der Ebene der Kunstideologie mitvollzogen: mit »dem Künstler« wird all das verknüpft, was anti-häuslich ist: Außenseitertum, anti-soziales Verhalten, Unordnung, Isolation. Und wie Frauen innerhalb dieses Prozesses »wegen und trotz der Differenz« ihrer Position zu der der männlichen Künstler, sich als Künstlerinnen durchsetzen können, läßt sich auch für diese Zeit in all seinen Widersprüchlichkeiten verfolgen. Künstlerinnen werden gefeiert, wenn sie schön und begehrt sind, oder anders gesagt, als »schöne Frauen« können sich Künstlerinnen durchsetzen. Künstlerinnen vollziehen diesen Prozeß tätig mit, die Chance nutzend und gleichzeitig akzeptierend, daß sie nicht wegen ihres Verstandes (als Charakteristikum des Künstlers) gefeiert werden. Dies läßt sich auch an einzelnen Bildern zeigen (vgl. z.B. das Selbstbildnis von Vigeé-Lebrun [als Mutter!] mit ihrer Tochter [1798] oder das der An-

gelika Kauffmann [1794], auf dem sie sich in der Wahl zwischen Musik und Malerei präsentierte, als »schöne Frau« zwischen zwei weiteren »schönen Frauen«: den Allegorien der »Musik« und »Malerei«.)

Der Gegensatz von »Künstler« und »Weiblichkeit« wird im 19. Jahrhundert weiter verfestigt: der Künstler als Mann und Bearbeiter von Natur, als Produzent von »Kultur«, steht in Opposition zur »Natur«, zu »der Frau als Natur«.

Nachvollziehbar ist dies nicht nur an der Geschichte des Aktes, der Dominanz des »weiblichen Aktes« und dem Ausschluß von Frauen aus diesem Ausbildungsteil, sondern auch an anderen Genres. Am Beispiel der Blumenmalerei zeigen Parker und Pollock sehr anschaulich, wie sich deren Status veränderte mit der zunehmenden Präsenz von Frauen innerhalb dieses Genres. Zunächst Teil der Gattung des Stillebens, mit komplizierten ikonografischen Programmen, wurde dieses Genre der Blumenmalerei im späten 18. Jahrhundert zum üblichen Genre für Frauen und damit zugleich abgewertet als eines, das keine besonderen intellektuellen Anforderungen stellte. Die Blumenmalerei wurde zum Genre, in dem Frauen »ihre Natur erfüllen«.

Daß die ideologische Konstruktion der Kunst als männliche bis weit hinein ins 20. Jahrhundert wirksam geblieben ist, ist auch an der Geschichtsschreibung der modernen Kunst zu verfolgen, wie Parker und Pollock schlüssig vorführen. Auch wenn Frauen die aktiv entwickelnde Teilnahme ermöglicht wurde, wie z.B. am Surrealismus mit dessen Konzepten von Androgynität und einer Kritik am Künstlerbild als dominierender, ordnender Kraft, so sind die Stereotypen in der Beurteilung ihrer Produktionen nicht aus der Welt. Die dargestellten Diskurse über die Kunst wirken fort. Frauen werden aus ihrem historischen Kontext herausgerissen und ihre als immer gleich unterstellte »Natur« gegen die Intellektualität einer als männlich definierten Kunst ausgespielt.

Die Stärke von Parker und Pollocks Untersuchung liegt darin, daß sie herausarbeiten, wie die Konstruktion von Kunst als »männlicher« und die Konstruktion des vereinzelt autonomen Individuums miteinander verknüpft sind. Das heißt sowohl für die historische Forschung wie für die praktische Kunstpolitik von Frauen, daß es nicht ausreichen kann, für gleiche Anerkennung der Frauen und für paritätische Repräsentation von Frauen in Museen und Galerien zu kämpfen. Wie wir aus der Geschichte lernen können, war der Ausschluß von Frauen aus den Akademien nicht nur ein verminderter Zutritt zu professioneller Praxis als Künstler, sondern auch Ausschluß von der Macht, die Produktion der Sprachen der Kunst, ihrer Bedeutungen und sozialen Verhältnisse der dominanten Kultur (135) zu bestimmen. Frauen war die Praxis in der Kunst nie gänzlich verwehrt, aber sie wurde immer wieder in der Art und Weise, wie sie beurteilt und wie darüber gesprochen wurde, beschränkt auf die Funktion, die Vorherrschaft des Männlichen in den »höheren Sphären« der kulturellen Produktion zu begründen.

Und wenn wir sehen, wie einzelne Frauen in der Geschichte der Kunst ihre Praxis und auch Anerkennung als Künstlerinnen durchsetzen konnten, trotz und zugleich mit den dominanten Ideologien der Kunst als männliches Privileg, so wirft dies die Frage auf, wieweit die heute diskutierten Quotierungsstrategien tragen können. Parker und Pollock provozieren dazu, nicht nur unsere Fragen an die Geschichte neu zu stellen, sondern auch die aktuelle Frauenpolitik in bezug auf die Künste radikaler zu durchdenken. Richtet sie sich nur oder hauptsächlich auf die gleiche Anerkennung von Frauen im Kunstbetrieb, so läuft sie Gefahr, die männlich dominierten Diskurse über die Kunst und der darin produzierten Bedeutungen der Kunst von Frauen zu reproduzieren. Nötig ist offenbar auch eine Auseinandersetzung um diese Diskurse und die darin eingeschlossenen Hierarchien und Wertmaßstäbe. Einzelnen Künstlerinnen kann es sehr wohl gelingen, in »die hohe Kunst« aufgenommen zu werden; doch wenn die Ausgrenzung von Frauen auch in dem Gegensatz von »hoher« und »niederer«, »angewandter Kunst« begründet ist, so müssen wir uns für eine längerfristige und wirksame feministische Politik auch

diesen Gegensatz zum Problem machen. — Ich wünsche mir sehr, daß sich ein Verlag finden wird, der diese Studie übersetzen läßt.
Silke Wenk (Berlin/West)

Ziehe, Thomas, und Eberhard Knödler-Bunte (Hrsg.): Der sexuelle Körper. Ausgeträumt? Verlag Ästhetik und Kommunikation, Berlin/West 1984 (239 S., br., 34,- DM) Das Vorwort der Herausgeber hebt mit der an Marcuse erinnernden Klage von der »repressiven Entsublimierung« an. Der Körper sei seit der »sexuellen Liberalisierung« eine statistisch erfaßbare Größe, offenes Gesprächsthema. Es ist die Rede davon, daß der sexuelle Körper zunächst *unterdrückt* gewesen sei, dann *liberalisiert* wurde, damit aber dennoch nicht *freier* geworden sei, daß wir — und die vorliegenden Autoren — kein *ungebrochenes* Verhältnis zur sexuellen Liberalisierung hätten, und daß es heute darum ginge, sexuelle Spielräume *auszugestalten*. Implizit also: es gebe einen natürlichen, originären sexuellen Körper (möglicherweise sind Begehren und Triebe damit gemeint, deren soziales und kulturbedingtes Entstehen somit negiert werden), der per se wüßte, was »frei« sei, wenn er nur zum Zuge käme. Die Spielräume (ein Begriff, der an dieser Stelle eher die Angst des Sozialwissenschaftlers vor der Lust beleuchtet) auszugestalten, bemühe sich nun der Eigentümer des Körpers, der mit der neuen Freiheit (der entmythisierten Sexualität) gar nicht so glücklich sei.

Ein solches Konzept von Erotik tut, als habe es die Foucaultsche Dekonstruktion der Repressionshypothese nicht gegeben. In der Negierung der neueren Ansätze der Philosophie und der Psychoanalyse, die sich immerhin die Mühe machten, das Verhältnis von Macht, Sprache, Körper und Begehren neu zu denken, gliedert sich das Vorwort in eben diese Machtstrukturen ein, die Foucault in »Sexualität und Wahrheit« als eine Bewegung von der *Ars Erotica* zur *Scientia Sexualis* beschrieben hat, eine Bewegung, die ihre Macht in der imaginären Kontrolle des Körpers entfaltet. Daß die »Befreiung des sexuellen Körpers nicht mehr denkbar (ist) als Projekt und als Ergebnis eines Denkens und Handelns, das zielbewußt und strategisch vorgeht«, wird immerhin bemerkt. Gleichwohl bleibt die Vorstellung eines sich wie im Supermarkt seines Körpers bedienenden Subjekts. Die Konstitution des Begehrens, der Träume und Wünsche steht nicht zur Debatte, die Gegenüberstellung von Traum und Realität hat von beidem nichts erfaßt. Im Tenor des Vorworts bliebe der Titel (*Ausgeträumt?*) ein verkaufstechnischer Trick, um an die augenblickliche Welle von Büchern ähnlicher Thematik anzuschließen (ebenso beliebig sind die Kapitelüberschriften) — wären da nicht die Texte der Autor(inn)en, die tatsächlich noch nicht ausgeträumt haben, und um derentwillen sich die Lektüre lohnt.

Hans-Martin Lohmanns Artikel »Sexualität heute. Widersinnige Rede über ein Unding« trägt der Einsicht Rechnung, daß wir, die »Kinder von Sigmund Freud und Herbert Marcuse, von Alice Schwarzer und Oriana Fallaci ... dazu verdammt (sind), über alles zu reden«. Seinem Restümee der sexuellen Liberalisierung folgt jedoch kein moralischer Katzenjammer, sondern die Hoffnung, daß sich nun den Männerphantasien auch weibliche erotische Phantasien zugesellen, und so ist sein Blick nicht auf einen künstlichen Frieden zwischen den Geschlechtern gerichtet, sondern auf den Riß zwischen ihnen, ohne den der Eros nicht entsteht.

Als witzige und intelligente Satire stellt sich Günter Franzens Beitrag »Leib und Magen« dar, als fiktiver Vortrag eines ebenso fiktiven Analytikers (den es aber geben könnte) vor einem nicht fiktiven Publikum von »alternativen Nahrungsmittelproduzenten« über »Ätiologie und Therapie der Nahrungsmittelspsychose«. In diesem Plädoyer parallelisiert er die vorsprachliche, präödpale Mutterbeziehung — nämlich die imaginäre Einheit mit ihr, die dem Kind das Ziehen von Ich-Grenzen und Objekt-Bildungen verunmöglicht — mit dem Eßverhalten (und Verhalten) von Halbwüchsigen mit Schwerpunkt auf der Hamburger-Sucht. Mit dem Satz »Habe ich den Hamburger oder hat der Ham-

burger mich« als Beweis für die fehlende Intervention des Vaters wird dessen Rückkehr und die der abendländischen Zivilisation vorbereitet: im Errichten von Ödipalisierungscamps. Die Therapie: »Wenn ein mittelmäßiger Charge (Reagan) in der Lage ist, das Selbstwertgefühl einer ganzen Nation zu stabilisieren, dann müßte es doch für profilierte Charakterdarsteller ein Leichtes sein, das Geborgenheitsklima der intakten Kleinfamilie zu reproduzieren ...« Die Effekte einer solchen Ödipalisierung kämen — so die Hoffnung — wohl auch den alternativen Nahrungsmittelherstellern zugute!

Gert Mattenklott läßt die »Wiederkehr und die Verabschiedung des Körpers« Revue passieren. Seiner Parade der Körperpolitiken seit den 60er Jahren (mit wiedererkennbaren politischen Situationen und Leseerfahrungen verbundenen Erinnerungen) folgen die heutigen: der Öko-Körper, der kalte Körper, der apokalyptische, der mythenrunkene, der Schizokörper und schließlich der Körper der Biotechnologie.

»Starkes Geschlecht: Newtons Beitrag zum Menschenbild« von Walter Seitter ist eine spannende Reflexion über das Verhältnis von Sprache, Theater und Photographie, von Mode, Aktbild, Mensch und Statue am Beispiel von Mode- und Aktphotographien Helmut Newtons. An seinen Photos im Stil der Zwischenkriegszeit wird die Pose zum Prinzip der Photographie — das Statue-Werden, das Tot-Werden der Körper. »Wie die Gesellschaft aussieht — das ist nicht ein für allemal festgelegt. Das ist vielmehr eine Frage der Politik. Politik der Frage, was die Lebenden mit dem machen, was die Wörter und die Bilder und die Toten mit ihnen machen.« Seitter zitiert Lamarche-Vadel (Helmut Newton: un peuple de statues), nach dem »sich die Bildende Kunst zwischen einem aufbauenden, wiederherstellenden, bestätigenden und einem distanzierenden, zersetzenden Blick (situiert)«, was sich auf die Konstitution der Schaulust nach Lacan bezieht, die zwischen Zerstückerungs- und Ganzheitsphantasmen sich bewegt. Newtons Photographie, obwohl der Bestätigung verbunden, entgehe dennoch der Falle des Imaginären durch spezifische Verfremdung (z.B. Verwendung von Schwarz-Weiß statt Farbe), denn Newton stellt »Anspielungen (her), die dadurch auf Abwesendes verweisen, (die) selber von Abwesenheiten durchlöchert sind.« Über die phallische Inszenierung des Körpers und den Fetischcharakter des Accessoires hätte man auch die Verbindung von Newton zu Mapplethorpe ziehen können, dessen Photos von »Lady Lisa Lyon« an dieser Stelle besonders gut passen.

Jutta Brückner bezeichnet in »Sexualität als Arbeit im Pornofilm« die Orte der männlichen Lust und analysiert genau, welche Blicke Pornofilme produzieren. (Dieser Aufsatz ist bereits in *Argument* 141 erschienen.) Erfreulich, daß sie ohne die bekannten moralisierenden Klagen das Funktionieren des Pornofilms bezeichnen kann — Phantasie nicht von vornherein »als Ersatz für versagte Realität«, sondern als unendliches Begehren verstehend und das Pornokino der Männer »gegen den Strich« lesend, mit der Aussicht, daß Frauen sich selbst Pornos liefern könnten.

Um eine Art Falldarstellung handelt es sich bei Peter Gorsens Aufsatz »Henri Nouveau und die Ästhetik der perversen Sexualität«. Er bezieht sich auf den ungarischen Maler Henri Nouveau (1901-1959), nicht aber dessen bekanntes künstlerisches Werk, sondern auf die unbekanntenen Tagebuchaufzeichnungen, in denen der Homosexuelle mit »fetischistischen und sadomasochistischen« Obsessionen einen Erfahrungsbericht seiner praktizierten Sexualität gibt. An dem fetischistischen Material (in einem Kriminalmuseum gefunden!), das aus Penisfuttern, Bruchbändern, Prothesen, Kathetern, Mundnebel und verschiedene Wunschzeichnungen besteht, interessiert Gorsen die Ästhetisierung, die künstlerische Organisation der perversen Phantasie. Er verweist auf die in der Sexualpathologie verbreitete These, daß Fetische den Sexualpartner ersetzen sollen, wobei die normierende Vorstellung der genital-heterosexuellen Betätigung als »verwachsen und normale« Sexualität den Begriff des Perversen erst hervorbringt. Gegen diese Krankheitszuschreibung wird Morgenthaler angeführt, der betont, daß die Perver-

sion als moralisch psychiatrische Kategorie der devianten Persönlichkeit ihren Sinn verloren habe. Für die ästhetischen Grenzüberschreitungen der Kunst im 20. Jahrhundert sagt Gorsen, daß sich die Phantasie des perversen Fetischisten in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft entfalte. Er, der Künstler-Fetischist, »ist in vieler Hinsicht ein institutionsloses Wesen, das zur biologischen Zwecklosigkeit und Asozialität seines Autoerotismus ein positives nicht mehr abwehrendes und damit möglicherweise produktives Verhältnis gewonnen hat«. Henri Nouveaus Ästhetik der perversen Sexualität stehe für diese Möglichkeit ein.

Hartmut Böhmes Sade-Lektüre »Beim Glockenschlag des Wahnsinns schlagen die Stunden der Venus« zeigt, daß Sade deshalb befremdet, weil er behauptet, daß Sexualität nur vollendete Lust wird, wenn sie ein »Aggregat des Bewußtseins« sei. Böhme reflektiert die in Deutschland nicht allzu bekannte französische Literatur zu Sade und fordert auf, ihn nicht als Romancier, sondern als Philosophen zu lesen. »Die Phantasie ist der Stachel der Lust«, heißt es bei Sade — warum Böhme ihm gleichsam zum Vorwurf macht, daß bei Sade die Phantasie der Umweg ist, den jede Sexualität gehen muß, ist nicht ganz zu verstehen. Daß die Lust immer nur Phantasie, Umweg sein kann, weist die Konstitution des Begehrens aus. Diese Erkenntnis ist bei Sade vorauszusetzen, sonst könnte Böhme nicht konstatieren: »Der gesamteuropäische Skandal Sades besteht bis heute darin, daß bei ihm Philosophie restlos durchtränkt ist von sexueller Energie ... Das Denken Sades ist ein radikaler Einspruch gegen das entkörperte Cognito abendländischer Philosophie.« Die »im Jahrhundert der Familie« antifamiliale Kritik Sades steht seinem Atheismus nicht nach. »Die Orgie z.B. des potenzierten Inzests ist ein rein sprachliches Kunstgebilde, ist eine Produktionsmaschine antifamilialer Bedeutungen und meint nichts auf der Ebene, auf der wir uns real in ödipale Dramen verstricken mögen.« Böhmes Untersuchung von Sade dehnt sich aus auf die Analyse der Prostitution, der Liebe, der Justiz und der Philosophie und kann hier nur empfohlen, nicht aber resümiert werden.

Sigrid Schade (Kassel)

Soziologie

Schluchter, Wolfgang (Hrsg.): Max Webers Studie über Hinduismus und Buddhismus. Interpretation und Kritik. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1984 (384 S., br., 20,- DM) Der Heidelberger Soziologe Schluchter hat bereits Sammelbände über Webers Judentum-Studie (1981) und Konfuzianismus-Studie (1983, vgl. *Das Argument* 145, 471f.) herausgegeben; auch dieser Band mit elf Beiträgen entstammt einer internationalen und interdisziplinären Konferenz (Bad Homburg 1981). Schluchter bemüht sich in Vorwort und Einleitung um die Einordnung der Studie über Hinduismus und Buddhismus innerhalb Webers Untersuchungen zur Wirtschaftsethik der Weltreligionen. Sein besonderes Augenmerk gilt jener »Zwischenbetrachtung« über die »Theorie der Stufen und Richtungen religiöser Weltablehnung«, die sich in ihrer dritten Fassung von 1920 am Ende des ersten Bandes der »Gesammelten Aufsätze zur Religionssoziologie« befindet: dort leitet Weber nicht nur von weltbejahenden Formen religiöser Ethik in China zu weltverneinenden in Indien (und damit zum zweiten Band) über, er gibt auch kurz vor seinem Tode eine Zusammenfassung seiner religionstypologischen Überlegungen (und sehr viel weiter haben wir's noch immer nicht gebracht). Schluchter knüpft daran an und versucht auf der Grundlage der Unterscheidung von Askese und Kontemplation (als Erlösungstechniken der Weltablehnung) eine Klassifikation von Kulturreligionen und untersucht dann verschiedene Strategien zur Bewältigung von Spannungen und Konflikten, die sich zwischen religiösen Grundsätzen (wie Forderungen und Verheißungen) und gesellschaftlicher Wirklichkeit unweigerlich ergeben. So entstand in den protestantischen

Sekten des Christentums eine kapitalistische Wirtschaftsgesinnung, die in der Weltveränderung die Bestätigung der Vorherbestimmung suchte (und fand), während im Hinduismus durch die Verbindung von Kasten-Gliederung und Karma-Glaube (neben einer radikalen Virtuosenethik der Weltentsagung) eine organische Sozialethik entwickelt wurde, die zur Welthinnahme aufforderte und damit zur Bestätigung der überlieferten Bestimmungen führte. Freilich sind Kaste und Karma keine fixen Größen, wie Weber unter dem Eindruck der Berichte der englischen Kolonialverwaltung annahm. Heesterman beschreibt die Kasten-Gliederung nicht mehr als einen unverbrüchlichen, allen gesellschaftlichen Wandel verhindernden Trennungsmechanismus, sondern als ein durchlässiges und in sich widersprüchliches System der Heiratsregelung und Berufseinteilung. Und O'Flaherty betont in ihrem Beitrag (entgegen ihrer früheren Kritik) den positiven Gefühlsgehalt des Karma-Glaubens: sie will in Karma nicht mehr wie Weber einen unabänderlichen Vergeltungsmechanismus sehen, sondern (seltsamerweise auch mit Weber) eine huldreiche Göttin mit langem Gedächtnis, die ihren Anhängern bei Erfüllung ihrer (je nach Milieu verschiedenen) Kastenpflichten Hoffnung gibt auf eine bessere Wiedergeburt. Der faszinierende Beitrag von Shulman verfolgt den Krieger und Brahmanen Parasurama durch vier, sprachlich und kulturell unterschiedene Milieus und erläutert so die unterschiedlichen, gegensätzliche Ansprüche der Gesellschaft spiegelnden Deutungen seiner mythischen Gestalt. Drei Beiträge befassen sich mit der Entwicklung des Buddhismus; sie machen deutlich, daß Weber die Rolle des frühbuddhistischen Mönchordens und seine Beziehungen zu Laienanhängern unterschätzt hat. Doch trotz mancher sachlicher Fehler — Weber unterscheidet beispielsweise nicht zwischen dem historischen König Aśoka und der legendären Theravāda-Überlieferung —, glaubt der Göttinger Buddhistologe Bechert, Weber habe die Umwandlung von einer (antibrahmanischen und anti-ritualistischen) Intellektuellensoteriologie zu einer Massenreligion und die Bedeutung der Klostergrundherrschaften weitgehend richtig gesehen und beschrieben. Dagegen hat Weber die erotisch-orgiastischen Züge des Tantrismus und der Bhakti-Religiosität stark übertrieben und all zu einseitig auf »plebejische Unterschichten« zurückgeführt. Der Heidelberger Indologe Kulke sieht in diesen Übertreibungen (für die er allerlei verschiedene, auch persönliche Gründe anführt) ein Haupthindernis für die Weber-Rezeption unter Indologen; ein anderes Hindernis sieht er in der miserablen englischen Übersetzung (*transgression rather than translation*) aus dem Jahre 1958 — was die fremdländischen Autoren dieses Bandes mehrfach bestätigen. Im Anhang findet sich — neben Literatur- und Autoren-Hinweisen sowie einer Zeittafel — auch ein höchst aufschlußreicher (im Ton allerdings befremdlicher) Beitrag über Webers Verwendung indologischer Literatur. Golzio beurteilt darin Webers Quellen — da er keine indische Sprache beherrschte, war er auf Übersetzungen angewiesen — nach den Erkenntnissen heutiger Forschung und würdigt insbesondere sein Studium von Inschriften, äußert jedoch den Verdacht (364), Weber habe gelegentlich »eine große Gelehrsamkeit zur Schau stellen wollen« (was Golzio selbst auch ganz gut gelingt). Bleibt zu hoffen, daß Schluchters Sammelbände die Diskussion und Weiterführung der Weberschen Religionssoziologie anregen — trotz oder wegen der großen methodischen und terminologischen Schwierigkeiten bei interkulturellen Vergleichen (man denke an Webers Rationalitäts-Begriff und seine Wandlungen); und zu wünschen, daß zeitgenössische Spannungen und Konflikte — schließlich gibt es auch hierzulande immer mehr Aussteiger — in diese Diskussion einbezogen werden.

Reinhard Bernauer (Berlin/Bombay)

Seger, Imogen: Wenn die Geister wiederkehren. Weltdeutung und religiöses Bewußtsein in primitiven Kulturen. Ullstein Verlag, Berlin/West 1984 (316 S., br., 10,80 DM)
Probleme wie Arbeitslosigkeit, Wirtschaftswachstum, soziale Fragen, Verkehrs- und Umweltprobleme in den westlichen Kulturen erfordern zu ihrer Lösung eine erweiterte

Weltsicht. Der ethnologische Blick über unsere Grenzen hinaus auf Stammesgesellschaften läßt eine Vielfalt von Möglichkeiten des menschlichen Zusammenlebens erkennen, die wir für uns nutzbar machen können. Mit Beispielen aus der Ethnologie und Ethnohistorie, die sich auf Weltdeutung und religiöses Bewußtsein beziehen, versucht Seger zu zeigen, wie Erklärungen der Wirklichkeit durch Kommunikation innerhalb einer kulturellen Gemeinschaft vermittelt werden. Jede Kultur kann man als ein Symbolsystem betrachten, in dem die erfahrene Wirklichkeit geordnet und dargestellt wird. Seelenvorstellungen, Kosmologien, Lehren von Weltende, Ethik, Weissagung, Traumdeutung, Glaubensheilung, Bestattungsriten, Magie, Besänftigung übernatürlicher Wesen und Rituale bilden Grundmuster der Religionen. Die Abwandlungen dieser Grundmuster demonstrieren menschliche Erfindungsgabe und Variabilität und eröffnen ein erweitertes Verständnis dafür, was es heißt, »Mensch zu sein«. Sich mit den Dimensionen jenseits der Grenze des rational Faßbaren zu befassen, wird bei uns als »Irrationalismus« bezeichnet. Seger geht es in ihrem Buch darum, aufzuzeigen, daß die Erfahrung und Erkenntnis jenseits des Rationalen gerade Rationalität zur Grundlage hat: »Wenn die Geister wiederkehren in unsere Welt, so werden sie sich mit der Göttin Vernunft arrangieren müssen.« (9) Es stellt sich aber die Frage, ob es nicht vielmehr darauf ankommt, die Unmenschlichkeit und Unvernunft des herrschenden Rationalitätsbegriffs, oder der Rationalität der Herrschenden zu zeigen und aufzulösen, als darauf, bisher als irrational ausgegrenzte Bereiche des menschlichen Lebens mit der herrschenden Rationalität zu arrangieren.

Seger will zeigen, daß in fast allen Kulturen Menschen etwas Göttliches oder zumindest etwas Nicht-Sichtbares verehren, das nur an seinen Wirkungen erkennbar ist und Macht über die Menschen besitzt — auch »wenn es 'Schicksal' oder 'historische Entwicklung' genannt wird« (23). Religiöse Glaubensvorstellungen und Praktiken bei Indianern Nord- und Südamerikas, australischen Eingeborenen und Südsee-Insulanern geben Antworten auf Grundfragen des menschlichen Daseins. Als »Grundprobleme des Menschseins« betrachtet Seger: »Stellung des Menschen im Kosmos«, »sein Selbstverständnis gegenüber den anderen Lebewesen«, »Krankheit und Tod«, »Möglichkeit menschlicher Erkenntnis und Wahrheitsfindung«, »Sehnsucht der Menschen, über sich selbst hinauszuwachsen« und »Krisen des kollektiven Selbstverständnisses und ihrer Bewältigung« (20). Hunger und Liebe werden von ihr in diesem Kontext nicht erwähnt. Ihrer Meinung nach können Mythen, unterschiedliche Seelenkonzeptionen, Animismus, Geister- und Göttervorstellungen, rituelle Trancezustände, Erfahrungen mit Halluzinogenen, schamanistische Heilungsrituale, Maskentänze, Besessenheit, Allgegenwart von Religion im Alltag, Insistieren auf eigener Erfahrung und auf nichtrationaler Erkenntnis von uns als Herausforderungen verstanden werden. Um Lebensvorgänge zu begreifen, müssen wir uns von dem linearen Denken lösen, das alles Geschehen in Ursachen und Wirkungen teilt und dabei übersieht, daß die Wirkungen auf die Ursachen zurückwirken. »Es gibt keinen Menschen ohne eine ererbte Natur *und* eine erlernte Kultur, die einander von Anfang an beeinflussen in einem Prozeß, der sich weder rückgängig machen noch entwirren läßt.« (16) Das Denken in Systemen und Prozessen nähert sich der Komplexität der Welt und versucht, jeden Teil als Teil eines Ganzen zu verstehen.

Die Lektüre des Buches ist mühsam und verwirrend. Segers Verfahrensweise, in einem Spaziergang durch die ethnologische Welt Materialien und Belege für ihre Thesen zusammenzutragen, gleicht einer mittlerweile in der Ethnologie kritisierten und aufgegebenen Methode des 19. Jahrhunderts, in welcher einzelne kulturelle Erscheinungen aus Stammesgesellschaften aus ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang herausgelöst wurden.

Brigitte Scholz (Berlin/West)

Lang, Bernhard (Hrsg.): Das tanzende Wort. Intellektuelle Rituale im Religionsvergleich. Kösel Verlag, München 1984 (119 S., Abb., br., 24,80 DM)

Die Sammlung von vier Aufsätzen hat intellektuelle Rituale, das sind Handlungen, in denen Worte die entscheidende Rolle spielen, zum Gegenstand. Der Herausgeber verspricht im Vorwort, die Entwicklung der Verdrängung des Tanzens durch das Lesen aufzuzeigen. Die Geschichte beginnt im Alten Testament; sie wird interessant, wenn dargestellt wird, wie die israelitische Stammesreligion von der jüdischen Oberschicht intellektualisiert wurde, wie die Tänze vom Buchkult abgelöst wurden. Gezeigt wird, daß primitive Religionen mehr getanzt als gedacht werden, daß dann Wortgottesdienst, Tanz und Opferwesen nebeneinander bestehen und schließlich Juden- und Christentum, Religionen, die gegen das Opfern auftreten, das intellektuelle Ritual verfestigen. Die Reformation erscheint so nur in einer Reihe immer weiterer Säkularisierung bis hin zu protestantischer Ritenarmut. Der geschichtliche Aspekt ist überzeugend dargestellt. Allein die gesellschaftliche Betrachtung läßt einige Zusätze wünschen. Denn nicht Worte sind mächtiger als Tänze, wohl aber sind Imperien stärker als Stämme. Auch ist die Verdrängung des Tänzers durch den Leser als unabdingbar geschildert. Die Wiederkehr des Verdrängten zu betrachten, z.B. die Erfüllung des Bedürfnisses nach Ekstase in der Produktionssphäre zu suchen, wäre ein weiterführender Ansatz.

Colleen McDannel beschreibt die Familie im puritanischen Nordamerika des 19. Jahrhunderts. Ihre These lautet, der Mensch habe ein Bedürfnis nach Mythen und Riten, welche jene vergegenwärtigten (Eliade), dies erfüllte die Bibel und das Familienleben als heilige Konstanten und ewige Institutionen. In den häuslichen Andachten und Bibelstunden sei die Rolle der Frau von Wichtigkeit gewesen: Kinder zu erziehen und dazu Kirche in die gute Stube zu holen. Der dritte Artikel zitiert eine buddhistische Predigt, eine schöne Geschichte, reich an Allegorien. Auch der vierte Beitrag handelt von der bunten Bilderwelt des Ostens. Angela Hobart beschreibt das balinesische Schattentheater. Sie läßt die bekannten indonesischen Stabpuppen tanzen, wenn sie schildert, daß dort die ästhetischen Handlungen noch rituelle Bedeutung haben, mythische Ereignisse hinduistischer Götterlegenden als allgemeinverständliches Volkstheater aufgeführt werden.

Uwe Langer (Berlin/West)

Ebeling, Ingelore: Masken und Maskierung. Kult, Kunst und Kosmetik. Von den Naturvölkern bis zur Gegenwart. DuMont Verlag, Köln 1984 (269 S., br., 16,80 DM)

»Wer zeigt sein wahres Gesicht?« So lauten sinngemäß die Ausgangsfrage und die abschließende Feststellung dieser reich bebilderten und lesenswerten Untersuchung zur Geschichte eines universalen kulturellen Phänomens: der Maske als des Anderen des menschlichen Antlitzes. Unter Maskierung versteht die Autorin nicht nur die Gesichtsmaske und nicht nur die Maske aus fremdem Material, sondern auch Kostümierung und Körperbemalung sowie letztendlich das Maskenhafte unseres Gesichts selbst. Das Buch gliedert sich in fünf Kapitel, die sich schwerpunktmäßig mit der Funktion der Maske in Kult und Kunst (hier als Darstellungsmittel wie als Bildmotiv), zur Fastnacht und im Alltag befassen. Dergestalt bleibt die Maske nicht, so als seien der Zivilisation ihre Ausdrucksmöglichkeiten mit dem Abstreifen ihrer kultischen Aura verlorengegangen, der Domäne der frühgeschichtlichen Völker vorbehalten, deren religiösem Ritual sie entstammt. Vielmehr hat die Maske im Verfolg von Rationalisierung und Profanisierung neue, nicht weniger fesselnde Aufgaben hinzugewonnen. Nur eine Methode, die gesellschaftliche Funktion, geographische Distribution und geschichtliche Entwicklung in eins denkt, gelangt hier zu gesicherten Ergebnissen. Ebeling wendet sie an. Wiewohl die Autorin behauptet, eine Theorie der Maske sei weder von ihr angestrebt noch überhaupt zu leisten, so liegt ihrer bündigen Darstellung doch eine übergreifende und überzeugend ausgeführte These zugrunde: daß das Maskenwesen den langwierigen Prozeß der Identität

tätsbildung der Gattung Mensch sowohl begleitet wie manifestiert. Mit dem Begriff kollektiver und individueller Identität ist dem Thema eine Dimension erschlossen, die es der Autorin ermöglicht, verschiedenartige »Verwendungskontexte als Stufen einer entwicklungsgeschichtlichen Abfolge« (10) zu begreifen, welche ihrerseits »der jeweiligen sozio-ökonomischen Grundstruktur« (22) geschuldet sei — eine materialistische Betrachtungsweise, die kulturellen Phänomenen gleichwohl mehr als nur Reflex- und Materialcharakter zuerkennt.

In der Urgesellschaft ist die Maske eingebunden in Mythos und Ritus; verknüpft mit Tanz und Musik ruft sie einen Zustand der Trance und der Ekstase hervor, der sie verlebendigt und ihren Träger ganz in ihr aufgehen läßt. In den Anfängen wohnt der Maske eine Kraft zur Verzauberung, zur Verschmelzung von Ich und Nicht-Ich inne, wie sie sich uns nur noch im Märchen erhalten hat. Stadien magisch-mystischer Maskenfunktionen sind Tierkult und Geisterkult, deren ökonomische Basis die Produktionsweise nomadisierender Jäger und Sammler ist, sowie Ahnenkult und Götterkult, die sesshaften Ackerbau- und Viehzuchtgesellschaften entspringen. Der älteste Maskentyp, die Tiermaske des Totemismus, die einerseits die Identifizierung mit dem Totemtier als Stammvater des Clans ermöglicht, andererseits die Verreibung des Tierisch-Triebhaften aus dem Menschen bewerkstelligen soll, gilt der Autorin als »anschauliches Symbol für die Metamorphose vom Tier zum Menschen« (29). Auch im Schamanismus herrscht derartiges Analogiedenken vor; doch sind die Masken des Schamanen die »früheste Artikulation einer personalen Identität des Menschen« (36), da die mit anthropomorphen Zügen ausgestatteten Hilfsgeister, die sie beschwören, »Manifestationen seiner eigenen Psyche« (36) sind. Bei sesshaften Stämmen ist die Abhängigkeit vom Tier in Zonen klimatischer Beständigkeit derjenigen von den Ahnen gewichen; die Maske ist die Form der Anverwandlung ihrer Erfahrungen und Erkenntnisse. Bei Völkern, die in klimatisch wechselhaften Regionen angesiedelt sind, dienen die Masken der »Repräsentation der *Naturkräfte* als Gottheiten« (46).

Hatten die frühgeschichtlichen Völker die Maske als »Projektionsfeld eigener Identität« (60) verwendet, das die »Ambivalenz ihres Innenlebens« (60) ausdrückt, so ist bei den späteren abendländischen Völkern, insbesondere mit der Entstehung und Verbreitung des Christentums, ein »Aufspaltungsprozeß menschlicher Identität« (62) festzustellen. Bereits in den antiken Maskenfesten, den Frühling und Fruchtbarkeit zelebrierenden Saturnalien und Bacchanalien, erst recht aber in den mittelalterlichen Narrenfesten macht das rituell-religiöse Zeremoniell einer »Entlastungs- und Ventilfunktion« (93) Platz. Der christliche Moral dualismus spaltet die sogenannte »Nachtseite« des Lebens ab; Masken als »Ausdruck des Bösen« (90) sollen das Böse bannen und verhelfen ihm im Taumel des Rausches zum Durchbruch. Verdrängte triebhafte Regungen verschaffen sich in der außer-ordentlichen Ausschweifung Luft. Als Relikt jener Feste stellt auch unser heutiger säkularisierter Karneval einen Freiraum der »Umkehrung aller sozialen Normen« (84) und der »Entschädigung für das alltägliche Elend« (86) dar, der freilich inzwischen ebenso reglementiert und verwaltet wird wie der Alltag selbst. Die Karnevalsmaske ermöglicht eine zeitlich befristete andere (die eigentliche?) Identität: »Denn Verhüllung bedeutet gleichzeitig Enthüllung von versteckten Wunschbildern.« (91)

Diesem »Dualismus der Maske« (173), ihrer Kraft zur Identifizierung wie zur Distanzierung, spürt Ebeling an späterer Stelle auch im Alltag nach. Von Schutzmasken sowie Vermummungen einmal abgesehen, ist Alltagsmaskierung eine »wichtige Konstante der Interaktion« (178). Sie eröffnet die Möglichkeit zur Selbstdarstellung ebenso wie zur Selbstverleugnung. Der »Gefahr, durch völliges Verwachsen mit der Maske Identitätsverluste durch Einengung des Selbst zu erleiden« (181), läßt sich nur durch eine »Beherrschung der Register« (173), durch ein Ausspielen sämtlicher Aspekte unserer Persönlichkeit begegnen: Vielfältige Ausdrucksmöglichkeiten sind die Voraussetzung vielfältiger

Handlungsmöglichkeiten. Überrascher Maskenwechsel freilich, ließe sich gegen Ebelings These einwenden, verweist auf einen Mangel an Identität. Ob das Gesicht zur Maske erstartet oder die Maske zum zweiten Gesicht wird, in jedem Fall kann die Maske als heimlicher Index für Identität fungieren, und der ist vonnöten, denn kaum ist es der Spezies im Prozeß der Phylogenese gelungen, sich unter Abgrenzung vom Tier der eigenen Identität zu versichern, beginnt der zur Selbstreflexion begabte Mensch unter einer »Verunsicherung der Identität« (92) zu leiden. Das Theater, ebenso wie der Karneval aus dem griechischen Dionysos-Kult hervorgegangen, ist einer der Spiegel, den der Mensch sich zur Selbstvergewisserung vorhält. Der »Wandel der Maske vom Kult- zum Darstellungsinstrument« (94) — statt eines Götterbilds ist die Maske nunmehr Abbild des Menschen — bekräftigt die »endgültige Erlangung eines Ich-Bewußtseins« (94). Auch hier verfolgt die Autorin die zunehmende Ausdifferenzierung der Darstellung. Anhand der Masken der antiken Tragödie, des japanischen Nô-Theaters, der mittelalterlichen Mysterienspiele, der Commedia dell'arte und der modernen Schminke- und Mimik untersucht sie die Beziehungen zwischen Charakter und Typus, Schauspieler und Rolle. Vielleicht hätte sich noch einiges zur Rolle der Maske in der erzählenden Literatur anmerken lassen, nicht so sehr im Rahmen einer Motivgeschichte als vielmehr in Hinblick auf die Erzählstruktur des Romans, in der der Erzähler-Autor sich hinter der fiktiven *persona* (Maske) der literarischen Gestalt verbirgt. Der einzige kritische Einwand betrifft die unakzeptable Zitierweise, die auch durch ein sorgfältiges Register nicht aufgewogen wird.

Hans-Christian Oeser (Dublin)

Prodoehl, Hans Gerd: Theorie des Alltags. Duncker und Humblot, Berlin/West 1983 (286 S., Ln., 98,- DM)

Dem Autor geht es um die materialistische Begründung einer besonderen Wirklichkeitsphäre der bürgerlichen Gesellschaft: dem Alltag. Seine These ist, daß der Alltag »der den gesamten Lebensprozeß der bürgerlichen Subjekte durchdringende Schauplatz (ist) ..., auf dem eine konfliktmindernde Integration von objektiven Handlungsbedingungen und subjektiven Verhaltensdispositionen vorgenommen wird. Indem die Individuen in ihrem Alltag Gegenwirkungen gegen die dissonanzträchtigen gesellschaftlichen Desintegrations-, Restriktions- und Zufälligkeitstendenzen mobilisieren, restituieren sie fortwährend ihre reproduktionsnotwendige Handlungsfähigkeit.« (208) Einfacher gesagt: Der Alltag ist der Ort, an dem die Menschen mit den Widersprüchen, denen sie in der bürgerlichen Gesellschaft in einer nie dagewesenen Weise unterworfen sind, fertig werden. Sie tun dies vor allem in der Weise, daß sie die Konflikte reduzieren und sie in eben dieser Weise zur Geltung bringen. Sofern also der Alltag die Ebene der »Selbstverständlichkeit« ist — dieses Wort fällt bei Prodoehl nicht —, ist das Selbstverständliche in der bürgerlichen Gesellschaft die Existenz eines permanenten Konfliktrahmens, der in spezifischer Weise verstetigt, entschärft und kontrolliert wird. So ist der Alltag selbst eine Form der Bewegung des Widerspruchs.

Wie begründet Prodoehl diese These? Nach einer schlüssigen Kritik der gängigen alltagstheoretischen Ansätze, die auf die Notwendigkeit einer »funktional-genetischen Verankerung des Alltags im Kontext eines historischen Sozialsystems« (63) als Defizit der bisherigen Forschung hinweist, entwickelt der Autor unter dem Begriff der »Soziätsformen« den Komplex objektiver Handlungsbedingungen, der »als Korrelat der wesentlichen Funktionsgesetze und Strukturmerkmale« der bürgerlichen Gesellschaft »den gesamten Lebensprozeß der Individuen grundiert« (70). In der Entwicklung dieser Soziätsformen (Prodoehl entwickelt deren drei: Partialisierung, restriktive Entfesselung, Zufälligkeit) macht der Autor deutlich, wie stark das bürgerliche Individuum von gegensätzlichen, ja eben widersprüchlichen Verhaltensanforderungen gefordert wird. Als Beispiel sei nur hingewiesen auf die in der bürgerlichen Gesellschaft reproduktionsnotwen-

dige Instrumentalisierung aller Lebensvollzüge, die sich nur in der Negation, als moralische Anforderung durchzusetzen vermag: »Nur dann, wenn die Abstraktion von konkret-qualitativer Moralität und Individualität stets wieder durch die Bezugnahme auf handlungsorientierende Normensysteme, kooperative Arbeitsanforderungen und konkret-individuelle Persönlichkeitsstrukturen 'verunreinigt' und damit negiert wird, vermag sie als übergreifende Verhaltensdisposition Relevanz im Lebensprozeß der Subjekte zu gewinnen.« (91) Wollen nun die bürgerlichen Individuen in diesen Konflikten bestehen, so müssen sie Handlungs- und Denkmuster entwickeln, die Konflikte »verarbeiten«. Der Autor bestimmt den Mechanismus der Verarbeitung als Reduktion. Dabei greift er — allerdings recht kurz (125) — auf die Theorie der kognitiven Dissonanz als subjektive Form der Wahrnehmung der Widersprüche zurück. Mir scheint damit die These von der notwendigen Reduktion als typische Verarbeitungsform der Widersprüche nicht ausreichend belegt zu sein. Warum geschieht die Konstitution der Handlungsfähigkeit der Subjekte durch die Reduktion und nicht vielmehr durch die Artikulation der Konflikte? Läßt sich eine Artikulation von Konflikten als Alltag denken?

Prodoehl führt dann aus, wie sich die Reduktionsformen des Alltags ausgestalten. An erster Stelle steht die Form der »Utilitaristischen Synthese«: Individuen verhalten sich innerhalb widersprüchlicher Verhaltensanforderungen nach dem Kalkül der individuellen Nutzenoptimierung (130) und bringen auf diese Weise eine Synthese zustande, indem allen Handlungsfeldern eine eindeutige Orientierungsbasis unterstellt wird. »Sie bedienen sich also der Verhältnisse, in die sie als Dienende eintreten.« (131) Die zweite Alltagsform nennt der Autor die normative Bereichsabgrenzung: durch die Stabilisierung von Normen werden Bereiche gemeinschaftlichen Handelns zwecks Beförderung eines Binnenmilieus abgesteckt. Es entstehen Plausibilitätsräume mit begrenzter Geltung für die Mitglieder der Gemeinschaft. Als dritte Alltagsform gilt dem Autor die Wirklichkeitsgestaltung, worunter die Organisationsform von Verbänden gefaßt wird. Sie dient der langfristigen Sicherung von Kontroll- und Bestimmungsmöglichkeiten der Mitglieder — und gerade hier fragt sich, ob dazu nicht die Artikulation der Konflikte erfolgt. Schließlich bildet die vierte Alltagsform die Wirklichkeitsmodulation, d.h. die Ausbildung von in sich sinnhaften Eigensphären jenseits der Realität. Zusammenfassend bestimmt der Autor das Verhältnis von Alltag und Umbruch. Der Umbruch hebt den Alltag auf, ist aber zugleich in ihm integriert. Folglich ist der Alltag nicht ein totes, in sich ruhendes Fixum, sondern ein sich »selbst bewegendes Übergangsphänomen« (210). Der Alltag ist auch der Bereich ständiger Vermittlung zwischen Befriedung und Empörung, zwischen Genügen und Ungenügen — d.h. zwischen Reduktion und Artikulation. Die Öffnung des Alltags geschieht auf dem Wege des Ausbaus einer seiner Formen: der Wirklichkeitsgestaltung (217). Das Alltagsbewußtsein der bürgerlichen Subjekte wird dennoch vorwiegend als Instanz der Konfliktabwehr begriffen, wenn auch die Konfliktthematization in ihm angelegt ist, jedoch in einer reduzierten Weise: Denn: wird der Alltagskonflikt thematisiert, kann dies unter der Voraussetzung des Überwiegens der Reduktionsinteressen nur so geschehen, daß neue Konflikte entstehen, die wieder reduziert werden müssen. Dieser Widerspruch kann im Alltag nicht gelöst werden; »es kann ihn nicht aufheben, ohne sich selbst aufzuheben« (266). Trotz der immer wieder betonten »Zweigesichtigkeit« des Alltags — konfliktreduzierend und konfliktaneignend — überwiegt in der Argumentation das erste Moment. Diese Arbeit stellt sicherlich die zur Zeit fundierteste Analyse des Alltags dar. Sie bietet eine zugleich historisch-genetische und strukturelle Bestimmung des Phänomens. Dennoch unterschätzt der Autor die »Chancen des Alltags«.

Gerhard Wegner (Celle)

Erziehungswissenschaft

Rossmeißl, Dieter: »Ganz Deutschland wird zum Führer halten ...«. Zur politischen Erziehung in den Schulen des Dritten Reiches. Mit einem Vorwort von Hermann Glaser. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1985 (202 S., br., 12,80 DM)

Die Darstellung der Schulgeschichte des NS-Staates konzentrierte sich bis in die jüngste Zeit auf die Perspektive der politisch Verantwortlichen, der Planer und Verwalter des Erziehungssystems. Im Mittelpunkt standen die Schulorganisation, Verbände, Verlautbarungen von NS-Pädagogen, Lehrpläne und Schulbücher. Dieser Blickwinkel führte häufig dazu, daß von bildungspolitischen Intentionen bruchlos auf reale Bildungsprozesse geschlossen, Proklamationen und Hitler-Reden mit der Schulwirklichkeit verwechselt wurden. In dem Maße, wie sich die Einsicht durchsetzte, daß der Alltag keine ungeschichtliche Restgröße ist und die Perspektive »von unten« zusammen mit Oral History in die Geschichtsschreibung Einzug hielt, hat auch die Schulwirklichkeit größere Aufmerksamkeit gefunden: das, was sich in den Klassenzimmern abspielte. Wie jedoch die Hinwendung zur Alltagsgeschichte noch kein Patentrezept darstellt, so ist auch der Rückgriff auf Quellen und Materialien, die dicht an den Schulalltag heranführen, eine zwar notwendige, aber noch keineswegs hinreichende Bedingung für weiterführende Aufschlüsse über die Schule in der NS-Zeit. Das zeigt dieser Dokumentarbericht. Sein Ziel ist »eine möglichst enge Annäherung« an »die politische Bildung, wie sie in der Praxis in Klassenzimmern, Aula, Schulhof und Filmsaal der allgemeinbildenden Schulen des Dritten Reiches vermittelt wurde« (37). Der Autor stützt sich auf drei Quellenarten: Jahresberichte von Schulen, Schulhefte und Handreichungen für Lehrer. Die Arbeit liefert jedoch keine neuen Aufschlüsse. Das liegt daran, daß Rossmeißl das interessante Quellenmaterial in einen unfruchtbaren Erklärungsansatz zwingt: in die Dichotomie von Rationalität und Irrationalität, von »kritisch-rationaler Bildung« und »Manipulation« (181 passim). Diese Begriffspaare sind für Rossmeißl selbstverständlich, sie haben axiomatischen Charakter. Das ausgebreitete Material ist nur Illustration dessen, was zu beweisen war: Erziehung im Nationalsozialismus war Erziehung, die »rasch und mit Erfolg« mit »archaischen Begriffen Deutschland hinter das zurückführte, was die Aufklärung geleistet hatte: Erziehung zur Fähigkeit, kritisch zu denken« (39). Die Schule als »klassische Anstalt geistiger Bildung« wurde entwertet, es traten »Gefolgschaft anstelle der Kritik, Glaube anstelle von Einsicht« (ebd.). Die Veränderungen im Schulwesen werden auf der Grundlage dieser Prämisse statt als Revolution *im* Ideologischen als Revolution des Ideologischen dargestellt. Es gibt daher auch nichts mehr wirklich zu untersuchen, sondern nur noch das ganz Andere und Schlechte aufzudecken. Nur aus diesem Bemühen heraus ist es wohl zu verstehen, daß der Autor NS-konforme Auffassungen in Schulaufsätzen unesehen als tatsächlichen Ausdruck des Denkens und Fühlens der Schülerinnen und Schüler darstellt. Ideologische Subjektivierung ist in diesem Verständnis einfaches Indoktrinationsresultat, die Schülerinnen und Schüler werden als passive Objekte, als Statisten der Schulgeschichte abgebildet.

Rossmeißl schreibt, er wolle dazu beitragen, daß aus der Geschichte — aus der Schulgeschichte — gelernt werde (36f., 181ff.). Das setzt aber voraus, daß man untersucht, welche Angebote die Nazis den Schülerinnen und Schülern machten, welche Betätigungs- und Erfahrungsfelder sie ihnen eröffneten. Man müßte sich die Frage stellen: Warum erschien es vielen Schülerinnen und Schülern sinnvoll, sich für den Staat und seine Ideologie einzusetzen? Rossmeißls Manipulationskonzept führt da nicht weiter. Es ist wichtig, die Unmenschlichkeit nationalsozialistischer Erziehungsziele zu kritisieren und auf die Irrationalität der Bildungsinhalte hinzuweisen. Aber man kann daraus keine brauchbaren Schlußfolgerungen ziehen, wie in anti-ideologischer und antifaschistischer Perspektive gelernt werden sollte. Dazu müßte man das ohnmächtige Klischee vom

»Einhämmern« der NS-Ideologie überwinden. — Rossmeißl fragt nach dem Zusammenhang zwischen Jugenderfahrungen in den Jahren 1933 bis 1945 und heutigen sozialen, psychologischen und politischen Problemen (35). Er verknüpft hier seine Interpretationsfolie — manipulierte Jugend im Gleichschritt —, die die NS-Ziele für die Wirklichkeit nimmt, mit einer weiteren problematischen Vorstellung: Er nimmt an, die zwölf Jahre des »Tausendjährigen Reiches« hätten eine einheitliche Sozialisationsgrundlage abgegeben. Doch vor 1933 bereits sechs Jahre lang eine Sammelschule besucht hatte (von der Arbeiterbewegung durchgesetzte Reformschulen), erlebte die Eingriffe der Nationalsozialisten anders als diejenigen, die erst 1935 eingeschult wurden; wer bis 1936 in der Hitler-Jugend war, konnte an einem attraktiveren Verbandsleben teilnehmen als der »Pimpf« oder das »Jungmädel«, die die Hitler-Jugend in der Kriegszeit als staatliche Zwangsorganisation erlebten. Wie für den Alltag nicht das Schwarz-Weiß, sondern eher das Grau-in-Grau, nicht die totale Begeisterung, sondern eher der Rückzug ins Privatleben bezeichnend war, so bildeten Schulzeit, Kindheit und Jugend keinen einheitlichen Sozialisationsprozeß; das Schülerleben war keineswegs für alle ein »Weg zum Führer«, wie es sich der Reichsjugendführer Axmann wünschte.

Zweierlei bleibt noch anzumerken: 1. Die von Rossmeißl benutzten Jahresberichte stammen überwiegend aus bayerischen Gymnasien, die von ihm herangezogenen Schulhefte aus dem Grundschulbereich (der Autor bemerkt unzutreffend, solche Hefte seien fast ausschließlich nur noch aus dieser Schulstufe vorhanden [38]). Da selbst die zentralistische NS-Herrschaft die regionalen Besonderheiten und Traditionen nicht vollständig beseitigen konnte, die das Schulwesen in den einzelnen Ländern Deutschlands kennzeichneten, wäre ein ausdrücklicher Hinweis angebracht gewesen, daß Quellen aus Bayern nicht ohne weiteres Aufschluß über Schulverhältnisse in anderen Ländern des Reiches geben. 2. Auf eine Auseinandersetzung mit neueren Erklärungsansätzen zur Nazi-Erziehung verzichtet Rossmeißl; ich denke da vor allem an die von Nemitz im Rahmen des »Projekts Ideologie-Theorie« entwickelten Analysen (*Argument-Sonderband 60*) sowie an die Untersuchung der Arbeitsgruppe Pädagogisches Museum, an der ich selbst mitgearbeitet habe (Heil Hitler, Herr Lehrer. Reinbek 1983). Vielleicht findet Rossmeißl das Herangehen in diesen Arbeiten falsch? Dann hätte man gern die Gründe gewußt. Es ist schade, wenn nicht mal ein Dialog zustande kommt. Norbert Franck (Berlin/West)

Fend, Helmut: *Die Pädagogik des Neokonservatismus.* Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1984 (278 S., br., 14,- DM)

Wanner, Kurt: *Pädagogischer Konservatismus. Konzept für Unertanengeist und Nato-Treue.* Pahl-Rugenstein, Köln 1984 (204 S., br., 14,80 DM)

Die Diskussion des »Neokonservatismus« hat bisher — da es sich hauptsächlich um die Staatsstätigkeit im Rahmen der (Anti-)Wohlfahrtsstaats-Debatte handelte — im wesentlichen in den Disziplinen der Nationalökonomie und Finanzwissenschaft stattgefunden. Mit den vorliegenden Arbeiten von Fend und Wanner liegen nun Versuche vor, die Konturen dieser Debatte in den erziehungswissenschaftlichen und -praktischen Feldern nachzuzeichnen. Die Redeweise von der auch 'geistig-moralischen Wende' legt ein solches Bemühen als sinnvoll nahe, zumal es — in den USA stärker soziologische, in der BRD mehr sozialphilosophische — Versuche gibt, Theoreme sozialstaatsinduzierter Anomie ('Anspruchsinflation', 'moral hazard') zu belegen und 'pädagogisch' — d.h. durch mentalistische Gegenentwürfe — aufzufangen.

Dieser Problemstellung kommt das Programm von Fend nach. In einem ersten großen Teil seiner Arbeit versucht er, eine Morphologie, eine Gestalt- bzw. Formenlehre, eine Topik des neokonservativen Denkens zu entwickeln (24). Der »bloße Verweis auf einen neuen Tugendkanon (Ordnung, Disziplin, Verzicht, Leistungsbereitschaft)« (15) ist ihm nicht hinreichend. Fend setzt »methodisch gesehen im Rahmen eines um wissensso-

ziologische Aspekte erweiterten hermeneutischen Ansatzes« (16) an. Dazu dienen ihm zunächst dogmengeschichtliche Rekurse, vor allem der Rückgriff auf Karl Mannheims wissenssoziologische Analyse des »Konservatismus« als Mentalität und Denkform bzw. -stil, um anschließend (vor allem im Teil 2 seiner dreiteiligen Arbeit) diese »geistesgeschichtliche« in eine »empirische Mentalität« zu überführen (18). In Lehrer- und Schülerbefragungen, die Fend im Zeitraum 1973 bis 1979 in 147 bundesdeutschen Schulen und ca. 600 Klassen durchgeführt hat, versucht er der Frage nachzugehen, ob und inwieweit pädagogische Theorien sich zu »Weltbildern und Lebensattitüden« (116) verdichten, von den Personen »inkorporiert« und damit handlungsrelevant werden und für die Erziehung im Bildungswesen praktische Bedeutung erlangen. Der Bestimmung der »Anatomie des 'gewöhnlichen' Konservatismus« geht aber Fends Versuch voraus, den Neokonservatismus als mentalistisches Syndrom »geistesgeschichtlich« (ideengeschichtlich) zu rekonstruieren. Fend (39) will dabei die ordnungspolitische Dimension — den Staatsbegriff (sprich: die Rollenverteilung zwischen Markt und 'Eigenverantwortung' einerseits und Staat andererseits) — nicht in den Mittelpunkt der Analyse gestellt sehen: Erziehung sei nicht auf ihre legitimatorische und integrative Funktion für ordnungspolitische Konzepte zu reduzieren, sondern müsse hier als neokonservative Ordnungspädagogik hinsichtlich ihrer »alten Wurzeln« einer anthropologischen und gesellschaftstheoretischen Grundlegung hergeleitet werden (39). Fend recurriert hierbei auf den seines Erachtens »beste(n) systematische(n) Rekonstruktionsversuch konservativen Denkens« (33) von Karl Mannheim, der Konservatismus exemplarisch an der deutschen Romantik festgemacht hat. Hier schleicht sich allerdings eine — begriffliche wie dogmengeschichtliche — Fragwürdigkeit ein, die nicht nur von 'akademischem Interesse' ist. Obwohl Fend an verschiedenen Stellen (41, 44, 47f., 77) selbst den liberalistischen Charakter des neokonservativen Tugendkataloges (Fleiß, Selbsthilfe, Eigenverantwortlichkeit, Leistung, Genügsamkeit usw.) herausstellt, greift er auf klassisch-sozialkonservative Strömungen wie die der Romantik zurück, obwohl dort der »Weg zum 'guten Leben'« eben nicht als »freies Spiel der Kräfte« (82) begriffen wurde. Gerade die Romantik war in ihren Wirtschaftsordnungsvorstellungen ausgesprochen »anti-smithianisch« eingestellt. Jedoch nimmt Fend in seinem Literaturverzeichnis nicht eine einzige Originalquelle romantischen Denkens (oder eine der zahlreichen Sekundärquellen) auf. Es stellt sich hier die Frage, ob der neokonservativen Ordnungspädagogik doch nicht »nur« die Legitimation liberalistischer Ordnungsentwürfe (Markt- und Eigenverantwortungsrenaissance) zukommt. Denn auch in seinem empirischen Teil, den Fend in Anlehnung an Adornos und Herbert Marcuses Studien zur »autoritären Persönlichkeit« bzw. zu »Autorität und Familie« als Operationalisierung des »gewöhnlichen Konservatismus« in der Schulkwirklichkeit konzipiert, schlägt das liberalistische Auslese- und Elitedenken (121, 125f.) durch. Dieser Teil dürfte auch für Leser/innen, die aus der pädagogischen Praxis kommen, von Interesse sein. Fend zeigt, daß »erzieherischen Grundhaltungen« eine praktische »Handlungswirksamkeit« von »überraschende(m)« Ausmaß zukommt (196). Die »Selbstachtung« der Schüler scheint im Rahmen steigender Leistungsanforderungen von Lehrern des kritischen Mentalitätstyps stärker beachtet, das »Selbstbewußtsein« (193) eher gefördert zu werden. Konservative Lehrertypen scheinen Schüler/innen weniger vor seelischen Schädigungen zu schützen, und »viele Schüler (fühlen sich hierbei) als Person bedroht, zumindest nicht als wichtig und angenommen« (197). Hierbei dürfte der ganzen Atmosphäre, dem Klima der jeweiligen Schule, Bedeutung zukommen (197). Der »Geist der Schule« ist sozial konstruiert; »kollektive Wahrnehmungen« — so die des Lehrerkollegiums gegenüber den Schülern (Schüler seien »Schrott«, »Pfeifen« oder »Dünnbrettbohrer«) — breiten sich aus. Wenn auch Fend keine Korrelation zwischen fachlichen Leistungen und Lehrermentalität feststellen konnte (197), so zeigen sich doch im emotionalen Bereich deutliche Zusammenhänge.

Trotz konzeptioneller Ähnlichkeiten — Wanner beginnt seine Arbeit mit einer Bestimmung des »Wesen(s) des pädagogischen Konservatismus« (13ff.), die er ebenfalls ideengeschichtlich zu untermauern versucht, um darauf aufbauend die praktisch-politische Bedeutung des Konservatismus auf verbands- und parteipolitischer Interessensebene herauszustellen — ist Wanners Analyse auf einer anderen Ebene angesiedelt. Schlägt bei Fend die Tradition der 'Frankfurter Schule' explizit durch, so bei Wanner die Theorie des 'staatsmonopolistischen Kapitalismus'; der Leser spürt hier, warum die Arbeiten jeweils bei Suhrkamp und Pahl-Rugenstein erschienen sind. Doch auch wenn man nicht jede Pointierung (und Platitüde) in Wanners Analyse teilen möchte, so ist seine Analyse der bildungspolitischen Konzeptionen der Bildungsabteilungen der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, des Instituts der Deutschen Wirtschaft, der Kirchen oder der Elternorganisationen doch als eine Ergänzung zu Fends Analyse der internen Schulwirklichkeit zu werten.

Auch bei Wanner — z.B. in dessen Analyse der bildungspolitischen CDU-Konzeption der »Chancengerechtigkeit« (statt »Chancengleichheit«) (102f.) — schlagen die liberalistischen Ordnungsentwürfe der bildungspolitischen Elitetheorie (mit antisozialdemokratischer Spitze) durch (18ff.). Damit erweist sich der »Konservatismus« bei Wanner ebenso wie bei Fend als altliberaler Antiegalitarismus und Antietatismus (21, 105). Ähnlich wie bei Fend steht auch bei Wanner der ordnungspolitischen Bestimmung des Neokonservatismus der ideengeschichtliche Teil — fast widersprüchlich — entgegen. Während Wanner einerseits liberalistische Argumentationsfiguren wie die Thesen von den »demokratische(n) und soziale(n) Ansprüche(n) und Erwartungen des Volkes« (16) als »schädliche Politisierung« (30) oder »schleichende Kulturrevolution« referiert, sucht er die Wurzeln in (z.T. präfaschistischen Gemeinschafts-)Ideologien bei Friedrich Nietzsche, Paul de Lagarde, Eduard Spranger, Georg Kerschensteiner, Julius Langbehn u.a. So manche Figuren der aktuellen Debatte — Bildungselite statt breiter Massenbildung, Verankerung des Bildungsprivilegs in der »Natur selbst«, Bildungsexpansion als Vorstadium des Sozialismus, Vernachlässigung der beruflichen zugunsten der höheren Allgemeinbildung, Nivellierung des Leistungsvermögens als Folge der Bildungsreformpolitik, mangelnde Auslese, »Nicht jedem das Gleiche, sondern jedem das Seine« usw. — geben Wanners Quellensuche auch eine gewisse Plausibilität. Jedoch scheint die konstatierte Nähe zum Faschismus überdreht; der aktuelle Neokonservatismus — das gilt für die USA ebenso wie für Frankreich — wird von der 'Neuen Rechte(n)' noch 'rechts außen' überholt.

Als Fazit kann festgehalten werden, daß die Arbeiten von Fend und Wanner die ordnungspädagogische Dimension der 'neokonservativen Revolution', die sich auch als 'kulturelle Bewegung' versteht, aufdecken, ohne jedoch die ordnungspolitischen Leitbilder mittels einer historischen Typologie liberalistischer Strömungen in hinreichender begrifflicher Klarheit herauszustellen. Dennoch vermitteln die Autoren auf ihrer jeweils gewählten Analyseebene wichtige Fakten und Strukturzusammenhänge neokonservativen Wirkens im Erziehungs- und Bildungswesen. Wanners Analyse zeigt, wie hoch organisierte privilegierte Schichten ihre Interessen formulieren und in pädagogische Wertorientierungen umzusetzen versuchen (60); Fend zeigt, wie sich die »Argumentationsformen«, die »Begründungsmuster für Normen und Werte« in handlungsrelevante Mentalitätsmuster konkretisieren, wie sich also das Menschen-, Geschichts- und Gesellschaftsbild des Neokonservatismus in pädagogischen Zielsetzungen — wie Ellenbogenmentalität, Wettbewerbsattitüden und Individualorientierungen — verwirklicht (24).

Frank Schulz (Bochum)

Steffens, Gerd: Der neue Irrationalismus in der Bildungspolitik. Zur pädagogischen Gegenreform am Beispiel der hessischen Rahmenrichtlinien. Campus Verlag, Frankfurt/M., New York 1984 (179 S., br., 40,- DM)

Die mehr nörgelnde Verteidigung der Aufklärung in der sogenannten Werte-Diskussion der Pädagogik setzt Steffens in Beziehung zum Problem der Grundwerte und verschafft damit auch der Selbstverteidigung der Pädagogik den festeren Rückhalt der Jurisprudenz. Die hessischen Rahmenrichtlinien bilden in der Analyse ihrer »allgemeinen Grundlegung« von 1978 nur einen, wenn auch qualitativ und quantitativ substantiellen Teil der Studie. Entscheidend ist der Nachweis, daß das Verfassungsverständnis Erwin Steins, des Autors der »Allgemeinen Grundlegung« und langjährigen Verfassungsrichters, von der sich durchsetzenden »Werteordnung« in der Spruchpraxis des Bundesverfassungsgerichts gedeckt ist. Mit der den im Verfassungstext kodifizierten Normen vorausliegenden Werteordnung haben sich die Richter des Bundesverfassungsgerichts, wie Steffens nach dem Studium der einschlägigen Literatur deutlich macht, dem »programmatischen Irrationalismus« (73) nicht legitimierungsfähiger, metaphysischer Normativität ausgeliefert; nicht Legalität soll geschützt und gesichert, sondern stets auch Loyalität erzwungen werden. Für den Habitus der Arbeit (und die Qualität der Werte-Diskussion) ist wichtig, daß Steffens nicht bei den naheliegenden Erklärungen stehenbleibt. Über diese hinaus fragt er »nach der spezifischen Beziehung zwischen dem ... Verfassungsverständnis einerseits und dem Prozeß der gesellschaftlichen Reproduktion und dessen politischen Verkehrsformen in der BRD andererseits« (76). Mit Preuß und Offe wird auf den Widerspruch zwischen den gesellschaftlichen Integrationsmodi der System- und der Sozialintegration verwiesen, in dem sich der Widerspruch zwischen ökonomischen Funktionsgesetzen und sinngelitetem Handeln von Subjekten wiederholt (vgl. 81ff.). In diesem Widerspruch kann aber nun auch der Zusammenhang mit der pädagogischen und bildungstheoretischen Ausgangsproblematik hergestellt werden. Schule, die sowohl ihrem Wesen als auch ihrer gesellschaftlich approbierten Aufgabenstellung nach der Seite der Sozialintegration zugeordnet ist, muß zugleich in ihren Leistungen so gesteuert werden, daß sie der Systemintegration, dem »subjektlos sich durchsetzenden Zwang zu systemkonformem, funktionsgerechtem Verhalten« (89) dient. Höchstrichterliche Judikatur wie Grundbestimmungen der Schularbeit in Theorie und Praxis sind derselben, jeder rationalen Kritik entrückten Werteordnung subsumiert; unter krisenhaften Bedingungen der Kapitalverwertung wird die hessische Schule in der »Allgemeinen Grundlegung« der Rahmenrichtlinien damit beauftragt, zum »'autonomen' Verzicht auf Autonomie« zu befähigen und zu diesem Zweck »sowohl die ideologische Form wie die Sanktionsmöglichkeiten bereit(zu)stellen« (90).

Steffens' Arbeit beläßt es nicht bei allgemeinen Angaben, wie aktuelle bildungspolitische Entscheidungen mit den Schwierigkeiten der unterm Wertgesetz prozedierenden bürgerlichen Ordnung zusammenhängen. Im III. Teil seines Buches werden die Widersprüche bis in die Einzelheiten der Curriculum-Revision hinein verfolgt, sowohl in deren Abläufe und Stationen als auch in die inhaltlichen Bestimmungen. Auf diese Weise wird auch fürs Detail auf die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten gedeutet, welche jede Entscheidung und Maßnahme von Lehrern zu determinieren tendieren; zu diesem Grad der Aufklärung stoßen sowohl die Werte-Diskussion wie einschlägige Arbeiten zur Schulreform in Hessen nur selten vor. Um so wichtiger ist es, daß Steffens im IV. und letzten Teil seine Untersuchung über die hessischen Verhältnisse hinausgeführt und unter dem Thema »Verallgemeinerung der Problemstellung« auf die Schulgesetzgebung anderer Bundesländer und die Gehalte der Kampagne »Mut zur Erziehung« ausgedehnt hat: so kann wenigstens andeutungsweise belegt werden, was zu vermuten war, daß nämlich das hessische Material keineswegs nur für Hessen spricht und daß außerdem die gesellschaftstheoretische Erklärung merkwürdiger Teilaspekte gegenwärtiger Schulreformprozesse

ebenso im Hinblick auf die bürgerliche Geschichte wie auf die Schulreform insgesamt überprüft zu werden verdient. — Eigens hinweisen will ich auf die methodische und stilistische Brillanz, mit der die Studie abgefaßt wurde. Gernot Koneffke (Darmstadt)

Geschichte

Niethammer, Lutz (Hrsg.): »Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll«. Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930-1960. Bd.1. Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Berlin/Bonn 1983 (327 S., br., 29,80 DM)

Niethammer, Lutz (Hrsg.): »Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist«. Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930-1960. Bd.2. Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Berlin/Bonn 1983 (360 S., br., 29,80 DM)

Lutz Niethammers schon früher als Anspruch der Oral history geäußertes Postulat: »Eine demokratische Zukunft bedarf einer Vergangenheit, in der nicht nur die Oberen hörbar sind« sollte erstmals mit einem umfangreichen, von der Stiftung Volkswagenwerk geförderten Forschungsprojekt an der Universität Essen eingelöst werden. Im Mittelpunkt standen über 200 lebens- und alltagsgeschichtliche Interviews mit Frauen und Männern aus der Arbeiter- und Angestelltenschaft des Ruhrgebiets, die heute über 50 Jahre alt sind. Als Ergebnis des Projekts liegen bisher zwei Bände vor; ein dritter ist angekündigt.

Die drei Eingangsüberlegungen der Projektgruppe sind (I,7 und II,7f.): a) Die Geschichte der Bundesrepublik könne nicht verstanden werden, wenn man sie von der Kontinuitätsproblematik der deutschen Zeitgeschichte isoliere; vor allem die »Erforschung der Kontinuität des Volkes« aber sei bisher unterblieben; b) für das Ruhrgebiet als eine politisch zentrale Region in der Bundesrepublik müsse die sich in den 50er Jahren ankündigende sozialdemokratische Vorherrschaft geklärt werden, die in derselben Phase stattfand, in der im übrigen Bundesgebiet Adenauers CDU auf dem Weg zur absoluten Mehrheit sich befand. Diese »Sozialdemokratisierung der politischen Kultur im Revier« (I,8) sei um so erklärungsbedürftiger, als die SPD vor 1933 hier hinter Zentrum und Kommunisten nur den dritten Platz behauptet hatte; c) unter den Möglichkeiten zur Erforschung der Volkskontinuität erscheine die »Erforschung der Volkserfahrung« als die historisch wichtigste und zeitlich vordringlichste, da »nur sie politische und soziokulturelle Dimensionen auch für solche Phasen, für die keine Medien des freien politischen Ausdrucks zur Verfügung standen, zu verknüpfen und die subjektiven Voraussetzungen des soziopolitischen Verhaltens zu schließen« (I,7) vermöge.

Die Verknüpfung und Operationalisierung dieser drei Überlegungen beluden das Projekt mit weitgehenden Erklärungsansprüchen, die zugleich dessen Reiz wie Problematik ausmachen. Auf eine erste Formel gebracht: am lesbarsten und gut nachvollziehbar sind die Beiträge, in denen, weitgehend frei von verkrampfter Beweisnot der Verfasser, die befragten Männer und Frauen zu Worte kommen, am unbefriedigendsten jene, wo mitunter Protokollfetzen als Ausgangspunkt einliniger Interpretationen dienen, um dem Projektanspruch gerecht zu werden.

Positiv hervorzuheben sind zunächst die Beiträge von Niethammer selbst (I,163ff.: Heimat und Front. Versuch, zehn Kriegererinnerungen aus der Arbeiterklasse zu verstehen; II,17ff.: Privat-Wirtschaft. Erinnerungsfragmente einer anderen Umerziehung). Wie schon in den Untertiteln ersichtlich, sind Niethammer die Grenzen der Reichweite seines Vorgehens durchaus bewußt. In »Heimat und Front« geht es ihm bei der Anwendung der Oral history (bzw. hier Sekundärauswertung von Interviews) ausdrücklich

nicht um die Rekonstruktion der Kriegswirklichkeit, »sondern erfahrungsgeschichtlich um das Erfassen seiner Bedeutung für die Gesellschaft, die ihn überlebte« (I,164). Damit wird auch die Bedeutung der Befragung für die Befragten deutlich, hier als Nachdenklichkeit über das »Defizit an biographischem Sinn« (I,168) für die hintereinander von HJ, Arbeitsdienst und Militär/Kriegeinsatz und teilweise Gefangenschaft betroffene Generation. Aus diesem Bereich stammt auch das für den Titel des ersten Bandes ausgewählte Zitat: »Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll.« Niethammer läßt die Befragten sehr ausführlich zu Worte kommen, und er »glättet« die Erzählungen nicht. Die Menschen auch mit ihren teilweise wirren Gedanken und spinnerten Privatphilosophien (vgl. etwa die Geschichten des Hermann Pfister I,176ff.) ernst zu nehmen, trägt viel zur Anschaulichkeit der Berichte über Kriegserlebnis, Bombenkrieg, Gefangenschaft, Waffen-SS, Fremdarbeiterkontakte usw. bei.

In »Privat-Wirtschaft« ist Niethammer dem »heimlichen Lehrplan« der Besatzungszeit für die Arbeiterbevölkerung an der Ruhr auf der Spur. Nicht die proklamierte Um-erziehung zu demokratischen Werten und Verfahren war danach Lernergebnis, sondern die endgültige und alternativlose Verinnerlichung der Kleinfamilie und Akzeptanz des (zunächst schwarzen) Marktes. Die erzählten Geschichten von Kriegsende und Vergewaltigungsphantasien, Vertreibung, Fluchtpunkt Familie usw. entfalten ein faszinierendes und mitunter kurioses Panorama der ersten Nachkriegsjahre. Besonders eindrücklich ist vielleicht die Geschichte »Von der Brüderlichkeit« (II,74ff.), wo es um die Wiedereingliederung eines Nazianhängers in den Betrieb geht. Vor allem aber ist es Niethammer hier um zwei Faktoren zu tun, die beide für die »Organisation des Überlebens« (II,39) in den Nachkriegsjahren wichtig waren: die Familie als »Selbsthilfegruppe« mit »sowohl emotionalem als auch ökonomischem Grundvertrauen« (ebd.) und die häufig über die Betriebsräte vermittelte Teilnahme am schwarzen Markt. Hier scheinen Zusammenhänge und Voraussetzungen zur eingangs festgestellten Sozialdemokratisierung des Reviers auf, ohne daß Niethammer direkte Bezüge herstellen würde. Dies wohl auch deshalb, weil der Auslassungskatalog der von ihm nicht angesprochenen Themen sich »wie eine Hitliste der üblichen Thematiken der politischen und Sozialgeschichte der Nachkriegszeit« (II,96) ausnehme. Die je eingenommenen Blickwinkel von »oben« — hier wird Kritik am Projekt »Bayern in der NS-Zeit« geübt (I,23; vgl. die Rezension in *Argument* 150, 294) — und von »unten« zeigen nicht nur die jeweils gleichen Gegenstände anders, sondern auch andere Gegenstände. Deutlich wird dies auch in dem interessanten Beitrag von Zimmermann über die »Ausbruchshoffnung« junger Bergleute in den 30er Jahren (I,97ff.), in dem u.a. der Widerspruch zwischen möglichen Freiräumen »im Windschatten des neuen Regimes« (I,98) und der dafür notwendigen NS-Treue als Vorbedingung (I,102) entfaltet wird.

Einen direkteren Bezug auf die thematische Ausgangsüberlegung des Projekts versucht v. Plato in seinen Beiträgen »'Ich bin mit allen gut ausgekommen'. Oder: War die Ruhrarbeiterschaft vor 1933 in politische Lager zerspalten?« (I,31ff.) und »Nachkriegssieger. Sozialdemokratische Betriebsräte im Ruhrgebiet — Eine lebensgeschichtliche Untersuchung« (II,311ff.). In seinem ersten Beitrag geht es ihm um eine Relativierung der These von den scharf voneinander abgegrenzten Lagern innerhalb der Arbeiter-schaft (Negt/Kluge), wofür er gute und bekannte Gründe anführt (I,37f.). Natürlich ging die Lebenswelt der Ruhrarbeiterschaft nicht in der politischen Spaltung auf, aber diese gehörte in jene eben auch hinein. Negativ zu vermerken ist die schnelle Verallgemeinerung nach ein, zwei vorgestellten Gesprächsausschnitten (vgl. etwa I,43, 45); eher komisch mutet auch der aus der Untersuchung der Nachbarschaftsverhältnisse herauskristallisierte »spezifische Ruhrgebiets-Typus« (I,51) an, der »mit allen gut auskommt«, »nicht so fanatisch ist« usw. — In »Nachkriegssieger« versucht v. Plato zunächst eine Typisierung unter dem Stichwort: »Viele Wege führten zur SPD, aber fast alle durch die

Einheitsgewerkschaft als Durchgangsschleuse«. An biographischen Einzelbeispielen werden diese Wege geschildert: von der alten zur neuen SPD, vom Zentrum zur SPD, von der KPD und vom nationalen Angestellten zur SPD. Vielleicht entsteht dabei, die Beispiele selbst sind interessant, zu sehr der Eindruck einer zwangsläufigen Einbahnstraße, aber im ersten Forschungsschritt ist das wohl schwer zu vermeiden. Knapp werden anschließend Elemente der »Aktions- und Sozialprofile der Betriebsräte in den fünfziger Jahren« (II,336) vorgestellt, wobei u.a. Generationsdifferenzierung (II,340) und Auseinandertreten von politischer Opposition und Erfahrung des persönlichen wirtschaftlichen Aufstiegs (II,342) sowie das Bild der Betriebsräte über die von ihnen vertretenen Arbeiter, das »Bild einer trägen Masse« (II,348) thematisiert werden. Umrissartig werden sozialpsychologische Wurzeln dessen, was v. Plato als »das politische Modell sozialdemokratischer Hegemonie« (II,356) bezeichnet, sichtbar, ergänzt insbesondere durch die interessanten Beiträge von Zimmermann über Bergarbeiterinteressenvertretung im nördlichen Ruhrgebiet (II, 277ff.) und Herbert über die Wandlungen in der Krupparbeiterschaft vom »'Kruppianer' zum Arbeitnehmer« (II,233ff.).

Die selbstaufgelegte Beweisnot des Projekts wird auch in der mitunter holzhammerartigen Auseinandersetzung mit der vorliegenden Forschung zu den Themen deutlich. So kanzelt Parisius in seinem Beitrag »Arbeiter zwischen Resignation und Integration« (II,107ff.) die Soziologie der 50er Jahre, vor allem Bahrnt und Jantke, regelrecht ab. Sein gegen Bahrnt gerichteter Einwand, hier sei von einer »aus politischen Großereignissen abgeleiteten kollektiven Leidensgeschichte der Arbeiterschaft auf individuelle Resignation« (II,110) der Arbeiter in den 50er Jahren geschlossen worden, mag partiell durchaus berechtigt sein, aber mit einigen Gesprächen zu einer globalen Gegenthese zu kommen, in der etwa das Bedürfnis nach Ruhe als Widerstand gegen die zerstörende Gewalt der kapitalistischen Produktionsweise (mit Bezug auf Brückner; II,121) erscheint, läßt m.E. zumindest die Reflexion der Grenzen und »Ergänzungsbedürftigkeit« (I,8) von Oral history vermissen. Entfällt diese, liegt die Gefahr nahe, den Befragten ihre Erzählungen als Tatsachen zu »glauben«. Im zweiten Projektbeitrag über Nachbarschaftsbeziehungen (I,297ff.) geht Parisius differenzierter mit der vorliegenden Literatur um. Er wendet sich zu Recht einerseits gegen eine Mythologisierung von Nachbarschaft (Stichwort Eisenheim) und andererseits gegen die These von ihrer Auflösung in den 50er Jahren (I,318f.).

Durchgängig interessant sind die Beiträge zu Frauenthemen, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann: Schmidt schildert den kriegsbedingten Einzug von Frauen in die Büros der Thyssen-AG (I,133ff.) und deren Arbeitsverhältnisse nach dem Zweiten Weltkrieg (II,191ff.), Einfeldt die weiblichen Arbeitserfahrungen in der Bergarbeiterkolonie vor und während des Kriegs (I,267ff.) sowie in den 50er Jahren: »Zwischen alten Werten und neuen Chancen« (II,149ff.). Auch hier gewinnt man den Eindruck, daß die Möglichkeiten von Oral history jedenfalls eher auf dem Gebiet der Sozial- als auf dem der Politikgeschichte liegen, denn man erhält in diesen Beiträgen zu Frauenfragen teilweise Einblicke in Lebensverhältnisse, die derart subjektiv konkret sonst in der Literatur nicht zu finden sind.

Dies gilt in dieser Form nicht für Themen, die lange »verdrängt« worden sind wie die Fremdarbeiterproblematik. Herbert stellt in »Apartheid nebenan« (I,233ff.) fest, wie auffällig »stereotyp die Beschreibungen sind«, die meist »um eine bestimmte gute Tat (kreisen), die das eigene positive Verhalten sinnfällig macht« (I,249). Hier dient Oral history zur — gleichwohl interessanten — Dokumentation der legitimatorischen Bewältigung von Vergangenheit. Von Herbert stammt auch ein lesenswerter methodologischer Beitrag: »Die guten und die schlechten Zeiten. Überlegungen zur diachronen Analyse lebensgeschichtlicher Interviews« (I,67ff.), in dem als Ergebnis einer biographischen Strukturierung festgehalten wird: »Die erzählerischen Brüche werden durchweg eher

durch lebensgeschichtliche Einschnitte markiert und offenbar nicht durch politische Daten« (I,84). Dabei falle das Schweigen (verglichen mit Krieg und unmittelbarer Nachkriegszeit) über die 30er und 50er Jahre auf (I,91), die offenbar gleichermaßen als Zeiten der Ruhe erlebt wurden (vgl. dazu auch die volkskundliche Habilitationsschrift von A. Lehmann: *Erzählstruktur und Lebenslauf*, Frankfurt/New York 1983).

Der sozialdemokratische Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, meinte in seiner Beprechung für den Spiegel (Nr. 46/1983, 118-122), es sei »nichts prinzipiell Neues, was sich aus den Interviews und Berichten« ergebe, »nichts, was wir nicht im Sinne historischen Wissens und des intellektuellen Erinnerungsvermögens eines Volkes gewußt hätten. Desto mehr wird uns an Erfahrung vermittelt.« Wahrscheinlich wird diese Begrenzung der Bedeutung des Projekts nicht völlig gerecht. Auf jeden Fall hat die Diskussion darum, ob Oral history »ergänzungsbedürftig« (I,8) durch andere Forschungen sei oder selbst als Ergänzung der »eigentlichen« Geschichtswissenschaft anzusehen ist, mit den beiden vorliegenden Bänden eine materialreiche Basis.

Axel Schildt (Hamburg)

Mittag, Detlef R., und Detlef Schade (Hrsg.): Die amerikanische Kaltwelle. Geschichten vom Überleben in der Nachkriegszeit. Verlag Das Arsenal, Berlin/West 1983 (256 S., br., 24,80 DM)

Schröder, Michael (Hrsg.): Auf geht's: Rama Dama! Frauen und Männer aus der Arbeiterbewegung berichten über Wiederaufbau und Neubeginn 1945 bis 1949. Bund-Verlag, Köln 1984 (240 S., br., 18,- DM)

Plato, Alexander von: »Der Verlierer geht nicht leer aus.« Betriebsräte geben zu Protokoll. Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 1984 (224 S., br., 14,80 DM)

Mittag/Schade haben elf Frauen und fünf Männer interviewt, die 1945 zwischen 14 und 45 Jahre alt waren. Deutlich wird die methodische wie formale Anlehnung an den 1979 im gleichen Verlag erschienenen Band von Jochen Köhler »Klettern in der Großstadt. Geschichten vom Überleben 1933-1945«. Ohne Köhlers Ansatz zu diskutieren, dem es vornehmlich um die Erzählungen, die Geschichten gegangen ist, benutzen Mittag/Schade analog nicht die originalen Texte der Interviews, sondern erzählen sie nach. Ebenfalls werden die Interviews nicht als ganze präsentiert, sondern in Segmente zergliedert und um Themen wie »Ein Krieg geht zu Ende«, »Unterwegs«, »Die neuen Herren« gruppiert.

Diese Darstellungsform setzt voraus, die Texte der Interviews kritisch zu reflektieren und bewußt in neue Zusammenhänge zu stellen, um damit Brüche, Widersprüche und Erfahrungsdimensionen hinter den gesprochenen Worten sichtbar werden zu lassen. Was allerdings in dem Band von Mittag/Schade zum Ausdruck kommt, sind eben jene Stereotypen und Wiederaufbaumythen, die zu problematisieren sich die beiden Herausgeber vorgenommen hatten. Neben dem Elend des Alltags, dem beengten Wohnen, Schlangestehen, Hamstern, Schwarzmarkt und Kohlenklau erfährt der Leser zwar auch von den vielfältigen und pfiffigen Überlebensstrategien dieser Zeit. Der Wertkontext, in den die Interviewpartner/innen ihre Erfahrungen stellen, führt jedoch wieder zu Aussagen, daß Not erfinderisch mache und die Menschen zusammenschweiße. Schlicht ärgerlich sind die das gesamte Buch durchziehenden Geschichten von den plündernden, marodierenden Russen, die zum Teil nur auf dem Hörensagen beruhen. Demgegenüber erschienen die Westalliierten großzügig, mit »herrlich gepflegten Lastwagen« (101), blitzenden Uniformen und »straff sitzenden Hosen« (101).

Es kann nicht darum gehen, diese Erinnerungen als »falsches Bewußtsein« zu bekmessern, weil sie in der Tat Erfahrungen jener schweigenden Mehrheit widerspiegeln, die den 8. Mai eher als Niederlage oder Zusammenbruch denn als Befreiung erlebt hat. Indem Mittag/Schade diese Texte bloß dokumentieren und nicht wirklich neu zusammen-

setzen, brechen sie die Alltagsborniertheit dieser Geschichten nicht auf, bestätigen sie die implizierten Vorurteile, tradierten Bewertungsmuster aufs Neue. Ihre Collage reduziert sich auf einen affirmativen Flickenteppich.

Ihren theoretischen Ansatz, »große Politik« vom Alltagsleben, von subjektiv erlebter Wirklichkeit trennen zu können, wie sie im Vorwort schreiben, und damit die vielschichtigen, komplexen, aber letztlich relevanten Interdependenzen auszubilden, teilt auch Michael Schröder. So sei die Vorgeschichte der Bundesrepublik von der »Auswertung der offengelegten Quellen«, was immer Schröder darunter verstehen mag, »ausreichend beleuchtet« (7). Die andere Seite, »das Denken und Handeln der Frauen und Männer, die als Parteifunktionäre, Gewerkschafter oder Kommunalpolitiker einen wesentlichen Teil der materiellen und politischen Wiederaufbauarbeit leisteten« (7) bliebe dagegen bislang weitgehend im Dunkeln. Für Schröder besteht also die Aufgabe einer »Geschichte von unten nach 1945« darin, die Wiederaufbauleistungen jener zu würdigen, die scheinbar in Vergessenheit geraten sind. Die Fragen, was wiederaufgebaut und warum es so wiederaufgebaut wurde, stehen für ihn nicht zur Disposition.

Dementsprechend berichten in den 14 Texten Funktionäre aus SPD, Gewerkschaft, Krankenversicherung, Konsumgenossenschaft etc., wie nach dem Krieg unter Mangel an Büromaterial, fehlenden Kommunikationsmöglichkeiten, in zähen Verhandlungen mit der Besatzungsmacht und dennoch mit viel Optimismus, Aufbauwillen und Elan jene Organisationen der Arbeiterbewegung rekonstruiert worden sind, ohne deren Mitarbeit und integrative Kraft die Entwicklung der Bundesrepublik nicht denkbar gewesen ist — eine Leistung, auf die die Akteure und der Herausgeber stolz sind. Die inhaltlich-politische Bestimmung der eigenen gewerkschaftlichen, kommunalen etc. Arbeit steht dabei nicht im Vordergrund, sondern der organisatorische Aufbau als solcher. Der Blick nach vorn, das »Auf geht's: Rama dama!« verdrängt die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Was Schröder positiv dokumentieren will, bildet in Wirklichkeit jene hohle Aufbruchstimmung und den Nullpunkt-Mythos ab, die durch die strikte Orientierung auf die Zukunft die Verstrickung mit dem Gewesenen vergessen machen sollen.

Mit ganz anderen Fragen und Kriterien untersucht Alexander von Plato Interviews mit Betriebsräten aus dem Ruhrgebiet. Will man der Frage nach der »Tiefe« und Bedeutung der »großen Politik« für die Arbeiterinnen und Arbeiter vor Ort nachgehen, genügt für ihn die Analyse der Erfahrungen nicht. Geschichte kann nicht auf Erfahrungsgeschichte reduziert werden, sondern erst in der Verknüpfung mit organisations-, politik- und sozialgeschichtlichen Untersuchungen werden Aussagen über die politische und gesellschaftliche Entwicklung der Nachkriegszeit und ihrer Entsprechung in den Köpfen der Arbeiter und ihrer Funktionäre möglich. v. Platos Buch setzt daher folgerichtig nicht 1945 ein, sondern begreift den Faschismus als Vor-Erfahrung zur Nachkriegszeit.

v. Plato stellt in kurzen Auszügen 25 Lebensgeschichten vor und interpretiert die in ihnen enthaltenen impliziten wie expliziten Erfahrungen. Dabei wird deutlich, wie tiefgreifend der Nationalsozialismus die traditionellen politischen Lager und Milieus aufgerieben hat. Während die »Alten« durch die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, Anpassungsdruck und Angst vor Bespitzelung mehr und mehr individualisiert worden sind, nutzen die »Jungen« die Identifikationsangebote des NS-Staates. Die Aufstiegsmöglichkeiten in den NS-Organisationen wecken ein Leistungsbewußtsein, das sich nicht mehr mit dem Arbeitsstolz der Alten deckt, sondern gesamtgesellschaftliche Anerkennung sucht. Persönliches Fortkommen und Dienst an der Nation scheinen kongruent zu sein.

Findet jeglicher Idealismus durch Krieg und Zusammenbruch des Dritten Reiches ein jähes Ende, so bildet der übriggebliebene individuelle Pragmatismus eine durchaus effiziente Möglichkeit, mit der Notsituation der Nachkriegszeit fertigzuwerden. Es entste-

hen neue Loyalitäten zwischen Arbeitern und ihren Funktionären, die sich auf die Garantie individuellen Wohlstands gründen. An die Stelle der alten Milieuparteien KPD und Zentrum tritt nun die Sozialdemokratie, die eine konkrete materielle Verbesserung der persönlichen Lebenssituation verspricht — und über lange Zeit aufgrund der anhaltenden Wachstumskonjunktur der Bundesrepublik einlösen kann.

Michael Wildt (Hamburg)

Kuby, Erich: Das Ende des Schreckens. Januar bis Mai 1945. Ernst Kabel Verlag, Hamburg 1984 (255 S., Ln., 25,- DM)

Das Buch ist schon 1955 erschienen, die jetzige Ausgabe ein unveränderter Neudruck. Von einem aktuellen und dem damaligen Vorwort abgesehen, enthält es unkommentiert Zeitungsmeldungen, Militärberichte, Erinnerungen usw. aus den letzten fünf Kriegsmonaten in Deutschland.

Entstanden ist diese Dokumentensammlung aus einer Serie der Süddeutschen Zeitung, bei der Kuby 1955 Redakteur war. Der Titel damals war: »Der Sturz ins Dunkel« — »eine hernach fürs Buch korrigierte Formulierung, von der ich nicht mehr begreife, wie sie überhaupt gedacht und benützt werden konnte«, so Erich Kuby heute (6). Sowohl die Zeitungsserie als auch das Buch erregten »beim lesenden Publikum ungemein lebhaftes Interesse« (7). Kuby erklärt dies vor allem dadurch, »daß auf jede pädagogische Belehrung verzichtet wurde ... Nach den Jahren der 'Umerziehung' ... hatter Leute endgültig satt, darüber belehrt zu werden, was die Sieger ... für gut und richtig hielten und was für verwerflich.« (7)

Dennoch verfolgte Kuby mit dem Buch eine pädagogische Absicht. Er hoffte, »das Publikum sei fähig, dank dieser drastischen Begegnung mit seiner Vergangenheit etwas Selbsterkenntnis bezüglich seiner eigenen Rolle zu gewinnen« (8). Hatte er damals schon Zweifel an den Erfolgsaussichten dieses Unterfangens, sind heute für Kuby »die Zweifel ... in einem historisch gesehen doch wohl beispiellosen Lehrgang der Gewißheit gewichen, daß dieses Volk ... unbelehrbar ist« (8). Warum dann aber die Neuauflage? Der »ideale Leser dieses Nachdrucks« (12) soll Parallelen erkennen zwischen damals und heute. Kuby sieht ein Beispiel dafür, wenn 1945 Hunger mit »Essensschwierigkeiten« umschrieben wird wie heute Aufrüstung als »Nachrüstung« verkauft wird.

Nach Kubys Kriterien bin ich nicht der »ideale Leser« des Buches. Mag es Parallelen geben, so werden sie in der Dokumentensammlung nicht deutlich; sie sind Stecknadeln in einem Heuhaufen interessanter Texte, die aber doch nur den Eindruck von Vergangenen wecken. Mir erscheint der Neudruck aus einem anderen Grunde sinnvoll. Er hat mir mehr über die Mitte der fünfziger Jahre gesagt als über das Kriegsende. Angefangen mit dem Titel der Zeitungsserie »Der Sturz ins Dunkel« wird die Hilflosigkeit und Einseitigkeit des damaligen Antifaschismus, auch des von Erich Kuby, deutlich. Wie würde Erich Kuby heute gegen einen Satz wie den folgenden polemisieren: »Die verschiedenen politischen und geistigen Mächte versuchen, uns in neue Wahnideen zu verstricken.« (17) 1955 schrieb ihn Kuby selber im Vorwort des Buches.

In der Dokumentensammlung taucht nur der bürgerliche Widerstand gegen die Nazi-Diktatur auf. Der Versuch der Arbeiterbewegung von Penzberg/Oberbayern, sich selbst von den Nazis zu befreien, erscheint als einzige Ausnahme davon derart verkürzt, daß der uninformierte Leser damit nichts anfangen kann. — Mein Fazit: Wer sich über den Alltag des Durchschnittsbürgers in den letzten Kriegsmonaten oder über die Versuche zur »Bewältigung« des Faschismus in den fünfziger Jahren informieren möchte, dem sei dieses Buch empfohlen.

Bernd Rother (Braunschweig)

Soziale Bewegungen und Politik

Deppe, Frank: Ende oder Zukunft der Arbeiterbewegung? Gewerkschaftspolitik nach der Wende. Eine kritische Bestandsaufnahme. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1984 (314 S., kt., 14,80 DM)

Statt sein Buch »Autonomie und Integration« in zweiter Auflage verlegen zu lassen (1979; vgl. meine Rezension in *Argument* 125), hat Deppe sich zu einer neuen »Bestandsaufnahme« entschlossen, denn zu viel hat sich inzwischen verändert, darunter auch manches am Theorieansatz des Autors. Das Buch beginnt mit einer Darstellung der konservativen »Wende« in Westdeutschland und ihrer Folgen für die Arbeiterbewegung; es folgt eine »politische Krisengeschichte des 20. Jahrhunderts«, in der die Entfesselung des Ersten Weltkriegs und Hitlers Machtergreifung als vergleichbare »Wenden« untersucht werden; dann wird analysiert, inwiefern Strukturveränderungen der Arbeit und der Arbeiterklasse die Bedingungen von Arbeiterpolitik verändern; zum Schluß geht es um die »Aktualität des Utopie-Problems«. Der Autor betont, daß er nicht »eindeutige oder gar verbindliche Antworten« geben, sondern »zahlreiche neue Fragen aufwerfen« will (23f.). Es ist ihm gelungen, eine Reihe wichtiger Probleme im Zusammenhang darzustellen und allein dadurch schon einer Lösung näherzubringen.

Dabei sind einige Schwächen des früheren Buches von vornherein vermieden. Während Deppe die Politik der Gewerkschaften dort in überwiegend *subjektivistischen Kategorien* (»integrationistischer Flügel«) abgebildet und deshalb die Integrationsgefahr unterschätzt hatte, der auch unbestochene Arbeiter ausgesetzt sind, wenn sie sich zwecks Interessenvertretung »in den politischen Raum begeben« — man entgeht ihr sicherlich nur, wenn man die Existenz gewisser *objektiver institutioneller Mechanismen* bemerkt und in Rechnung stellt —, läßt er sich nunmehr auf die Kategorien der Korporatismus-Debatte ein, in der diese Mechanismen erörtert werden. Er greift z.B. die Terminologie Schmitters auf, wenn er schreibt, die IG Bergbau habe ein Stück Autonomieverlust im Tausch gegen vom Kapital und vom Staat gegebene Organisationsgarantien hingenommen (187). Während in dem früheren Buch trotz des Autonomie-Titels argumentiert wurde, die Gewerkschaften hätten nun mal, im Unterschied zu den Parteien, eine beschränkte, hauptsächlich auf Fragen der sozialen Absicherung bezogene politische Kompetenz, ist es jetzt geradezu zum Hauptanliegen des Autors geworden, diese Selbstentmündigung zu bekämpfen (47, 79f., 203f.); er kann sich dabei auf Marx stützen (MEW 16, 152; vgl. 79). Diese Korrektur hat zur Folge, daß die Gewerkschaftsanalyse dahin tendiert, allgemeine politische Krisen-Einschätzung zu sein, wobei Kategorien Gramscis eine große Rolle spielen (vgl. 99). Deshalb begnügt sich Deppe z.B. nicht damit, die »geistig-moralische Wende« Kohls zu diagnostizieren, sondern er fordert die Arbeiterbewegung auf, ihr eine Wende auf derselben Ebene entgegenzusetzen — etwa der Opferpropaganda für den Aufschwung des Kapitals den »ganz anderen Typ von Opferbereitschaft ... für eine bessere, friedliche und humane Welt« (104). Außerdem sucht er in allen Teilen des Buches aus Gramscis »Ökonomismus«-Kritik methodologische Konsequenzen zu ziehen.

Deppe geht davon aus, daß die »Wende« epochalen Charakter hat, weil sie sich vor dem Hintergrund des Übergangs zwischen zwei »langen Wellen« der kapitalistischen Akkumulationsgeschichte abspielt; hier steht so oder so die Umstrukturierung des gesamten Feldes der sozialen und politischen Beziehungen zur Debatte (16, 109). Besonders streicht Deppe die veränderten Arbeitsbedingungen (Automation, Arbeit am Bildschirm usw.) sowie die Umschichtung der Arbeiterkategorien heraus, in der traditionelle Berufe, die bisher das Bild des »Proletariers« geprägt haben, ihre Bedeutung immer mehr einbüßen. Die wichtigste politische Schlußfolgerung ist, daß »eine Arbeiterpartei«, die diesem traditionellen Bild verhaftet bleibt, »in der Gefahr (steht), selbst als politische

Organisation in jenen Schrumpfungsprozess einbezogen zu werden« (193). Positiv gewendet: in den Klassenkampf müsse künftig die *Erfahrung neuer Arbeiterabteilungen* einbezogen werden, etwa mit neuen Techniken oder mit den Bedingungen und Folgen staatlicher Eingriffe. (Der Autor subsumiert die lohnabhängigen Mittelschichten und darunter die Staatsagenten unter den Begriff der Arbeiterklasse.) So weit wie Buciglucksmann/Therborn will Deppe indes nicht gehen: die hatten jede Form von etatistischer und keynesianischer Arbeiterpolitik als Überbau der vergangenen Klassenkampf-Epoche verworfen (vgl. 215f.). Deppe will hingegen eine Übergangs-Regelung für die Empfänger von Staatseinkommen sehen, bevor er dem Abschied vom Keynesianismus zustimmt (219), und der fundamentalökologischen Kritik am Staatszentrismus hält er entgegen, sie ziele bloß auf die Wiederherstellung einfacher Warenproduktion (217). (Dennoch setzt er parteipolitisch am meisten auf die Grünen, vgl. 47ff.) Seine Haltung zur Zentralismus-Frage ist zweideutig. Einerseits fordert er eine »Perspektive der Entstaatlichung«, in der sofort »auch neue Freiräume — nicht staatlich kontrollierter — autonomer, ökonomischer, sozialer und kultureller Reproduktion zu konzipieren« wären, »ohne dabei Illusionen über die Klassenschranken anheimzufallen, die in diesem Kampf zu brechen sind« (223), und es ist erkennbar (auch in seinem — unerträglich diplomatischen — Exkurs über den Realsozialismus, vgl. bes. 296f.), daß er sich den Übergang zwischen dem bürgerlich-zentralistischen Staat und dem System der gesellschaftlichen »Selbstverwaltung« nicht dadurch vermittelt denkt, daß in ihm noch mehr Staat eingerichtet wird (vgl. 222). Andererseits verteidigt er den Zentralismus der Gewerkschaften, deren vielfache Bindung an das vergangene Akkumulationsmodell er sonst schonungslos aufdeckt, ausgerechnet mit dem Argument, er biete eine Chance, die auseinanderstrebenden Erfahrungen der neuen Arbeiterabteilungen zu vereinheitlichen (203). Über die *Verwechslung von Zentralismus und Einheit* wird noch viel zu streiten sein.

Bei der Frage, wie jene Gegen-Wende einer neu zusammengesetzten Arbeiterklasse erreicht werden könne, zieht Deppe die »Krisengeschichte des 20. Jahrhunderts« zu Rate. Er meint, immer wieder folgenden Ablauf beobachten zu können: epochale Krise; die Arbeiterbewegung gerät zunächst in die Defensive, auch weil ihre bisherigen Orientierungen nicht mehr stimmen; dann lebt sie trotz Krise auf und drängt zur politischen Entscheidung; daraufhin beendet die herrschende Klasse das demokratische Spiel, beschäftigt die Massen stattdessen mit Rechtspopulismus; nach einer Übergangszeit ernüchtern sich diese und die herrschende Klasse erleidet eine Niederlage. Läßt man sich auf diese Sicht ein, so überrascht dennoch Deppes Schlußfolgerung; die »Wende« Kohls vergleicht er mit jenen Wenden (1914, 1933), die zur Beseitigung der Demokratie führten — er meint, ihr autoritär-gewaltmäßiger Hintersinn trete nur deshalb noch nicht in Erscheinung, weil bisher auch so noch alles im Sinn der Herrschenden laufe (31ff., 77, 111, 158f.) —, so daß die erhoffte Gegen-Wende in der Perspektive folgender historischer Erinnerungen gesehen werden müßte: nach 1914 habe die Arbeiterbewegung nur wenige Jahre zur Gegen-Wende gebraucht, nach 1933 aber über ein Jahrzehnt (141), und: in der Gegen-Wende seien dann immer auch Vorstellungen vormaliger linker Minderheiten der Arbeiterbewegung verwirklicht worden (159). Ich frage mich hier mit einem gewissen Grauen, von welchen historischen Umständen Deppe die Verwirklichung *seiner* Vorstellungen erwartet. Man kann aus seinen Prämissen auch eine andere Schlußfolgerung ziehen: die, daß wir uns derzeit in der zweiten obigen Etappe befinden, nicht in der vierten; daß eine Wende à la 1933 sich noch keineswegs abzeichnet, weil bisher ihre Voraussetzung fehlt, der Aufschwung des politischen Arbeiterkampfs. In diesem Fall ginge es nicht um die Frage, was nach dem Abwirtschaften der »Wende« geschieht, sondern darum, wie die Arbeiterbewegung durch die Art und Weise ihrer Offensive den zu erwartenden Gegenschlag der herrschenden Klasse präventiv verhindert bzw. in ungefährlichen Grenzen hält. (Im Dritten Weltkrieg ist es zu spät.)

Ferner will Deppe die Arbeiterbewegung dazu ermutigen, wieder »utopisch« zu denken, d.h. zusätzlich zur Bewältigung der Tagesaufgaben auf das längerfristige Ziel des Sozialismus zu orientieren. Die Erörterung von »Utopie« leidet aber daran, trotz vieler interessanter Einzelüberlegungen, daß sie den Zirkel nicht sprengt, in dem sich seinerzeit der Revisionist Bernstein und seine Kritiker bewegten: ist die »Bewegung alles« oder geht es um die »richtige Dialektik« von Bewegung und »Endziel« (vgl. 254ff.)? Man sollte lieber die Voraussetzung beider Positionen kritisieren, nämlich das Denken in Kategorien aristotelisch-abgeschlossener Bewegung. Statt »Ziele« zu fordern und zugleich umständlich zu beteuern, daß man sie zwar nennen, aber keineswegs ausmalen wolle, sollte man nach *Beschleunigungsmöglichkeiten* für die Bewegung fragen und weder »kurzfristige« noch »langfristige«, weder »minimale« noch »maximale« Forderungen aufstellen, sondern *Übergangsforderungen*. Der Versuch, eine anspruchsvolle Aufgabe schon sofort in Angriff zu nehmen, erfordert nämlich nicht nur die Perspektive mehrerer, ja vieler Schritte, sondern immer auch schon einen *sehr schmerzhaften ersten Schritt*, den zu entdecken bereits die ganze politische Kunst erfordert, die nur irgend aufgebracht werden könnte. Auch Deppe sollte eher auf diese Entdeckung orientieren als z.B. auf die »Utopie« eines weiteren sozialistischen Geländegewinns nach der Niederlage des nächsten Faschismus. (Das beste Modell für »Übergangsforderungen« ist immer noch im Kommunistischen Manifest enthalten.)

Deppes Buch ist ein interessanter Versuch, ökonomische Analyse des Klassenkampfes durch politische dadurch zu ergänzen, daß man so etwas wie ein politisches Entwicklungsgesetz formuliert, ein Gesetz der Reaktion der Klassen auf das jeweilige ökonomische Krisenstadium und dann der Reaktion der jeweils anderen Klassen auf die Reaktion. Aber man muß noch mehr tun. Was ich vor allem vermisse, ist ein Eingehen auf die Eigendynamik von Integration qua Parteiensystemen. Eine Reihe von Unklarheiten in Deppes Text dürfte auf diesen Mangel zurückführbar sein, so die Verwendung des Begriffs der »Blöcke« (z.B. werden Weimarer KPD und SPD unter den Begriff »Arbeiterblock« subsumiert [128], als hätte der Umstand, daß die SPD sich vielmehr mit Zentrum, DDP usw. zusammengetan hat, keinen tieferen Sinn), die etwas panische Rechtsputsch-Erwartung (ein Blick auf den Zusammenhang von Korporatismus und Parteidimension sowie auf andere Länder — Schweden — könnte zeigen, daß selbst in schwersten Krisen noch ganz andere Lösungen möglich sind als diejenige Hitlers; daher hätte Deppe unbedingt z.B. das Glotz-Konzept der »antagonistischen Kooperation« von Arbeit und Kapital analysieren müssen) und die Vorstellung, Gewerkschaften, die das allgemeine politische Mandat beanspruchen, könnten dann doch nur eine außerparlamentarische Bewegung bilden (83f., 215) (Deppe geht seinem eigenen brisanten Hinweis nicht nach, daß es *im Parlament* eine implizite Gewerkschafter-Fraktion gibt, die jedoch nach Parteienmitgliedschaften gespalten ist [81]). In diesem Zusammenhang kann ich nicht anders, als einen Seitenblick auf Deppes Haug-Kritik in »Marxismus. Ideologie. Politik«, der Sammelpublikation über die »Krise des 'Arguments'«, zu werfen. Es heißt dort, zweifellos sei Haugs Versuch »hilfreich«, politische Analyse mit Begriffen wie Dispositiv, Artikulation usw. zu betreiben, »ähnlich wie z.B. das AGIL-Schema von Talcott Parsons«, aber als marxistisch könne er nicht angesehen werden, da er »nach der Vermittlung von Ökonomie, Klassenverhältnissen und Politik überhaupt nicht fragt«; er sei »nicht aus der Analyse der gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen des Kapitalismus ... abgeleitet«. Daß Parsons, Foucault, Laclau hier, wie graue Katzen in der Nacht, als das Gleiche gelten, ist nur konsequent, wenn man sieht, daß in *Deppes* politischer Analyse *überhaupt keine* synchronen politischen Strukturen und sie untersuchende Theoretiker vorkommen. Der Beginn mit ökonomischer Analyse hat Deppe vor dieser Lücke nicht bewahrt. Und ich sehe auch nicht, weshalb sie es hätte tun sollen. Warum will der Autor nicht akzeptieren, daß es verschiedene Analysen mit verschiedenen Ein-

seitigkeiten gibt, die sich jedoch gegenseitig ergänzen, wenn man nicht gerade (immer auch zum eigenen Schaden) künstliche Gräben zwischen ihnen aufreißt? Die Vorstellung, man dürfe erst über Politik reden, wenn man selbst(!) zunächst die Ökonomie analysiert habe, ist nach meiner Erfahrung geradezu eine Falle. Dieses Verbot von Arbeitsteilung führt dazu, daß für die politische Analyse niemals genügend »Zeit« übrigbleibt; es gibt Kräfte in gewissen Traditionsparteien, denen das in den Kram paßt. Könnte nicht auch vom aristotelischen Zwangs-Kontinuum der »Ableitung« gelten, daß er zu den Erscheinungsformen der vergangenen Klassenkampf-Epoche gehört und daß man sich von ihm emanzipieren muß, um nicht in »Schrumpfungsprozesse« hineingerissen zu werden?

Michael Jäger (Berlin/West)

Fetscher, Iring (Hrsg.): Neokonservative und »Neue Rechte«. Der Angriff gegen Sozialstaat und liberale Demokratie in den Vereinigten Staaten, Westeuropa und der Bundesrepublik. Verlag C.H. Beck, München 1983 (268 S., br., 29,50 DM)

Die Autoren zeigen in überwiegend ideengeschichtlichen Beiträgen erstmalig internationale Zusammenhänge und innere Differenzierung des modernisierten Konservatismus der 70er und 80er Jahre. *Nigel Ashford* kristallisiert aus einem breiten Feld neokonservativer Denkrichtungen in den USA folgende *neuen Züge* heraus: die Konservativen sind nicht mehr prinzipiell gegen den Wohlfahrtsstaat eingestellt, sondern verarbeiten das Scheitern des Versuchs, Lyndon Johnsons »Great Society« ohne Elend und Armut mit staatlichen Mitteln herzustellen; sie berufen sich auf den Liberalismus, während sie ihn früher bekämpften; »sie mögen den Kapitalismus, aber nicht die Kapitalisten« (55), zeigen gar Sympathie für Gewerkschaften und Arbeiterbewegung — soweit sie die Grenzen des Systems nicht anrühren; sie befürworten ethnischen und kulturellen Pluralismus; sie setzen gegen den alt-konservativen Isolationismus einen US-imperialistischen »Internationalismus«. Man darf, so wird deutlich, den intellektuellen Neokonservatismus eines Kristol, Bell, Podhoretz oder Moynihan nicht mit dem »Reaganismus« als umfassenderer politisch-ideologischer Formation verwechseln. In ihr koexistiert der Neokonservatismus mit dem Populismus und mit dem religiösen Fundamentalismus der Neuen Rechten (z.B. Moral Majority), den der Konservatismus bekämpft (vgl. 59ff.).

Patrick Moreau analysiert, wie die Neue Rechte in Frankreich und Deutschland den »Ethnopluralismus« mit Biopolitik und mit einer neuen Version von Eugenik verbindet und ihn so rassistisch und apartheidlich wendet. In *Marieluise Christadlers* Aufsatz über die Nouvelle Droite wird klar, wie wichtig für die Rechte eine Strategie intellektueller Hegemoniegewinnung im Gegenzug zur 68er-Bewegung war: eine bewußte Hinwendung zu Theorie und Ideenpolitik, die Bildung von »Denkschulen«, und »exemplarischen Gegengesellschaften« wie GRECE und »Club d'Horloge«, der Aufbau eines Publikationsnetzes mit Auflagen zwischen 7-8000 (*Elementis*) und 9-12000 Exemplaren (*Nouvelle Ecole*), Ausschichten von Autoren der Linken (vgl. dazu die Besprechung von »Pour un Gramscisme de droite« in diesem Heft).

Richard Saages Beitrag erschien in einer ersten Fassung in seinem Buch »Rückkehr zum starken Staat?« (vgl. die Besprechung in *Argument* 145, 494ff.). Er untersucht neokonservatives Denken in den Dimensionen: Moralpolitik, Freund-Feind-Denken in der Politik und »Unregierbarkeit« des Sozialstaats. Die materialreiche Analyse läuft auf folgende These hinaus: das »Dilemma des Konservatismus«, daß er auf dem Boden der Aufklärung gegen die Resultate der Aufklärung argumentiert (Greiffenhagen), wird jetzt durch seine Hinwendung zu unbegründbaren Normen und illiberaler Politik »gelöst«. Saage kritisiert den Neokonservatismus vom Standpunkt der liberalen Aufklärung (Kant) und des »demokratischen Sozialismus«. Von daher kann er moralischen und politischen Dezisionismus und den Bruch mit dem parlamentarisch-demokratischen Nachkriegskonsens nachweisen. Zu Recht warnt Saage davor, daß sich rechtsradikale und

rechtspopulistische Potentiale bei Zuspitzung der Krisen mit dem Neokonservatismus verbinden und deren autoritäre Lösung anstreben könnten (116). Seine Kritik zeigt, wie man gegen die neuen Konservativen argumentieren kann, weniger jedoch, wodurch ihre Ideen Verbreitung und politische Wirksamkeit erlangen können.

Ein Beispiel dafür: Saage referiert die Vertreter des älteren »technokratischen Konservatismus« (Greiffenhagen), die »auf die Festigung bestehender sozioökonomischer Machtstrukturen durch den technischen Fortschritt setzten« (71) (z.B. Gehlen, Schelsky). Sie machen angesichts der Neuen Linken und der ökologischen Kritik einen »Paradigmawechsel« durch. Jetzt sehen sie Legitimation des Bestehenden und »wissenschaftliche Zivilisation«, »Orientierungs- und Arbeitswissen« (Schelsky) krisenhaft auseinandertreten. Während sie die angebliche »Priesterherrschaft« der Linksintellektuellen heftig attackieren (Schelsky), halten sie für sich fest, daß die »Herrschaft durch Sinnproduktion« der »Herrschaft durch die materiellen Produktionsmittel ... strukturell überlegen« sei (Schelsky, zit. 72). Schelsky kritisiert die Linke wegen »Sinn-Überbietung« der bis dahin besten aller Welten, und Hermann Lübke propagiert den »Imperativ, daß 'bis zum Beweis des Gegenteils in die Vernünftigkeit gegebener Zustände und geltender Normen zu vertrauen'« sei. Saage deutet dies als Immunisierung des *status quo* durch hergebrachte moralische Werte (73). Das von Saage ausgebreitete Material zeigt aber, daß die Konservativen eine weiterreichende strategische Schwerpunktsetzung im Sinn haben. Sie setzen jetzt auf die »vielerlei Institutionen ..., vor allem die der Information und Meinungsbildung, der Erziehung und Ausbildung, also der 'Kultur' im Sinne ihrer Definition als Zweckfreiheit und sozialer Unproduktivität, alle moralische Handlungsnormen vermittelnden Einrichtungen wie Familie, Kirche, Schule und Hochschule, Gesinnungsverbände usw.« (zit. Schelsky, 72). »Zweckfreiheit« und »Unproduktivität« scheint diese Institutionen besonders dafür geeignet zu machen, die Widersprüche des Reichs kapitalistischer Zwecke und Produktivität, selbst diesen enthoben, zu regulieren. Diese auf die »sinnproduzierenden« Institutionen bezogene Strategie bildet den Rahmen, in dem die konservativen Ideen erst zum Tragen kommen. Sie sind auch die Stätten der Umarbeitung von Werten. Saage neigt dazu, den Neokonservativen nachzuweisen, daß ihre Ideen in der einen oder anderen Form schon einmal da waren (Stichwort »traditionale Moral«). Was nützt jedoch der Nachweis, wo doch Konkurrenzindividualismus, Selbsthilfe, Weiblichkeit, Bürokratiekritik usw. heute in einer historisch spezifischen Frontstellung, nämlich aufgrund der Erfahrungen der 70er Jahre, gegen Links ins Feld geführt werden und in diesem Kontext auch spezifische Bedeutung und Funktion annehmen? — Saage sieht, um ein zweites Beispiel zu nennen, in der Kampagne »Mut zur Erziehung« vorwiegend das Streben nach »vorliberalen und vordemokratischen Stabilitätsmustern« (78). Die neuen Konservativen nutzten hier aber zugleich die Fehler einer Reform von oben geschickt aus und sprachen einer verunsicherten Eltern- und Lehrerschaft »Mut zu«. Die Analyse neokonservativer Ideologie müßte ergänzt werden durch eine Untersuchung des *Projekts der Rechten*: der Strategie eines weiträumigen Umbaus der gesellschaftlichen Instanzen und ihrer Dominanzverhältnisse.

Fetschers Beitrag stellt einen Zusammenschritt zweier *Merkur*-Artikel von 1973 und 1980 dar. 1973 arbeitet sich Fetscher (»Konservative Reflexionen eines Nicht-Konservativen«) in das konservative Gedankenterrain hinein, indem er dem wohlfahrtsstaatlichen Wachstums- und Fortschrittsdiskurs einen der Bewahrung von Moral und Umwelt entgegengesetzt. Fetscher entdeckt für die Linke die alte Bedeutung von »konservativ« gerade zu der Zeit, wo die Konservativen sich anschicken, »an der Spitze des Fortschritts« zu marschieren (Strauß). Daher kann er jede Menge »Widersprüche im Neokonservatismus« (1980) vorrechnen: die neoliberale Seite des Neokonservatismus untergräbt ständig politisch, was die konservative ideologisch zu bewahren vorgibt. Fetscher glaubt, hier den Keil hineintreiben zu können. Er bedient sich dazu Eppers Unterscheidung zwi-

schen Wert- und Strukturkonservatismus. »Wertkonservative Moralisten und selbstkritische Anhänger des Wohlfahrtsstaats brauchten einander nicht zu bekämpfen.« (34) Fetscher artikuliert seinen Linkskonservatismus zugleich gegen den Marxismus, der — auf Ökonomismus und Fortschrittsgläubigkeit reduziert — auf die andere Seite gedrängt wird. So zeichnet sich eine geistige große Koalition der Mitte ab, die Strukturkonservative rechts und marxistische Sozialisten links liegen lassen würde. Ist Fetschers Bündnisvorstellung realistisch? Richard Saage legt nahe, daß man den »Wert« ohne den »Strukturkonservatismus« nicht wird haben können, weil er nur dessen aktuelle ideologische Form ist. Selbst wenn man die Autonomie der neuen konservativen Ideologen höher veranschlagt — werden sie in schärferen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen die ausgestreckte Hand eines ökologisch orientierten Sozialdemokraten, wie Fetscher, ergreifen, oder werden sie sich nicht eher mitreißen lassen von einem erneuerten Rechtspopulismus z.B. unter Franz Josef Strauß, der die Kräfteverhältnisse nachhaltig nach rechts verschieben könnte? Wieland Elfferding (Berlin/West)

Benoist, Alain de: Aus rechter Sicht. Eine kritische Anthologie zeitgenössischer Ideen. 2 Bde. Grabert Verlag, Tübingen 1983 und 1984 (je 500 S., Ln., 38,- DM; zus. 70,- DM)
Benoist, Alain de: Die entscheidenden Jahre. Zur Erkennung des Hauptfeindes. Grabert Verlag, Tübingen 1982 (100 S., br., 13,80 DM)

Das Buch ist speziell für den deutschen Leser überarbeitet und herausgegeben worden. Es empfiehlt sich aber die französische Ausgabe, da sie materialreicher ist. »Vu de droite« entlehnt den Titel dem Buch von Armin Mohler »Von rechts gesehen« (Stuttgart, Seewald 1974), ist aber anspruchsvoller und muß als Epochenwerk für die Neue Rechte gelten. Da es die gesamte geisteswissenschaftliche Tradition thematisiert, ist es auch für die Linke aufschlußreich. Die wichtigsten Ergebnisse des Buches sollen kurz angesprochen werden:

1. Die Rechte wird *neu bestimmt*. Der Minimalkonsens sieht so aus: Rechts ist die »Haltung, die die Verschiedenheit der Welt, und, daraus folgernd, die relativen Ungleichheiten als deren notwendiges Produkt, als *gut* bewertet, und die progressive Homogenisation der Welt, die vom bimillennaren Diskurs der egalitären Ideologie angepriesen und realisiert wird, als *übel* bewertet. Ich nenne rechts diejenigen Lehren, die anerkennen, daß die relativen Ungleichheiten der Existenz Gewaltbeziehungen implizieren, deren Produkt das historische Werden ist.« (Vu de droite, 16)

2. Die Rechte muß dringend ihre *theoretische Indifferenz aufgeben*. Erfolgreich kann nur sein, wer zu allen Fragen der Moderne über elaborierte und ausdifferenzierte Argumente verfügt. Daher wird die *gesamte* geisteswissenschaftliche Tradition nach ihren für das rechte Weltbild relevanten Theorien durchforscht.

Politisch-strategisch greifen sie auf *Gramsci* zurück: von ihm kann die Neue Rechte lernen, daß es in fortgeschrittenen Gesellschaften keine politische Machtübernahme ohne vorangehende »Okkupation« der *kulturellen* Macht gibt. Nur eine *langfristige* ideologische Arbeit in der zivilen Gesellschaft wird eine Wende zur rechten Welt ermöglichen (cf. Vu de droite 19, 456-460, und Louis Pauwels: Comment devient-on ce que l'on est? Paris 1978 pp.168ff. Pauwels ist übrigens ein Superbeispiel für die Demonstration der Dynamik französischer Zustände. Galt er bis 1982 noch als strikt antichristlicher und antiliberaler Neuer Rechter, so präsentiert er sich heute als liberaler Katholik. Man lese seine Artikel im Figaro-Magazine, dessen Chefredakteur er ist). Diese Strategie wird als *Metapolitik* oder, in Anlehnung an Althusser, als theoretische Praxis bezeichnet.

3. Es bestehen Chancen, das bis anhin als unaufhaltbar scheinende Abrutschen der Welt nach links rückgängig zu machen. Die *Linke* hat ihre *Unfähigkeit zur Politik* überzeugend demonstriert. Es ist ihr nicht gelungen, ihre kulturelle Hegemonie, die sie in den

sechziger und den siebziger Jahren innehatte, in politische Macht umzusetzen. Da die Rechte über einen ganz anderen Politikbegriff verfügt, wird sie sich nach der kulturellen Machteroberung auch politisch an der Macht halten können (cf. Alain de Benoist: *Les idées à l'endroit*, Paris 1979, 285-294, »postface« zum Mai 68).

Sehr wichtig für das Weltbild der Neuen Rechten ist schließlich das 1982 übersetzte Buch von Alain de Benoist: *Die entscheidenden Jahre*. Zur Erkennung des Hauptfeindes (*Orientations pour les années décisives*, Paris 1982). Es zeigt die *außenpolitischen Leitideen* der Neuen Rechten auf: 1. Europa hat sich als eigenständige (Welt-)Macht gegen das amerikanisch-sowjetische Kondominium zu behaupten: »Zu behaupten, daß Europa heute im Osten besetzt ist, ist eine halbe Lüge. Es müßte vielmehr heißen: Europa ist militärisch und ideologisch im Osten besetzt, wirtschaftlich und kulturell im Westen.« (12) »Angesichts dieser Lage ist das einzig in Frage kommende Fernziel, aus Europa eine eigenständige, unabhängige, eigenwillige und unumstritten selbständige Macht zu machen, und zwar *mit allen möglichen Mitteln*. Es gilt, mit der Weltteilung in einen gleichermaßen entfremdeten Osten und Westen Schluß zu machen; es gilt, zwischen ihnen oder über ihnen Europa als dritten Weg wieder aufkommen zu lassen, als Synthese und Überwindung, als möglichen Höhepunkt vom Sein des Seienden[!] über dem gährenden Abgrund der zukommenden Geschichte.« (14) 2. Obwohl Rußland und Amerika »in metaphysischer Hinsicht dasselbe sind« (de Benoist zitiert Heidegger; 14), gilt es aus politisch-strategischen Gründen, einen *Hauptfeind zu bestimmen*: »Die Frage nach der Bestimmung des Entscheidungsmerkmals ist leicht zu lösen. Wenn zwei Lager — und nur zwei Lager — gegenüberstehen und wenn man keine andere Möglichkeit hat, ... muß die Wahl auf dasjenige Lager fallen, das in der *Praxis* dem Universalismus, der Gleichmacherei und dem Kosmopolitismus eindeutig am wenigsten zugeneigt ist.« Hauptfeind ist dasjenige System, »dessen Erscheinungsform die gesellschaftliche Zersetzung sowie die Abbröckelung einer jeden gemeinschaftlichen Identität nach sich zieht, dessen Verbreitung am sichersten zum Ende der Geschichte führt. Hauptfeind wird also für uns der bürgerliche Liberalismus und der atlantisch-amerikanische Okzident sein, für den die europäische Sozialdemokratie nichts anders als eines der gefährlichsten Hilfsmittel darstellt.« (19f.)

Der Sowjetkommunismus ist bezüglich der »Gleichmacherei« viel weniger konsequent und dynamisch als das liberale Amerika und damit für eine Allianz der geeigneteren Partner. »Wir sind keine primären Antikommunisten. Unsere Gegnerschaft gegenüber dem Kommunismus ist sozusagen sekundär«; der Marxismus ist als harmloser Schatten nur das »schlechte Gewissen des Kapitalismus« (84). »Manche können sich nicht mit dem Gedanken abfinden, eines Tages die Mütze der Roten Armee tragen zu müssen. Wahrlich keine angenehme Zukunftsaussicht! Wir aber dulden nicht den Gedanken, einmal bei Brooklyn unsere restlichen Tage mit hamburgers verleben zu müssen.« (87f.)

David Bosshart und Heinz Kleger (Zürich)

Pour un »Gramscisme de Droite«. Actes du XVIème colloque national du G.R.E.C.E. *Le Labyrinthe*, Paris 1982 (80 S., br.)

In Gramscis Konzeption des Marxismus ist es ein Hinweis auf dessen Rationalität und Historizität, daß er dem politischen Gegner »Unterricht« in politischer Kunst erteilt. Das scheint der Fall bei den Neuen Rechten in Deutschland und in Frankreich. Letztere reklamieren für sich ausdrücklich einen »Gramscismus von rechts«. In Armin Mohlers Zeitschrift »*Criticón*« erschien in Heft 59, Mai/Juni 1980, eine Carl Schmitt gewidmete kurze »Würdigung« Gramscis von Günter K. Platzdasch: Antonio Gramsci. Der Vater der Kulturrevolution. Grundzug der Darstellung ist die paternalistische Instrumentalisierung Gramscis gegen die Linke. Positiv wird seine Originalität betont, die der zerfallenden Neuen Linken in der BRD als Strohhalmen dienen könne, um ihre Revolutionsphan-

tasmen zu retten, nachdem sie Gramsci so lange verleugnet habe. Doch selbst dann noch könnte Gramsci »verzweifeln« angesichts der »zahnlosen BRD-Hochschullinken«, die »geistig immobil die 'bürgerliche Wissenschaft' uns«, d.h. wohl der Neuen Rechten, überläßt und lieber Brot bäckt und Pflastersteine wirft.

Der Aspekt in Gramscis Analysen, den die rechten Rezipienten immer wieder betonen, ist die Hegemonie. Das klassische Revolutionskonzept, die Eroberung der Staatsmacht, ist hinfällig. Die neue Rechte muß deswegen auch ihren Leninismus (Benoist) aufgeben und sich auf das kulturelle Terrain begeben. Die Kulturrevolution geht der allgemeinen Revolution voran. Zwei Elemente dieser Kulturrevolution sind die Selbsterkenntnis der Nation als Ausgangspunkt, der dem Pluralismus und Liberalismus entgegengesetzt ist, und die Erschaffung eines neuen Intellektuellen, der sich mit dem Volk verbindet und nicht seine Priesterherrschaft dadurch begründet, daß er *seine* Abschaffung predigt.

Diese drei Topoi kehren auch im »Diskurs« der französischen Rechten immer wieder. Im November 1981 fand ein von G.R.E.C.E. organisiertes Kolloquium (an dem sich auch Mohler mit einem Vortrag zu »Deutsche Identität und der dritte Weg« beteiligte) zu verschiedenen Themen statt, unter anderem auch »Für einen 'Gramscismus von rechts'«. Der Name G.R.E.C.E. ist Programm. Die »Studien- und Forschungsgruppe für die europäische Zivilisation« möchte hinter *alle* kulturellen Werte des Abendlandes zurückgehen und an denen der griechischen und germanischen Kultur anknüpfen. Jene Werte verkörpern sich im alle »Zugehörigkeiten wie Volk, Kultur, antagonistische Willen der Menschen wie Gruppen« zerstörenden Egalitarismus und individualistischen Glücksversprechen des Christentums, das vom Liberalismus ebenso wie vom Marxismus nur fortgesetzt wird. Alle Scheinoppositionen, die auf dieser gemeinsamen ideologischen Matrix auftauchen, müssen durch einen langanhaltenden Prozeß der kulturellen Revolution der Werte überwunden werden. »Gramscisme« erlaubt, gegen die alte Rechte, die alle Elemente des linken Diskurses übernommen, diesen eigentlich erst hoffähig gemacht und schließlich jeden Willen zur Vision verloren habe, die Bedeutung der kulturellen Macht, die historische Bewegung der Ideen zu erkennen und entsprechend organisatorisch zu handeln — d.h. ein neues Wertesystem zu etablieren, dessen Übersetzung in Politik als sekundär angesehen wird.

Im Unterschied zu früheren extremen Rechten, deren Vitalismus vielleicht eher existentialistisch war, betonen die Autoren immer wieder ihren wissenschaftlichen Anspruch. Gegen »liberalistische Gleichmacherei« und »universalistischen Humanismus« sollen die Werte endlich auf den Stand der modernen Biologie (die angeblich Einsicht in die wahre Natur der Differenzen — mit anderen Worten: Rassismus — gewährt) gebracht werden. Insofern soll die Position von G.R.E.C.E. auch nicht erschütterbar sein, weil sie, wissenschaftlich, nach allen Richtungen hin offen ist.

Der Universalismus geht von objektiven Ordnungsprinzipien aus. Doch das Univesum ist chaotisch. Hier entfaltet sich die Macht des Menschen, denn er gibt den Dingen ihren Sinn und zieht aus dem Chaos »nominalistisch« und »poetisch« die Schemata, mit denen er es unterwirft und sich seine »Freiheit« und »Würde« gibt. In diesem Lebenskampf hat der »organische Intellektuelle« des G.R.E.C.E. eine hervorragende Rolle. Im Kampf für die »Volksgemeinschaft«, für die »Sache der Völker«, muß er vier Imperative erfüllen: 1. Auf Distanz gehen zu den gegebenen politischen Alternativen (Evangelismus der Konservativen und christlich-marxistisch-humanistische Utopie). 2. Einen »Diskurs des Bruchs« mit der herrschenden Ideologie und also einen Diskurs des dritten Weges etablieren: Wir, so der G.R.E.C.E., »stellen heute vielleicht das einzige 'befreite ideologische Gebiet' der gegenwärtigen Gesellschaft dar.« (75) 3. Gegen die Welt des Simulacrum und der Simulation eine neue »mythische Dimension« schaffen, die dem Realen seine Bedeutung wiedergibt (das Reale ist natürlich das Leben, das Volkstum, die

Nation ...). 4. Totales Engagement, um eine enge Verbindung zwischen »revolutionärer Theorie und revolutionärer Aktion« zu sichern — andernfalls verdient der Intellektuelle nicht diesen Namen, sondern ist »Parasit«.

Neben den drei genannten Topoi gibt es noch eine andere Bezugnahme auf Gramsci. Dieser habe, so Benoist, richtig und insofern erfolgreich vorausgesehen, daß sich mit dem Antifaschismus eine kulturelle Machtposition der moralischen Überlegenheit herstellen läßt, die jede »Alternative« zu den seit 1945 etablierten »sozialistischen« Werten im Namen eines liberalen schlechten Gewissens verhindert. — Keiner der drei Topoi ist im strengen Sinn der Theorie Gramscis entnommen. Eher handelt es sich um eklektische und terminologische Anleihen, mit denen zentrale Denkfiguren konservativen Denkens seit langem auftreten. So ist eines seiner Hauptanliegen immer gewesen, die Werte, den Geist, die Metaphysik, die Kultur gegen den Krämergeist des Liberalismus wie des Marxismus zu »retten«. Doch der zum System erhobene Eklektizismus der Autoren des G.R.E.C.E. mit ihren Anleihen bei einer Vielzahl auch linker Theoretiker und hier besonders Gramsci weist auf den politischen Willen hin, intellektuell attraktiv zu wirken und das Gebiet der Kultur für die marxistische Analyse durch die Absorption vieler Begriffe zu neutralisieren und selbst zu bestimmen, um eine neue »Zivilisation« zu schaffen — wie sie das nennen.

Alex Demirović (Frankfurt/M.)

Revel, Jean-François: *So enden die Demokratien*. Piper Verlag, München 1984 (408 S., Ln., 39,80 DM)

Konservative Vergewisserungsliteratur hat gegenwärtig Konjunktur. Sie kommt in zwei Varianten auf den Markt, deren Gleichzeitigkeit paradox erscheinen mag: einerseits Wirtschafts-Pamphlete, die bedingungslos einen *ökonomischen Optimismus* predigen; andererseits Gesellschafts-Schriften, nicht weniger entschieden dem *politischen Pessimismus* verschrieben. Das konservative Idealbild der »gesunden Wirtschaft im starken Staat« erklärt vielleicht, welche Ratio dieser Doppelnatur des Wende-Gefühls zugrunde liegt: »Gesundung« setzt einen optimistischen Genesungswillen voraus, während »Stärkung« aus pessimistischen Fehleranalysen folgt.

Jean-François Revels Drehbuch von den (früher oder später) verendenden Demokratien gehört offenkundig in die »schwarze Serie«. Es hat alle Aussichten, dort einen prominenten Platz einzunehmen — verdientermaßen, ein Script von vergleichbarer Schlüssigkeit (um nicht zu sagen: Verbohrtheit) offeriert heute sonst niemand. Schon die einleitende »Szene« schlägt den düster-resignativen Ton an, der dann das ganze Stück durchzieht: »Vielleicht ist die Demokratie in der Geschichte nur ein Zwischenspiel gewesen, eine kurze Einfügung in Klammern, die sich vor unseren Augen schließen.« (11)

Demokratie wird als schwacher Charakter eingeführt, der in freundlicher Umgebung gut leben könnte, dem bösen Nachbarn aber nicht gewachsen ist, den seine innere Schwäche zur Aggressivität nach außen treibt: »Ohne Zweifel hätte die Demokratie länger existieren können, wenn sie die einzige Form politischer Organisation in der Welt gewesen wäre. Doch sie ist nicht darauf angelegt, sich ihrer Feinde zu erwehren, die von außen ihren Untergang betreiben, vor allem nicht, wenn der jüngste und gefährlichste dieser äußeren Feinde, der Kommunismus, also die derzeitige Variante und vollendetste Ausprägung des Totalitarismus, sich als Verwirklichung der Demokratie hinstellen weiß, obwohl er ihre völlige Negierung ist.« (11) Selbst »eine soziale Bankrotterklärung« und »unfähig, eine lebenswerte Gesellschaft zu schaffen«, gewinnt diese korrupte Macht ihr strategisches Verwirrspiel nur deshalb, weil das demokratisch-harmlose Opfer konstitutionell mit Blindheit geschlagen ist (vom »Wesen her nach innen gerichtet«), darüber hinaus strukturell unfähig zur entschlossenen Freund-Feind-Unterscheidung (»von ihrem Auftrag her auf die geduldige und nüchterne Verbesserung des Lebens« festgelegt). Die folgenden »Akte« variieren dieses Grundthema an verschiedenen Beispielen (Polen,

Afghanistan etc.) und konkretisieren es insoweit, als (östliche) ideologische Kriegsführung und (westliche) ideologische Wehrlosigkeit detailliert vorgeführt werden: das altbekannte Wühl-Syndrom, hier freilich in neuer Kompaktheit und von geradezu hermetischer Eigendynamik.

Die Obsession, wiewohl intellektuell durchaus von gewissem Reiz, stellt den Missionar politisch ins Abseits: zum Defätismus gesteigert, verliert Pessimismus seinen Gebrauchswert. Revels späte pragmatische Wende — »zwischen Krieg und Sklaverei« hindurch — kommt völlig unvermittelt und überzeugt nicht, weder immanent noch andere. Gerade wohlwollende Kommentare hierzulande (*Die Zeit*) wie anderswo (*Washington Post*) enden ganz bezeichnend damit, daß sie wenigstens *ihre* Nation vom allgemeinen Niedergang ausnehmen wollen. Am Ende gibt es überhaupt kein Vaterland, in dem Revel, der Prophet, etwas gilt. »Schwarzer« Konservatismus von seiner Art läuft sich tot.

Wolfgang Fach (Konstanz)

Kofler, Leo: Der Konservatismus. Zwischen Dekadenz und Reaktion. VSA-Verlag, Hamburg 1984 (80 S., br., 9,80 DM)

In knappen Ausführungen rekonstruiert Kofler den historischen Weg vom antikapitalistischen zum kapitalistischen Konservatismus. Das Konservativ-Werden eines einstmals progressiven Liberalismus ist verbunden mit einem resignierenden Bürgertum, das nichts mehr von seinen einstigen Idealen wissen will, und aus dem Anliegen des Citoyen, das öffentliche Wohl aller zu verwirklichen, wird eine von allen humanistischen und optimistischen Implikationen gereinigte Sozialtechnologie. Ihre Strategie ist es, die Menschen solchen Idealen zu unterwerfen, »die das Alte bewahren helfen soll. Die Sehnsüchte des alten Liberalismus werden als utopisch verhöhnt ... und die wahre Freiheit jenen zugestanden, die ihrer allein fähig sind, den Starken — wie im Urwald; dies alles natürlich unter der Fahne der 'Demokratie'.« (25) Im Umkreis derartiger Überlegungen wird die Sozialdemokratie als Erbin des Liberalismus (31 ff.) erkannt, die aufgrund ihrer unkritischen Adaption einer statischen und nicht-strukturellen Sichtweise sich ein nur scheinbar gutes Gewissen verschafft. Zentral für Koflers (auch begriffliche) Verortung des Konservatismus ist die Einsicht, daß aus dem traditionellen antikapitalistisch orientierten Konservatismus historisch ein mit liberalen Elementen durchsetzter »Liberalkonservatismus« geworden ist und daß der Liberalismus, konservative Elemente sich einverleibend, sich hin zum »Konservativliberalismus« entwickelt hat. Indem Kofler auf zwei kapitalismusgefährdende Tendenzen aufmerksam macht: individuelle und soziale Zerfallerscheinungen zum einen sowie die Existenz und das Anwachsen eines kommunistischen Blocks zum anderen, konstatiert er, im wesentlichen begründet durch letztere Tendenz, eine neue Form des Klassenkampfes. Es stehen sich gewissermaßen eine kapitalistisch-konservative und eine sozialistische Internationale gegenüber: erstere manifestiert sich inzwischen auch durch die unlängst in Stockholm gegründete Internationale vierzehn konservativer Parteien (43).

Koflers abschließende Einschätzung ideologischer Konservatismen fällt in historisch mittelfristiger Perspektive negativ aus, denn inhaltliche Veränderungen sind »nur noch in die Richtung des Reaktionären« möglich. Dies deshalb, weil der unter liberaldemokratischer Maskierung sich präsentierende Konservatismus »den denkbar höchsten Kulminationspunkt« konservativer Ideologie erreicht hat. In langfristig historischer Perspektive hingegen wehrt Kofler jeden Pessimismus ab: dem zunehmend stärker werdenden sozialistischen Lager fällt die historische Rolle zu, Kapitalismus wie Konservatismus, der als »das Fieber einer ökonomisch und politisch, kulturell und psychisch zerrütteten Gesellschaft« (9) charakterisiert wird, zu überwinden. Dies freilich bleibt solange praxisenthobener Wunsch, wie auf einen historischen Automatismus gesetzt wird.

Wolf Schönleiter (Köln)

Verfasser/innen

A: = Arbeitsgebiete; V: = Veröffentlichungen; M: = Mitgliedschaften

- Ambarzumow, E.A.;** Dr.phil.; Leiter des Sektors Politische Probleme im Institut für die Ökonomik des sozialistischen Weltsystems der Akademie der Wissenschaften der UdSSR.
- Ammon, Ulrich,** 1943; Dr.phil., Prof. an der Universität Duisburg — Gesamthochschule. V.: *Schulschwierigkeiten von Dialektprechern* (1978); *Perspektiven der Deutschdidaktik* (Mithrsg., 1981). A: Soziolinguistik, Sprachdidaktik.
- Anders, Günther,** 1902; promoviert 1923 bei E. Husserl; Mitinitiator der internat. Anti-Atombewegung. V: *Der amerikan. Krieg in Vietnam oder philosophisches Wörterbuch heute*, in *Argument* 45 (1967); *Die Antiquiertheit des Menschen* (Bd.1: 1960; Bd.2: 1980); *Ketzereien* (1982). M: PEN Wien, Akademie d.Künste Berlin.
- Andresen, Sünne,** 1958; Studium der Soziologie. V: *Sexualisierung der Körper*, AS 90 (1980, Mitautorin); *Geschlechterverhältnisse*, AS 110 (1984, Mitautorin). A: Arbeiter- und Frauenbewegung, Gebärpolitik als Bevölkerungspolitik. M: SFB-Hamburg.
- Baratta, Giorgio,** 1938; Prof. f. Philosophie an der Univ. Urbino; Mitbegr. des Centro Studi EMIM (Emigrazione/Immigrazione). V: *L'idealismo trascendentale di Edmund Husserl* (1968); *Emigrazione e esercizio industriale di riserva* (1974); *Sartre dialettico?* (1985). A: Existentialismus und Marxismus; kulturpolitische Geschichte der 68er Bewegung in Italien; Probleme der Emigration.
- Blankenburg, Ursula,** 1950; Studium der Germanistik und Politologie, arbeitet in einem Berufsorientierungsprojekt für arbeitslose Jugendliche. V: *Frauenformen*, AS 45 (Mitautorin, 1980). A: Frauenbewegung, Sprach- und Literaturwiss. M: SFBW, GEW.
- Bonnett, Kevin,** 1953; lehrt Soziologie am Cambridge Shire College of Arts and Technology. V: *Introductory Sociology* (Mitautor, 1981). Arbeitet an einem Buch über Monetarismus.
- Bosshart, David,** 1959; Studium der Philosophie an der Univ. Zürich.
- Bromley, Simon,** 1959; Doktorand an der Cambridge University. A: Politik mit dem Erdöl.
- Campiche, Martin,** 1958; Studium der Philosophie an der Univ. Zürich.
- Dech, Jula,** 1941; M.A., Kunsthistorikerin, Graphikerin. V: »Schnitt mit dem Küchenmesser Dada durch die letzte Weimarer Bierbauchkulturepoche Deutschlands« / *Hannah Höch* (1979). A: Zwanziger Jahre, Fotografie, Fotomontage; Druckgraphik; Frauen- und Weibs-Bild; mexikanische Kunst.
- Demirović, Alex,** 1952; Dr.phil. V: *Jenseits der Ästhetik. Zur diskursiven Ordnung der marxistischen Ästhetik* (1982). V: Staats-, Ideologie-, Philosophietheorie.
- Dornuf, Stefan,** 1956; M.A., Studium der Theaterwissenschaft, Germanistik, Anglistik und Soziologie; Dozent an der VHS Köln
- Elfferding, Wieland,** 1950; Dipl.-Pol., Redakteur des *Argument*. V: *Theorien über Ideologie*, AS 40 (Mitautor, 1979); *Marxismus und Theorie der Parteien*, AS 91 (Mitautor, 1983). A: Ideologie-Theorie; Theorie der Politik und der Parteien. M: GEW, DVPW.
- Fach, Wolfgang,** 1944; Dr.rer.soc.; Prof. f. Politische Wiss. an der Univ. Konstanz. V: *Krisenregulierung* (Mitautor, 1983). A: Staatstheorie, Konservatismus.
- Flörke, Lutz,** 1956; Dr.phil.. A: Literaturwissenschaft, Philosophie, Politik, Soziologie.
- Franck, Norbert,** 1950; Dr.phil. V: *Heil Hitler, Herr Lehrer* (Redaktion, 1983); *Propädeutik* (Mitautor, 1982); *Katalog bildungsgeschichtlicher Bestände (West-)Berliner Schulen* (Mitautor, 1984). A: Bildungstheorie, Hochschuldidaktik. M: GEW.
- Hall, Stuart,** 1934; lehrt Soziologie an der Open University, Milton Keynes, Großbritannien; davor Leiter des Centre for Contemporary Cultural Studies in Birmingham. V: *Policing the Crisis* (1978, Koautor); *Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus*, in AS 78 (1982); *Ideologie und Ökonomie — Marxismus ohne Gewähr*, in AS 70 (1984); Mithrsg. der beiden Fernuniversitätskurse *State and Society in Contemporary Britain* und *The Idea of the Modern State* (beide 1984).
- Jäger, Michael,** 1946; Dr.phil V: *Über Macht und Parteien*, in: *Marxismus und Theorie der Parteien*, AS 91 (1983); *Die Methode der wissenschaftlichen Revolution*, AS 137 (1985). A: Parteien, Neokorporatismus, Wissenschaftstheorie. M: GEW, DVPW.
- Jessop, Bob,** 1947; lehrt Politik an der University of Essex. V: *The Capitalist State* (1982). Ein Buch über Poulantzas ist im Erscheinen. A: Staatstheorie, Korporatismus, Thatcherismus.
- Kaulen, Heinz,** 1953; Doktorand. A: Hermeneutik, Methodendiskussion, marxistische Theorie, Wissenschaftstheorie.
- Kindermann, Wolf,** 1951; Doktorand. A: Rechtskräfte; Arbeiterbewegung; Minderheiten. M: GEW, VVN.
- Klaus, H. Gustav,** 1944; Dr.phil.habil., Privatdozent. V: *Caudwell im Kontext* (1978); *The Socialist Novel in Britain* (Hrsg., 1982); *The Literature of Labour* (1985). A: Kulturanalyse in Großbritannien, Geschichte der Arbeiter- und sozialistischen Literatur.

- Kleger, Heinz**, 1952; Dr.phil., Wiss. Assistent, Lehrbeauftragter für Philosophie und Soziologie an der Univ. Zürich. V: *Religion des Bürgers. Zur Zivilreligion in Amerika und Europa* (Mitautor, ersch. Frühjahr 1986). A: Sozialphilosophie und politische Theorie.
- Kolberg, Alfred**, 1949; freischaffender Philosoph. A: Wissenschaftstheorie und Erkenntniskritik.
- Koneffke, Gernot**, 1927; Dr.phil., Prof. f. Pädagogik an der TH Darmstadt. V: *Studien zur Sozialgeschichte und Philosophie der Bildung* (zus. mit H.-J. Heydorn, 1973); *Überleben und Bildung. Zur Neufassung des Bildungsbegriffs bei H.-J. Heydorn*, in: *Die Wertfrage in der Erziehung*, AS 58 (1981). A: Allgemeine Pädagogik.
- Konersmann, Frank**, 1961; Studium der Geschichte und Philosophie. A: Faschismus, Philosophiegeschichte, Geschichtstheorie. M: VVN, B.d.A.
- Kühnert, Walter**, 1949; Dr.phil., Päd. Mitarbeiter an einer VHS. V: *Die Aneignung sprachlicher Begriffe und das Erfassen der Wirklichkeit* (1983). A: Psycholinguistik, Sprachdidaktik und Sprachtheorie.
- Lanwerd, Susanne**, 1956; Studium der Ethnologie.
- Langer, Uwe**, 1960; M.A.; Studium der Religionswissenschaft. V: *Exotik, Erotik, Esoterik*, in: *Sterz 26* (1983).
- Ling, Tom**, 1956; studierte Ökonomie und Politik in Cambridge, Politische Theorie an der Essex University; lehrt am Cambridge Shire College of Arts and Technology. A: Sozialpolitik, Labour Party-Aktivist.
- Occhetto, Achille**, 1936; Studium in Politologie. Mitglied des italienischen Parlaments und der Führungsspitze der KPI (Sekretariat); Leiter der Propaganda- und Informationsabteilung der KPI. V: *A dieci anni dal '68*. A: Politische Demokratie, Institutionen, Partizipation.
- Oeser, Hans-Christian**, 1950; M.A., Doktorand, Sprachlehrer und Übersetzer in Dublin. V: *Modern English Short Stories* (Hrsg., 1984/85); *Virginia Woolf: Mrs. Dalloway's Party* (Hrsg., 1985). A: Neuere deutsche Literatur, Exilliteratur. M: BDÜ, IRAAL.
- Rauber, Urs**, 1948; Dr.lic.phil., Historiker. A: Osteuropäische Geschichte, Schweizer Geschichte (Schwerpunkt Arbeiterbewegung). M: Verband des Personals Öffentlicher Dienste (VDPOD).
- Rojas, Raul**, 1955; Master in Science (Mathematik und Wirtschaftswissenschaft). V: *Por qué se devaluó el peso?* (1982). A: Geldtheorie, Verschuldungskrise.
- Rother, Bernd**, 1954; Dr.phil., Studienreferendar. V: *Der verhinderte Übergang zum Sozialismus. Portugal 1974-1978* (1985). A: Innenpolitik Portugals ab 1974, Internationaler Währungsfonds, Arbeiterbewegung.
- Schade, Sigrid**, 1954; Dr.phil., Kunsthistorikerin. V: *Schadenzauber und die Magie des Körpers* (1983). A: Kulturtheorie, Aktdarstellungen, Nicht-repräsentative Kunst.
- Schildt, Axel**, 1951; Dr.phil., Mitarbeiter am Hist. Seminar der Univ. Hamburg. V: *Militärdiktatur mit Massenbasis?* (1981). A: Arbeiterbewegung, Faschismustheorie, politische und soziale Geschichte der Nachkriegszeit.
- Schleiermacher, Sabine**, 1957; Studium der Theologie an der Univ. Hamburg. A: Geschichte der Inneren Mission ab 1918.
- Schönleiter, Wolf**, 1953; Dipl.-Soziologe, z.Zt. Doktorand. V: Aufsätze zur Theorie und Praxis der Sozialarbeit, Sozialpolitik und allgemeinen Soziologie. A: Theorie der Soziologie, Anthropologie.
- Scholz, Brigitte**, 1950; Krankenschwester, Studium der Ethnologie. A: Religionstheologie, New Age, Besessenheitskulte.
- Schulz, Frank**, 1958; Dipl. rer. soc., Wiss. Hilfskraft und Doktorand an der Univ. Bochum. A: Sozialpolitik, Finanzwissenschaft.
- Schurig, Volker**, 1942; Prof. f. Biologie an der Univ. Hamburg. V: *Naturgeschichte des Psychischen* (1975); *Entstehung des Bewußtseins* (1976). A: Wissenschaftstheorie der Naturwissenschaften und der Psychologie.
- Schweppenhäuser, Gerhard**, 1960; Studium der Philosophie und Germanistik. V: *Krise und Kritik* (Hrsg., 1983); *Hamburger Adorno-Symposium* (Hrsg., 1984). A: Philosophie, Literaturwissenschaft.
- Sölle, Dorothee**, 1929; lebt in Hamburg als Schriftstellerin und hat seit 1975 eine Professur am Union Theological Seminary, New York. V: *Sympathie* (1978); *Im Hause des Menschenfressers* (1981); *Aufrüstung tötet auch ohne Krieg* (1982).
- Vogt, Rüdiger**, 1950; Studium der Germanistik, Geschichte, Soziologie, Wiss. Angestellter. V: *Akten des 19. Linguistischen Kolloquiums, Vechta 1984* (Mithrsg., 1985). A: Diskursanalyse, politische Sprache, Semantik.
- Volker, Eckhard**, 1948; Dr.phil.; Studienrat. V: *Schriftsteller und Arbeiterbewegung* (1980); *Theorien über Ideologie* (Mitautor, 1979); *Faschismus und Ideologie* (Mitautor, 1980). A: Literaturtheorie, Ideologietheorie.
- Wegner, Gerhard**, 1953; Pastor. V: *Bauern, Kapital und Staat in Kenia*, SH 59 (1983). A: Kirche und Arbeiter. M: ÖTV, SPD.
- Wenk, Silke**, 1949; Dr.phil., Wiss. Mitarbeiterin an der Hochschule der Künste Berlin. V: *Zur gesellschaftlichen Funktion von Kunst. Histor. u. empir. Untersuchung in Betrieben* (1982); Aufsätze zu »weiblicher Ästhetik« u.a. A: Kunstsoziologie, Frauen in der Kunst, geschlechtsspezifische Aneignungsformen von Kunst.
- Wildt, Michael**, 1954; Studium der Geschichte. Gelernter Buchhändler. A: Nachkriegszeit 1945-55.

b:e betrifft:
 betrifft:erziehung **erziehung**

6 '85

Journal

J. Wihelmi: 15 Jahre Bildungsplanung:
 Nur noch Kasse und Masse

K.P. Creamer: 3. Pädagogen-Friedens-
 kongreß: Friedenserziehung ist keine Fei-
 ertagsdidaktik

D. Blum: Bundesschülervertretung

D. Damm: Network Medien-Cooperative:
 »Mama, die Firma ist Pleite«

P.E. Kalb: Kommentar: »Aber, meine
 jungen Freunde, wir müssen realistisch
 denken«

M. Buschmann: Montessorischule: Inte-
 gration in der Provinz

B.O. Prattler: Mozart wird gefördert

Praxis

K. Ulich: Erziehungsschwierigkeiten

Lernen drinnen und draußen

S. Sardei-Biermann: Schulisches Lernen:
 Wenn die Lehrer zu dämlich sind, uns das
 beizubringen

R. Narr: Außerschulisches Lernen: Tobt
 das Leben in der Unterrichtseinheit?

O. Nachtwey: Projekt Klassenzeitung

Beiträge

U. Herrmann: In memoriam: Wilhelm
 von Humboldt

M. Loose: Schulportrait: Die Hermann
 Lietz-Schule Spiekeroog

H.-D. Zollondz: Integration: Die Schule
 an die Schüler anpassen

C.-G. Frank: Lissabon: Leben und Ler-
 nen an einer deutschen Auslandsschule

18. Jg. 1985

Erscheint monatlich im Beltz Verlag, Postfach 1120,
 6940 Weinheim - Einzelheft DM 6,-; Jahresabo DM
 62,-; für Studenten und Referendare ermäßigter Preis
 DM 52,- (Studienbescheinigung bzw. einfache Erklä-
 rung beilegen); jeweils plus Versandkosten. Referen-
 dar-Angebot befristet auf zwei Jahre.

Kommune
 Zeitschrift für Politik und Ökonomie

6 '85

Nach den NRW-Wahlen: Wie weiter mit
 den Grünen? Mit Diskussionsbeiträgen
 von H. Auhagen, M. Barg, J. Müller, C.
 Nickels, T. Schmid, M. Stamm, L. Vol-
 mer u.a. sowie den wichtigsten Anträgen
 zum Bundesparteitag

F. Güde: Die Schiffbrüchige und der Ka-
 pitän. Carl Schmitt und Walter Benjamin
 Rücker/Vilmar: Umstellung der Bundes-
 wehr auf strikte »Defensiv-Verteidigung«

K. Voy: Aufschwung und Arbeitsmarkt-
 perspektiven. Fortsetzung aus Heft 4/85

E. Hildebrandt: Die Gewerkschaften und
 die ökologische Herausforderung. Unsere
 Produkte fallen uns auf den Kopf

5 '85

Bergmann/Krischausky: Wirtschaftsre-
 form - die verlorene Utopie? Wege zur Re-
 konstruktion ordnungspolitischer Alter-
 nativen

A. Gorz: Abkoppelung von Einkommen
 und Arbeit oder von Einkommen und Ar-
 beitszeit?

M. Opelka: Umverteilung von Arbeit und
 Einkommen

F. Vilmar: Für einen »realpolitischen Fun-
 damentalismus«. Zur Überwindung der
 inneren Spaltung und Handlungsunfähig-
 keit der grün-alternativen Partei

M. Jäger: Minimalkonsens - ein untaugli-
 ches Entmachtungsmittel. Chancen für ei-
 ne entspaltene Friedensbewegung

3. Jg. 1985

Redaktion: M. Ackermann, G. Heinemann, M. Ibra-
 him-Knoke, J. Schmierer. - Monatszeitschrift. -
 Einzelheft 6 DM, Jahresabo 66 DM. - Kommune,
 Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 11. - Ver-
 trieb: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 11 11 62,
 6000 Frankfurt 11

kürbiskern

LITERATUR, KRITIK, KLASSENKAMPF

3 '85
Kinder des Krieges

D. Tulajew: Wir sind Kinder des Krieges
... sei er verflucht!

R.-M. Parry Hausenstein: Der gute Weg
ist machbar. Rede zum Befreiungstag von
Dachau, 28.4.85

J. Endreß: Der aufrechte Gang

W. Kawerin: Das Allernötigste

P. Sukowski: Nachtigall und Stausee ...

V. Falin: Bonner Grimassen

K. Krack: Gedenkstätte Plötzensee -
Haupteingang auf der anderen Seite

Ernesto Cardenal; Franz Xaver Kroetz;
Alf Tondern; Werner Dürrson; Hans-Jür-
gen Heise; Annemarie Zornack; Wolfgang
Borsich; Helmut Heißenbüttel; Ursula
Nord; Klaus Hirtner; Wolfgang Bächler;
Siegfried Obermeier

H. Müller: Der Geist unserer Zeiten und
der Herren eigener Geist. Vom notwendig
streitbaren Humanismus der Künste

H. Peitsch: »Die Freiheit fordert klare
Entscheidungen.« Die Spaltung des PEN-
Zentrums Deutschland

Th. Frey: Salto mortale

K. Kluge: Wie Gedichte entstehen

M. Gregor-Dellin: Händel — Fülle des
Wohllauts

Dokumentation

S. Balauras: Das Melker Todeslager und
die Roggendorfer Stollenanlagen

Hrsg. Friedrich Hitzer, Klaus Konjetzky, Oskar Neu-
mann, Hannes Stütz. — Redaktion: Friedrich Hitzer
(verantwortl.), Klaus Konjetzky, Oskar Neumann. —
Erscheint vierteljährlich, Einzelheft 8,50 DM, Jahres-
abo 32 DM, Studentenabo 27 DM. — Dammitz Verlag,
Hohenzollernstr. 144, 8000 München 40.

links

Sozialistische Zeitung

7 '85
Kommentare

R. Lindner: Brüssel

J. Bruhn: Robin Wood

H. Burgwinkel: ZDF in Brüssel

W. Hammann: Politisches Abseits der
Grünen in Hessen?

Deutsche Zustände

W. Kraushaar: Weizsäcker — Nationalis-
mus minus Hitler

R. Pusch: KDV - Vom Grundrecht zur
Grundschulpflicht

Schwerpunkt Portugal

B. Schoch: Lahme Nelken

U. Optenhögel: Arbeiter und Gewerk-
schaften

R. Stender: Hunger in Setubal

R. Eisfeld: Kaligestellte Hauptleute

G. Maass: Austerität

Internationales

N. Apostolidou: Griechenland nach den
Wahlen

Z. Mlynar: Gorbatschow - eine Chance

J.-P. Jensen: Gramsci-Luxemburg-
Festival

A. Demirović: Gramsci - Optimismus im
Willen

17. Jg. 1985

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe So-
zialistisches Büro, Postfach 591, Ludwigstr. 33, 6050 Of-
fenbach 4. — Redaktion: N. Apostolidou, H. Burgwin-
kel (verantwortl.), M. Brumlik, D. Diner, R. Detobel, A.
de Laurentiis, D. Claussen, J. Esser, H. Grün, J. Hirsch,
J. Huhn, P. Lindloff, L. Lodovico, R. Pusch, F. Schnei-
der, B. Spiss. — Erscheint monatlich. — Einzelheft 4
DM, Jahresabo DM 38 zuzgl. Versandkosten. Verlag
2000 GmbH, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

Die Neue Gesellschaft

Frankfurter Hefte

Zeitschrift für Demokratie
und Sozialismus

6 '85

Berlin

Berliner SPD nach dem Tiefpunkt. Eine Diskussion zwischen Dietrich Stobbe, Jürgen Egert, Tilman Fichter und Rainer Wagner

T. Fichter: Eine sozialdemokratische Stadt sieht schwarz

O.J. Weis: Ein bißchen Stühlerücken?

R. Schattenfroh: Die Suche nach der richtigen Zukunft

K. Hartung: Die Wonnen der Normalität oder Über eine zukunftsmdede Linke

K.H. Gehm: »Die Stunde des Parlaments«

M.-L. Weinberger: Reise durch Berlin

A. Martiny: Kultur für alle - alle für Kultur?

H. Knobloch: Meine liebste Mathilde

V. Jung: Führt Kapitalismus zum Faschismus?

W. Schütze: Ängstlich und behutsam. Die politische Schwäche Westeuropas und ihre Folgen für die NATO

H. Meyn: Medienmarkt im Umbruch

Berichte aus europäischen Ländern

Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Niederlande

32. Jg. 1985

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Walter Dirks, Eugen Kogon, Heinz Kühn, Johannes Rau, Heinz O. Vetter, Hans-Jochen Vogel und Herbert Wehner. Redaktion: Peter Glotz (Chefredakteur), Rainer Diehl, Hans Schumacher (verantwortl.). — Erscheint monatlich. Einzelheft 9,50 DM zzgl. Versandkosten. Jahresabo 57,- DM zzgl. Versandkosten. — Verlag Neue Gesellschaft, Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2.

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND ÖKONOMIE IN DER DRITTEN WELT
PERIPHERIE

Forum theoretisch orientierter Analyse und Diskussion zu Fragen der Dritten Welt.

20 '85

Minderheiten

M. Münzel: Der vorläufige Sieg des indianschen Funktionärs über den indianischen Mediziner in Lateinamerika

R. Gordon: Gehegt bis zur Ausrottung: Buschleute im südlichen Afrika

R. v. Capelleveen: Schwarze Erfahrung und Marginalität. Zum Verhältnis von Rassismus und Klassengesellschaft in den USA

I. Lenz: Zur »Tunnelvision« in sozialen Bewegungen. Einige Anmerkungen zu dem Artikel von R. van Capelleveen

L. Rossbach u. V. Wunderlich: Indianische Vertragsrechte und nicaraguanischer Nationalstaat: Die Miskito-Konvention von 1894

18/19 '85

Kulturelle Identität und Nationalstaat

L. Märmora: Die Grün-Alternativen zwischen »altem« Internationalismus und »neuem« Patriotismus

J. Blaschke: Von der Modernisierung durch Nationenbildung zu den Folgen industrialisierter Arbeitsteilung

Th. Scheffler: Staat und Kommunalismus im Nahen und Mittleren Osten

R. Schulze: Islamische Kultur und soziale Bewegungen. Historische, ideologische und soziale Dimensionen des Irakisch-Iranischen Krieges

6. Jg. 1985

Herausgegeben von der »wissenschaftlichen Vereinigung für Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik e.V.«. - Redaktion: C. Dziobek, D. Haude, W. Hein (verantwortl.), R. Köhler, H. Lebold, I. Lenz, H. Melber, Th. Mutter. - Erscheint vierteljährlich. - Einzelheft 9 DM, Jahresabo 30 DM, Förder-/Institutionsabo 60 DM. - Redaktion: c/o Institut für Soziologie, Bismarckhof 5-6, 4400 Münster. - Verlag und Vertrieb: c/o FDCL, Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, D-1000 Berlin 61

positionen

psychologie heute

57/58 '85

I. Schmid: Ökologische Stadtentwicklung - was heißt das?

W.F. Haug: Über das Lesen des »Kapital«. Ein Nachwort zu einer Neuauflage in widriger Zeit

Griechenland

J. Horni: Lambrakis zi - eine griechische Tragödie

Th. Heilmann: Vom Lambrakis-Mord zur Pasok-Regierung

Diskussion über grüne Politik

P. Mattmann-Allamand: Die Grünen: Feigenblatt für eine »grüne« Reform des Industrialismus

R. Labhardt: Zwischen Imperialismus und grünem Bogen: woran orientiert sich die POCH?

56 '85

S. Grossenbacher: Frauen als Retterinnen der Nation?

Th. Heilmann: »Position des äußersten Widerstandes« - Bahro und die Grünen

Materialien zum Treffen der 4 Parteien POCH, PdAS, PSA und PSASJ vom 26.1.1985

Th. Heilmann: Suche nach gangbaren Wegen

PSA: Für die Erneuerung und die Einheit der Sozialisten

J.-C. Crevoisier: Alternative Linke: welche Perspektiven?

A. Magnin: Beitrag zur Diskussion

Herausgegeben von einem Redaktionskollektiv der Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH) — 6 Nummern pro Jahr — Einzelheft Fr. 3,50, Doppelheft Fr. 5,— — Abo: Schweiz Fr. 18,—, Ausland Fr. 21,— — Redaktion positionen, Basel, Postfach 40-18686

7 '85

Zweifamilien

W. Fthenakis, W. Griebel: Was kommt nach der Scheidung? Die Ehe nach der Ehe »Ich habe meinen Gartenzaun sehr eng gesteckt«. Ein Gespräch mit einer betroffenen Sozialarbeiterin

V. Krähenbühl: »Man muß Ideale zerstören, um Veränderungen zu erreichen«. Ein Gespräch mit der Familientherapeutin

Zeitgefühl

A. Gonzales, Ph. G. Zimbardo: Die Zeit, die wir uns nehmen

R. Levine, E. Wolff: Zeitgefühl: Der Herzschlag

Beziehungen

K. E. Davis: Liebe ist: Freundschaft plus ...

S. Graefe: Erich Fromms »Kunst des Liebens«: Kann man lieben »können«?

Nationalsozialismus

U. Geuter: Ist die Psychoanalyse unfähig zu trauern?

»Jedes Land wird darauf achten, daß seine Bevölkerung gesund ist«. Ein Gespräch mit Dr. Albrecht Kuchenbuch

Denken

H.G. Holl: Selbstreferenz, Explosion, Totenstille. Niklas Luhmann versus Douglas R. Hofstadter

12. Jg. 1985

Redaktion: Heiko Ernst (verantwortl.), Mario Damolin, Monica Moebius, Ursula Nuber; Redaktionsassistenten: Karin Quick-Oest, Brigitte Bell. — Erscheint monatlich. — Einzelheft 5,80 DM. Jahresabo 58 DM. — Beltz Verlag, Postfach 1120, 6940 Weinheim

Zeitschrift für
Sozialistische Politik
und Wirtschaft

spw



WECHSEL WIRKUNG

Zeitschrift für
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT

27 '85

Analysen

M. Barrett: Marxismus-Feminismus und das Werk von Karl Marx

D. Albers: Zukunft der Grünen und Zukunft der Linken

W. Zellner: Bundeswehrplan 1985 — Ziel ist militärische Überlegenheit

J. Becker: Das Erstarken der extremen Rechten in Frankreich — Quellen, Verbindungen und Perspektiven

SPD-Programm

U. Kremer: Zur Methode der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Debatte

M. Wendl: Sozialdemokratische Programmideen — Zwischenbilanz der wirtschaftspolitischen Debatte in der SPD

G. Bäcker: Sozialpolitische Anforderungen und Perspektiven

Interviews

»Theorie- und Perspektivlosigkeit wird zu weiteren Niederlagen führen« — Peter v. Oertzen zur Programmdebatte

»Sie will sich als etwas Neues darstellen« — Lucien Sève über LePen und die politische Rechte in Frankreich

Berichte

A. Frohmann: Tagung der historischen Kommission der SPD vom 28.2.-1.3.1985

H. Burmester, B. Ernst: Juso-Frauenkonferenz vom 26.-28.4.1985

B. Paschert: Interdisziplinärer Friedenskongress in Münster vom 17.-20.1.1985

8. Jg. 1985

Hrsg. Detlev Albers, Heinz Albrecht, Erhard Eichert, Josef Hindels, Klaus Peter Kisker, Heinrich Lienker, Werner Loewe, Klaus Thüsing, Klaus-Peter Wolf. Redaktion: J. Blume, J. Günther, F. Heidenreich, K. Kruzewitz, H. Raßmes, D. Scholz, A. Westphal. *spw* erscheint in 4 Hefen jährlich, Jahresumfang 516 S. Einzelheft DM 9,80, im Jahresabo DM 7,— zuzügl. Postversand. Bestellungen über *spw*-Vertrieb, Tegeler Str. 6, D-1000 Berlin 65

25 '85

Im Osten nichts Neues? Naturwissenschaften und Technik in der DDR

R. Rytlewski: Strukturen und Probleme sozialistischer Forschungsorganisation

R. Brämer: Die neue Elite. Naturwissenschaft zwischen Apparat und Industrie

E. Förtsch: Der Preis für den Fortschritt. Wissenschaftskritik in der DDR

R. Inhetveen: Mikroelektronik in der DDR

H.-R. Nordhoff: Biogas und Sozialismus

G. Nolte, R. Brämer: Flucht aus der Arbeiterklasse. Wissenschaftlich-technische Berufsperspektiven in der DDR

H.-B. Nordhoff: Freunde der Erde? Umweltschutz in der DDR

T. Dinnebieer: Gesellschaft und Natur - Ein vernetztes System? Eine Kritik an Frederic Vesters biokybernetischem Konzept

H. Bollweg: Ökologische Produkte - Politische Strategie

S. Thäslar: Metamorphose

H. Garlich: Wider den transsylvanischen Imperialismus!

Gene im Griff? Eine Zwischenbilanz zur Gentechnik-Kommission

Interview mit Wolf-Michael Catenhusen

Interview mit Erika Hickel

Interview mit Sarah Jansen

7. Jg. 1985

Redaktion: Reinhard Behnisch (verantwortl.), Paula Bradish, Dagmar Kahnes, Herbert Mehrrens, Ralph Ostermann, Franz Plich, Elvira Scheich, Rainer Schlag, Rainer Stange, Erich Tegeler, Ulrich Tietze. — Erscheint vierteljährlich. — Einzelheft 6 DM, Jahresabo 24 DM. — Verlag und Redaktion: Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

WIDERSPRUCHBeiträge zur
sozialistischen Politik**9 '85***Psychokultur - Zwischen Angst, Macht
und Utopie*B. Rothschild: Psychowetter in der linken
Szene. Eine TendenzanalyseU. Ruckstuhl: Therapeutismus. Soziale
Norm und Abweichung

Dossier I: Beseeltes aus dem Alltag

M. Galliker/F. Hilfiker: Integration von
Psychokultur in die politische Praxis?

E. Modena: Psychoökologie

E. Grütter: Blow your mind. Zu F.S.
Perls' GestalttherapieP. Parin: Die Psychoanalyse und die kritische
Interpretation der GeschichteK.H. Braun: Wie weit reicht die psycho-
analytische Gesellschaftskritik?S. Brander: Psychoanalyse, Feminismus,
Ideologiekritik

D. Lecourt: Abschied von Lacan

R. Heim: Lacan - eine Sackgasse?


M. Erdheim: Jargon der Unverständlich-
keit. Zur Sprache linker PsychologenM. Züfle: Angst. Miscellen zu einem ver-
ächtlichen Thema*Diskussion*

A. Künzli: Dialektik der Heimat

J. Tanner: Militärpopulismus & Kriegs-
technologieDossier II: Mabillard's Erziehung zum
KriegH. Hehlen: Das »andere Thema« auf dem
sozialdemokratischen Marsch

5. Jg. 1985

Herausgegeben vom Redaktionskollektiv Wider-
spruch: Martin Bondeli, Franz Cahannes, Peter Fara-
go, Pierre Franzen, Urs Hänsenberger, Urs Rauber,
Giacco Schiesser. — Erscheint unregelmäßig. — Einzel-
heft Fr 9. — Redaktionsanschrift: Redaktionskollektiv
Widerspruch, Postfach 652, CH-8026 Zürich

WIDER  SPRÜCHEZeitschrift für sozialistische Politik im
Bildungs-Gesundheits-u. Sozialbereich**15 '85**F. Schütte: Bildung: »Another brick in the
wall«, oder: Ein Korrektiv im Konzept der
Moderne?W. Manke: Bildung - Versuch einer Annä-
herungA.R. Schaarschuch: Aneignung der Wirk-
lichkeit. Einige Argumente, am Bildungs-
begriff festzuhaltenJ. Gottschalk-Scheibenpflug: Ich würd'
gern auf 'ner einsamen Insel leben. Erfah-
rungen machen im kulturellen MilieuTh. Ziehe: Höhenrausch und Alltagsfrust.
Eine Polemik gegen die linke Gewohnheit,
die Eigenlogik pädagogischen Handelns
außer acht zu lassenD.H. Axmacher: Studier-Arbeit und
Hochschulkultur in der KriseM. Daxner: Linke? Intellektuelle? an den
UniversitätenK. Ahlheim: Die unreflektierte Wende.
Anmerkungen zur Theoriediskussion in
der ErwachsenenbildungR. Schwendter: Zur Begründung eines Bil-
dungstages*Diskussion*»Widersprüche«-Redaktion: »Mindest-
einkommen« als soziale Garantien»TAZ«-Reportage vom 29.2.1995: Der
Kampf um soziale Garantien ist noch
nicht zu Ende

Herausgeber: Sozialistisches Büro. Redaktion: W. Völ-
ker, N. Diemer, D. Marzi, E. Schmid, F. Schütte, Ch.
Schön, J. Gottschalk-Scheibenpflug, Ch-B Kimmich,
Th. Kimmich, T. Kunstreich, F. Düchting, R. Laux, F.
Macke, H. Narr, H. Dorn, M. Trinkl, K. Blanc, D.
Hail, G. Pabst, M. Hentschel, A. Wagner, W. Stützel,
A. Schaarschuch. — Jährlich 3-4 Hefte. — Einzelheft
zwischen 9 und 15 DM incl. Versandkosten. Jahresabo
39 DM. — Redaktion Widersprüche: G. Pabst, Post-
fach 391, 6050 Offenbach 4. — Vertrieb: Verlag 2000,
Postfach 392, 6050 Offenbach 4

TÜBINGER REIHE

In der Tübinger Reihe veröffentlicht die DGVT Themen zur Gesundheitspolitik, zur psychosozialen Störungen. Aktualität sowie Veröffentlichungen von geringem Umfang sollen Kennzeichen der »Tübinger Reihe« sein.

Vorkrieg oder Panikmache?

Hrsg. Gert Sommer und Anne Börner · Tübingen 1985, 108 Seiten, br. DM 16,-, ISBN 3-922686-67-2

Von der Klinischen Psychologie zur psychosozialen Praxis

Hrsg. Dieter Kleiber · Tübingen 1985, 100 Seiten, br. DM 10,80, ISBN 3-922686-68-0

Therapiebezogene Diagnostik

Hrsg. Peter Fischer · Tübingen 1985, 95 Seiten, br. DM 9,80, ISBN 3-922686-69-9

Psychotherapie in der Sackgasse

Gesellschaftliche Aspekte psychosozialer Praxis

Hrsg. Willi Körner und Hans Zygowski
Tübingen 1985, 100 Seiten, br. DM 13,80, ISBN 3-922686-73-7

Evert Ketting, Philip van Praag

Schwangerschaftsabbruch

Gesetz und Praxis im internationalen Vergleich
Tübingen 1985, 264 Seiten, br. DM 21,80, ISBN 3-922686-66-4

Soziale Netzwerke und Stützsysteme

Perspektiven für die klinischpsychologische und gemeindepsychologische Praxis
Hrsg. Bernd Röhrle und Wolfgang Stark
Tübingen 1985, 100 Seiten, br. DM 13,80, ISBN 3-922686-75-3



Bitte fordern Sie unseren Gesamtprospekt an.

Telos

A Quarterly Journal of Critical Thought

Issue No. 62

Special Issue on
Debates in Contemporary Culture

Winter 1984-85

Articles:

- WOLIN: *Modernism vs. Postmodernism*
BERMAN: *Modern Art and Desublimation*
ROELOFS: *Foundations and the Supreme Court*
WELLMER: *Truth, Semblance and Reconciliation*
BÜRGER: *The Decline of the Modern Age*
JAY: *Hierarchy and the Humanities*
HELLER: *Lukács and the Holy Family*
ZASLAVSKY: *Soviet Society and the World System*

Notes and Commentary:

- ASHER: *Nietzsche and Deconstruction*
HERBERT: *Abstract Expressionism and Art Criticism*
GHIRARDO: *Architectural Fashion*
KELLNER: *Critical Theory and the Culture Industries*
GONZALES: *Kellner's Critical Theory*

Reviews:

- BLAKE: Books by Allen and Guilbaut
ROTH: Books by Shils and Yerushalmi
EHRlich: Lasch, *The Minimal Self*

Subscriptions cost \$22 per year for individuals; \$50 for institutions. Foreign orders add 10 percent. Checks must be in U.S. funds. No Canadian checks can be accepted. Back issues prior to No. 50 cost \$5.50 each; No. 50 and subsequent issues are \$6.00 each. Institutions pay \$15.00 for all back issues. For a full list of available back issues and to subscribe, write:

Telos, 431 East 12th Street, New York, NY 10009

Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Klein, Wolfgang</i> : Zweitspracherwerb. Eine Einführung (<i>W. Kindermann</i>)	592
<i>Herlemann, Brigitte, und Rüdiger Mellies</i> : Bedeutung — Fremdsprachenerwerb — Interaktion (<i>W. Kühnert</i>)	594
<i>James, Allan, und Bernhard Kettemann (Hrsg.)</i> : Dialektphonologie und Fremdsprachenerwerb / Dialect Phonology and Foreign Language Acquisition (<i>U. Ammon</i>)	595
<i>Williams, Raymond</i> : Writing in Society (<i>H. Gustav Klaus</i>)	596
<i>Wunberg, Gotthart</i> : Wiedererkennen. Literatur und ästhetische Wahrnehmung in der Moderne (<i>E. Volker</i>)	597
<i>Tax, Sissi</i> : marieluise fleisser: schreiben, überleben. (<i>H. Kaulen</i>)	598
<i>Völker, Klaus</i> : Brecht-Kommentar. Zum dramatischen Werk (<i>A. Rumlér</i>)	599

Kunst- und Kulturwissenschaft

<i>Nobs-Greter, Ruth</i> : Die Künstlerin und ihr Werk in der deutschsprachigen Kunstgeschichtsschreibung (<i>J. Dech</i>)	600
<i>Parker, Roszika, und Griselda Pollock</i> : Old Mistresses. Women, Art and Ideology (<i>S. Wenk</i>)	602
<i>Ziehe, Thomas, und Eberhard Knödler-Bunte (Hrsg.)</i> : Der sexuelle Körper. Ausgeträumt? (<i>S. Schade</i>)	605

Soziologie

<i>Schluchter, Wolfgang (Hrsg.)</i> : Max Webers Studie über Hinduismus und Buddhismus. Interpretation und Kritik (<i>R. Bernauer</i>)	607
<i>Seger, Imogen</i> : Wenn die Geister wiederkehren. Weltdeutung und religiöses Bewußtsein in primitiven Kulturen (<i>B. Scholz</i>)	608
<i>Lang, Bernhard (Hrsg.)</i> : Das tanzende Wort. Intellektuelle Rituale im Religionsvergleich (<i>U. Langer</i>)	610
<i>Ebeling, Ingelore</i> : Masken und Maskierung. Kult, Kunst und Kosmetik. (<i>H.-C. Oeser</i>) ...	610
<i>Prodoehl, Hans Gerd</i> : Theorie des Alltags (<i>G. Wegner</i>)	612

Erziehungswissenschaft

<i>Rossmeißl, Dieter</i> : »Ganz Deutschland wird zum Führer halten ...« Zur politischen Erziehung in den Schulen des Dritten Reiches (<i>N. Franck</i>)	614
<i>Fend, Helmut</i> : Die Pädagogik des Neokonservatismus (<i>F. Schulz</i>)	615
<i>Wanner, Kurt</i> : Pädagogischer Konservatismus. (<i>F. Schulz</i>)	615
<i>Steffens, Gerd</i> : Die neue Irrationalismus in der Bildungspolitik. (<i>G. Koneffke</i>)	618

Geschichte

<i>Niethammer, Lutz (Hrsg.)</i> : »Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll«. Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet (<i>A. Schildt</i>)	619
<i>Niethammer, Lutz (Hrsg.)</i> : »Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist«. Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet (<i>A. Schildt</i>)	619
<i>Mittag, Detlef R., und Detlef Schade (Hrsg.)</i> : Die amerikanische Kaltwelle. Geschichten vom Überleben in der Nachkriegszeit (<i>M. Wildt</i>)	622
<i>Schröder, Michael (Hrsg.)</i> : Auf geht's: Rama Dama! Frauen und Männer aus der Arbeiterbewegung berichten über Wiederaufbau und Neubeginn 1945 bis 1949 (<i>M. Wildt</i>)	622
<i>Plato, Alexander von</i> : »Der Verlierer geht nicht leer aus«. Betriebsräte geben zu Protokoll (<i>M. Wildt</i>)	622
<i>Kuby, Erich</i> : Das Ende des Schreckens. Januar bis Mai 1945 (<i>B. Rother</i>)	624

Soziale Bewegungen und Politik

<i>Deppe, Frank</i> : Ende oder Zukunft der Arbeiterbewegung? Gewerkschaftspolitik nach der Wende (<i>M. Jäger</i>)	625
<i>Fetscher, Iring (Hrsg.)</i> : Neokonservative und »Neue Rechte«. (<i>W. Elfferding</i>)	628
<i>Benoist, Alain de</i> : Aus rechter Sicht. (<i>D. Bosshart u. H. Klegler</i>)	630
<i>Benoist, Alain de</i> : Die entscheidenden Jahre. Zur Erkennung des Hauptfeindes (<i>D. Bosshart u. H. Klegler</i>)	630
<i>Pour un »Gramscisme de Droite«</i> . Actes du XVIème colloque national du G.R.E.C.E. (<i>A. Demirović</i>)	631
<i>Revel, Jean-François</i> : So enden die Demokratien (<i>W. Fach</i>)	633
<i>Kofler, Leo</i> : Der Konservatismus. Zwischen Dekadenz und Reaktion (<i>V. Schönleiter</i>)	634

Summaries

D.Bosshart, M.Campiche, H.Kleger: Neoconservatism and New Right in the USA and France

Neoconservatism can be analysed as repolitisation of liberalism. It differs but is not totally divided from the New Right and Nouvelle Droite, part of the latter is breaking with its antiliberal affects. — The article contains a conceptual differentiation of the different camps within liberalism and conservatism, based on the reading of both, liberal and conservative intellectuals.

H.Kleger: What is Neoconservatism? Theses for Discussion

Analytically and politically it's inadequate to identify the neoconservatives as »right wing« or even »reactionary«. Part of their strength lies in criss-crossing traditional barriers as e.g. in progress and modernisation, social welfare and equal rights. So you find social democratic neoconservatives with a specific project of reconciliation of technical progress and »culture«, of economy and ecology.

B.Jessop et al.: Anatomy of Thatcherism: A Critique of Stuart Halls Approach

»Authoritarian Populism«, Halls concept, overestimates the efficacy of the ideological mechanisms within Thatcherism. What has to be developed is the role of financial capital, the »double crisis of the state« and the »Two Nations« strategy of Thatcherism.

S.Hall: The Significance of Authoritarian Populism Within Thatcherism — An Answer

Jessop et al. misread »authoritarian populism« as a general account of Thatcherism. In fact it concentrates on the political and ideological practices of Thatcherism and on the specific articulation of statism from above and (anti-statist) popular demands from below. Neglecting the role of politics and ideology within Thatcherism Jessop et al. unwillingly fall back into economist and class-reductionist explanations.

A.Occhetto: Project of the CPI for the European Left

A speech given at the 1985 Volksuni in Westberlin during a meeting with Peter Glotz, Social Democratic Party, F.O. Wolf from the Greens and representatives of the intellectual Left in West Germany. Occhetto proclaimed a new liberalism and an initiative for industrial democracy as an answer to the neoconservative challenge.

J.A. Ambartsumov: Social-political Crises Within Socialism

An attempt to develop a concept of intrinsic crises of socialism, which is much debated in the East as in the West.

A.Demirović: Philosophy and State

On the arbitrary status of philosophy within Althusser, with reference to philosophy's position within the social division of labour and its role in bourgeois hegemony.

M.Jäger: »Discourse Tactics« and the »Contradicting Answer«

Critique of recent developments in discourse analysis. Jäger raises the question how left wing rearticulations of mass consciousness could alter its structure instead of just exchanging the content.

V.Schurig: Feminist Myths of Abundance and Benevolence

A reply to Averill and Gross (Argument 150) who tried to reformulate the theory of evolution, arguing against the patriarchal discourse of scarcity, competition and survival of the the fittest.

Buchhandlungen

die das Argument-Verlagsprogramm vollständig am Lager haben

- Aachen: babula Buchhandlung, Pontstr. 133; Tel.: 0241/27555
- Augsburg: »probuch« GmbH, Gögginger Str. 34; Tel.: 0821/579173
- Berlin 12: Buchladen am Savignyplatz, Carmerstr. 9; Tel.: 030/3134017
das europäische buch, Knesebeckstr. 3; Tel.: 030/3135056
Buchhandlung Klepert, Hardenbergstr. 4-5; Tel.: 030/310711
- Berlin 19: Buchhandlung G. Zimmermann, Schloßstr. 29; Tel.: 030/3417432
- Berlin 33: das europäische buch, Thielallee 32; Tel.: 030/8324051
Jürgens Buchladen, Königin-Luise-Str. 40; Tel.: 030/8315089
- Berlin 41: Wohlthat'sche Buchhandlung, Rheinstr. 11; Tel.: 030/8511509
- Berlin 62: Elwert & Meurer, Hauptstr. 101; Tel.: 030/784001
- Bochum: Politische Buchhandlung, Unistr. 26; Tel.: 0234/300266
- Bonn: Buchladen 46, Kritische Politik, Kaiserstr. 46; Tel.: 0228/223608
- Bremen 1: Georg-Büchner-Buchhandlung, Vor dem Steintor 58; Tel.: 0421/72073
- Dortmund: Buch International, Königswall 22; Tel.: 0231/140880
- Duisburg: buchladen kollektiv gmbh, Oststr. 194; Tel.: 0203/372123
- Essen: Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8; Tel.: 0201/231923
- Frankfurt: Buchladen Verlag 2000 GmbH, Jügelstr. 1; Tel.: 0611/775082
Wiss. Buchhandlung Theo Hector, Gräfestr. 77; Tel.: 0611/777303
- Fulda: SOFA, Friedrichstr. 24; Tel. 0661/74934
- Hamburg: ARGUMENTE, Durchschnitt 21; Tel. 040/453680
Heinrich-Heine-Buchhandlung, Grindelallee 26; Tel.: 040/449778
Buchladen Gegenwind, Grindelhof 45; Tel.: 040/453801
Internationale Buchhandlung, Johnsallee 67; Tel.: 040/4104572
- Hannover: Internationalismus Buchladen, Königsworther Str. 19; Tel.: 0511/17173
- Kassel: Buchhandlung Wissen u. Fortschritt, Werner Hilpert Str. 5; Tel.: 0561/15642
ABC-Buchladen, Goethestr. 77; Tel.: 0561/77704
- Köln 41: Der Andere Buchladen, Zülpicher Str. 197; Tel.: 0221/420214
- Krefeld: Der andere Buchladen, Dionysiusstr. 7; Tel.: 02151/66842
- Marburg: Politische Buchhandlung Roter Stern, Am Grün 28; Tel.: 06421/24787
Collectiv-Buchhandlung Wilhelm Liebknecht, Wettergasse 19; 06421/63662
- München 40: BASIS, Sozialwiss. Fachbuchhandlung, Adalbertstr. 41b; Tel.: 089/2809522
- Münster: Collectiv Buchhandlung, Roggenmarkt 15-16; Tel.: 0251/51414
ROSTA-Buchladen, Spiekerhof 34; Tel.: 0251/44926
- Oldenburg: Carl v. Ossietzky Buchhandlung, Kurwickstr. 14/15; Tel.: 0441/13949
- Schwerte: Buchhandlung Hubert Freistühler, Holzener Weg 31; Tel.: 02304/80033
- Stuttgart: Buchhandlung Wendelin Niedlich, Schmale Str. 14; Tel.: 0711/223287
- Tübingen: aktion politischer buchladen, Nauklerstr. 20; Tel.: 07071/52929
- Wuppertal 1: Sisyphos — Der andere Buchladen, Friedrichstr. 1; Tel.: 0202/442036
- Schweiz: Bern: Münstergass-Buchhandlung, Münstergasse 41; Tel.: 031/228218
Zürich: Limmatbuchhandlung, Pinkus-Genossenschaft,
Froschaugasse 7; Tel.: 01/2512674
- Niederlande: E.R. Ruward B.V., Spui 231, NL-2511 BP Den Haag; Tel.: 070/658755
- Österreich: Wien 1: Buchhandlung Heinz Kollisch, Rathausstr. 18; Tel.: 0222/433221
Wien 10: Karl Winter OHG, Landesgerichtstr. 20; Tel.: 0222/421234